

auf dem spr brasilien, in und china

AUF DEM SPRUNG –

BRASILien, INDIEN UND CHINA

STEFAN SCHMALZ

MATTHIAS EBENAU

AUF DEM SPRUNG – BRASILIAN, INDIEN UND CHINA

**AUF DEM SPRUNG –
BRASILIAN, INDIEN UND CHINA
ZUR GESELLSCHAFTLICHEN
TRANSFORMATION IN DER KRISE**

STEFAN SCHMALZ
UND MATTHIAS EBENAU

Herausgegeben und mit einem Vorwort
von Mario Candeias

EINUNDZWANZIG

Stefan Schmalz und Matthias Ebenau

Auf dem Sprung – Brasilien, Indien und China

Zur gesellschaftlichen Transformation in der Krise

Reihe: einundzwanzig. Hg. Dieter Klein / Rosa Luxemburg Stiftung, Bd. 4

Berlin: Karl Dietz Verlag Berlin 2011

ISBN 978-3-320-02255-6

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2011

Gesamtkonzept: umbra dor

Druck und Verarbeitung: MediaService Druck und Kommunikation

Printed in Germany

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT von Mario Candeias	8
1. NACH DEM NEOLIBERALISMUS? – KONTUREN EINER DISKUSSION	16
2. HEGEMONIE UND KRISE IM WELTSYSTEM: THEORE- TISCHE UND KONZEPTIONELLE VORÜBERLEGUNGEN	24
2.1 Grundzüge des Neoliberalismus	25
2.2 Ausbreitungskanäle der Krise	31
2.3 Transformationspfade: Krise der Weltwirtschaft – Krise nationaler Kapitalismusformationen	33
2.4 Rückwirkungen auf das kapitalistische Weltsystem	35
2.5 Zum Vorgehen bei der Untersuchung	37
3. BRASILIEN: SOZIALDEMOKRATISCHE WENDE UND KRISE	40
3.1 Vom »Estado Novo« zum »Milagre Econômico«: Brasilien im globalen Fordismus	41
3.1.1 Aufstieg, Niedergang und Rückkehr des »Getúlio«	42
3.1.2 Die Militärdiktatur: »Segurança e desenvolvimento«	47
3.2 Brasilianischer Neoliberalismus: »Collorstroika«, Plano Real und die Wahl von Lula	52
3.2.1 Die »Collorstroika«	52
3.2.2 Die Regierung Cardoso (1995–2002)	54
3.2.3 Krise des Neoliberalismus: Die Wahl der Regierung Lula	59
3.3 Die Weltwirtschaftskrise als Katalysator zur Herstellung eines neuen Modells	63
3.3.1 Auf dem Weg zur Sozialdemokratie	63
3.3.2 Die Weltwirtschaftskrise: Kleine Welle oder Tsunami?	66
3.3.3 Finanzmärkte als Übertragungskanal	66
3.3.4 Warenmärkte als Übertragungskanal	69
3.3.5 Brasiliens Reaktion auf die Krise	70
3.3.6 Das Ende des Neoliberalismus	73
3.3.7 Brasiliens Forderung nach einer globalen Reform	75

4.	KRISE UND KONTINUITÄT: INDIEN IN DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE	80
4.1	Indischer Kapitalismus seit der Unabhängigkeit	81
4.1.1	Koloniales Erbe und unabhängige Wirtschaftsstrategie	81
4.1.2	Die Erosion des »Nehruvian Consensus«	84
4.1.3	Die Gegenrevolution im Zeitlupentempo	88
4.2	Neoliberale Transformation und Globalisierung des indischen Kapitalismus	90
4.2.1	Der neoliberale Dambruch	90
4.2.2	Licht und Schatten im strahlenden Indien	94
4.3	Die Krise der Weltwirtschaft und des indischen neoliberalen Kapitalismus?	103
4.3.1	Finanzmärkte als Übertragungskanal	104
4.3.2	Warenmärkte als Übertragungskanal	106
4.3.3	Das indische Krisenmanagement	109
4.3.4	Indiens Rückkehr zur neoliberalen »Normalität«	111
4.3.5	Nach der Krise: Indien in der globalen politischen Ökonomie	114
5.	STRUKTURWECHSEL MIT HINDERNISSEN: CHINA IN DER GROSSEN KRISE	118
5.1	Der Maoismus	119
5.1.1	Die Aufbauphase und der Große Sprung (1949–1961)	120
5.1.2	»Der Kampf der zwei Linien« und die große proletarische Kulturrevolution	123
5.2	Chinas Weg auf den Weltmarkt	128
5.2.1	Der Sieg der Reformer und erste Marktöffnungen (1978–1991)	128
5.2.2	Chinesischer Neoliberalismus? Privatisierungen und Außenöffnung (1992–2001)	132
5.2.3	Zwischen »Werkbank der Welt« und »Harmonischer Gesellschaft« (2002–2008)	135
5.3	Ein historischer Wendepunkt: Krise und Krisenpolitik	143
5.3.1	Finanzmärkte als Übertragungskanal	143
5.3.2	Warenmärkte als Übertragungskanal	145
5.3.3	Chinas Reaktion auf die Krise	147
5.3.4	Auf der Suche nach einem neuen Modell	150
5.3.5	China: Der neue Hegemon?	152

6.	NACH DER KRISE – NACH DEM NEOLIBERALISMUS?	158
6.1	Auswirkungen der Krise im Vergleich	159
6.2	Eine Krise des Neoliberalismus?	164
6.3	Fragmentierte Akkumulation	169
6.4	Ausgangspunkt für einen globalen Umbruch?	174
	LITERATURVERZEICHNIS	180
	Abkürzungsverzeichnis	206
	Danksagung	208

VORWORT

VARIETIES OF »POSTNEOLIBERALISM«

Die »große Krise« 2008ff. hat eine molekulare, also schrittweise Veränderung verdeutlicht, die schon seit langem wirksam war: eine globale politische und ökonomische Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Mit den sogenannten BRIC- und Golf-Staaten entwickeln sich neue kapitalistische Zentren. Insbesondere Brasilien, Indien und China erwiesen sich in der Krise deutlich robuster als die alten Industriestaaten. Dabei blieben sie nicht von der Krise verschont. Alle sind in hohem Maße abhängig von Exporten in die alten Zentren, nicht zuletzt von der Nachfrage des »globalen Konsumenten« USA. Und sie alle sind angewiesen auf Kapitalimporte. Beide Komponenten gingen in der Krise drastisch zurück. Insbesondere ist fraglich, ob die alten Zentren angesichts einer staatlichen wie privaten Rekordverschuldung je wieder eine so große globale Nachfrage induzieren werden. Doch die BIC-Staaten haben dank spezifischer Eigenheiten die Krise deutlich schneller überwunden als der Rest der Welt – zumindest vorübergehend –, nicht zuletzt weil sie alle über deutlich schärfere Finanzmarkt- und Bankenregulierungen verfügen. Alle drei verzeichneten bereits ein Jahr nach dem Einbruch der Wirtschaft wieder ein Rekordwachstum. Die Exporte stabilisieren sich, vor allem aber legt der Binnenkonsum deutlich zu – Zeichen einer graduellen Reorientierung auf endogene Entwicklungspotentiale und den Aufbau von sogenannten Mittelklassen bei starker Integration in den Weltmarkt. Die Schwäche der alten Zentren führt sogar zu einem Boom an Auslandsinvestitionen in den BIC-Staaten, der Anzeichen einer Überhitzung der Wirtschaft mit sich bringt. Die Regierungen versuchen mit Gegenmaßnahmen der Regulierung des Kapitalverkehrs und der Kreditvergabe letztere zu dämpfen.

Auch wenn alle drei Länder vor allem in den 1990er Jahren im Zuge der Transnationalisierung selbst massiv den Trend neoliberaler Reformen im eigenen Land forcierten, so sind die Entwicklungen in Brasilien, China und Indien in den letzten zehn Jahren nicht einfach in eine neoliberale Kontinuität zu stellen. Zu deutlich haben sich Brasilien und China, teilweise Indien, aber auch eine Reihe anderer Länder (v. a. in Südamerika) schon länger auf die Suche nach »postneoliberalen« Formen der Integration in den Weltmarkt und der ökonomisch und sozialen Politik in ihren Ländern gemacht. In Südamerika haben starke soziale Bewegungen Regierungen gestürzt, Mitte-Links-Regierungen an die Macht

gebracht, Ansätze partizipativer Politiken und solidarischer Ökonomien etabliert, indigene Bewegungen einen anderen Umgang mit Repräsentation, Öffentlichkeit und Eigentum erzwungen. Initiativen, die auf unterschiedliche und widersprüchliche Weise von den Regierungen aufgenommen wurden: von Venezuelas Öl-»Sozialismus des 21. Jahrhunderts«, über die stark von Indigenen getragenen linken Staatsprojekte in Bolivien und Ecuador, bis zu den links-sozialdemokratischen Projekten von Kirchner in Argentinien und eben Lula in Brasilien. Auf sehr verschiedene Weise setzen sie alle – trotz zum Teil verschärfter Exportorientierung – im Inneren auf Verschiebung der Kräfteverhältnisse, mehr Partizipation, progressive Reformen und stärkere Politiken des sozialen Ausgleichs, die die Handlungsfähigkeit subalternen Gruppen partiell erweitern – auch wenn die Probleme von Ungleichheit, Armut und beschränkten Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen fortbestehen. Auch in Indien haben sich starke Bewegungen formiert, der Bauern, der Landlosen, der Dalits, globalisierungskritische Netzwerke. Sie sind jedoch, abgesehen von sehr widersprüchlichen Erfahrungen in den maoistisch kontrollierten Gebieten oder in (ehemals) kommunistisch regierten Bundesstaaten wie Kerala, nicht in Verbindung zu einem linken Staatsprojekt. Dennoch nimmt der Staat in Indiens Hightech-Mixed-Economy eine andere Rolle ein als in den Neoliberalismen der USA oder Europas. Von einem »inclusive growth«, einem inklusiven Wachstum, das auch die Mehrheit der Armen (etwa 60 % der Bevölkerung) mitnimmt, kann im »Rising India« jedoch keine Rede sein. Noch deutlicher versuchen Chinas Staatskapitalismus oder die staatliche Investitionspolitik der Golfstaaten – sozusagen von oben – kapitalistische Dynamik und staatlich kontrollierte Entwicklung mit selektiver Öffnung in ein anderes Verhältnis zu bringen und damit eigenständig(er) über die Zukunft des Landes zu bestimmen.

Schon fürchtet die FAZ (14.06.2009, 27), dass sich ein Modell eines neuen »staatsgelenkten Kapitalismus« durchsetzt. Nicht der Westen und auch nicht der alte Staatssozialismus dienen dabei als Leitbild des neuen Staatsinterventionismus, sondern »die staatsgelenkten neuen kapitalistischen Zentren von China über Singapur, Russland bis zu den Golfstaaten oder Lateinamerika«. Während in Indien eher eine inkonsistente Politik mit leichten Modifikationen fortgeführt wird, hat vor allem China dank eines riesigen Konjunkturprogramms schneller aus der Wachstumsschwäche herausgefunden: Ca. 450 Mrd. Euro und eine Ver-

vierfachung neuer Kredite im ersten Halbjahr 2009 auf über 770 Mrd. Dollar zeigen Wirkung. Investiert wurde in notwendige öffentliche Infrastrukturen, in Gesundheit, in soziale Leistungen und ökologische Technologien, nicht zuletzt in den ärmeren westlichen Regionen. Zugleich treibt der Staat direkt die massive Entwicklung neuer Industrie-sektoren voran: Wind- und Solarenergie, Nanotechnologie, Maschinen- und Kraftwerksbau, I+K-Technologie etc. In der Krise nutzten nicht zuletzt chinesische Staatsfonds und Banken (ebenso wie jene aus Singapur oder die Staatsfonds der Golfstaaten) die Gelegenheit, Beteiligungen an Banken und Unternehmen in den USA oder Europa zu erwerben, um Handelsbilanzüberschüsse profitabel zu investieren, einen besseren Marktzugang zu erhalten, Importbeschränkungen zu umgehen und den Technologietransfer zu erleichtern. Bei allem Zweifel über offizielle Wachstumsraten sind die Ergebnisse angesichts des globalen Nachfrageeinbruchs beeindruckend. (Allerdings viel zu schwach, um auch noch die Hoffnung zu erfüllen, die Weltwirtschaft insgesamt anzuschieben.) China setzt damit in Ansätzen auf qualitativeres Wachstum, stärkt Reproduktionsbedingungen, unternimmt soziale Maßnahmen – bei z.T. heftig verschärfter Repression von sozialen und v. a. ethnifizierten Unruhen und autoritärer Begrenzung von politischer und Meinungsfreiheit. Nichtsdestoweniger sind mit dieser Entwicklung weitere Risiken verbunden: Die Börsen boomen wieder, die Wirtschaft wurde quasi administrativ mit Krediten überschwemmt, was erneut zu Spekulationsblasen und einem Berg fauler Kredite führen kann, wenn die globale Konjunktur nicht anspringt und das Ausgabenniveau nicht längerfristig gehalten werden kann. Dann führt der Geldsegen zu kurzfristiger Inflation – wie bereits in den vergangenen Jahren. Nach wie vor ist die extrem exportlastige Ausrichtung Chinas nicht wirklich angegangen worden. Hier liegt das ökonomische Hauptproblem, denn in den USA werden die Haushalte in Zukunft weniger konsumieren, die Importnachfrage sinkt dramatisch – Chinas Abhängigkeit vom globalen Konsumenten wird über einen langen Zeitraum negative Folgen zeigen, sofern es nicht gelingt, eine stärker eigenständige Entwicklung voranzutreiben. Von einer weltwirtschaftlichen Erholung ist nicht viel zu sehen. Und die globalen Ungleichgewichte bei Handels- und Kapitalströmen, wesentliche Ursache dieser Krise, können auch nicht einfach fortgesetzt werden. Während die USA also munter inflationieren, halten die Chinesen mit minimalen Anpassungen an ihrem Kurs fest. Da der Renminbi an den

Dollar gekoppelt ist, ändert sich an den für die USA ungünstigen Währungsrelationen zwischen den beiden größten Ökonomien also wenig. Der Druck für eine Aufwertung des Renminbi wächst – ein »Währungskrieg« ist entbrannt.

Auch Brasilien reagierte mit aus neoliberaler Sicht ungewöhnlichen Maßnahmen: Die Regierung musste – wie auch in Indien – dank scharfer Bankenregulierung keine größeren Rettungsprogramme organisieren und war daher in der Lage, kurzfristig massive Infrastrukturmaßnahmen vorzuziehen und weitere Konjunkturprogramme aufzulegen. Die starke öffentliche Nachfrage stabilisierte die Investitionsrate. Zugleich wurden Sozialprogramme nicht wie in Europa gekürzt, sondern teilweise sogar ausgeweitet. Zudem konnten Arbeiter und Gewerkschaften trotz Krise deutliche Lohnsteigerungen durchsetzen, was zur Stärkung der Binnennachfrage beitrug. Neben zwar sinkenden, aber immer noch schärfsten sozialen Ungleichheiten und ihrer wachsenden Konzentration in den Favelas der Megastädte, bleiben auch andere Konflikte ungelöst, insbesondere Landkonflikte und die durch hohes Wirtschaftswachstum und eine Strategie des Neodesarrollismo verschärften ökologischen Probleme. Auch der ökonomische Erfolg bringt Probleme mit sich: Der enorme Zufluss ausländischen Kapitals auf der Suche nach vielversprechenden Wachstumsmärkten führt zu starken Aufwertungs-tendenzen bzw. heftigen Wechselkursschwankungen. Denn die volatilen Kapitalströme auf der Suche nach hohen Zinsen und »sicheren« Anlagen wechseln sich ab mit Überhitzung, Blasen und wieder schnellen Abzug von Kapital sowie tiefen Krisen. Erinnern wir uns an die Folge von Krisen in den Jahren 1980 ff. (»das verlorene Jahrzehnt«) oder 1998 ff.: Asienkrise, Russland-Krise, Lateinamerika-Krise etc.

Diese unvorteilhaften internationalen Bedingungen eines neoliberalen Konsenses waren bereits vor der Krise Gegenstand heftiger Kritik. International formierte sich schon vor Jahren innerhalb der WTO eine andere G-20+, als lockerer Verbund von Ländern des »globalen Südens«, um der Verhandlungsmacht Europas, der USA und Japans etwas entgegenzusetzen und ihre Position zu stärken. Nach dem Scheitern der WTO-Verhandlungen in Cancún/Mexiko 2003 setzten Brasilien, China oder auch Südafrika verstärkt auf sogenannte Süd-Süd-Kooperationen. Seit 2008 haben die USA und der von ihnen dominierte Washington Consensus als Hauptverursacher der Krise, aber auch die G-7/G-8, ihre Legitimation bei der die Schaffung einer neuen globalen Finanzarchitektur

eingebüßt. Daher musste der Kreis der Beteiligten erweitert werden: Die G-20 wurden institutionalisiert. Auch wenn es diesen nach wie vor an einer demokratischen Legitimation (etwa durch die UNO) fehlt, ist dies gegenüber der kleinen Gruppe der G-7/G-8 doch ein erheblicher Fortschritt und eine Anerkennung der Verschiebung der Kräfteverhältnisse auf dem Weltmarkt: Immerhin stellen die G-20 nicht nur fast 90 % der globalen Wirtschaftsleistung, sondern vor allem 63 % der Weltbevölkerung und ca. 50 % der Armen dieser Welt. Nach dem Debakel einer Beinahe-Kernschmelze des Finanzsystems sind die USA oder Europa nicht länger in der Lage, allein die Spielregeln zu bestimmen, während aber auch kein neuer transnationaler Konsens erkennbar wird.

Die BIC-Staaten setzen auch daher verstärkt auf sogenannte Süd-Süd-Kooperationen: Sie bilden gemeinsame Plattformen innerhalb der internationalen Institutionen, um der Verhandlungsmacht Europas, der USA und Japans etwas entgegenzusetzen. Als Gegengewicht zu den transnationalen Institutionen wie IWF, Weltbank oder WTO werden darüber hinaus transregionale Integrationsprojekte vertieft, neue Institutionen geschaffen. Nicht in jedem Fall funktionieren die transregionalen Institutionen bereits, vor allem in Afrika stehen Integrationsprojekte vor schier unüberwindbaren Hürden. Gelingende Projekte werden jedoch andere nach sich ziehen. Auch in den direkten wirtschaftlichen Beziehungen untereinander wird direkter kooperiert: Immer öfter wird international direkt in der jeweiligen Landeswährung gehandelt, brasilianische Reals und chinesische Renminbi statt amerikanische Dollar. Nun wollen die BRIC-Staaten (inklusive Russland) zusammen mit dem IWF sogar mittelfristig eine neue Weltwährung ins Leben rufen, um das Problem mit dem Dollar als Weltgeld zu lösen.

Nicht abkoppeln, sondern eigenständig über die Bedingungen und Formen der weiteren Integration ihrer Ökonomien in den Weltmarkt mitzubestimmen und zugleich die Abhängigkeit von den alten kapitalistischen Zentren reduzieren, ist das anvisierte Ziel. Durch Diversifizierung des Außenhandels konnte etwa Brasilien den Anteil des Exports in die USA, die EU und nach Japan in nur fünf Jahren um 12 % verringern, obwohl der Export auch in diese Länder zunahm. Dieses Vorgehen strahlt auf kleinere, zum Beispiel afrikanische Länder, die sich durch Kooperationen mit China oder Brasilien von einseitiger Abhängigkeit gegenüber der EU, den USA oder dem IWF befreien wollen, aus. Auf diese Weise sichert sich insbesondere China, aber auch Indien, den Zugang zu Roh-

stoffen in aller Welt. Massiv wird auch in (semi)peripheren Ländern investiert, z. B. in Südafrika. Die Struktur dieser sogenannten Süd-Süd-Kooperationen ändert allerdings wenig an den Mechanismen des Weltmarktes: China exportiert Fertigprodukte und importiert Rohstoffe und realisiert dabei Handelsbilanzüberschüsse. Damit werden Zentrum-Peripherie-Verhältnisse mit hierarchischen (imperialen) Abhängigkeiten reproduziert. Insbesondere das »Landgrabbing«, der Ankauf von Territorien im Ausland (zur Sicherung von Rohstoffen oder von Flächen für die Agroindustrie), trägt für viele neokoloniale Züge.

Von einem Modell kann mit Blick auf die unterschiedlichen Länder sicher nicht gesprochen werden, eher von kapitalistischen *Varieties of Postneoliberalism*. Progressive Initiativen oder Varianten stehen neben autoritären bis reaktionären Formen, sind häufig widersprüchlich verwoben. Doch die Krise der Weltwirtschaft und des Neoliberalismus befördert die Abwendung von blinder Liberalisierung, Privatisierung und extremer Exportorientierung sowie die Suche nach alternativen Entwicklungsweisen. Wie allen stark exportorientierten Ökonomien setzt die Krise auch den genannten Ländern massiv zu: erst durch Rückgang der globalen Nachfrage, Verfall von Rohstoff- und Ölpreisen, Abzug von Kapital aus den alten kapitalistischen Zentren, dann durch Kapitalschwemme, Aufwertungsdruck und der Gefahr erneuten schnellen Abzuges des scheuen Rehs, sofern die übertriebenen Erwartungen der Anleger nicht erfüllt werden. Umso mehr wird entscheidend sein, ob es den BIC-Staaten gelingt, den sozialen Ausgleich mit einer Reorientierung auf die Binnenwirtschaft voranzutreiben, deren produktive Potentiale zu entfalten, sie zu einem selbsttragenden ökonomischen Faktor zu entwickeln und dafür – sofern vorhanden – ihren Ressourcen- und Ölreichtum für eine »postneoliberale« Transformation zu nutzen. Dafür bedarf es – insbesondere in China (aber auch Indien, Brasilien oder in Ländern wie Venezuela und den Golfstaaten) – auch einer Stärkung der Elemente der Selbstorganisation, der Zivilgesellschaft und Demokratie. Die BIC-Staaten (und Länder der Peripherien) müssen dies mit Politiken der Gewährleistung von Ernährungssicherheit, konsequenten Landreformen und ökologischer Umorientierung verbinden. Andernfalls drohen ohnehin scharfe gesellschaftliche Spannungen zu eskalieren: ethnifizierte regionale Konflikte, gewaltsame Arbeitskonflikte und Preisrevolten in China, Landkonflikte, Selbstmordwellen unter Bauern, »maoistische« Aufstände, religiös und ethnisch überformte soziale und

territoriale Auseinandersetzungen in Indien, Spannungen in den brasilianischen Megacities und im Amazonasgebiet. Zugleich soll die Neuorientierung aus Sicht der Regierenden erfolgen, ohne die weltmarktorientierten Kapitalgruppen und Investoren vor den Kopf zu stoßen – angesichts der Wachstumsaussichten der BIC-Staaten stehen die Chancen dafür gar nicht schlecht. Von links gilt es diese »postneoliberalen« Strategien der Krisenbearbeitung, soziale und ökologische Reformen kritisch aufzugreifen und weiter in Richtung sozialistischer Transformationsperspektiven zu entwickeln und die repressiven und autoritären Elemente zurückzudrängen.

Mario Candeias

NACH DEM
NEOLIBERALISMUS? –
KONTUREN
EINER DISKUSSION

1.

Im April 2010 kamen die Regierungschefs von Brasilien, Russland, Indien und China in Brasília zum zweiten BRIC-Gipfel zusammen. Die Staatsoberhäupter der aufstrebenden Länder betonten, dass sie in Zukunft größere Mitspracherechte bei der Gestaltung der Weltwirtschaft einfordern werden. Auf der Tagesordnung stand neben der Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Kooperation der BRIC-Staaten auch eine stärkere Koordination in der internationalen Währungspolitik. Die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 habe gezeigt, dass das derzeitige Weltfinanzsystem mit dem US-Dollar als Leitwährung instabil sei und eine multilaterale Alternative aufgebaut werden müsse. Zudem haben die BRIC-Staaten den Krisenprozess besonders gut überstanden und seien deswegen geradezu prädestiniert, eine entscheidende Rolle in der Phase nach der Krise zu spielen.

Das Treffen in Brasília deutet darauf hin, dass im globalen Süden eine große Unzufriedenheit mit der derzeitigen Regulierung der Weltwirtschaft herrscht. Diese bezieht sich nicht nur auf die mangelnden Mitsprachemöglichkeiten der bevölkerungsreichen Staaten, sondern zumindest teilweise auch auf die Ausrichtung der westlich dominierten neoliberalen Globalisierung. Gerade in der (Semi-)Peripherie war diese stets ein latent krisenhafter Prozess (Appelbaum/Robinson 2005; Can-deias 2005), der z. B. in der Schuldenkrise der 1980er Jahre oder der Asienkrise 1997/98 verheerende wirtschaftliche und soziale Verwerfungen produziert hatte.

**FINANZ- UND
WIRTSCHAFTSKRISE
BRINGT NEOLIBERALISMUS
IN DIE DEFENSIVE**

Die Instabilität hat sich mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ff. verschärft und ist nun auch in den etablierten Zentren der Weltwirtschaft spürbar. Dass sich der Neoliberalismus seither vielerorts in der Defense befindet, ist ein offenes Geheimnis. In kurzer Zeit wurden zentrale »neoliberale Doxa« (Altwater 2008, 59), wie die Lehrformeln von Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung, Flexibilisierung und freien Märkten, über Bord geworfen, milliarden- und billionenschwere Konjunkturpakete geschnürt sowie der Staat als wirtschaftspolitischer Akteur rehabilitiert.

Allerdings variieren die Motive der staatlichen Interventionen. So überwiegt unter den europäischen Regierungen heute »die Haltung, dass der Staat einmalig helfen soll, ähnlich wie eine Medizin während der Krankheit verabreicht wird« (Demirović 2009b, 47). Zwar wurde ein Rettungsschirm im Umfang von 750 Mrd. Euro aufgespannt, um ei-

nen Kollaps der europäischen Gemeinschaftswährung zu verhindern. Gleichzeitig verordneten jedoch die meisten europäischen Regierungen große Sparpakete, um die Kosten der Bankenrettung und der Krisenbewältigung zu kompensieren. Die Einsparungen stehen in Kontinuität zur neoliberalen Politik der vergangenen Jahre und treiben diese oft sogar noch weiter. In der Folge sehen sich viele Regierungen den größten sozialen Auseinandersetzungen seit Jahrzehnten gegenüber. In den USA wurde zwar nach der Wahl der linksliberalen Regierung Barack Obama zunächst die Möglichkeit eines »New New Deals« erörtert (Time, 24.11.2008), aber spätestens seit dem erdrutschartigen Sieg der Republikaner in den Halbzeitwahlen 2010 droht eine Blockade jeglichen Versuchs, Reichtum zu besteuern, Sozialausgaben zu erhöhen und eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik zu forcieren. Auch Japan hat stark unter dem Zusammenbruch gelitten. Mit den Wahlen im Jahr 2009 endete die 55-jährige Herrschaft der Liberaldemokratischen Partei (LDP). Die umfangreichen Konjunkturmaßnahmen der japanischen Regierung konnten aber nur wenig zur Besserung beitragen. In Russland wiederum wurden als Reaktion auf die schwere Krise umgehend Kapitalverkehrskontrollen verhängt, um Unternehmer zu Investitionen im Inland zu zwingen, und der Staatssektor ausgebaut. Der ehemalige brasilianische Regierungschef Luiz Inácio »Lula« da Silva verkündete indes auf dem Weltsozialforum in Belém 2009 sogar offen den Bruch mit dem Neoliberalismus: »Der Gott namens Markt ist tot – wegen fehlender Kontrolle« (O Estado de São Paulo, 30.01.2009). Diese Aussage repräsentiert eine Orientierung, die durch die Wahl seiner Nachfolgerin Dilma Rousseff im Jahr 2010 verstetigt werden könnte.

**UMGANG MIT DER KRISE
UNEINHEITLICH
UND WIDERSPRÜCHLICH**

Kurz, derzeit werden rund um den Globus sehr unterschiedliche, teils in sich widersprüchliche Versuche unternommen, um mit der Finanz- und Wirtschaftskrise umzugehen.

Diese komplexe Situation hat eine Diskussion über ein mögliches Ende des Neoliberalismus hervorgebracht (Brand/Sekler 2009; Candeias/Rilling 2009; Deppe u. a. 2008; Saad-Filho 2010; Scherrer 2011). Dabei stehen sich verschiedene »postneoliberale Szenarien« (Brie 2009) einer Fortentwicklung des weltweiten Kapitalismus gegenüber. Mario Candeias (2009, 28) sieht – neben anderen Entwicklungsoptionen – nach einer »längeren Periode von ein bis zwei Dekaden der Suche und der Auseinandersetzung um »post-neoliberale« Formen der Stabilisierung

**DISKUSSION ÜBER
»POSTLIBERALISMUS«**

der kapitalistischen Produktionsweise« die Möglichkeit eines »Grünen New Deal«. Für diese Umorientierung werden einige Indizien angeführt, etwa die verstärkten Bemühungen der Regierung Obama, in Ökologietechnologie zu investieren. Durch Strategien zur Kapitalisierung der Umweltprobleme, durch die Schaffung einer neuen technologischen Basis für ökologiegerechte Produktion, durch veränderte Konsumnormen und massive staatliche Intervention könnte so eine neue Periode kapitalistischer Vergesellschaftung, eines »grünen Kapitalismus« (Kaufmann/Müller 2009), eingeleitet und die Krise des Neoliberalismus schließlich überwunden werden (Candeias 2009, 30; Kaufmann/Müller 2009, 156 ff.). Ulrich Brand und Nicola Sekler (Brand/Sekler 2009) wiederum bezeichnen mit dem Schlagwort »Postneoliberalismus« einen offenen Raum, in dem gesellschaftliche Akteure neue Strategien erproben, die jeweils mit einzelnen Merkmalen des Neoliberalismus brechen. Dieser Prozess finde bereits in unterschiedlichen Arenen statt und gehe mit neuen gesellschaftlichen Kämpfen und Kompromissen einher (ebd., 6). Im Mittelpunkt steht für sie die Frage, an welchen Punkten Kontinuitäten vorherrschen, wo Brüche entstehen und welche Strategien zum Aufbau einer Gegenhegemonie zum Neoliberalismus beitragen (Sekler 2009, 62 f.). Dabei wird auf die Pluralität der unterschiedlichen postneoliberalen Widerstandspraxen und der Gefahr ihrer Homogenisierung verwiesen (ebd., 71).

Eine Vielzahl an Autorinnen und Autoren bleibt sehr viel skeptischer, was die Möglichkeit zum Aufbau einer Gegenhegemonie angeht (Demirović 2009a, b; Payandeh 2010; Saad-Filho 2010; Scherrer 2010). Zwar sieht auch Alex Demirović in der Krise »keine schlechte Voraussetzung für grundlegende Transformationen der herrschenden Produktionsweise« (Demirović 2009b, 52), weist jedoch gleichzeitig darauf hin, dass sie von den neoliberalen Kräften als »Disziplinierungsinstrument« bzw. als »Regierungstechnologie« eingesetzt wird, »um strategisch Kapital zu vernichten und die öffentlichen Haushalte anzueignen« (ebd., 50 f.). Die Krise habe deswegen bisher als Vehikel für die Fortsetzung der »Herrschaft durch Kontingenz«, also die systematische (Wieder-)Herstellung des »stummen Zwangs der ökonomischen Verhältnisse« (Marx/MEW 23, 765) gedient. So zeichne sich die gegenwärtige Situation bislang durch eine grundlegende Kontinuität wesentlicher Parameter der Wirtschafts- und Sozialpolitik aus. Die staatlichen Maßnahmen liegen auf der gleichen »Linie, die von der Politik der vergangenen Jahre, wenn nicht Jahrzehnte verfolgt wurde« (Demirović 2009a, 604).

Frank Deppe, Horst Schmitthenner und Hans-Jürgen Urban (Deppe u. a. 2008) gehen noch weiter, indem sie verschiedene Anzeichen für die Durchsetzung eines autoritären Kapitalismus ausmachen. Ähnlich wie Alex Demirović beschreibt Frank Deppe (2008, 28 ff.) verschiedene neoliberale Disziplinierungselemente wie die Massenarbeitslosigkeit, die Depolitisierung der Öffentlichkeit und die Erosion der Daseinsvorsorge. Dieser Umbau ziehe mittelfristig eine politische Verschiebung nach sich: »Der harte Kern der Neoliberalen geht angesichts der Erosion neoliberaler Hegemonie nach rechts, d. h. er bewegt sich auf die Akzeptanz des autoritären Staates (...) zu. In letzter Instanz erwägen jedoch auch die Sicherheitsexperten des herrschenden Blocks den Einsatz der staatlichen Repressionsinstrumente gegen soziale und politische Bewegungen« (ebd., 17). Die Aufwertung des Staatssektors könnte im Rahmen der Wirtschaftskrise letztlich zu einer neuen Form eines autoritären Kapitalismus führen, der sich gegen die sozialen Proteste in der Krise wendet (Deppe 2009, 49).

Diese Studie reiht sich in die Debatte um ein mögliches Ende des Neoliberalismus ein. Wir versuchen, den Einfluss der Krise auf die (neuen) dynamischen Zentren der Kapitalakkumulation im globalen Süden und ihre Auswirkungen auf die dortigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sowie deren Implikationen für die Weiterentwicklung des Kapitalismus nachzuvollziehen. Bei der Analyse gehen wir von folgenden Grundannahmen aus: Die Krise des Finanzmarktkapitalismus ist bislang noch nicht vorüber.

**KRISE DES FINANZMARKT-
KAPITALISMUS IST
NOCH NICHT VORÜBER**

Sie hat sich vielmehr in andere Sektoren, etwa die explodierenden Staatsschulden, und Räume, wie ins Innere der Euro-Zone, verlagert. Selbst wenn die »Hegemonie des Finanzkapitals bisher nur ›angekratzt« (Scherrer 2008, 556; Scherrer 2011) ist, könnten die wiederholten Staatsinterventionen, um bedeutende Banken, Versicherungsdienstleister und ganze Staaten vor dem Bankrott zu bewahren, doch einen stärker regulierten und kleineren Finanzsektor hinterlassen (Evans 2008, 533) und so schließlich auch neue Akkumulationsstrategien erfordern. Das Management von Investmentbanken, Rating-Agenturen oder Hedgefonds muss weiterhin fürchten, dass zusätzliche Regulierungsmaßnahmen eingeführt werden.

Darüber hinaus ist absehbar, dass sich in näherer Zukunft kein kohärenter Regulierungszusammenhang zur Durchsetzung einer veränderten Kapitalismusformation durchsetzen wird.

**KEIN KOHÄRENTER REGU-
LIERUNGSZUSAMMENHANG**

**ROLLE DES
GLOBALEN SÜDENS BEI
EINER MÖGLICHEN
NEUEN WELTORDNUNG**

Auf zwischenstaatlicher Ebene existiert bisher weder Einigkeit über gemeinsame Regulierungsstandards noch über Institutionen. Vielmehr wurden auf den jüngsten Weltfinanzgipfeln gänzlich gegensätzliche Regulierungsvorstellungen offenbar (Schmalz 2011). Dies bedeutet zwar nicht zwangsläufig, dass eine Phase der »Barbarisierung durch einen entfesselten imperialistischen Kapitalismus« (Brie 2009, 23, vgl. auch Klein 2008ff.) wie nach der Weltwirtschaftskrise 1929 droht. Eher könnte eine Epoche äußerst unterschiedlicher nationaler oder regionaler Akkumulationsstrategien beginnen, die sich zunächst zu keiner kohärenten Weltordnung zusammenfügen. Denn es »verdichten sich unterschiedliche Krisenmomente«, denen mancherorts »mit einer Intensivierung der alten Regulationsmechanismen begegnet wird«, während anderswo »bereits Neues am Entstehen ist« (Candeias 2009, 10). Diese Studie bringt mit der Rolle des globalen Südens und insbesondere den Akteuren Brasilien, Indien und China bei der Gestaltung einer möglichen Weltordnung nach dem Neoliberalismus einen bislang wenig thematisierten Aspekt in die aktuelle Diskussion ein. Diese Perspektive scheint uns aus zwei Gründen relevant: Zunächst wenden sich starke soziale Bewegungen (und seit kürzerem auch einige Regierungen) in der (Semi-)Peripherie gegen die neoliberale Globalisierung. Insbesondere Lateinamerika ist schon seit einigen Jahren zum Experimentierfeld der Formulierung und Erprobung postneoliberaler Strategien und Projekte geworden (Boris u. a. 2005; Macdonald/Ruckert 2009). Brasilien nimmt in diesem Prozess aufgrund seiner graduellen Umorientierung eine zentrale, aber durchaus widersprüchliche Rolle ein. Chinas Wachstumsstrategie baut ohnehin darauf, dass sie jede zweite Regel der Lehrbuchökonomie und damit auch zentrale neoliberale Dogmen ignoriert. Außerdem ist China als Werkbank der Welt zum »Mittelpunkt der globalen Arbeiterunruhe« (Silver/Zhang 2010) geworden. Indien wiederum begab sich zunächst nur zögerlich auf den Pfad neoliberaler Umstrukturierung und erwies sich zumindest in der internationalen Handelspolitik oftmals als einer der widerständigen Pole in den Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der Weltordnung.

Es stellt sich somit die Frage, ob im globalen Süden bereits Konturen einer veränderten Kapitalismusformation erkennbar sind, die Einfluss auf die Herausbildung einer neuen Weltordnung haben werden.

Der Einflussgewinn einiger Länder des globalen Südens, insbesondere der sogenannten BRIC-Staaten, Brasilien, Russland, Indien und China, und der OPEC-Länder unterstreicht zudem ihre Bedeutung für die zukünftigen Kämpfe um die Regulierung der internationalen politischen Ökonomie.

Die neue ökonomische Macht der BRIC-Länder – nach dem Zweiten Weltkrieg erwirtschafteten Westeuropa und die USA 53,5 %, kurz vor der Krise nur noch 41,7 % des weltweiten BIP in Kaufkraftparitäten (Maddison 2006, 641) – und der wachsende politische Einfluss dieser Staaten in den internationalen Organisationen sind Hinweise darauf, dass die Konflikte um eine Neuorganisation des Kapitalismus nicht mehr ausschließlich – vielleicht sogar nicht mehr hauptsächlich – in den Ländern der nördlichen Zentren ausgefochten werden.

Mit Brasilien, Indien und China haben wir drei der BRIC-Staaten ausgewählt, deren Volkswirtschaften, so eine oftmals zitierte Prognose, »bis 2039 zusammen größer als die G-6 sein könnten« (Wilson/Purushothaman 2003, 3). In diesen Ländern leben derzeit rund 40 % der Weltbevölkerung (vgl. Tab 1). Faktoren wie soziale Auseinandersetzungen, Produktionsbeziehungen und Machtkonstellationen in Brasilien, Indien und China werden für die Fortentwicklung des Kapitalismus von besonderer Bedeutung sein. Auch waren sie bisher in entscheidenden Institutionen wie der G-8 oder dem IWF unterrepräsentiert oder gar nicht vertreten und drängen nunmehr verstärkt auf eine Reform globaler Regulierungszusammenhänge.

Grunddaten zu Brasilien, Indien und China			
	Brasilien	Indien	China
Einwohnerzahl	192 Mio.	1,114 Mrd.	1,322 Mrd.
Fläche	8.547.404 km ²	3.287.263 km ²	9.572.419 km ²
BIP pro Kopf	7300 US\$	1040 US\$	2940 US\$
Hauptstadt	Brasília	New Dehli	Peking
Amtssprache	Portugiesisch	Hindi, Englisch, 22 Regionalsprach.	Mandarin

Quelle: Fischer Weltalmanach 2011

In der Studie wird untersucht, in welcher Weise sich die Weltwirtschaftskrise auf die politische Ökonomie der aufstrebenden Mächte Brasilien, Indien und China auswirkt, und wie deren gesellschaftlichen Entwicklungen wiederum auf die Konfiguration des Kapitalismus zurückwirken. Dabei geht es uns insbesondere darum, auszuloten, inwiefern die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 auch als Krise des Neoliberalismus in den drei Ländern angesehen werden kann und ob diese die Machtverschiebungen im Weltsystem und eine dementsprechende Restrukturierung des globalen Regulierungsgefüges begünstigt hat.

Eine solche Analyse bedarf einer theoretischen Einordnung. Für diesen Zweck wird im *zweiten Kapitel* zunächst erörtert, was eigentlich unter Neoliberalismus zu verstehen ist und wie dieser sich in einem semiperipheren Kontext artikuliert. Es wird ein Modell entwickelt, um zu beurteilen, ob die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 die neoliberale Hegemonie in den drei Staaten erschüttert hat und ob derartige Prozesse auf die globale Ebene zurückwirken. Für die Länderstudien wird zudem ein vergleichendes Analyseraster herausgearbeitet, das eine historische Herangehensweise impliziert. Die *Kapitel drei bis fünf* bilden den Schwerpunkt der Studie. In diesen werden Brasilien, Indien und China nach den Kriterien untersucht.¹ Die Länderstudien folgen hierfür der gleichen Gliederung: Zunächst werden der Aufstieg und die Krise des »Fordismus« in den drei Staaten analysiert. Im zweiten Schritt wird die Durchsetzung des Neoliberalismus in den jeweiligen Ländern herausgearbeitet und gefragt, inwieweit bereits Krisentendenzen in der Formation vor dem Zusammenbruch auf den Finanzmärkten vorhanden waren. Das letzte Unterkapitel der einzelnen Länderstudien untersucht schließlich den Einfluss der Krise und die Rückwirkung der außen(wirtschafts)politischen Handlungen der Einzelstaaten auf das internationale Machtgefüge. Im *Abschlusskapitel sechs* kommen wir zum Schluss, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ff. in Brasilien und China eine Abkehr vom Neoliberalismus begünstigt hat, wobei in China deutliche Strukturprobleme für einen Wechsel existieren. In Indien besteht hingegen eine weitgehende neoliberale Kontinuität. Zugleich haben alle drei Staaten durch die Krise spürbar an Macht gewonnen und konnten in den internationalen Institutionen einige Reformen durchsetzen, die jedoch mittelfristig deren Macht – insbesondere jene Chinas – nicht hinlänglich reflektieren.

1 Für die Erstellung der Erstversion der Länderkapitel zu Brasilien und China war Stefan Schmalz, für Indien Matthias Ebenau verantwortlich.

HEGEMONIE UND KRISE IM
WELTSYSTEM: THEORETISCHE
UND KONZEPTIONELLE
VORÜBERLEGUNGEN

2.

In diesem Kapitel entwickeln wir das Analyseraster und die Kriterien, nach denen die Auswirkungen der Krise auf Brasilien, Indien und China untersucht werden. Zunächst diskutieren wir Grundzüge neoliberaler Ideologie und Politik sowie die historische Bedeutung des neoliberalen Projekts. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Eigenarten des Neoliberalismus im globalen Süden. Dann gehen wir auf die wichtigsten Transmissionskanäle der Krise in die semiperipheren Ökonomien Brasiliens, Indiens und Chinas ein. Schließlich diskutieren wir, wie sich die Veränderungen in den nationalen Kapitalismusformationen auf der Ebene des Weltsystems artikulieren.

2.1. GRUNDZÜGE DES NEOLIBERALISMUS

NEOLIBERALISMUS ALS IDEOLOGIE

Der Begriff des »Neoliberalismus« umschreibt einzelne Sachverhalte, die eng miteinander verbunden sind, die jedoch keinesfalls auf einen Nenner zu bringen sind: Zunächst hat der Neoliberalismus den Charakter einer Ideologie, die verschiedene Leitsätze und -bilder propagiert (Altwater 2008, 59 f.; Butterwege u. a. 2007, 27 ff.). Diese umfassen Lehrformeln wie die grundsätzliche Stabilität des Privatsektors, die Unabhängigkeit der Märkte, die Lösung gesellschaftlicher Probleme durch den Marktmechanismus, Monetarismus, Wettbewerb als gesellschaftliches Ordnungsprinzip und die Notwendigkeit einer institutionellen Absicherung, um Konkurrenz und Transparenz auf den Märkten zu gewährleisten. Diese Leitformeln wurden u. a. von Friedrich August von Hayek, Milton Friedman und James Buchanan entwickelt (Candeias 2004, 79 ff.) und haben ihre Wirkungsmacht – ausgehend von der neoklassischen neoliberalen Orthodoxie in den Wirtschaftswissenschaften – auf immer weitere Bereiche von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ausgedehnt (Duménil/Lévy 2005, 10 ff.; Fine/Milonakis 2008).

NEOLIBERALISMUS ALS STRATEGIE DES BÜRGERTUMS ZUR ÜBER- WINDUNG FORDISTISCHEN KLASSENKOMPROMISSSES

Die neoliberalen Leitsätze sind aber auch Teil einer Strategie des Bürgertums, das durch ihre Verwirklichung »versucht, so weit wie möglich ohne Konzessionen zu herrschen« (Demirović 2008, 20). Denn durch den Neoliberalismus wurden verschiedene materielle Zugeständnisse an die subalternen Klassen aufgekündigt, die in der historischen Periode des Fordismus institutionalisiert gewesen waren. So wenden sich Neoliberale kritisch gegen den Ausbau des öffentlichen Sektors, insbesondere des Sozialstaats, aber auch gegen gewerkschaftlichen Einfluss bei der Fest-

setzung von Löhnen (Butterwege u. a. 2007, 136 ff., Klein 2008, 114 ff.). Der Neoliberalismus ist deswegen eine handlungsleitende Ideologie. In die politische Praxis umgesetzt, trug sie seit den späten 1970er Jahren den Kapitalinteressen bei der Überwindung der Krise des Fordismus Rechnung und eröffnete neue Sphären der Kapitalakkumulation, etwa durch die Privatisierung öffentlicher Güter. Dabei bildete sich auch ein veränderter Machtblock heraus, der neben transnationalisierten Kapitalfraktionen mit Zugang zu den internationalen Finanzmärkten, liberale Intellektuelle, die Technokratie sowie Teile der Mittelklassen und der organisierten Arbeiterbewegung mit einschließt (Bieling/Steinhilber 2000, 105 ff.; Robinson 2004, 73 ff.).

Neben der Zerstörung des fordistischen Klassenkompromisses diente der Neoliberalismus gleichzeitig als »politisches Schmiermittel zur Herstellung einer globalen politischen Ökonomie« (Robinson 2004, 80). Hiermit ist gemeint, dass neoliberale Politik durch das Einreißen von Zollschranken und von Barrieren für die internationale Mobilität von Kapital, durch die Privatisierung weiter Teile des öffentlichen Sektors und durch die Globalisierung von Produktion und Dienstleistungen vormals überwiegend national eingefasste Wirtschaftskreisläufe zunehmend transnationalisierte. Der Neoliberalismus fungierte so als Moment einer »schöpferischen Zerstörung« der alten Strukturen (Schumpeter 2005 [1942], 139), die zur Schaffung einer neuen Formation beitrug. Hierbei war die Rolle des Staates keineswegs passiv, sondern folgte einem liberalen Interventionismus, der auf die Schaffung und Regulierung von (neuen) Märkten zielte. Kurz, die »neoliberale Staatskritik zielt nicht auf die Zerstörung der staatlichen Macht als solcher, sondern will die Neuausrichtung staatlicher Aufgaben durchsetzen« (Butterwege u. a. 2007, 67). Diese Neuausrichtung diente unter anderem der Entfesselung des freien Weltmarktes.

Die neoliberale Ideologie und Politik waren jedoch in ihrer thatcheristischen »Reinform« alleine kaum hegemoniefähig. Sie verbanden sich »vielfach mit anderen ideologischen Komponenten« (Demirović 2008, 21), etwa neokonservativen oder auch progressiven Strömungen. Der Neoliberalismus unterlag stetigen Veränderungen. In den OECD-Staaten ließen sich verschiedene »Reartikulationen« (Candeias 2004, 328; vgl. auch Burchardt 2004, 222 ff.) von einem orthodoxen über einen sozialdemokratischen bis hin zu einem autoritären Neoliberalismus ausmachen. Diese chamäleonartigen Wandlungen fanden stets auch ihren

**NEOLIBERALISMUS
ALS INSTRUMENT
ZUR ENTFESSELUNG DES
FREIEN WELTMARKTES**

**»REARTIKULATIONEN«
DES NEOLIBERALISMUS**

ideologischen Ausdruck, etwa in der Forderung von Anthony Giddens (1999) nach einem Dritten Weg zwischen klassischer Sozialdemokratie und Marktliberalismus. Auch in verschiedenen nationalen Handlungskonstellationen bewies der Neoliberalismus eine außergewöhnliche Anpassungsfähigkeit (Harvey 2005). Daher blieben trotz politischer Kompromisse viele der zentralen ideologischen Dogmen unangetastet.

»THERE IS
NO ALTERNATIVE«

Das neoliberale Projekt hat in den vergangenen Jahrzehnten die Strukturen und Dynamiken der Weltwirtschaft wie auch die Politik auf nationalstaatlicher Ebene maßgeblich geprägt. Auch wenn von einer globalen Hegemonie des Neoliberalismus – d. h. einer (weltweiten) gesellschaftlichen Ordnung mit einer dominanten Produktionsweise, die auf universellen Normen, Institutionen sowie Zwangs- und Konsensmechanismen basiert – nur bedingt und zeitweise die Rede sein konnte, gelang es ihren Befürwortern und Befürworterinnen, neoliberale Lösungen für die Krise des Fordismus – Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung, Flexibilisierung und Freihandel – als alternativlos darzustellen (Butterwege u. a. 2007, 43 f.).

Eine insbesondere in den Kommandohöhen der G-7-Staaten verankerte »transnationale Managerklasse« (Cox 1987, 359) nutzte die ökonomische Globalisierung als Vehikel zur Verallgemeinerung des neoliberalen Modells und des Diskurses über Wettbewerbsfähigkeit und Markteffizienz. Vorübergehend war es ihr sogar möglich, die Interessen von Teilen der subalternen Gruppen *verrückt* zu realisieren und auf diese Weise Kritik zu absorbieren (Candeias 2008, 301).

NEOLIBERALISMUS IN
DER (SEMI-)PERIPHERIE

Die neoliberal angeleitete Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hielt beginnend mit der chilenischen Diktatur ab 1973 über die Schuldenkrise 1982 bis zum Fall der Sowjetunion 1989–1991 in der (Semi-)Peripherie Einzug.² Auch die Regierungen in Brasilien, Indien und China implementierten neoliberale Maßnahmen. Dabei artikulierte sich der

2 Wir folgen Wallersteins Definition der Semiperipherie: »Was ich die Semiperipherie nenne, sind all jene Staaten, die eine intermediäre Rolle in der Weltökonomie spielen: sie sind groß bezüglich wenigstens einer wichtigen Dimension (Bevölkerung, qualifizierte Arbeitskraft, gesamte Industrieproduktion, Pro-Kopf-Einkommen), tendieren dazu, Industriegüter für den heimischen Markt und für schwächere Nachbarn zu produzieren, aber sind immer noch Exporteure von Primärgütern, wobei sie die Rolle peripherer Partner für Länder des Zentrums und jene von Zentrumspartnern für einige periphere Länder spielen.« (Wallerstein 1979, 24)

Neoliberalismus im semiperipheren Kontext jedoch anders als in den Zentrumsstaaten. Dies lässt sich auf divergierende gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Strukturmerkmale in dieser Zone der Weltwirtschaft zurückführen (Becker 2008, 16 ff.).

Zunächst bestehen dauerhafte Rudimente vorkapitalistischer Produktionsweisen und marginalisierte, teilweise dekommodifizierte Bereiche, die sich mit der vorherrschenden kapitalistischen Produktionsweise verbinden und zu einer doppelten »strukturellen Heterogenität« (Cordova 1973) der Gesellschaft beitragen. Diese artikuliert sich zum einen in hybriden Klassenverhältnissen, die aus der Existenz vorkapitalistischer Produktionsweisen hervorgegangen sind. Besonders bedeutend ist hier der ländliche Sektor, in dem anders als in den Zentrumsstaaten weiterhin signifikante Bevölkerungsgruppen beschäftigt sind. So sind vielerorts Kombinationen von zeitweiliger Lohnarbeit und landwirtschaftlicher Subsistenzproduktion von großer Bedeutung. Daneben bildete sich durch die neoliberale Politik in der (Semi-)Peripherie eine wachsende städtische Marginalbevölkerung heraus, die nicht direkt in die Kapitalakkumulation eingebunden ist (Davis 2007, 183 ff.). Die riesigen Slums an den Stadträndern wurden in vielen Ländern des globalen Südens – u. a. auch in Indien und Brasilien – zum zentralen sozialstrukturellen Kennzeichen der neoliberalen Wende. Durch diese »passive Proletarisierung« (ebd., 183) wurde die strukturelle Heterogenität weiter vertieft. Die fragmentierte Sozialstruktur in der Semiperipherie äußert sich zudem oftmals in einer relativ schwachen Zivilgesellschaft. Herrschaftsmechanismen wie Klientelismus, Kazikentum, Korruption oder Nepotismus sind in zahlreichen Ländern alltägliche Praktiken (Becker 2008, 19 ff.). Zusätzlich weist die Kapitalakkumulation in semiperipheren Staaten meist eine starke Außenorientierung auf. Diese spiegelt sich in der Herausbildung einflussreicher (transnationaler) Klassenfraktionen wider, die maßgeblich von der untergeordneten Position der Semiperipherie im Weltmarkt profitieren (Cardoso/Faletto 1976, 31). Die Interessen externer Wirtschaftsakteure wurden auf diese Weise internalisiert. Eng hiermit verbunden ist der starke Einfluss von Institutionen wie der *World Trade Organization* (WTO), des Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der Weltbank. Diese Institutionen können als »über« den Nationalstaaten angesiedelte »Verdichtungen sozialer Kräfteverhältnisse zweiter Ordnung« (Brand u. a. 2007, 225) gefasst werden, in denen die Regierungen der Zentrumsstaaten traditionell eine klare Vormachtstel-

STRUKTURELLE HETEROGENITÄT UND PASSIVE PROLETARISIERUNG

TRANSNATIONALE KLASSENFRAKTIONEN UND AUSSENABHÄNGIGKEIT

lung besitzen und somit die Rahmenbedingungen für die Entwicklung in der Semiperipherie abstecken können. Zugleich dienen sie oft auch als Rückversicherung, um die Interessen des (neoliberalen) Blocks an der Macht in Ländern der Semiperipherie abzusichern und z. B. mit der Hilfe von Strukturanpassungsmaßnahmen oder Zollsenkungen Einfluss auf die nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik Einfluss zu nehmen (Peet 2003; M. Taylor 2004) und so zur Herstellung einer transnationalisierten Wirtschaft beizutragen.

Aufgrund der Außenabhängigkeit und der fragmentierten Sozialstruktur ist der Handlungsspielraum der dominanten Kräfte in der Semiperipherie, materielle Konzessionen zu machen und darüber eine tragfähige Hegemonie herzustellen, deutlich eingeschränkt (Becker 2008, 20). Die neoliberale Ideologie konnte daher im globalen Süden keine langfristige Zustimmung der subalternen Klassen schaffen, selbst wenn die mit ihr verbundenen Restrukturierungsprozesse zeitweise als geeignete Instrumente zur Überwindung einzelner Krisenmomente, wie z. B. hoher Inflationsraten, angesehen wurden.

DURCHSETZUNG DES NEOLIBERALISMUS ALS PASSIVE REVOLUTION

Der Neoliberalismus setzte sich auch in der Semiperipherie als passive Revolution im Sinne Gramscis (1999 [1991ff.], H.8, §36, 966) durch, d. h. als eine Revolution von oben, in der die sozialen Verhältnisse zwar erneuert wurden, aber die subalterne Position der Bevölkerungsmehrheit unangetastet blieb. Dieser Prozess wurde meist von transnationalisierten Kapitalfraktionen angeleitet und führte zu einer fragilen Konstellation: Sofern in einigen Fällen überhaupt von einer neoliberalen Hegemonie die Rede sein kann, war diese nicht langfristig angelegt. Der neoliberale Machtblock war nur schwach und oberflächlich verankert und die Einbindung der Subalternen fand nur punktuell statt (Gill 1995, 78 ff.). Gerade in der Semiperipherie blieben der Modus der »Herrschaft durch Kontingenz« (Demirović 2008) und damit die Disziplinierung der Subalternen durch Wettbewerb, Leistungsprinzip und Standortkonkurrenz vorherrschend.

Folglich war der Neoliberalismus in der Semiperipherie stets umstritten und umkämpft. Maßgeblich von Ländern des globalen Südens ausgehend bildeten sich in den 1990er Jahren schließlich transnational vernetzte Bewegungen für eine »andere Globalisierung« heraus, die Widerstand gegen Projekte der transnationalen Kapitalfraktionen – etwa das (gescheiterte) Multilaterale Investitionsabkommen oder die Ausweitung der Agenda der WTO – leisteten (Brunnengräber 2006; Robertson

2002). Die Wechselwirkung zwischen transnationalen und nationalen gesellschaftlichen Prozessen und Kräfteverhältnissen war in diesen Auseinandersetzungen von großer Bedeutung. Denn die globalen Regulierungszusammenhänge wirkten nicht nur strukturierend auf die nationalen Gesellschaftsformationen. Umgekehrt konnten die nationalen sozialen Kämpfe auf transnationaler Ebene Knotenpunkte des komplexen Netzwerks der Regulierung blockieren und zur Veränderung von Machtstrukturen beitragen (Wissel 2007). Die Verallgemeinerung postneoliberaler Strategien zu ausstrahlungsfähigen gegenhegemonialen Projekten erfolgte, ähnlich wie im Fordismus, in dieser Konstellation allerdings über den Nationalstaat als zentralem Transmissionsriemen: Gerade in Südamerika konnten sich solche Strategien auf nationaler Ebene herausbilden sowie schließlich diffundiert und regional verallgemeinert werden (Schmalz 2008c, 340 ff.). Die Wurzeln für eine neue globale Hegemonie liegen folglich in den spezifischen Kräfteverhältnissen, Produktionsmodellen, sozioökonomischen Projekten und der Ideologieproduktion auf nationaler Ebene (Cox 1993). Allerdings bewegen sich die reformistisch-transformatorischen Strategien immer auf dem schmalen Grat zwischen der Überwindung und der Revitalisierung des Neoliberalismus: So läuft das zwangsläufige Nebeneinander von Elementen alter Politikmuster und ersten spürbaren Umbrüchen stets Gefahr, zu einer bloßen Dynamisierung des hegemonialen Blocks, wie im Falle der Politik des Dritten Weges in Großbritannien unter Blair oder in Deutschland unter Schröder, beizutragen (vgl. Kiely 2005; Nachtwey 2009).

Es gilt also für die Fälle Brasilien, Indien und China zu überprüfen, inwieweit die neoliberale Restrukturierung zentrale gesellschaftliche Faktoren wie die Sozialstruktur, die Produktions- und Arbeitsbeziehungen und die Weltmarkteinbindung verändert haben und ob ein stabiler Machtblock geschaffen wurde, der sich institutionell verankern konnte. Für die Frage einer Überwindung des Neoliberalismus ist wiederum von Bedeutung, ob neue gesellschaftliche Gruppen einen gegenhegemonialen Block bilden und auf dem Terrain des integralen Staates ein kohärentes politisches Projekt formulieren konnten, das schließlich zur Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen beiträgt und auch die globalen Kräfteverhältnisse verschiebt. Die Weltwirtschaftskrise 2008 ff. wird als eine intervenierende Variable wahrgenommen, die derartige Prozesse beeinflussen und sogar reformieren kann.

2.2. AUSBREITUNGSKANÄLE DER KRISE

PLATZEN DER US-IMMOBILIENBLASE

Damit rückt die Frage nach der Entstehung und insbesondere den konkreten Auswirkungen der Krise in den Mittelpunkt dieser Untersuchung. Der Ursprung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise lag zweifelsohne in der Immobilienblase in den USA, die im Sommer 2007 platzte, und durch den Zusammenbruch der fünfgrößten US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 eine weltweite Dimension erreichte.

Als Hintergrund für die Globalisierung der Krise waren zwei Dynamiken von Bedeutung, die durch die neoliberale Wende begünstigt wurden und die auch die nationalen Kapitalismusformationen seit den 1970er Jahren beeinflussten: die Expansion der Finanzmärkte und die Transnationalisierung der Produktion.

INTERNATIONALISIERUNG UND EXPANSION DER FINANZMÄRKTE IM KONTEXT DER ÜBER- AKKUMULATIONSKRISE

Dem neoklassischen Theorem folgend, dass der freie Kapitalverkehr zu einer verbesserten Ressourcenallokation führe (vgl. z.B. Friedman/Jacobson Schwartz 1971), wurde seit den frühen 1970er Jahren das feste Wechselkurssystem von Bretton Woods ausgesetzt, die in den OECD-Ländern bestehende Kapitalverkehrskontrollen abgeschafft und der Bankensektor dereguliert (Candeias 2004, 10 ff.; Dörre 2009, 54 ff.; Huffs Schmid 2002, 14 ff.). Eine rasche Internationalisierung und ein exorbitantes Wachstum der Finanzmärkte prägten den Kapitalismus in dieser Phase. Verschiedene Finanzmarktakteure, insbesondere institutionelle Investoren, drängten auf die Privatisierung der Rentenversicherungssysteme, auf weitere Liberalisierungen, auf niedrige Steuern und die Restrukturierung von Unternehmen. Eine Folge der neuen kurzfristigen Shareholder-Value orientierten Gewinnmaximierungsstrategien der Konzerne war eine sinkende Lohnquote in den Zentren. Die wachsende Nachfragerücke begünstigte die rasche Aufblähung des Finanzsektors: Das private Kapitalvermögen – Unternehmens- und Staatsanleihen, Aktien, Derivate, Währungen, Bankguthaben – stieg weltweit von 12 Bio. US\$ im Jahr 1980 auf über 167 Bio. US\$ im Jahr 2006 und damit auf das 14-fache an (Huffs Schmid 2009, 56). Umgekehrt geriet insbesondere das ärmste Viertel der US-Bevölkerung in einen Teufelskreis der Schuldenbedienung (Foster/Magdoff 2009, 28 ff.). Die strukturelle Überakkumulation trug schließlich entscheidend zur Immobilienspekulation in den USA bei: Nachdem die Blase in der New Economy 2000/01 ge-

platzt war, begünstigte die Niedrigzinspolitik der FED (Federal Reserve System) überschießende Investitionen in den Immobiliensektor, sodass die Preise massiv anzogen.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist zudem eine wachsende Verflechtung der kapitalistischen Produktionsweise zu beobachten. Durch die »neue internationale Arbeitsteilung« setzte sich eine qualitativ neue Form der Transnationalisierung der Produktion durch (Robinson 2004, 9 ff.). Auch der globale Güterhandel vervielfachte sich im Zeitraum von 1948 bis 2007 von 62 Mrd. US\$ auf beinahe 14 Bio. US\$. Der Weltmarkt löste – wie zuvor bereits angemerkt – die nationalen Wirtschaftskreisläufe als zentralen Referenzrahmen ab.³ Allerdings vollzog sich der Prozess der Transnationalisierung nicht gleichförmig. Einige Staaten entwickelten sich zu aktiven Waren- und Kapitalexporteurs, während andere Länder massive Defizite erwirtschafteten und eine eher passive Transnationalisierung erfuhren. In der Folge entstanden seit Beginn des neuen Jahrtausends strukturelle Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft. Vor allem die USA, aber auch Großbritannien oder Spanien nahmen hierbei die Rolle von verschuldeten Defizitländern ein, während Japan, Deutschland und insbesondere China sowie zahlreiche andere aufstrebende Schwellenländer (Ostasien, die Erdölproduzenten, Brasilien, Russland etc.) zu Überschuss- bzw. Gläubigerstaaten wurden (Wolf 2008, 78 ff.). Diese Konstellation förderte eine Vertiefung der Krise: Die globalen Ungleichgewichte verdeckten die latente Krisenhaftigkeit des Finanzmarktkapitalismus, indem die Überschüsse der Gläubigerländer, insbesondere Japans und Chinas, als Dollarguthaben an die US-amerikanische Zentralbank zurückflossen. Sie stützten damit indirekt auch die Niedrigzinspolitik, erweiterten die Kreditbasis der US-Konsumenten und US-Konsumentinnen und heizten letztlich die Immobilienblase in den USA an (Roth 2009, 206).

Die Ausbreitung der Krise im September 2008 in die semiperipheren Ökonomien Brasiliens, Indiens und Chinas (Becker/Jäger 2009, 54 ff.) hing eng mit diesen beiden Entwicklungen zusammen. Sie übertrug sich über zwei Kanäle: Eine rasche Form der Transmission verlief über

**TRANSNATIONALISIERUNG
DER PRODUKTION
UND STRUKTURELLE
UNGLEICHGEWICHTE IN
DER WELTWIRTSCHAFT**

**TRANSMISSIONSKANÄLE
DER KRISE: FINANZSEKTOR
UND AUSSENHANDEL**

3 So wuchs die Anzahl der transnationalen Unternehmen von rund 7.000 im Jahr 1970 auf beinahe 79.000 an. Heute wird etwa ein Drittel des Außenhandels innerhalb einzelner Konzerne abgewickelt. Die Durchsetzung der transnationalen Kapitalismusformation hat auch die Klassenstrukturen so verändert, dass diese sich stärker in den globalen Akkumulationsprozess einfügen (Robinson 2004, 49 ff.).

den Ansteckungseffekt im Finanzsektor. Dieser war besonders stark, wenn die Finanzinstitutionen im hohen Maße Gelder in neuartige Finanzpapiere investiert hatten, die in der Krise massiv an Wert verloren. Die Folge waren gewaltige Abschreibungen, eine Kreditklemme, Bankenpleiten, Kapitalflucht und auch die Einschränkung langfristiger Kapitalanlagen. Hiervon waren vor allem Länder betroffen, die eine Kapitalakkumulation unter der Dominanz des Finanzsektors erfuhren, also einen großen Finanzsektor aufwiesen, oder auch als Defizitländer auf massive Kapitalimporte angewiesen waren, d. h. durch passiv extrovertierte Akkumulationsregime geprägt waren.⁴

Der Exportkanal war der zweite bedeutende Transmissionsweg (Becker/Jäger 2009, 542). Die sinkende Nachfrage aus den Zentrumsstaaten führte zu einem Einbruch der Exporte, insbesondere in den außenorientierten industriellen Sektoren. Von diesem Krisenphänomen wurden vor allem Länder mit stark aktiv extrovertierten Akkumulationsregimen, d. h. Volkswirtschaften mit einem hohen Außenanteil am BIP und einer starken Einbindung in globale Produktionsnetzwerke, getroffen. Diese Länder waren in der globalen Konstellation Überschussländer und litten nun unter der sinkenden Nachfrage aus den Exportmärkten. Wie in den folgenden Kapiteln gezeigt wird, divergiert die Bedeutung dieser Kanäle in Brasilien, Indien und China.

2.3. TRANSFORMATIONSPFADE: KRISE DER WELTWIRTSCHAFT – KRISE NATIONALER KAPITALISMUSFORMATIONEN

Wie die beiden Transmissionskanäle bereits vermuten lassen, war die nationale Entwicklungsdynamik in den jeweiligen Ländern für die Tiefe, den Verlauf und die Verarbeitung der Weltwirtschaftskrise von zentraler Bedeutung. Allerdings verursachte sie teilweise derart tiefe Einschnitte, dass die Krise – auch in Brasilien, Indien und China – etablierte nationale Entwicklungsmodelle erschütterte und teilweise zur Disposition stellte. Die Überlegung, dass in den Nationalstaaten relativ dauerhafte institutionelle Arrangements bestehen, die soziale Kämpfe und ökonomische Prozesse in spezifische Verlaufsformen einbetten und mitunter für lan-

4 Zur Kategorisierung vgl. Becker (2002, 64–77) und Sablowski (2008).

ge Zeit stabil bleiben, ist jedoch keineswegs neu (Bruff 2005, 267). Vielmehr ist sie zu einem Allgemeinplatz in der vergleichenden politischen Ökonomie, allen voran im *Varieties of Capitalism*-Paradigma, geworden (Hall/Soskice 2001). Unterbelichtet in diesen Ansätzen bleibt jedoch, dass gesellschaftliche Prozesse in den Einzelstaaten auch von zentraler Bedeutung für die Entwicklung des globalen Kapitalismus sind und diese wiederum die nationale Ebene entscheidend beeinflusst (kritisch z. B. Bieling 2009; Jessop 2009). Dieses Wechselverhältnis spiegelt sich vor allem darin, dass transnationale Regulierungszusammenhänge, Akteure und Ereignisse – wie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise – strukturiert auf nationale Gesellschaftsformationen und ihre sozialen Dynamiken einwirken. Folglich bleibt »jede nationale Kartographie [defizitär], sofern nicht die strukturellen Determinanten und die internationalen Kräftekonstellationen berücksichtigt werden, die das (endogene) Kräftefeld a priori strukturieren bzw. »überdeterminieren« (Deppe 2000, 9; vgl. auch Röttger 2008). Gerade die subalterne Einbindung von (semi-)peripheren Gesellschaften in den Weltmarkt kann ohne ein Verständnis der Bedeutung transnationaler politökonomischer Prozesse, Strukturen oder Kräfteverhältnisse kaum gedacht werden. Allerdings bewegen sich viele Prozesse weiterhin primär auf nationaler Ebene, da z. B. keine voll ausgebildete globale Zivilgesellschaft existiert und auch supranationale Institutionen keine Eigenständigkeit besitzen, die sie dazu befähigen würde, die umkämpfte Weltordnung direkt zu regulieren. Unter anderem deswegen setzte sich der Neoliberalismus auch primär innerhalb von nationalen Kräfteverhältnissen durch und entfaltete sich in einem historisch gewachsenen, nationalstaatlich verfassten institutionellen Gefüge (Schmidt 2008a, 7 ff.). Der Ausgangspunkt für unsere Analyse ist daher die nationale Ebene, wohlwissend, dass wir stark transnationalisierte Kapitalismusvarianten untersuchen.

**NATIONALSTAATLICHE
ENTWICKLUNGS-
DYNAMIKEN UND TRANS-
NATIONALE REGULIE-
RUNGSZUSAMMENHÄNGE**

Die Krise, so eine weitere Prämisse der Studie, stellt potentiell eine Krise des institutionellen Gefüges der transnationalisierten Kapitalismusvarianten dar, indem sie für den Zeitraum ihres Andauerns veränderte politische Handlungsspielräume eröffnet. Sie kann gesellschaftlichen Kräften Spielräume für die Formulierung von politischen Projekten bieten, die auf eine Stabilisierung, eine graduelle Transformation oder auch einen radikalen Umbruch der bestehenden Ordnung zielen.

**KRISE DES GEFÜGES
TRANSNATIONALISierter
KAPITALISMUSVARIANTEN**

Die strukturellen Probleme und sozialen Verwerfungen, die sie produziert, können die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die ideologischen Auseinandersetzungen, die Akkumulationsbedingungen und die Weltmarkteinbindung verschiedener Nationalgesellschaften und -ökonomien nachhaltig verändern und so auch das institutionelle Gefüge, etwa die Arbeits- und Produktionsbeziehungen, neu strukturieren. Ob sich progressiv-reformistische, reaktionär-autoritäre oder revolutionär-sozialistische Transformationsstrategien durchsetzen, lässt sich jedoch nur am konkreten Fallbeispiel erörtern.

Wie wir in den folgenden Kapiteln detaillierter ausführen werden, hat sich in Brasilien in den letzten Jahren eine graduelle Abkehr vom Neoliberalismus vollzogen und in der Folge unter sozialdemokratischer Hegemonie ein Wachstumsmodell gebildet, das Wohlstandsgewinne für die Ausgeschlossenen ermöglicht. In Indien hat die neoliberale Entwicklungsstrategie zwar ein überaus dynamisches Wirtschaftswachstum befördert, zugleich aber Exklusion und Marginalisierung weiter Bevölkerungsteile, ja eine Reihe ernsthafter sozialer Krisen hervorgebracht. In China hat die Kommunistische Partei den »langen Marsch in den Kapitalismus« (Cho 2005) eingeleitet und ein erfolgreiches, stark exportgeleitetes und transnationales, aber auch unausgeglichenes Entwicklungsmodell angesteuert, ohne jedoch grundlegende bürgerliche Freiheitsrechte zu gewähren. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die globale Finanz- und Wirtschaftskrise entscheidende Umbrüche in der polit-ökonomischen Entwicklung dieser Länder markiert und eine Transformation befördert, die einen Bruch mit dem Neoliberalismus begünstigt.

2.4. RÜCKWIRKUNGEN AUF DAS KAPITALISTISCHE WELTSYSTEM

Eng mit der Entwicklung auf nationaler Ebene ist eine zweite zentrale Dimension der Restrukturierung verknüpft.

Es ist zu klären, inwieweit es sich bei dem Zusammenbruch auf den Finanzmärkten im Jahr 2008 (auch) um die Krise einer spezifischen räumlichen Anordnung der globalen Kapitalakkumulation handelt, in der die USA ihre Rolle als zentrale Schaltstelle verlieren (Boris/Schmalz 2009; Harvey 2009).

Für diese Fragestellung sind die Überlegungen von Giovanni Arrighi (1982, 71f.; Arrighi 2008; Arrighi/Moore 2001, 43) von Bedeutung. Dieser hat herausgearbeitet, dass die großen Krisen der Kapitalakkumulation stets als Krisen einer spezifischen Struktur des Weltmarkts, die von einer Hegemonialmacht strukturiert wird, zu verstehen sind. Hegemonialmächte nehmen folglich die Funktion wahr, materielle, administrative und militärische Kapazitäten zu bündeln und ein Angebot von *World Governance*-Kapazitäten zur Verfügung zu stellen (Arrighi/Silver 1999, 26 ff.). Sie beheimaten die Kommandohöhen der globalen Kapitalakkumulation und meist große militärische Macht. Historisch ging diese Funktion schrittweise von Genua und Spanien über Holland zu England und schließlich zu den USA über, wobei die stetige Expansion des kapitalistischen Weltsystems in immer mächtigere Blöcke von Regierungs- und Unternehmensorganisationen, immer größere und komplexere *spatial fixes* (Harvey 2003, 109) eingelassen war.

Eine erste Krise einer solchen Konfiguration drückt sich demnach in einer enormen Expansion des Finanzsektors aus, in der aggressiv um liquides Kapital konkurriert wird und durch die der Hegemon kurzfristig neue Machtressourcen anhäufen kann. Langfristig verliert sie jedoch an Macht, da die Aufblähung des Finanzsektors im Hegemonialstaat mit der Entstehung neuer produktiver Zentren in anderen Weltregionen einhergeht, bis schließlich die Struktur des Weltmarkts in einer gewaltigen Wirtschaftskrise endgültig zerbricht. Eine solche *switching crisis* (Harvey 1999, 428) ist der Beginn einer schöpferischen Zerstörung, durch die eine alte räumliche Konfiguration der Kapitalakkumulation – oftmals sehr langsam – durch eine neue ersetzt wird. In der heutigen Konstellation kann von einer Krise des US-amerikanischen Blocks von Regierungs- und Unternehmensorganisationen ausgegangen werden: Die USA sind zum Hauptschuldner in der Weltwirtschaft geworden. Institutionen, wie der IWF und die Weltbank, die lange Zeit von ihnen dominiert wurden, haben in Weltregionen wie Ostasien und Südamerika an Einfluss verloren.

Vor diesem Hintergrund könnten die BRIC-Staaten, allen voran China, als neue große Herausforderer des Westens auftreten (z. B. Bieling 2007, 221 ff.; Hurrel 2006). Die bloße »Bedeutung der Zahl« (Braudel 1985, 47), etwa ihr schierer territorialer Umfang oder ihre Bevölkerungsgröße, könnten es diesen Staaten ermöglichen, mächtige Blöcke von Regierungs- und Unternehmensorganisationen in großen *spatial fixes* an sich zu binden und schließlich die US-Hegemonie herauszufordern.

**DIE BRIC-STAAATEN
ALS HERAUSFORDERER
DES WESTENS**

Die Krise könnte demnach die Erosion der alten US-dominierten Weltordnung beschleunigen (Boris/Schmalz 2009; Harvey 2009). Dabei ist es eine Besonderheit der gegenwärtigen Situation, dass mehrere semi-periphere kapitalistische Staaten aktiv um die Re-Strukturierung des kapitalistischen Weltsystems ringen (Flemes 2010; Schmalz 2010a, b).

Zum einen ist deshalb für unsere Untersuchung von Bedeutung, ob Brasilien, Indien und China fähig sein werden, im Windschatten der Krise die eigene wirtschaftliche Position auszubauen und verstärkt regional sowie auch global an Einfluss durch Investitionen, Kredite, militärische Kapazitäten, etc. zu gewinnen. Hierbei ist von Interesse, inwieweit die drei Staaten in internationalen Institutionen, etwa im IWF, der WTO oder im *World Economic Forum*, an Gewicht gewinnen können und ob sie autonome *Global Governance*-Strukturen aufbauen. Zum anderen muss analysiert werden, ob neue Formen von nationalen Produktions- und Lebensweisen⁵ an Ausstrahlungskraft gewinnen und ob wichtige Akteure und Akteurinnen aus den drei Ländern damit verbundene außenpolitische Regulierungsvorstellungen, d. h. »post-neoliberale« Visionen, diffundieren und so dazu beitragen, eine neue globale Kapitalismusformation oder sogar eine gesellschaftliche Alternative zu etablieren.

2.5. ZUM VORGEHEN BEI DER UNTERSUCHUNG

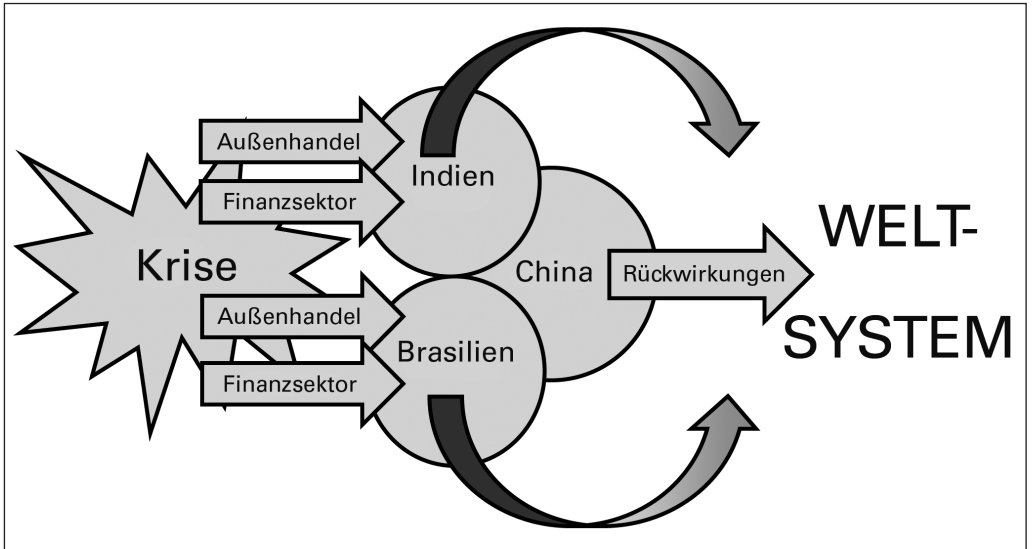
Das zentrale Anliegen dieser Studie lässt sich nach diesen Vorüberlegungen wie folgt präzisieren:

In den Länderstudien gehen wir der Frage nach, inwiefern die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise zu nachhaltigen gesellschaftlichen Umbrüchen in Brasilien, Indien und China geführt bzw. beigetragen hat und inwieweit diese auf die globale Konfiguration des Kapitalismus zurückwirken. Dabei legen wir besonderes Augenmerk auf die Bedeutung neoliberaler Ideologie und Politik und deren historische Entwicklung. Eine Leitfrage der Länderstudien ist, inwiefern sich durch die Krise die Wirkungsmacht des Neoliberalismus verändert hat oder ob sogar »postneoliberale« Strategien auf dem Terrain des integralen Staates handlungsleitend werden.

5 Bei der Analyse des Formwandels der Hegemonie in den einzelnen Ländern gehen wir nur oberflächlich auf die Lebensweise der Bevölkerung in der jeweiligen historischen Formation ein. Dies würde ansonsten den Rahmen der Studie sprengen.

Hierfür untersuchen wir in den einzelnen Kapiteln die historischen, politischen und ökonomischen Umbrüche in Brasilien, Indien und China. Die Ergebnisse für die Länder werden jeweils im Vierschritt von 1) Entwicklung in der Ära des Fordismus; 2) Krise des Fordismus, Transformation und relative Vorherrschaft des Neoliberalismus; 3) spezifische Verläufe und Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise sowie Krisenreaktion und 4) politische und ökonomische Rückwirkungen auf die Entwicklung der globalen Kapitalismusformation dargestellt. In der Analyse stehen der Einfluss der beiden Krisenübertragungskanäle – Finanzsektor und Außenhandel – auf die Volkswirtschaft, die jeweilige gesellschaftliche Reaktion auf die Krise, die Restrukturierung der nationalen Kapitalismusformation und die außenpolitischen Aktivitäten im Mittelpunkt (vgl. Abb. 1). Dabei werden wir für das jeweilige Land auf die wichtigsten der folgenden Dimensionen eingehen: a) den vorherrschenden Modus der Weltmarkteinbindung und die daran gekoppelten Abhängigkeitsmuster, etwa Außenverschuldung, Handelsbeziehungen, die sektorale Einbindung in transnationale Wertschöpfungsketten und die technologische Abhängigkeit; b) das wirtschaftliche Regime, d.h. das Akkumulationsregime und die Regulationsweise (Binnennachfrage, Wirtschaftswachstum, technologische Leitsektoren, Grad sowie Art und Weise der Außenverflechtung); c) die Produktions- und Arbeitsbeziehungen (Produktionsmodell und Produktivität, Größe des Industriesektors; Verhältnis von Gewerkschaften, Staat und Unternehmen); d) die diskursiv-ideologischen Grundlinien in der Zivilgesellschaft (hegemoniale Projekte, ideologische Leitbilder und Religion); e) die Zusammensetzung des Blocks an der Macht (führende und subalterne Gruppen, Einfluss von außenorientierten Kapitalfraktionen); f) allgemeine Veränderungen der Sozialstruktur (soziale Spaltung, Land-Stadt-Verhältnisse, Geschlechterverhältnisse); g) die zeitliche Einordnung und Triebkräfte der Entstehung und h) die Krise der hegemonialen Konstellation; i) die Gegenbewegungen zur vorherrschenden Hegemonie (Arbeiter- und Arbeiterinnen, Antiprivatisierungs-, Frauen- und antirassistische Bewegungen); j) das politische System und die Transformation von Staatlichkeit; k) die außenpolitische Einbindung (Position im Ost-West-Konflikt, Süd-Süd-Kooperation, regionale Integration) und l) die gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Auswirkung von CO²-Emissionen, Waldrodung, Biopiraterie etc.).

**ABB. 1 KRISENDYNAMIKEN IM WELTSYSTEM:
BRASILLEN, INDIEN UND CHINA**



Quelle: Eigene Darstellung

BRASILIAN:
SOZIALDEMOKRATISCHE
WENDE UND KRISE

3.

Die Weltwirtschaftskrise 2008 trug in Brasilien zu einer umfassenden sozialdemokratischen Umorientierung bei, die allerdings bereits seit der Amtsübernahme der Regierung Luiz Inácio »Lula« da Silva im Jahr 2003 eingesetzt hatte. Brasilien überstand die Krise insgesamt erstaunlich gut. Frühere Turbulenzen auf den Finanzmärkten hatten das Land stets hart getroffen. Die keynesianische Wirtschaftspolitik wurde dadurch zusätzlich legitimiert. Im Folgenden wird dargestellt, wie sich in Brasilien seit den 1930er Jahren zunächst langsam ein dirigistischer Entwicklungsstaat herausbildete. Dieser war in der Militärdiktatur 1964 bis 1985 zwar am weitesten ausgebaut, aber gleichzeitig schuldenfinanziert und kam nur dem obersten Fünftel der brasilianischen Gesellschaft zugute. Es folgte Ende der 1970er Jahre eine tiefe Legitimationskrise. Die langsame Demokratisierung in den 1980er Jahren mündete nach den ersten freien Präsidentschaftswahlen 1990 in einer raschen wirtschaftlichen Liberalisierung, durch die ein eher marktgetriebenes, finanzmarkt-orientiertes Wirtschaftsmodell implementiert wurde. Der brasilianische Neoliberalismus war jedoch instabil, nicht sonderlich tief greifend und nur von kurzer Dauer. In den zwei Legislaturperioden der Regierung Lula (2003–2010) konnte sich bereits ein klar konturiertes, »postneoliberales« sozialdemokratisches Modell festigen.

3.1. VOM »ESTADO NOVO« ZUM »MILAGRE ECONÔMICO«: BRASIL IEN IM GLOBALEN FORDISMUS

Auch in Brasilien rief die Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929 einen Strukturwandel hervor. Das Wirtschaftsregime, das daraus hervorging und oftmals als Importsostituierende Industrialisierung (ISI) bezeichnet wird, durchlief zwei unterschiedliche Zeitabschnitte (Boris 2009, 27, 46). In der ersten Phase von 1930 bis 1964 rangen verschiedene politische Strömungen um Einfluss in den Staatsapparaten. Im Mittelpunkt stand die Frage nach der Ausrichtung des brasilianischen Wirtschaftsmodells und der gesellschaftlichen Rolle der subalternen Klassen. Demokratische wechselten sich mit autoritären Episoden ab. Nach einem Putsch im März 1964 herrschte bis 1985 das Militär. In der Diktatur wurde ein Modell assoziierter Industrialisierung durchgesetzt. Auslandsinvestitionen und Exportorientierung wurden mit einer Fortsetzung der Importsstitution verbunden.

3.1.1. AUFSTIEG, NIEDERGANG UND RÜCKKEHR DES »GETÚLISMO«

Das Jahr 1930 markiert für Brasilien eine Weichenstellung, die durch einen Staatsstreich eingeleitet wurde (Skidmore/Smith 1992, 164). Die Machtübernahme von Getúlio Vargas, der zunächst lediglich als Interimspräsident eingesetzt worden war, um Konflikte innerhalb der brasilianischen Machteliten zu schlichten, beeinflusste Staat und Wirtschaft nachhaltig. Getúlio Vargas regierte zunächst von 1930 bis 1945 und ein zweites Mal von 1951 bis 1954. Die Weltwirtschaftskrise 1929–1933 hatte Brasilien hart getroffen. Über 500 Fabriken mussten schließen, die Exporte nahmen wertmäßig um die Hälfte ab und zwei Millionen Menschen wurden in die Arbeitslosigkeit geworfen (Bernecker u. a. 2000, 246). Die Regierung Vargas reformierte das Wirtschaftssystem, um der katastrophalen Situation zu entgegnen. Um die lange Krise der Kaffeewirtschaft zu überwinden, wurden massive Industrialisierungsbemühungen eingeleitet. In kürzester Zeit wurde eine einfache, binnenmarktorientierte Konsumgüterindustrie (u. a. Textilien und Lebensmittel) aufgebaut (de Souza 2005, 53 ff.). In den folgenden Jahren weitete sich die Industriestruktur immer weiter aus. Mitte der 1950er Jahre waren schließlich Grundzüge einer Kapitalgüterindustrie und bedeutende Staatsunternehmen, etwa im Erzbergbau und der Stahlindustrie, entstanden. Dieser Umbruch ging mit einer Phase hohen Wirtschaftswachstums einher: Nachdem in den 1930er Jahren die Grundlage mit einer Steigerung der Industrieproduktion von jährlich ca. 10 % gelegt wurde, kam es in den 1940er Jahren zu einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung, die in den 1950er Jahren in hohen BIP-Wachstumsraten von bis zu 8,2 % gipfelte.

Der autoritäre Entwicklungsstaat (*Estado Novo*) bündelte ab 1937 die staatlichen Machtressourcen. Vargas erhielt für rund sieben Jahre Vollmachten, die es ihm erlaubten, diktatorisch zu regieren. Der Zentralstaat wurde gegenüber den einzelnen Bundesstaaten aufgewertet. Eine moderne Bürokratie wurde aufgebaut und eine aktive Wirtschaftspolitik umgesetzt. Der *Estado Novo* zeichnete sich jedoch zugleich durch eine zeitweise scharfe Unterdrückung der politischen Linken und einen Ausbau der repressiven Staatsapparate aus. Dennoch stand der *Estado Novo* jedoch primär für den Versuch, »in Brasilien endlich einen zentralen Staat zu schaffen, imstande, die Funktionen zu erfüllen, die man

**MACHTÜBERNAHME
VON GETÚLIO VARGAS**

**AUTORITÄRER
ENTWICKLUNGSSTAAT
UND WIRTSCHAFTSBOOM**

im 20. Jahrhundert von einem solchen Staat erwarten könnte« (Halperin Donghi 1994, 464).

Die ideologische Einordnung der Regierung Vargas fällt jedoch äußerst schwer, da viele ihrer politischen Maßnahmen »progressiv und autoritär, modern und konservativ zugleich« (Novy 2001, 82) waren. Zudem verschoben sich die Hauptkonfliktlinien in der brasilianischen Gesellschaft mit der Zeit, wodurch sich auch die Regierung Vargas veränderte.

HEFTIGE POLITISCHE AUSEINANDERSETZUNG IN DEN 1930ER JAHREN

Gerade die 1930er Jahre waren von heftigen politischen Kämpfen geprägt. Die größte Herausforderung für Vargas war zunächst die liberale Sezessionsbewegung *Liga-Pro Constituinte* in São Paulo, die 1933 den Krieg erklärte. Nachdem die Separatisten militärisch niedergeschlagen waren, sah sich die Regierung zwei weiteren politischen Strömungen gegenüber: Zum einen organisierte die hauptsächlich von der kommunistischen *Partido Comunista Brasileiro* (PCB) kontrollierte *Aliança Nacional Libertadora* im November 1935 einen bewaffneten Aufstand gegen das Regime, der jedoch kläglich scheiterte (Gorender 2005, 166). Gleichzeitig begann die faschistisch orientierte *Ação Integralista Brasileira* an Einfluss zu gewinnen. Sie erreichte zu Hochzeiten eine Massenbasis von rund 2 Mio. Mitgliedern und Sympathisierenden. Vargas nutzte den kommunistischen Aufstand für die Durchsetzung der diktatorischen Verfassung des *Estado Novo* 1937 und kam damit den für das Folgejahr angesetzten Wahlen zuvor (Skidmore/Smith 1992, 167). Im gleichen Jahr versuchten die Integralisten, gegen die Regierung Vargas zu putschen, doch auch sie scheiterten. Unter dem Einfluss des Zweiten Weltkriegs begann sich die pro-amerikanische Fraktion in der Regierung Vargas durchzusetzen und eine Öffnung des politischen Systems zuzulassen. In der Regierung ließ sich zudem eine Linkswende beobachten: »Seit 1942 bemühte sich das Arbeitsministerium verstärkt darum, neue Gewerkschaften zu gründen, unterstützte mit neuem Eifer deren Forderungen und kontrollierte mehr und mehr die Erfüllung der Arbeitsgesetzgebung« (Halperin Donghi 1994, 466).

Im Jahr 1945 zwang das Militär schließlich Vargas zum Rücktritt. Damit öffnete sich eine Konfliktlinie um die Ausrichtung des nationalstaatszentrierten Entwicklungsmodells, die die populistisch-demokratische Phase bis 1964 maßgeblich prägen sollte.

Stark national orientierte Koalitionen, die »Entwickler« (*desenvolvimentistas*), wechselten sich mit den »Aushändigern« (*entreguistas*) ab (Vizentini 2003, 13 ff.), die eine Strategie der assoziierten Entwicklung bevorzugten. Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Blöcken drehte sich dabei vor allem um die Rolle des ausländischen Kapitals bei der Ausgestaltung des Industrialisierungsprozesses. Mit der zweiten Regierung Vargas (1951–1954) setzte sich erneut eine national orientierte Koalition durch. Mit der Kampagne *O petróleo é nosso* (Das Erdöl gehört uns) trieb sie die Verstaatlichung der Erdölproduktion voran. Anschließend kamen mit der Regierung Café Filho (1954–1956) politische Kräfte in die Regierungsverantwortung, die eine Außenöffnung einleiteten. Dieser Kurs wurde von der Regierung Juscelino Kubitschek (1956–1961) fortgesetzt.

»ENTWICKLER« GEGEN
»AUSHÄNDIGER«

Die Auseinandersetzungen artikulierten sich deutlich im herrschenden Block. Vargas' Industrialisierungspolitik fand politische Unterstützung durch einen neuen sozialen Machtblock aus Industriebourgeoisie, Militär, der neu geschaffenen staatlichen Bürokratie, urbanen Mittelklassen und auch der städtischen Arbeiterschaft, die sich um ihn als populistische Führerfigur gruppierte (Weffort 2003, 71 ff.). Vargas' konservatives Modernisierungsprojekt lässt sich als passive Revolution im Sinne Gramscis beschreiben. Das Industrialisierungsprojekt wurde vorangetrieben, ohne die Landoligarchie in ihrer Machtposition anzugreifen. Der Machtblock war stets fragil: Neben den Spaltungen zwischen binnenmarktorientierten und außenorientierten Kapitalfraktionen waren vor allem die internen Konflikte im Militär und in der staatlichen Bürokratie, aber auch die Positionierung der Arbeiterklasse zu den Regierungsprojekten hierfür verantwortlich. Die vargaistischen Parteien *Partido Trabalhista Brasileiro* (PTB) und *Partido Social Democrata* (PSD) konkurrierten in den Wahlen mit der liberalen *União Nacional Democrática* (UND) um die Mehrheit der Stimmen. Trotz dieser Wechselhaftigkeit ist die Periode von 1930 bis 1964 als eine geschlossene historische Phase zu verstehen: Vargas selbst war in dieser Zeit 19 Jahre Präsident, und mit Juscelino Kubitschek (1956–1961) und João Goulart (1961–1964) folgten ihm später zwei seiner Anhänger in diesem Amt.

VARGAISMUS
ALS KONSERVATIVES
MODERNISIERUNGS-
PROJEKT

Als ein weiteres verbindendes Element dieser Phase kann das binnenmarktorientierte Entwicklungsmodell gelten, das vor allem auf den Konsum des Bürgertums und der Mittelklassen ausgerichtet war (Novy 2001,

96 ff.). Dieser »periphere Fordismus« (Lipietz 1986, 23) basierte auf einem ausgeprägten Korporatismus, der zum einen die Reproduktion der urbanen Arbeiterklasse ermöglichte, zum anderen aber die Unternehmerinteressen in den Staatsapparaten bevorzugte. Der Vargaismus integrierte die urbanen Massen in die Politik und legte somit die Grundlage für die industriellen Beziehungen der kommenden Jahrzehnte.

GRÜNDUNG VON STAATLICHEN GEWERKSCHAFTEN

Die frühen 1930er Jahre waren durch viele Streiks geprägt. Die Regierung reagierte mit verschiedenen Arbeitsgesetzen, etwa zur Begrenzung von Kinderarbeit und zur Einführung des Acht-Stunden-Tages. Anfang der 1940er Jahre wurden weitreichende Gesetze, darunter die Einführung des Mindestlohns, verabschiedet und mit der neuen *Consolidação das Leis de Trabalho* (CLT) 1943 die Grundlage für eine Betriebsverfassung gelegt (Leubolt/Tittor 2008, 127; Giannotti 2007, 136). Dies ist keineswegs mit unabhängigen Gewerkschaftsverfassungen zu verwechseln. Vielmehr wurden staatliche Gewerkschaften gegründet und finanziert, die in den Machtblock integriert waren und von oben mobilisiert wurden. Nach der demokratischen Wende 1945 wurden die Arbeitsgesetze beibehalten, die Streikaktivitäten der Arbeiter nahmen jedoch phasenweise deutlich zu (ebd., 154).

Außenpolitisch positionierte die Regierung Vargas sich in den 1930er Jahren als Wirtschaftspartner Nazideutschlands. Dadurch war es ihr möglich, die einseitige Abhängigkeit von den USA zu reduzieren (Cervo/Bueno 2002, 248 ff.). Der Anteil der brasilianischen Exporte, die ins Deutsche Reich gingen, stieg bis 1938 auf ein Viertel. Als Brasilien dann nach anfänglicher Neutralität im Jahr 1942 auf Seiten der Alliierten in den Zweiten Weltkrieg eintrat, konnte die Regierung dies nutzen, um Wirtschaftsförderung durch die USA, wie die Finanzierung des ersten brasilianischen Stahlwerks am Standort Volta Redonda, herauszuhandeln. Im Gegenzug ermöglichte Brasilien den USA, Militärstützpunkte auf brasilianischem Territorium aufzubauen und beteiligte sich ab 1944 mit 25.000 Soldaten an der Befreiung Italiens. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb Brasilien in das westliche Bündnissystem eingebunden. Der Einfluss der Sowjetunion blieb marginal. Innerhalb der Allianz mit den USA konnte das Land immer wieder materielle Konzessionen erringen, die das Entwicklungsprojekt vorantrieben (Schmalz 2008a, 57 ff.). Allerdings geriet dieser Tauschhandel spätestens in der Ära Kubitschek Ende der 1950er Jahre an seine Grenzen. Die Aufnahme von Handels-

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG DURCH DIE USA

beziehungen mit der Sowjetunion 1959 sowie der zeitweilige Bruch mit dem IWF zeugen von dem Versuch, das nationale Entwicklungsprojekt durch eine höhere außenwirtschaftspolitische Diversifizierung voranzutreiben. Mit dem entwicklungspolitischen Großprojekt einer amerikaweiten *Alliance for Progress*, die durch die Regierung John F. Kennedy 1961 ins Leben gerufen wurde, erwachten letzte Hoffnungen auf einen »Marshall-Plan für Lateinamerika«. Diese wurden jedoch schnell wieder enttäuscht.

Die Frustration über die Resultate dieser Kooperation wurde durch den Regierungswechsel 1961 in neue Bahnen geleitet. Die Regierungen Quadros und Goulart (1961–1964) versuchten daher mit ihrer *Política Externa Independente* (PEI), die außenwirtschaftlichen Kontakte zu diversifizieren und sich stärker von den USA abzukoppeln. Dabei scheuten sie vor Kontakten zum realsozialistischen Lager nicht zurück. Zu diesem Zeitpunkt äußerten sich auch die strukturellen Blockaden des Entwicklungsmodells. Sie zeigten sich u. a. in der erhöhten Ausbeutung der Arbeitskräfte und in einer rasch ansteigenden Inflationsrate. Der Ausweg wurde im Ausbau des Binnenmarkts gesehen (Vizentini 2003, 28). Dafür ging der vargaistische Machtblock verstärkt auf die Linke zu und kooperierte erstmals mit der PCB, die von ihrer fundamentaloppositionellen Position abrückte. Im Jahr 1963 wurde die Gründung von Landarbeitergewerkschaften legalisiert. Damit wurde ein Stützpfiler des Korporatismus ausgehebelt. Maßnahmen, wie die Einführung einer Gewinntransfersteuer oder die Verstaatlichung einer Unternehmensechter der US-amerikanischen ITT durch den Bundesstaat Rio Grande do Sul, sowie erste Schritte in Richtung einer Landreform, kamen einer Kampfansage an »eine große Koalition der Rechten, konservativer kirchlicher Gruppen, führender Militärs, vieler Gouverneure und nicht zuletzt des Botschafters der USA« gleich (Bernecker u. a. 2000, 269), die schließlich eskalierten. Einer regierungsnahen Mobilisierung mit knapp 150.000 Menschen am 13. März 1964 in Rio de Janeiro folgte sechs Tage später der oppositionelle, von dem Bürgertum und den Mittelklassen getragene *Marcha da Família com Deus pela Liberdade* (Marsch der Familie mit Gott für die Freiheit) mit ca. 200.000 Menschen. Für die Rechte war das Signal für den Militärputsch am 31. März gegeben. Dieser gründete also in der »zunehmenden sozialen Unruhe und dem spürbaren Kontrollverlust der Politik« (ebd., 272).

**LINKSREGIERUNGEN
QUADROS UND GOULART**

**MILITÄRPUTSCH
IM MÄRZ 1964**

3.1.2. DIE MILITÄRDIKTATUR: »SEGURANÇA E DESENVOLVIMENTO«

Der Militärputsch 1964 war der Beginn für einen Wandel des brasilianischen Entwicklungsmodells.

AUTOMATISCHE ALLIANZ MIT DEN USA

Die PEI wurde vorerst durch eine »automatische Allianz« mit den USA ersetzt. Mit dem *Plano de Ação Econômica do Governo* (PAEG) verfolgte die Militärregierung Castelo Branco (1964–1967) eine Austeritätspolitik, die durch eine rigide Einschränkung der Rechte der Arbeit und Arbeiterinnen begleitet wurde (de Souza 2005, 110 ff.). So wurden im Jahr 1965 die Löhne mit dem Lei n° 4.725, das auch als *Lei do Arrocho* (»Knebelgesetz«) bekannt wurde, eingefroren (Giannotti 2007, 187). Zusammen mit der Öffnung für ausländische Investitionszuflüsse wirkte die politische Umorientierung als eine »schöpferische Zerstörung« der alten Ordnung. Allerdings rief sie Widerstand hervor. Dieser äußerte sich im Jahr 1968 in einer Streikwelle in Osasco und in Minas Gerais sowie in studentischen Massenmobilisierungen (ebd., 197 ff.; da Silva 2008). Die Militärdiktatur antwortete mit harter Hand: Rund 400 Arbeiterinnen und Arbeiter und der gesamte 30. Kongress der Studentenvereinigung *União Nacional dos Estudantes* (UNE) wurden inhaftiert. Direkt danach, Ende 1968, ging das Militär mit dem *Ato Institucional n° 5* zur offenen Diktatur über: So wurden nun Streiks verboten. Das passive und aktive Wahlrecht von Einzelpersonen konnte für zehn Jahre aberkannt und Parlamentarierinnen und Parlamentarier konnten willkürlich suspendiert werden.

PUTSCH IM PUTSCH

Die Geschehnisse deuten auf eine Reorganisation im Block an der Macht hin. Die politische Herrschaft wurde nun vor allem von den Militärs, die die höchsten Machtpositionen einnahmen, sowie einer starken Technokratie in Verwaltung und in den Staatsunternehmen organisiert, während Ober- und Mittelklassen die Militärdiktatur politisch stützten. Die subalternen Klassen wurden entweder mit punktuellen sozialen Wohltaten eingebunden oder mit brutaler Repression niedergehalten.

Seit 1968 entstanden verschiedene kommunistisch orientierte Guerillaorganisationen, die allerdings nach einigen Jahren militärisch aufgegeben wurden. Die Militärs installierten zudem ein systemkonformes Zweiparteiensystem, regierten mit Dekreten am Parlament vorbei, setz-

ten widerspenstige Parlamentarier und Parlamentarierinnen nach Gutdünken ab und terrorisierten die außerparlamentarische Opposition (König 2009, 679 f.).

Ideologisch verfolgten die Militärs eine Doppelorientierung. Sie legitimierten zum einen ihre Herrschaft mit der Garantie von Stabilität und Sicherheit (*segurança*). Dafür sollte zum anderen eine rasche Entwicklung (*desenvolvimento*) durch hohes Wirtschaftswachstum erreicht werden.

Zusätzlich wurden unter dem Motto *Brasil potência* in den 1970er Jahren offene Weltmachtambitionen deutlich, die sich auch in einem ehrgeizigen Atombombenprogramm widerspiegelten. Außerdem begannen nun auch die Militärs, eine pragmatische Außenhandelsdiversifizierung zu fördern (Schmalz 2008a, 65 ff.). Die Regionalmachtbestrebungen und das gewachsene ökonomische Potential Brasiliens wurden von den USA anerkannt. Die enge Kooperation mit den USA und die Bekämpfung linksgerichteter Regierungen auf dem Subkontinent förderte die Wahrnehmung Brasiliens als »sub-imperiale« Macht (Marini 1974). Das kulturelle Leben war indes durch Zwangsexilierung und Zensur eingeschränkt. Zum selben Zeitpunkt wurden Fußballspiele und Karneval als wirkungsvolle Identifikationsmerkmale für das neue Brasilien inszeniert. Im Block an der Macht existierten auch interne Spaltungslinien: Es gab zwei verschiedene Strömungen, die Hardliner der *linha dura*, die brutale Repression durchsetzen wollten, und die gemäßigte *linha branda*, die mittelfristig zu einem Rechtsstaat zurückkehren wollte. Die *linha dura* hatte 1967 mit der Machtübernahme von Costa e Silva (1967–1969) an Einfluss gewonnen und behielt ihre dominante Stellung bis 1974.

Die Militärs schwenkten in der Wirtschaftspolitik auf ein neues Industrialisierungsmodell um. Bei diesem wurden Elemente intensiver Akkumulation durch eine externe Finanzierung abgestützt. Zu Kennzeichen des neuen Entwicklungspfades wurden massive Auslandsinvestitionen im Kontext einer dirigistischen, staatlichen Wirtschaftsplanung, eine Exportorientierung, eine relative Enge des Binnenmarktes bei hoher Einkommenskonzentration und vor allem in den 1970er Jahren eine Aufnahme von billigen Auslandskrediten. Unter der Regierung Médici (1969–1974) erreichte dieses Modell seinen Höhepunkt. Das Wirtschaftswachstum stieg von 1968–1974 auf durchschnittlich 11,5 %, im

OFFENE WELTMACHT- AMBITIONEN BRASILIENS

**BRASILIANISCHES
»WIRTSCHAFTSWUNDER«**

langlebigen Konsumgüterindustriesektor sogar auf 23,8 % im Jahr. Das brasilianische *milagre econômico* (Wirtschaftswunder) kam allerdings nur dem reichsten Viertel der Bevölkerung zugute (Fiechter 1972, 232). Der Aufschwung wurde durch einen Investitionsschub ausländischer Unternehmen, die Aufnahme von günstigen Krediten und massiven Infrastrukturprogrammen, etwa dem *I Plano Nacional de Desenvolvimento* (IPND), abgestützt. In der Phase der Regierung Medici konsolidierte sich die als *tripé* bezeichnete Wirtschaftsstruktur des Landes: »Die staatlichen Kapitalfraktionen stellten die Infrastruktur, die Energie und die industriellen Kapitalgüter her (Stahl, Maschinen). Die transnationalen Unternehmen produzierten die langlebigen Konsumgüter (Automobile und Haushaltsgeräte), und das private nationale Kapital wandte sich der Produktion von Halbfertigprodukten (Autoteilen) und kurzlebigen Konsumgütern zu« (Vizentini 2003, 46). Das Modell war jedoch nur möglich, da zentralisierte Gewerkschafts- und Unternehmerverbände verboten waren und auf diesem Weg eine Überausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen forciert wurde.⁶

**DOPPELTE
LEGITIMATIONSKRISE DER
MILITÄRDIKTATUR**

Die Militärdiktatur geriet ab Mitte der 1970er Jahre zunehmend in eine doppelte Legitimationskrise (Schmalz 2008a, 70 ff.). Zunächst hatte die Regierung Geisel (1974–1979) in ihrer Amtsperiode mit Erschöpfungsanzeichen des Akkumulationsregimes, d. h. einer latenten Wirtschaftskrise, zu kämpfen. Der erste Ölpreisschock 1973/74, durch den sich die Kosten für die Erdölimporte vervierfachten, der Verfall der übrigen Rohstoffpreise und die umfangreichen Kapitalzuströme zogen die Leistungsbilanz des Landes immer mehr in den negativen Bereich. Der Binnenmarktentwicklung waren durch die ungleiche Einkommens- und Landverteilung enge Grenzen gesetzt. Auch das Exportwachstum konnte nicht ausgeweitet werden. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre sank das BIP-Wachstum auf jährlich 6 bis 7 % ab. Die Regierung Geisel versuchte, der abflauenden Dynamik durch den über 200 Mrd. US\$ schweren *II Plano Nacional de Desenvolvimento* (II PND) zu begegnen (de Souza 2005, 253 ff.).

6 Die Lohnquote im Industriesektor fiel von 1964 bis 1968 von 18 % auf 16,5 %, um bis 1970 auf 17,2 % anzusteigen und schließlich bis zum Jahr 1973 auf 15,2 % zu fallen (de Souza 2005, 159 ff.).

Mit einer Vertiefung der Importsubstitution und der Weiterentwicklung der Kapitalgüterindustrie sollte bei gleichzeitiger Förderung der Exportpolitik ein neuer Wachstumszyklus eingeleitet werden. Stattdessen führte die Aufnahme von billigen Krediten aber vor allem zum Wachstum des Bergs an Auslandsschulden von 5,7 Mrd. im Jahr 1970 auf 71,5 Mrd. US\$ im Jahr 1980. Durch die Hochzinspolitik der US-amerikanischen Notenbank ab 1979 rutschte Brasilien 1981 in eine tiefe Rezession. So wurden die 1980er zu einer Dekade des Nullwachstums, die oft auch als »verlorenes Jahrzehnt« bezeichnet wurde (Boris 2009, 67 ff.).

In Brasilien verfestigte sich durch die Schuldenkrise die Außenabhängigkeit. Alleine die jährlichen Zinszahlungen an ausländische Gläubiger stiegen von 2,7 Mrd. US\$ im Jahr 1978 auf 10,5 Mrd. US\$ im Jahr 1982 an (de Souza 2005, 314).

Die Industrialisierungspolitik der Militärs wirkte sich auch auf die gesellschaftlichen Naturverhältnisse aus. Außer einer kurzen »fordistischen Episode« in den 1920er Jahren war der ökologisch sensible Amazonasraum bisher weitgehend vom brasilianischen Entwicklungsstaat unbeachtet geblieben (Altwater 1987, 14 ff.). Mit dem Bau der Transamazônica-Straße wurde 1970 aber der Startschuss für seine Besiedlung und Erschließung gesetzt. Diese Politik wurde durch den II PND zusätzlich verstärkt (ebd., 278 ff.). Die Inwertsetzung der Region wurde über Projekte zur Produktion hydroelektrischer Energie, Bergbau sowie Agrar- und Viehwirtschaft vorangetrieben, die sich überwiegend in das exportorientierte Modell eingliederten und neben der Zerstörung des Regenwalds nur bedingt zur sozioökonomischen Entwicklung beitrugen. Außerdem sah sich das Militärregime einer tiefen politischen Krise gegenüber. Zunächst begannen sich verschiedene Unternehmerverbände ab 1974/75 offen gegen den »Nichtangriffspakt« (Novy 2001, 105) zwischen staatlichem, nationalem und ausländischem Kapital auszusprechen. Sie starteten ab Februar 1975 in der Tageszeitung *O Estado de São Paulo* eine Medienkampagne gegen die »Verstaatlichung der Ökonomie« und forderten ein Ende der dirigistischen Wirtschaftspolitik (de Souza 2005, 279). Gleichzeitig nahm in den Mittelklassen die Ablehnung des repressiven Vorgehens gegen Oppositionelle zu, und die Oppositionspartei *Movimento Democrático Brasileiro* (MDB) konnte einige Wahlerfolge erringen. Zuletzt begannen im Jahr 1978 die Automobilarbeiter in der Region im Südosten von São Paulo mit einer Welle von

**INWERTSETZUNG
DES AMAZONASRAUMS**

**STREIKWELLE IN DEN
SPÄTEN 1970ER JAHREN**

**NEUER ZYKLUS SOZIALER
BEWEGUNGEN**

wilden Streiks, die sich rasch in andere Bundesstaaten ausbreitete und die politische Legitimation der Militärs in ihren Grundfesten erschütterte. Die Streiks wandten sich gegen die Reallohnverluste der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Jahren der Militärdiktatur und leiteten einen neuen Zyklus sozialer Bewegungen ein. Die Bildung von unabhängigen Basisgewerkschaften gipfelte in der Gründung des linksorientierten Gewerkschaftsverbandes *Central Única dos Trabalhadores* (CUT) im Jahr 1983, der eine scharfe Kritik am staatskorporativen System formulierte, und in der Entstehung der sozialistisch orientierten Arbeiterpartei *Partido dos Trabalhadores* (PT), die 1980 offiziell aus der Taufe gehoben wurde.⁷ Die Auseinandersetzungen auf dem Land führten im Jahr 1984 zur Bildung der schlagkräftigen Landlosenbewegung *Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra* (MST). Die Regierung Geisel leitete unter dem Druck der Legitimitätskrise erste Schritte der *abertura* (Öffnung) und *distensão* (Entspannung) ein.

Die Revolte der Arbeiter und Arbeiterinnen deutet indes auf eine spürbare Veränderung der brasilianischen Sozialstruktur hin, die die nationalstaatszentrierte Entwicklungsweise in Brasilien geschaffen hatte. Unter der Militärdiktatur war die Anzahl der Industriearbeiterschaft auf knapp 24,4 % der Erwerbstätigen angewachsen (Vellay 2002, 30 ff.). Gleichzeitig wurde die Einkommensverteilung immer ungleicher. Alleine im Zeitraum von 1960–1985 sank der Anteil der untersten 50 % am Volkseinkommen von 17,4 % auf nur 12 %. Zusätzlich bestand die regionale Spaltung fort. So blieb der Bundesstaat São Paulo mit rund 38 % des BIP das ökonomische Zugpferd und der Nordosten mit 3 % das Armenhaus. Der deutlichste Umbruch war sicherlich die Urbanisierung: Lebten 1930 noch rund drei Viertel der Bevölkerung auf dem Land und ein Viertel in den Städten, hatte sich das Verhältnis 1980 umgekehrt (Bernecker u. a. 2000, 236; Novy 2001, 359).

**POLITISCHE
PATTSITUATION IN DEN
1980ER JAHREN**

Zudem herrschte in den 1980er Jahren eine politische Pattsituation. Die letzte Militärregierung Figueiredo (1979–1985) und die erste zivile Regierung Sarney (1985–1990) bewegten sich im Widerspruch zwischen

7 L. Rodrigues (1989, 13) merkt treffend an: »Die Einzigartigkeit der PT besteht in einer Zusammenarbeit im Rahmen der gleichen Organisation von Katholiken und Marxisten verschiedener Tendenzen. Vom institutionellen Standpunkt weist sie ein weiteres Element [...] auf: Das gleichzeitige Vorhandensein von katholischen Organisationen an der Seite der Gewerkschaften, die integraler Teil des korporatistischen Systems der Arbeitsbeziehungen sind.«

der Einengung des wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums und dem Versuch, dennoch das nationale Entwicklungsprojekt fortzusetzen. Der Versuch eines *III Plano Nacional de Desenvolvimento* scheiterte, ähnlich wie eine Fülle von Stabilisierungsprogrammen. Doch während im Zuge der Schuldenkrise 1982 in einer Reihe von lateinamerikanischen Staaten bereits auf eine Außenöffnung umgesteuert wurde (Dombois/Pries 1999, 53 f.), setzte Brasilien weiterhin auf die Importsubstitutionsstrategie. In der Außenpolitik herrschte sogar eine entschiedene Politik des *Terceiro Mundismo*, die paradoxerweise der PEI der frühen 1960er Jahre nicht unähnlich war (Schmalz 2008a, 69 f.). Innenpolitisch sahen sich die Militärs einer aktiven Demokratisierungsbewegung gegenüber, die in der Kampagne *Diretas Já (Rechte jetzt!)* 1984 immer wieder Massenmobilisierungen durchführte (A. Rodrigues 2003). Die kontrollierte politische Öffnung, die hierauf folgte, mündete 1982 schließlich in den ersten direkten Kongress- und Gouverneurswahlen seit mehr als 15 Jahren, die die Opposition für sich entscheiden konnte. Gleichzeitig gewannen sowohl die feministische als auch die antirassistische Bewegung an politischem Einfluss. Im Jahr 1985 wurde schließlich der erste zivile Präsident seit über drei Jahrzehnten durch eine (überwiegend konservativ besetzte) Wahlversammlung ernannt. Der Verfassungskompromiss zwischen den sozialen Bewegungen ebnete 1988 den Weg für die Rückkehr zur Demokratie.

**KONTROLLIERTE
POLITISCHE ÖFFNUNG**

3.2. BRASILIANISCHER NEOLIBERALISMUS: »COLLORSTROIKA«, PLANO REAL UND DIE WAHL VON LULA

3.2.1. DIE »COLLORSTROIKA«

Die ersten freien Präsidentschaftswahlen im Jahr 1989 fanden in einem angespannten politischen Klima statt. Sie bildeten den Höhepunkt der Mobilisierungen des letzten Jahrzehnts gegen die Militärdiktatur. Im zweiten Urnengang standen sich die politischen »Neulinge« Fernando Collor de Mello, der von einer Mitte-Rechts-Koalition aus den Parteien *Partido do Movimento Democrático Brasileiro* (PMDB), *Partido da Frente Liberal* (PFL) und *Partido Democrático Social* (PDS) unterstützt wurde, und die Leitfigur der PT, Luiz Inácio »Lula« da Silva, gegenüber. Die bei-

**PRÄSIDENTSCHAFTS-
WAHLEN 1989**

**WAHLSIEG VON FERNANDO
COLLOR DE MELLO**

den Kandidaten verkörperten jene entgegengesetzten Projekte, die sich bereits Ende der späten 1970er Jahre herausgebildet hatten: Collor de Mello setzte auf einen populistischen Antikorruptionsdiskurs und ein wirtschaftsliberales Programm, während Lula im Gegenzug eine sozialistische Alternative propagierte. Die Wahl, in der der frühere Metallarbeiter Lula knapp unterlag, hatte einschneidende Auswirkungen. Die Regierung Collor de Mello (1990–1992) stellte die Weichen, um ein neues welt- und finanzmarktorientiertes Entwicklungsmodell zu etablieren. Die Bewegungspartei PT etablierte sich dagegen als institutionelle Opposition. Die Vorherrschaft neoliberaler Ideologie war in Brasilien jedoch im Vergleich zu anderen Ländern eher kurz. Die gesamte Periode lässt sich von ungefähr 1990 bis 2006 datieren und kann in drei Abschnitte eingeteilt werden: Zunächst erfolgten mit der »Collorstroika« (Vizentini 2003, 88) ab 1990 ein Privatisierungsschub und eine rasche Außenöffnung. In der zweiten Phase ab 1994 bildete sich ein neuer Machtblock heraus, der mit dem Plano Real (1994–1999) den brasilianischen Finanzmarktkapitalismus ausweitete. Als indirekte Folge der Finanz- und Währungskrise 1998/99 wurde im Jahr 2002 schließlich »Lula« da Silva zum Präsidenten gewählt. Der Sieg war in erster Linie Ausdruck einer Krise des neoliberalen Modells, auch wenn sich die Regierungsarbeit vorerst im vorgegebenen Rahmen bewegte.

**RASCHE
AUSENÖFFNUNG UND
PRIVATISIERUNGEN**

Collor de Mello leitete bereits im April 1990 mit dem *Programa Nacional de Desestatização* einen Privatisierungsschub ein, durch den die Interessen des Unternehmerlagers durchgesetzt wurden (Rocha 1994, 88 ff.). Gleichzeitig öffnete die Regierung die Märkte für Importprodukte. Sie senkte die Außenzölle massiv und gab auf diese Weise die brasilianischen Staats- und Privatunternehmen stärker der ausländischen Konkurrenz preis. Die *Collorstroika* zeichnete sich durch eine große außenpolitische Nähe zu den USA aus und hatte damit eine gewisse Ähnlichkeit zur »automatischen Allianz« der ersten Militärregierung mit den Vereinigten Staaten. Es gelang zum Beispiel ein entscheidender Durchbruch in der Uruguay-Runde des GATT, was die von Brasilien und Indien lange blockierte Gründung der WTO ermöglichte (Deckwirth 2006). Die rasante Außenöffnung fand jedoch ein jähes Ende. Teile der nationalen Bourgeoisie stemmten sich gegen den radikalen Öffnungskurs. Die Zustimmung der Mittelklassen ging verloren, nachdem die Regierung Sparguthaben von rund 2500 Euro im Rahmen des gescheiterten Inflationsbekämpfungsprogramms *Plano Brasil Novo* eingefroren hatte.

Es entstand eine Bewegung, die im Mai 1992 ein erfolgreiches Amtsenthebungsverfahren gegen den korrupten Staatspräsidenten durchsetzte. Mit der Amtsübernahme von Vizepräsident Itamar Franco kam es zu einer kurzen Erschütterung der neoliberalen Hegemonie. Spätestens ab 1994 unternahm Finanzminister Cardoso jedoch die entscheidenden politischen Weichenstellungen für ein neoliberales Regierungsprojekt.

3.2.2. DIE REGIERUNG CARDOSO (1995–2002)

Das Wirtschaftsmodell, das von der Regierung Cardoso (1995–2002) installiert wurde, zeichnete sich durch die Grundidee aus, mittels Inflationsbekämpfung und einem attraktiven Investitionsklima für ausländische Kapitaleigner und Kapitaleignerinnen den Grundstein für einen neuen Wachstumszyklus zu legen. Bei oberflächlicher Betrachtung schien das Konzept zunächst aufzugehen.

Der Inflationsprozess wurde mit der Einführung des *Plano Real* im Jahr 1994 auf ein historisch niedriges Niveau gebracht. Durch die mit der Dollarkoppelung verbundene Überbewertung der neuen Währung Real wurde eine signifikante Kaufkraftsteigerung der Unter- und Mittelklassen erreicht, die die absolute Armut offiziellen Statistiken zu Folge kurzfristig von 41,7 % der Bevölkerung auf 33,9 % fallen ließ. Als direkte Folge dieses »Wechselkurspopulismus« (Rocha 2002, 10) gewann Cardoso überraschend deutlich die Wahlen: Lula lag in den Prognosen im April 1994 mit 37 % noch deutlich vor Cardoso mit 21 %, erhielt aber im Oktober lediglich 27 % und damit nur die Hälfte der Stimmen seines Konkurrenten (do Amaral 2003, 109).

Nach einer kurzen hegemonialen Phase begannen die Defizite des Modells, für das Cardosos Präsidentschaft stand, immer deutlicher hervorzutreten.

Ein chronisches Leistungsbilanzdefizit, die Vergrößerung des Bergs von Auslandsschulden von 145 Mrd. US\$ im Jahr 1993 auf 241 Mrd. US\$ im Jahr 1999, ein Rückgang der Investitionsrate, der Zufluss von überwiegend volatilen, unproduktiven Kapitalströmen, die Gefahr von spekulativen Attacken und die damit verbundene Hochzins- und Devisenreservenstabilisierungspolitik bildeten offensichtliche Schwachpunkte (Boris 2003, 3 ff.; Rocha 2002, 10 ff.). Die Regierung Cardoso sah sich dem-

zufolge gezwungen, sämtliche Bewegungen auf den internationalen Finanzmärkten mitzugehen. Auch wenn ihre vorläufigen Erfolge noch die Wiederwahl 1998 absicherten, war im Kontext der Asienkrise 1997/98 eine schwere Finanz- und Währungskrise in Brasilien im Ausbruch begriffen. Am 15. Januar 1999 musste die Zentralbank den Realkurs freigeben, der daraufhin in acht Wochen um knapp die Hälfte fiel. Obwohl die brasilianische Wirtschaft die Turbulenzen auf den Finanzmärkten vergleichsweise unbeschadet überstand, konnte die Regierung Cardoso in der zweiten Legislaturperiode keine wirtschaftliche Trendwende erreichen. Dem Land wurde von dem IWF ein strenges Strukturanpassungsprogramm verordnet. Der Real verlor zwischen Januar und Oktober 2001 erneut fast die Hälfte an Wert, und die brasilianische Wirtschaft geriet nach einem kurzen Aufschwung 2000 wieder ins Wanken.

FINANZ- UND WÄHRUNGS- KRISE 1998/99

ENTNATIONALISIERUNG

Begleitet wurde Cardosos wirtschaftliche »Stop-and-Go-Politik« von einer noch stärkeren Privatisierung und Entnationalisierung der brasilianischen Wirtschaft. Rund 31 Mrd. US\$ an ausländischen Direktinvestitionen flossen in den Kauf von Staatsunternehmen (Telekommunikation, Energie, Banken, usw.). Es kam zu 1200 Übernahmen durch multinationale Konzerne. Folglich stiegen die Anteile von ausländischen Anlegern und Anlegerinnen an den 40 größten brasilianischen Konzernen in der Phase von 1989 bis 1999 von 37,5 % auf 45 % an (Diniz/Boschi 2004, 61 ff.). Der Anteil der Staatsunternehmen an den Einnahmen der 100 größten brasilianischen Firmen sank von 44 % auf 21 % (ebd., 68). Die klassische *Tripé* aus national-privatem, staatlichem und ausländischem Kapital löste sich endgültig auf. Der Ausverkauf der brasilianischen Wirtschaft wurde zudem von einer Entindustrialisierung begleitet, die sich in einem Rückgang der lokalen Produktion von Kapitalgütern und der Abnahme des Anteils von Industriegütern an den Exporten zeigte (Cervo/Bueno 2002, 473; The Economist 07.02.2004). Dieter Boris (2003, 9) resümiert zur Wirtschaftsentwicklung in diesen Jahren:

ENTINDUSTRIALISIERUNG

»Mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum des BIP von etwa 2,4 % und des Pro-Kopf-Einkommens von 1 % jährlich konnte diese Politik der brasilianischen Ökonomie und Gesellschaft keinen Impuls für eine nachhaltige Entwicklung geben.«

Darüber hinaus zog die neoliberale Politik starke außenwirtschaftliche Veränderungen nach sich (Schmalz 2008a, 120 ff.). Das erste Mal seit 1962 war durch den *Plano Real* die Handelsbilanz im Zeitraum von 1995 bis 2000 negativ. Das Niveau der Importzölle sank von durch-

schnittlich 41 % im Jahr 1988 auf rund 16,7 % im Jahr 1998. Zusätzlich wurden in dieser Periode Weichenstellungen für verschiedene Verhandlungsprozesse vorgenommen, bei denen es um eine weitere Außenöffnung und Einschränkung der wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit des Landes ging (Nogueira Batista jr. 2005, 73 ff.). Neben der Gründung der WTO (1995) waren dabei insbesondere die von US-Kapitalinteressen angeleiteten Verhandlungen zur panamerikanischen Freihandelszone *Área de Libre Comercio de las Américas* (ALCA) ab 1994 sowie der Prozess zum EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen ab 1999 von Bedeutung. Lediglich in der Außenhandelsdiversifizierung steuerte die Regierung Cardoso der *Collorstroika* deutlich entgegen und konnte eine geringfügige Re-Diversifizierung der Exportpalette erreichen.

Die soziale Bilanz des Neoliberalismus war in vielen Punkten durchaus widersprüchlich. Unter dem Stichwort der »sozialen Treffsicherheit« wurde die verfassungsmäßige Universalisierung der sozialstaatlichen Absicherung seit 1988, etwa der Mindestpension für Landarbeiter, weiter vorangetrieben. Einzelne Zweige des Sozialsystems, wie die öffentliche Grundschulausbildung und Gesundheitseinrichtungen, wurden ausgebaut. Allerdings stand diesen Bemühungen eine chronische Unterfinanzierung der öffentlichen Sozialleistungen und ein starker Einfluss von privaten *Corporate-Social-Responsibility*-Programmen gegenüber (Leubolt/Tittor 2008, 128 ff.).

Es wurden in der Cardoso-Ära z. B. Fortschritte in der Bildungspolitik und der Bekämpfung der Kindersterblichkeit erzielt. Zugleich aber nahmen unter dem Vorzeichen der liberalen Wirtschaftspolitik Arbeitslosigkeit und Kriminalität stark zu. Auch die Armutsbekämpfung stagnierte (Rocha 2002, 27 ff.). Kurz, die Regierung Cardoso hatte eine sozialliberale Ausrichtung – soziale Rechte wurden »zugunsten von Almosen unterminiert« (Leubolt/Tittor 2008, 131).

Eine zentrale ideologische Komponente für den Zusammenhalt des neoliberalen Projekts war ein scharfer antietatistischer Diskurs. Dieser Diskurs traf unter den subalternen Klassen auf die verbreitete Annahme, dass »das technokratisch-bürokratische Gestrüpp von Subsidien, Sonderrechten und speziellen Beziehungen zu den politisch Mächtigen, das mit Klientelismus und Korruption einherging, weit gravierender und hinderlicher für ihr Fortkommen« war, »als sich den Gesetzmäßigkeiten des Marktes zu überlassen und dabei die Illusion zu besitzen,

**VERHANDLUNGEN UM
FREIHANDELSABKOMMEN
ALCA UND EU-MERCOSUR-
ASSOZIATION**

ANTIETATISMUS

dass durch die eigene Aktivität ein Vorwärtsskommen möglich sei« (Boris 2009, 94). Dem *Plano Real* kam eine wichtige Rolle zu, da durch die erfolgreiche Inflationsbekämpfung das Projekt erneut hegemoniefähig wurde. Die Regierung Cardoso vertrat dabei jedoch eine Orientierung, die ideologisch am ehesten mit der Sozialdemokratie des Dritten Wegs wie der britischen Regierung Blair oder der deutschen Regierung Schröder zu vergleichen ist.

Unter Cardoso schien sich zudem zunächst ein stabiler Machtblock zu festigen. Die Krise der 1980er Jahre und die neoliberale Wende hatten die traditionellen Trägerinnen und Träger des Entwicklungsstaats und der Importsubstitution, wie binnenmarktorientierte Kapitalfraktionen, Teile der Industriearbeiterschaft und Staatsbedienstete, geschwächt. Umgekehrt erhielten die Reformen oftmals Zustimmung von marginalisierten städtischen Armen aus dem informellen Sektor, von rechten Gewerkschaften, Teilen der Mittelklassen, liberalen Intellektuellen sowie Technokraten und Technokratinnen. Gerade die transnationalisierten Kapitalfraktionen mit Zugang zu den internationalen Finanzmärkten profitierten eindeutig von der Umorientierung.

**STABILE
PARLAMENTARISCHE
MEHRHEIT**

Einige der privatisierten Unternehmen wie der Bergbaukonzern Vale oder der Flugzeughersteller Embraer konnten sich erfolgreich auf dem Weltmarkt etablieren (Flynn 2007; Schneider 2009). Das von den finanzmarkt- und exportorientierten Kapitalfraktionen geführte Bündnis zeigte jedoch nach der Finanz- und Währungskrise 1998/99 deutliche Risse, sodass innerhalb der Regierung Cardoso bereits über eine neomerkantilistische Reorientierung diskutiert wurde (Abu-El-Haj 2007). Die Regierung konnte sich in ihrer Arbeit auf eine stabile parlamentarische Mehrheit stützen. Cardoso gewann beide Präsidentschaftswahlen im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit. Die Regierungskoalition aus Cardosos Partei *Partido da Social Democracia Brasileira* (PSDB) mit der PTB, der PMDB und der PFL war bis Anfang 2002 stabil und integrierte über die Zeit weitere politische Kräfte, wie z. B. die Rechtspartei *Partido Progressista Brasileiro* (Tavares de Almeida 2005, 14). Die Koalition verfügte sechs Jahre über drei Viertel der Sitze im Repräsentantenhaus, sodass selbst eine Verfassungsreform, um die Wiederwahl Cardoso zu ermöglichen, problemlos durchgesetzt werden konnte. Der ursprünglich als Linksliberaler angetretene Cardoso einigte so paradoxerweise die brasilianische Rechte. Die PT konnte zwar in den Wahlen 1998

deutliche Stimmengewinne erringen, blieb aber mit rund 11,3 % der Sitze im Repräsentantenhaus weiterhin in einer schwachen Position. Lediglich auf kommunaler und teilweise bundesstaatlicher Ebene konnte sie Mehrheiten erreichen und bedeutende alternative Regierungsprojekte, wie die Beteiligungshaushalte in Porto Alegre und Rio Grande do Sul, durchsetzen (Genro/de Souza 1997; Leubolt 2007). Als Reaktion auf die Wahlniederlagen Lulas änderte die PT ab 1994 ihre Programmatik und entwickelte sich schrittweise zu einer sozialdemokratischen Partei (do Amaral 2003, 155 ff.) – mit einem starken linkssozialistischen Flügel.

TRANSFORMATION DER PT ZU EINER SOZIAL- DEMOKRATISCHEN PARTEI

Die neoliberale Wende hatte in den 1990er Jahren auch die Produktions- und Arbeitsbeziehungen verändert. Zunächst ermöglichte die Weltmarkteinbindung durch eine stärkere Integration in transnationale Wertschöpfungsketten und der damit verbundenen Einführung von toyotistischer *just in time*-Produktion und *lean management* eine fundamentale Reorganisation der Produktion (Antunes 2006, 18 ff.). Darüber hinaus nutzten die Unternehmen Produktivitätssteigerungen, um massiv Arbeitsplätze abzubauen. Alleine im Bankensektor wurden von 1989 bis 2005 über 400.000 Jobs gestrichen. Auch führte die Außenöffnung zur Vernichtung von 1,2 Mio. industriellen Arbeitsplätzen (Pochmann 2006, 70). Die Privatisierungsprozesse zogen eine ähnliche Bilanz nach sich.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurden im öffentlichen Sektor rund eine Mio. Jobs gestrichen. Es entstand eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit von 9,3 % im Jahr 2002, von der Frauen mit 18 % am stärksten betroffen waren (ebd., 60 ff.). Doch auch die Qualität der Beschäftigung veränderte sich. Es ist für diese Zeit eine allgemeine Tendenz zur Prekarisierung und Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen zu beobachten. Der informelle Sektor wuchs zwischen 1991 und 2000 von 46,3 auf 55 % der Bevölkerung an. Der Beitrag des Finanzsektors zum BIP kletterte bis zur Finanz- und Währungskrise 1998/99 auf den hohen Wert von 9 % (de Oliveira 2003, 46).

KRISE DER GEWERK- SCHAFTSBEWEGUNG

Direkt verbunden mit der Beschäftigungskrise war eine Schwächeperiode der Gewerkschaften, die sich u. a. in stagnierenden Mitgliederzahlen ausdrückte (Cardoso 2003, 243 ff.). Folglich sahen sich die CUT-Gewerkschaften gezwungen, »von offensiven Lohnkämpfen auf defensive Arbeitsplatzsicherung umzusatteln« (Becker 2008, 161). Doch nicht nur die Gewerkschaften waren in die Defensive geraten. Die sozialen

Bewegungen Brasiliens verloren in den 1990er Jahren zunehmend an Schlagkraft, begannen sich gleichzeitig aber stärker zu institutionalisieren. Eine Vielzahl von professionellen NGOs entstand. Eine Ausnahme bildete die Landlosenbewegung, die immer größeren Zulauf gewonnen hatte und im Jahr 2002 rund 1,5 Mio. Familien organisierte. Sie rief zu Landbesetzungen auf, schuf eine autonome Selbstversorgung und forderte die Umsetzung der Agrarreform. Außerdem mobilisierte eine Nord- und Südamerika umspannende Bewegung gegen die Pläne einer panamerikanischen Freihandelszone (Ebenau/Schmalz 2008, 66 ff.). Besonders aktiv war hier das brasilianische Bewegungsnetzwerk REBRIP. Es sammelte zehn Millionen Unterschriften gegen die ALCA und brachte das Thema erfolgreich in den Wahlkampf 2002 ein.

3.2.3. KRISE DES NEOLIBERALISMUS: DIE WAHL DER REGIERUNG LULA

Trotz der allgemeinen Schwäche der sozialen Bewegungen gewann Lula im vierten Anlauf im Oktober 2002 die Präsidentschaftswahlen mit 61,3 % der Stimmen.

Der klare Wahlsieg Lulas kam nicht zuletzt deswegen zu Stande, weil die Regierung Cardoso sich diskreditiert hatte und aus dem bürgerlichen Lager keine überzeugende Alternative aufgebaut werden konnte. Zudem machte Lula, gemessen am traditionellen Programm der PT, bereits in seiner Wahlkampagne weitgehende Zugeständnisse, um eine »bizarre Klassenallianz« aus den verschiedenen Verlierern und Verliererinnen des Neoliberalismus, etwa urbaner Arbeiterschaft, binnenmarkt-orientierter Industrie und Teilen der Mittelklassen, zu bilden (Morais/Saad-Filho 2005; Schmalz 2008a, 107 ff.). Der ehemals klassenkämpferische Diskurs der PT wich einer allgemeinen Rede von gesellschaftlichem Wandel (Panizza 2004, 474).

Die Liberalen der *Partido Liberal* (PL) wurden mit dem Textilindustriellen José Alencar als Vizepräsidenten kandidaten beteiligt. Dennoch verschreckte die bloße Möglichkeit eines Wahlsiegs von Lulas Koalition die Investoren auf den Finanzmärkten derart, dass eine Kapitalflucht in einer Größenordnung von über 11 Mrd. US\$ einsetzte (Hardie 2003). Um einer potentiellen Wirtschaftskrise entgegenzuwirken, erklärte Lula in der *Carta ao Povo Brasileiro* – entgegen eines Parteitagbeschlusses –,

dass eine Regierung unter seiner Führung internationale Verträge einhalten und auch die hohen Auslandsschulden von 228 Mrd. US\$ bedienen werde. Der IWF vergab an die noch amtierende Regierung Cardoso einen Standby-Kredit von 30,4 Mrd. US\$, der eine Fortführung der Wirtschaftspolitik festschrieb.

Als die Regierung Lula im Januar 2003 vereidigt wurde, wurde sie von vielen Beobachtern daher als Garantin für eine Fortführung neoliberaler Politik oder sogar für deren noch effizientere Durchsetzung gesehen (Filgueiras/Gonçalves 2007, 175 ff.; Paulani 2008, 70 ff.). Für diese Einschätzung wurden vor allem zwei Argumente angeführt. Zunächst ernstete die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung massive Kritik. Die Regierung Lula übererfüllte in der ersten Legislaturperiode regelmäßig den mit dem IWF vereinbarten primären Haushaltsüberschuss von 3,75 % mit Werten von bis zu 4,8 % (Filgueiras/Gonçalves 2007, 101). Diese Politik wurde sogar noch fortgeführt, als sich die Regierung im März 2005 darauf festlegte, kein Folgeabkommen mit dem IWF zu unterzeichnen. Zusätzlich wurden die extrem hohen Realzinsen von 8 bis 10 % beibehalten, die die finanzmarktorientierten Kapitalfraktionen begünstigten und Investitionen im Industriesektor bremsen. Brasilien blieb unter Lula das Land mit den höchsten Gewinnspannen auf den Kapitalmärkten (Kregel 2009, 8). Aufgrund der günstigen weltwirtschaftlichen Bedingungen erzielte Brasilien trotz restriktiver Sparpolitik mit einem jährlichen BIP-Wachstum von 3,3 % ein gutes Ergebnis, schnitt aber im lateinamerikanischen Vergleich eher schlecht ab (Filgueiras/Gonçalves 2007, Kap. 1).

Außerdem zeugte die Zusammensetzung der Regierung vom Einfluss der alten Eliten (Boris 2003; Schmalz 2008a, Kap. 4). Das erste Regierungskabinett umfasste zwar einen großen Block von 14 Ministern und Ministerinnen der PT. Doch gleichzeitig signalisierte die Ernennung von Vertretern des Großbürgertums, etwa aus dem Agrobusiness, politische Kontinuität. Zum Vorsitzenden der Zentralbank wurde mit Henrique Meirelles der Ex-Präsident der Bank of Boston und frühere Abgeordnete der ehemaligen Regierungspartei PSDB bestimmt. Zusätzlich verfügte die Regierungskoalition aus der PT, der PL und der kommunistischen *Partido Comunista do Brasil* (PCdoB) nicht über eine parlamentarische Mehrheit, sodass sie auf strategische Allianzen mit Teilen der Opposition angewiesen war und schließlich sogar die Staatspartei PMDB in die Regierung integrierte. Francisco de Oliveira (2007) kommt

**KRITIK AN DER
WIRTSCHAFTSPOLITIK
DER REGIERUNG LULA**

**DEUTLICHER EINFLUSS
DER ALTEN ELITEN IM
KABINETT**

daher zu dem Schluss, dass die Regierung Lula für eine »umgekehrte Hegemonie« stehe, da die Subalternen zwar die Verwaltung einiger bürgerlicher Staatsapparate übernommen haben, aber dabei weiterhin die Interessen der herrschenden Klasse vertreten.

Allerdings ließen sich seit 2003 zumindest zwei bedeutende Umbrüche feststellen. Zunächst leitete die Regierung Lula rasch einen Wandel der Außenpolitik ein.

Neben einer klaren politischen Reorientierung, die sich z. B. in einer scharfen Ablehnung des Irak-Kriegs 2003 äußerte, begann das Außenministerium vor allem eine neue außenwirtschaftliche Orientierung durchzusetzen (Nogueira Batista jr. 2005; Schmalz 2008a; vgl. Unterkapitel 3.3.7). Brasilien baute vor allem bessere Kontakte zu anderen aufstrebenden (semi-)peripheren Ländern wie China und Indien auf.

Ein vielleicht noch weitergehender Wandel lässt sich in der Sozialpolitik festmachen.

Die hohen Handelsbilanzüberschüsse von bis zu 40 Mrd. US\$, die vor allem aufgrund des robusten Wachstums der ostasiatischen Volkswirtschaften möglich waren, vereinfachten diese Umorientierung. Im Kern handelte es sich um eine Ausweitung, Bündelung und Radikalisierung der punktuellen Maßnahmen der Cardoso-Ära (Leubolt/Tittor 2008, 131). Die Einkommenstransferleistungen stiegen von jährlich 1,9 % am BIP in der Epoche Cardoso auf über 2,6 % zwischen 2003 und 2005 an (Mercadante 2006, 122). Die früheren Maßnahmen wurden im *Bolsa Família*-Programm zusammengefasst, das Ende der ersten Legislaturperiode rund 11,2 Mio. Menschen erreichte und jede Person durchschnittlich mit 35 US\$ monatlich versorgte. Außerdem wurde eine Fülle von kleineren Sozialleistungen wie das Elektrifizierungsprogramm *Luz para Todos* und das Brunnenbauprogramm *Um Milhão de Cisternas* implementiert oder ausgeweitet (Weil 2007, 125 ff.). In der Arbeitsmarktpolitik trieb die Regierung eine Formalisierung von Arbeitsverhältnissen voran, von der vor allem Nicht-Weiße und Frauen profitierten (Leubolt/Tittor 2008, 133). Zusätzlich setzte die Regierung auf eine aktive Mindestlohnpolitik, durch die die realen Mindestlöhne in der ersten Legislaturperiode um ein Drittel angehoben wurden. Des Weiteren wurde eine Vielzahl von progressiven Modellprojekten, wie ein Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie oder eine Förderung für die Schulen der Landlosen, durchgesetzt.

AKTIVE MINDESTLOHNPOLITIK

Die widersprüchliche Politik war Ausdruck von heftigen internen Konflikten zwischen zwei politischen Achsen, die zu regelmäßigen Umgruppierungen im Kabinett führten (Schmalz 2008a: 115 ff.).

Die strategische Ausrichtung dieser »zwei Seelen der Regierung Lula« (Machado/Borges 2003) lässt sich wie folgt umreißen: Zum einen rekrutierte sich eine *neoliberale Achse* aus den gesellschaftlichen Kräften, die die finanzmarktdominierte und weltmarktorientierte Entwicklungsweise aufrechterhalten wollten oder aus politischen Gründen nicht bereit waren, mit diesem Modell zu brechen. Die sozialstrukturelle Grundlage boten hierfür der Finanzsektor, exportorientierte Unternehmen, Teile der Mittelklassen und die konservativsten Strömungen der PT und der CUT. Diese Kräfte hatten sich in der Zentralbank, dem Finanzministerium, dem Landwirtschaftsministerium und dem Arbeitsministerium festgesetzt und beabsichtigten, graduelle Sozialreformen innerhalb des gegebenen gesellschaftlichen Handlungsrahmens durchzuführen. Die *sozial-keynesianische Achse* hingegen war eine Strömung, die ein alternatives binnenmarktzentriertes Entwicklungsmodell anstrebte und hierfür einen gesellschaftlichen Konflikt in Kauf nehmen wollte. Es handelte sich um Teile des Industriekapitals und der Mittelklassen, um die durch die linken PT-Strömungen repräsentierten sozialen Bewegungen sowie um verschiedene linksnationalistische Kräfte. Diese Sektoren gruppierten sich hauptsächlich um das Ministerium für landwirtschaftliche Entwicklung, die Entwicklungsbank BNDES und das Planungsministerium.

Folglich war die erste Legislaturperiode Lula zwar ein Ausdruck der Krise des neoliberalen Blocks an der Macht, da nun subalterne gesellschaftliche Gruppen in den Staatsapparaten um reale politische Gestaltungsmacht kämpften und einzelne Politikfelder maßgeblich beeinflussten. Allerdings blieben die Grundzüge der zentralen wirtschaftspolitischen Ausrichtung erhalten. Es kam zu keiner Herausbildung eines gegenhegemonialen Blocks.

Es schien zunächst vielmehr so, als ob die sozialen Bewegungen noch weiter desorganisiert und die linke Opposition zur Regierung – z. B. die 2004 gegründete Linkspartei *Partido Socialismo e Liberdade* (P-SOL) – noch stärker marginalisiert werden.

3.3. DIE WELTWIRTSCHAFTSKRISE ALS KATALYSATOR ZUR HERSTELLUNG EINES NEUEN MODELLS

3.3.1. AUF DEM WEG ZUR SOZIALDEMOKRATIE

Erst im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2006 und in der folgenden zweiten Amtsperiode Lulas ließ sich eine spürbare Veränderung in den Kräfteverhältnissen wahrnehmen. Die Wahlen deuteten darauf hin, dass die Sozialpolitik der Regierung maßgeblich dazu beigetragen hatte, eine neue soziale Basis zu schaffen (Hunter/Power 2007, 3 ff.).

Lula erreichte mit durchschnittlich 77 % die höchste Unterstützung im Nordosten des Landes, während er im Süden und Südosten, den traditionellen PT-Hochburgen, meist hinter seinem Kontrahenten Geraldo Alckmim zurückblieb (The Economist, 14.04.2007). In Umfragen kurz vor der Wahl erklärten rund 69 % der Stimmberechtigten, die weniger als zwei Mindestlöhne im Monat verdienen, ihre Unterstützung für Lula (Datafolha 2006). Folglich integrierte das Regierungsprojekt gerade den informellen Sektor und die einkommensschwächsten Lohnabhängigen. Gleichzeitig hatten sich die internen Konfliktlinien in der Regierung verändert.

Der bereits im März 2006 ernannte Finanzminister Guido Mantega, ein Vertreter der sozial-keynesianischen Achse, blieb im Amt und kündigte direkt nach der Wahl eine strategische Reorientierung der Wirtschaftspolitik an. Dilma Rousseff, eine keynesianisch orientierte Ökonomin, etablierte sich als Nummer zwei im Kabinett. Weiterhin wurde z. B. der Konflikt um eine Landreform zwischen dem Landwirtschaftsministerium und dem Ministerium für landwirtschaftliche Entwicklung, die von einem Agrarindustriellen auf der einen und einem der Landlosenbewegung nahe stehenden Minister auf der anderen Seite geführt wurden, entschärft. Beide Minister wurden durch weniger exponierte Politiker ersetzt (MAPA 2007; Folha de São Paulo, 06.04.2008).

Das zentrale Projekt der zweiten Legislaturperiode war eine Wende in der Wirtschaftspolitik. Hierfür wurde mit dem Wachstumsbeschleunigungsprogramm *Programa de Aceleração do Crescimento* (PAC) ein Konjunkturpaket über 503 Mrd. R\$ (ca. 290 Mrd. US\$) für den Zeitraum von 2007 bis 2010 aufgelegt.

**STÄRKUNG DER SOZIAL-
KEYNESIANISCHEN ACHSE
IN DER REGIERUNG**

Das PAC bestand aus drei Hauptkomponenten (Governo Federal do Brasil 2007): Zunächst sah es Investitionen in den Infrastruktur- und Transportsektor von über 58,3 Mrd. R\$ vor. Darüber hinaus sollten 274,8 Mrd. R\$ in Projekte zur Energieversorgung fließen. Drittens waren urbane und soziale Projekte im Wert von rund 170,8 Mrd. R\$ geplant. Zusätzlich wurden weitere 2,9 Mrd. R\$ in ein PAC *das Crianças* (PAC für Kinder) investiert (Filgueiras/Gonçalves 2007). Ein beachtlicher Anteil des Volumens von rund 80,4 Mrd. R\$ ging in die Entwicklung des Nordostens, während rund 180,5 Mrd. R\$ in bundesweite Projekte investiert werden sollten. Zudem vereinbarten die Gewerkschaftszentralen mit der Regierung eine Formel für die Erhöhung des Mindestlohns, nach der dieser jährlich um das BIP-Wachstum von vor zwei Jahren plus Inflationsausgleich steigen soll.

**UMFANGREICHES
INVESTITIONSPROGRAMM**

Auch andere Indikatoren deuteten 2008 auf eine spürbare Veränderung hin (Novy 2008, 368). So war gerade 2007 und 2008 durch eine dynamische industrielle Entwicklung gekennzeichnet: Im Jahr 2007 wuchs z. B. die Kapitalgüterindustrie um 20 %, was u. a. zu einer spürbaren Erholung der Metallindustrie von den Deindustrialisierungseffekten der neoliberalen Wende beitrug (Biondi 2008). Im Zeitraum von 2004 bis 2008 erreichte Brasilien deshalb auch ein stabiles Wirtschaftswachstum von 4,8 % jährlich. Bis zum Jahr 2009 wurde der Gini-Koeffizient zur Messung der Ungleichheit um 0,05 auf 0,56 Punkte gesenkt.

**DYNAMISCHE
INDUSTRIELLE
ENTWICKLUNG**

Die erfolgreiche Hungerbekämpfung brachte die UNDP dazu, Brasilien zusammen mit Bolivien die beste Bewertung bei der Evaluation der Sozialprogramme der Region auszustellen (Ernst 2009). Insgesamt ist eine Hinwendung zu einem sozialdemokratischen Entwicklungsstaat zu verzeichnen, der ein stärker inklusives Wachstumsmodell durchsetzt.

Die Entwicklung des Binnenmarkts wurde massiv gefördert. Gerade das ärmste Dezil der Bevölkerung und insbesondere die armen Regionen im Nordosten Brasiliens erfuhren ein stabiles *crescimento chinês* (chinesisches Wachstum) von jährlich bis zu 10 %. Die Regierung Lula hatte somit – ähnlich wie seinerzeit die Regierung Vargas – eine staatliche Reorganisation durchgesetzt, nur dass die soziale Sicherung und nicht das Arbeitsrecht im Mittelpunkt stand.

**RÜCKTRITT
VON UMWELTMINISTERIN
MARINA SILVA**

Dennoch rief diese neo-desarrollistische Orientierung auch Widerstand hervor. Zum einen hat sich die Kritik an der zweiten Regierung Lula weg von der sozialen Frage und der Wirtschaftspolitik hin zur Ökologie verschoben (Novy 2008, 371). Das Sozialforum in der Amazonasstadt Belem 2009 zeugte von einer neuen Aktivität der brasilianischen Umweltbewegungen.

Diese Tendenz wurde vor allem durch den Rücktritt der Umweltministerin Marina Silva 2008 unterstrichen, die zur bisher eher konservativen Grünen Partei wechselte und als Kandidatin zu den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2010 antrat. Die Kritik an Lulas Umweltpolitik ist vielseitig und reicht von den Umweltschäden der Großprojekte im Rahmen des PAC und der Legalisierung von Gensoja über die Unterstützung des monokulturellen Agrobusiness bis zu mangelnden Schutzmaßnahmen für den Regenwald (Andrioli 2008; Lühmann/Schmalz 2010, 53 ff.). Eng verknüpft mit der ökologischen Frage war auch der wachsende Konflikt um Land. Im Jahr 2002 waren rund 4,6 Mio. Bauernfamilien landlos oder bewirtschafteten Parzellen, die aufgrund ihrer geringen Größe nicht zur Subsistenz ausreichten.

Die Förderung des Agrobusiness durch die Regierung lief der Forderung nach einer Landreform entgegen, da eine kontinuierliche Flächenexpansion für Soja, Eukalyptus, Zitrusfrüchte, Fleisch und Ethanol absehbar war.

Der Agrarexport trug insgesamt 30 % zu den brasilianischen Ausfuhren, zu über 4 % des BIP und zu rund 97 % des Handelsbilanzüberschusses bei (Lühmann/Schmalz 2010, 51 f.). Auf der anderen Seite weisen Kritiker darauf hin, dass durch die marktbasierende Agrarreform in Lulas erster Legislaturperiode lediglich 380.000 landlose Familien angesiedelt wurden. Auch die Arbeitsbedingungen waren weiterhin sehr schlecht und die Fälle von moderner Sklaverei z. B. in der Zucker-Ethanol-Industrie sogar noch sprunghaft angestiegen (Passos 2008, 12; Stedile 2007, 203).

Der Ausbau der Pflanzungen könnte die Viehzucht in ökologisch sensible Zonen wie das Amazonasgebiet verdrängen. Auch existieren Schätzungen, dass 64 % der Ansiedlungen im Rahmen der Landreform im Amazonasgebiet stattfanden, um Konflikten mit den Großgrundbesitzern auszuweichen (ebd., 203). Teile der ländlichen Bevölkerung scheinen aus dem Modernisierungsprojekt ausgeschlossen zu bleiben. Die bedeutendsten Sozialkonflikte des nächsten Jahrzehnts könnten im brasilianischen Hinterland stattfinden.

3.3.2. DIE WELTWIRTSCHAFTSKRISE: KLEINE WELLE ODER TSUNAMI?

**STABILE POLITISCHE UND
WIRTSCHAFTLICHE
SITUATION IM JAHR 2008**

Im Jahr 2008 befand sich Brasilien in einer äußerst stabilen politischen und ökonomischen Situation. Durch das stetige Wirtschaftswachstum und die großen Haushaltsüberschüsse hatte die brasilianische Regierung hohe Devisenreserven von über 200 Mrd. US\$, äquivalent zu 13,7 % des BIP, angehäuft (Salama 2009, 29). Die Außenschulden waren im Jahr 2007 auf niedrigen 15 % des BIP gelangt (Steinhilber 2008). Die brasilianischen Unternehmen gingen aus den Vorjahren gestärkt hervor, sodass sie – mit Hilfe von Industrieförderung und Exportsubventionen – im Ausland expandieren konnten. Brasilien war gegenüber den USA sogar zu einem Nettogläubiger aufgestiegen. Im Juli 2008 hatten brasilianische Anleger und Anlegerinnen rund 155 Mrd. US\$ in US-amerikanische Staatsanleihen investiert (US-Department of the Treasury 2010). Das brasilianische Finanzsystem war sehr viel stabiler als zu Amtsbeginn von Präsident Lula. Die Finanzmarktkapitalisierung hatte sich mit 40 % des BIP mehr als verdoppelt, verblieb aber somit auf einem immer noch relativ niedrigen Niveau (Salama 2009, 39). Öffentliche Banken hielten rund 40 % des Kreditvolumens. Auch politisch war die Regierung in einer komfortablen Situation. Präsident Lula genoss im September 2008 Rekordwerte mit einer Zustimmung von 64 % (Datafolha 2008). Im Kontext der ersten Turbulenzen auf den Subprimemärkten der USA 2007 diskutierte die Wirtschaftspresse ausgiebig eine mögliche Entkoppelung der BRIC-Staaten von der Krise der Zentrumsstaaten. Noch im Herbst 2008 verkündete Präsident Lula voller Selbstvertrauen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise zwar in den USA einem Tsunami gleichkomme, Brasilien aber nur als kleine Welle erreichen werde. Die weiteren Geschehnisse sollten ihn allerdings eines Besseren belehren.

3.3.3. FINANZMÄRKTE ALS ÜBERTRAGUNGSKANAL

Die Auswirkungen der Finanzkrise erreichten Brasilien im Oktober 2008 mit voller Wucht und schlugen sich noch im vierten Quartal 2008 auf die Realwirtschaft nieder.

Der Bovespa-Index der Börse von São Paulo fiel von Juni 2008 bis Mitte Oktober 2008 vom historischen Höchststand von 73.920 auf 30.000

Punkte (Salama 2009, 34), der schlimmste Niedergang seit 1994. Vor allem im Oktober kollabierten die Werte des Leitindex, welcher allein in diesem Monat um 30 % fiel. Ähnlich wie während früherer Krisen kam es auch zu massiver Kapitalflucht, vor allem im September 2008 und den beiden Folgemonaten. Alleine im September 2008 wurden 33,5 % mehr US-Dollar angekauft als im Vorjahr (Marques/Nakatani 2009, 3). Von August bis Oktober des gleichen Jahres fiel der Kurs des R\$ zum US\$ deshalb auch von 1 zu 1,55 auf 1 zu 2,5, um schließlich im Dezember 2008 sogar einen Tiefpunkt von 1 zu 3,4 zu erreichen (Salama 2009, 34). Auch kam es im vierten Quartal 2008 zu einer massiven Kapitalflucht. Die negative Kapitalbilanz von -24,7 Mio. US\$ überstieg dabei deutlich den bisherigen Höchstwert von -16,8 Mrd. US\$ im dritten Quartal des Krisenjahrs 1998 (BACEN 2009). Zunächst wurde befürchtet, dass zugesagte Direktinvestitionen – u. a. im Rahmen des PAC – ausgesetzt werden könnten und eine tiefe Rezession einsetzen könnte. Dennoch geriet Brasilien, anders als in früheren Krisenprozessen, nicht in die Abhängigkeit des IWF oder anderer internationaler Finanzinstitutionen. Als die brasilianische Regierung in Zahlungsengpässe geriet, bot die US-amerikanische FED einen bedingungslosen Swap über 30 Mrd. US\$ an, um einen Kapitalabzug vom US-amerikanischen Staatsanleihenmarkt zu verhindern (Marques/Nakatani 2009, 12). Außerdem war der Anteil der öffentlichen Auslandsschulden am BIP von 14,3 % im Jahr 2002 auf null gesunken, sodass durch die Krise zunächst keine Explosion der Schuldenlast durch Wechselkurschwankungen oder Risikoauflschläge ausgelöst wurde.

Der brasilianische Bankensektor blieb aufgrund der strikten Regulierung und ihrer Geschäftsbankfunktion in der Krise weitgehend stabil. Die brasilianischen Banken erlitten keine Verluste auf dem Derivatemarkt, da ihnen der Handel mit diesen Titeln untersagt ist. Durch scharfe Regulierungsaufgaben hatten sich die brasilianischen Institute auf das Kerngeschäft der Kreditvergabe beschränkt. Es kam deswegen zu keinen größeren Bankenzusammenbrüchen, sodass keine umfangreichen staatlichen Bankenrettungen unternommen werden mussten, sondern nur einzelne Kreditlinien bei Zahlungsengpässen vergeben wurden (vgl. Unterkapitel 3.3.5). Die Hauptsorge der brasilianischen Banken bestand somit in der Gefahr einer Kreditklemme durch Zahlungsausfälle der Schuldner und Schuldnerinnen.

Die größten acht brasilianischen Banken verloren insgesamt rund 5 Mrd. US\$ durch eigene Anlagen oder Zahlungsausfälle (Kregel 2009, 9f.). Stark getroffen wurde auch der Pensionsfonds Previ der Banco do Brasil, der durch den Börsencrash Verluste von 21 Mrd. R\$ gemacht hatte, aber weiterhin schwarze Zahlen schrieb (Estadão, 12.03.2009). Die wichtigste Auswirkung im Finanzsektor war die Fusion der Banken Itaú und Unibanco zum größten Finanzinstitut Lateinamerikas mit einem Kreditvolumen von über 575 Mrd. R\$ (Folha de São Paulo, 03.11.2008). Die Fusion, die bereits seit über einem Jahr in Verhandlung war, wurde durch die Krise beschleunigt, da Unibanco in Liquiditätsprobleme geraten war (Farhi/Macedo Cintra 2009, 121). Die kleinere Banco Votorantim geriet in Zahlungsschwierigkeiten und wurde im Januar 2009 schließlich von der Banco do Brasil für 4,2 Mrd. R\$ gekauft. Zudem war die Kreditvergabe in der Krise deutlich zurückgegangen. Im Januar 2009 war sie auf dem niedrigsten Stand seit 2007 (Marques/Nakatani 2009, 8).

FUSION DER BANKEN ITAÚ UND UNIBANCO

Die Krise hatte vor allem direkte Auswirkungen auf verschiedene große brasilianische Unternehmen, die – anders als die Banken – in Derivatgeschäfte investiert hatten (Steinhilber 2008; Farhi/Macedo Cintra 2009, 122). Die Höhe der Verluste der brasilianischen *Multilatinas* werden dabei auf bis zu 25 Mrd. US\$ geschätzt. Insgesamt waren über 500 Unternehmen betroffen, davon schon im ersten Halbjahr 2008 37 von 50 der Bovespa-Unternehmen. Durch Wechselkursgeschäfte hatten u. a. der Zellulosehersteller Aracruz über 2,1 Mrd. US\$, die Votorantim-Gruppe über eine Mrd. US\$ und Sadia rund 360 Mio. US\$ verloren (Farhi/Borghini 2009, 176 ff.; Kregel 2009, 9).

SPEKULATIONSVERLUSTE VON EXPORT- UNTERNEHMEN

Nach kurzer Zeit schlug sich die Krise auch in der Produktion nieder. Im vierten Quartal 2008 und dem ersten Quartal 2009 sank das BIP um 4,4 % im Vergleich zum Vorjahr (Pochmann 2009, 42). Betroffen war insbesondere der industrielle Sektor, der im gleichen Zeitraum um 11,6 % schrumpfte, während der Landwirtschafts- um 0,6 % und der Dienstleistungssektor um 4,2 % wuchs. Im Vergleich zum Vorjahr waren im Januar 2009 vor allem der Automobilbereich (-34,5 %), die Chemieindustrie (-29,2 %), die Metallindustrie (-31,3 %), Maschinen- und Ausrüstungsproduktion (-24,4 %) und der Elektronik- und Kommunikationsbereich (-45,9 %) in die Krise geraten (Marques/Nakatani 2009, 6). Der Konsum brach im selben Zeitraum um 30,9 % ein. Davon waren

unter anderem wichtige langlebige Konsumgüter wie Autos (-29,6 %), Mobiltelefone (-63,8 %) oder auch Haushaltsgeräte (-12,2 %) betroffen. Auch die Investitionstätigkeit ging im ersten Drittel 2009 um rund 12,6 % zurück. Die Krise schlug sich deshalb rasch auf dem Arbeitsmarkt nieder. Im Zeitraum von November 2008 bis Januar 2009 wurden rund 800.000 Arbeitsplätze vernichtet, davon alleine im Bundesstaat São Paulo 275.000 (ebd., 5). Der Dezember 2008 war mit über 650.000 Entlassungen der schlimmste Monat für den Arbeitsmarkt seit zehn Jahren. Einige ehemals staatliche Großunternehmen wie der Flugzeughersteller Embraer und der Bergbaukonzern Vale strichen viele Arbeitsplätze.

3.3.4. WARENMÄRKTE ALS ÜBERTRAGUNGSKANAL

EXPORTWIRTSCHAFT DURCH KRISE STARK GETROFFEN

Auch Brasiliens Exportwirtschaft wurde durch die Weltwirtschaftskrise stark getroffen. Seit Lulas Amtseinführung hatte sich das Exportvolumen mehr als verdreifacht. Wurden im Jahr 2002 noch 60,4 Mrd. US\$ an Gütern exportiert, waren es 2008 rund 197,9 Mrd. US\$. Da die Importe nicht im gleichen Maße anstiegen, erwirtschaftete Brasilien hohe Leistungsbilanzüberschüsse von jährlich bis zu über 40 Mrd. US\$.

Von Januar bis September 2009 brachen die Exporte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rund 25,9 %, die Importe sogar um rund 31 % ein (MDICE 2010, 7ff). Gerade verarbeitete Produkte wie Erdölprodukte (-43 %), Transportmaterialien (-42,6 %) und Maschinen (-39,3 %) waren stark von dem Rückgang betroffen.

Ihr Anteil sank trotz weitgehend stabiler Preise rascher als der von Primärgütern. Die Nachfrage nach Rohstoffen und Agrarprodukten blieb eher stabil. Trotz sinkender Rohstoffpreise im September 2009 überstieg der Anteil der Primärgüter am Gesamtexport erstmals seit 1961 jenen der Industriegüter (Folha de São Paulo, 19.09.2009).

Der katastrophale Einbruch im Außenhandel wurde allerdings durch verschiedene Faktoren relativiert. Der Anteil des Exports am BIP lag 2008 bei niedrigen 12,6 %. Trotz der dynamischen Exportentwicklung, die über Sekundäreffekte das Wirtschaftswachstum anregte, war seit 2005 vor allem der Binnenmarkt Träger der ökonomischen Entwicklung gewesen. Das Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen wie *Bolsa Família*, die aktive Mindestlohnpolitik und die Reallohngewinne hat-

te zu einer deutlichen Verbesserung des Lebensstandards geführt, was sich u. a. darin ausdrückte, dass in Brasilien im Jahr 2008 rund 120 Mio. Haushalte, und damit 23 Mio. mehr als noch 2005, ein Einkommen von mehr als 400 Euro monatlich bezogen (Busch 2009, 23). Außerdem hatte die wachsende Außenhandelsdiversifizierung die Krise ausgebrems. China war im Jahr 2009 zum ersten Mal in der Geschichte der größte Abnehmer brasilianischer Waren und löste somit die USA ab.

Andere Weltregionen und Staaten, insbesondere die heftig von der Krise betroffenen USA, EU und Japan (Gamble 2009, 114 ff.), hatten im Zeitraum von 2002 bis 2008 Anteile in Höhe von 15 % des Außenhandels abgegeben, sodass die einbrechende Nachfrage die brasilianische Wirtschaft schwächer traf. Außerdem verwandelte sich die Exportkrise nicht umgehend in eine Zahlungsbilanzkrise. Die Leistungsbilanz rutschte zwar im Januar 2009 ins Negative (Marques/Nakatani 2009, 4), bewegte sich 2009 insgesamt aber bei 24,6 Mrd. US\$.

Die Deviseneinnahmen der brasilianischen Unternehmen gingen durch die sinkenden Exporte um beinahe die Hälfte zurück. Die Situation stabilisierte sich aber bereits im ersten Quartal 2009, als die Regierung Lula, als Teil eines umfangreichen Maßnahmenpakets, Kreditlinien für den Export auflegte. Allerdings führte die Krise zu einem wachsenden Protektionismus. Brasilien hob für über 500 Güter die Importzölle deutlich an (Wirtschaftswoche, 13.07.2009), darunter auch für Industriewaren wie Textilien oder Stahl. Zudem sind die Exporte und Importe insgesamt im Jahr 2009 um 22,2 % bzw. 26,2 % gesunken, was sich deutlich über dem Gesamtrückgang des Welthandels von 12 % bewegte (MDI-CE 2010).

**WACHSENDE
PROTEKTIONISMUS**

3.3.5. BRASILIENS REAKTION AUF DIE KRISE

Die Reaktion auf die Krise erfolgte äußerst rasch und war sehr weitgehend. Den Kern der Konjunkturmaßnahmen bildete die schnelle Fortführung und Ausweitung des PAC, um antizyklisch dem Konjunkturerinbruch entgegenzuwirken.

Bevor die Krise Brasilien getroffen hatte, waren lediglich 15 % des PAC umgesetzt worden (Steinhilber 2008). Bis zum August 2009 wurden mit 338 Mrd. US\$ über die Hälfte der PAC-Mittel ausgegeben, wodurch

**BESCHLEUNIGUNG
DES PAC ZUR
KRISENBEKÄMPFUNG**

seit Beginn der Krise in nur einem Jahr zusätzliche 150 Mrd. R\$ in die Wirtschaft flossen (Governo Federal do Brasil 2009). Davon wurden 34 Mrd. R\$ für das Sozialwohnungsprogramm *Minha Casa, Minha Vida* ausgegeben. Im Februar 2009 stockte die Regierung das PAC sogar um weitere 144 Mrd. R\$ auf, sodass es ein Gesamtvolumen von 646 Mrd. R\$ erreichte (Gazeta Mercantil, 04.02.2009). Bei der Evaluation der Projekte im August 2009 wurden lediglich 8 % in ihrer Realisierung als problematisch eingestuft (Governo Federal do Brasil 2009, 37). Im Jahr 2009 wurde insgesamt ein Drittel der Projekte fertig gestellt (O Estado de São Paulo, 19.01.2010). Im Wahljahr 2010 wurden die Bauaktivitäten noch einmal sichtlich beschleunigt. Bis Ende 2010 waren rund 444 Mrd. R\$ ausgegeben und somit 82 % der anfangs geplanten Projekte fristgerecht abgeschlossen worden (Governo Federal do Brasil 2010, 5).

Eine weitere wichtige Maßnahme war die gezielte Vergabe von öffentlichen Krediten, um einer möglichen Kreditklemme entgegenzuwirken. Hierbei spielten das öffentliche Geschäftsbankensystem und die brasilianische Entwicklungsbank BNDES eine besondere Rolle (Governo Federal do Brasil 2009, 1).

**EXPANSIVE
KREDITVERGABE DURCH
ÖFFENTLICHE BANKEN**

Die Zentralregierung vergab im Januar 2009 Kredite über 100 Mrd. R\$ an die BNDES, was das Kreditvolumen der Institution um rund 43 % erhöhte (Marques/Nakatani 2009, 11 f.). Auch die staatlichen Banken – vor allem die Banco do Brasil und die Caixa Econômica Federal – weiteten ihre Kreditvergabe um insgesamt 36 % aus, während die Erhöhung des Kreditumfangs von Privat- und ausländische Banken mit lediglich 5,4 % bzw. 1,8 % weit darunter blieb. Das Gesamtkreditvolumen erreichte so den Wert von 45 % am BIP im Juli 2009. Besondere punktuelle Interventionen bestanden in der Schaffung von zwei Kreditfonds für kleinere und mittlere Unternehmen über 93,9 Mrd. R\$ (ebd., 10). Zudem wurde notleidenden Industriebranchen (und den Konsumenten und Konsumentinnen) eine Fülle von Kreditlinien über das staatliche Bankensystem und die BNDES gewährt: Alleine von September bis Dezember 2008 wurden von den bundesstaatlichen Finanzinstitutionen u. a. 6 Mrd. R\$ für Unternehmen, 25 Mrd. R\$ für den Kauf von Baumaterialien, 2 Mrd. R\$ für den Kauf von Elektrotechnik, 6 Mrd. R\$ für die Landwirtschaft, weit über 23 Mrd. R\$ für die Exportwirtschaft und 5,4 Mrd. R\$ für kleine Banken bewilligt. Zusätzlich senkte die Zentralbank erstmals seit Lulas Amtsübernahme deutlich die Leitzinsen, die sich im Juli 2009

zunächst auf dem Wert von 8,75 % stabilisierten. Die Realzinsen fielen im Sommer 2009 auf einen historischen »Tiefstand« von rund 4 %. Allerdings zählte das Land im weltweiten Vergleich immer noch zu den Staaten mit den höchsten Realzinsen (Folha de São Paulo, 05.09.2009). Die Regierung wirkte somit auch in der Fiskalpolitik der Rezession effektiv entgegen und gab rund 1,4 % des BIP für Maßnahmen in diesem Bereich aus.

Ein dritter kaum zu unterschätzender Faktor war die Ankurbelung des Konsums durch Steuersenkungen und Lohnerhöhungen. Die Mehrwertsteuer einer Vielzahl von langfristigen Konsumgütern wie Autos, Kühlschränken und Waschmaschinen wurde deutlich gesenkt oder sogar komplett ausgesetzt. Außerdem wurde die aktive Mindestlohnpolitik der Regierung fortgeführt.

Die Regierung zog die Mindestlohnerhöhung um 50 R\$ auf 465 R\$ im Jahr 2009 auf den 1. Februar vor. Eine zweite Erhöhung auf R\$ 510 folgte zum 1. Januar 2010. Die Kaufkraftsteigerungen heben die Krise damit stark von den Krisenprozessen 1998/99 oder 1982/83 ab, in denen die großen Kaufkraftverluste einfach hingenommen wurden (Pochmann 2009, 51). Auch übten die Gewerkschaften keine Lohnzurückhaltung. Zur Hochphase der Krise führten rund 93 % der Lohnverhandlungen zu Reallohngewinnen.

Zusätzlich wurde die Krise durch verschiedene sozialpolitische Maßnahmen abgefedert. Zentral war hierbei die Erhöhung der Transferzahlungen im Rahmen von *Bolsa Família* um rund 10 % monatlich. Außerdem verlängerte die Regierung die Arbeitslosenversicherung um 6 Monate und federte so die Auswirkungen der Krise ab. Von Oktober 2008 bis März 2009 stieg die Arbeitslosigkeit um 16,8 % an. Allerdings sank die Armutsquote unter den Arbeitslosen durch die Maßnahmen paradoxerweise um 2,5 %, während diese in der Finanz- und Wirtschaftskrise 1998/99 noch um 18 % gestiegen war (Pochmann 2009, 43). Die Folge der erhöhten Ausgaben war jedoch eine Steigerung des Defizits in der Sozialversicherung um 12,6 % auf 43,6 Mrd. R\$ im Jahr 2009 (BBC Brasil, 19.01.2010), was zu einem Rückgang des primären Haushaltsüberschusses um 39 % und zu einem Anstieg der Staatsschulden auf ein Niveau von 68,5 % des BIP beitrug.

**SOZIALPOLITISCHE
MASSNAHMEN
ZUR KRISENABFEDERUNG**

Kurz, das brasilianische »Konjunkturpaket« zeichnete sich durch einige Besonderheiten aus: Zunächst hatte Brasilien, wie auch der Staatssekretär für Solidarische Ökonomie Paul Singer betonte, mit dem PAC schon vor der Krise ein Konjunkturprogramm aufgelegt. Zweitens war der Umfang der Gesamtmaßnahmen von über 8 % des BIP vergleichsweise hoch. Zum Vergleich: Mexiko als zweite große Volkswirtschaft Lateinamerikas gab lediglich etwas mehr als 1 % des BIP für die Krisenbekämpfung aus (Boris 2009, 161). Drittens erwiesen sich die Regulierung des Finanzsektors und die Größe des öffentlichen Bankensektors als Vorteil. Das Bankensystem wurde von der Krise nicht frontal getroffen. Die Krisenrettung konnte dadurch fast ausschließlich auf Investitions- und Sozialausgaben fokussiert werden. Es mussten keine umfangreichen *Bailouts* umgesetzt oder *Bad Banks* geschaffen werden. Außerdem wurden in der Finanzpolitik verschiedene Maßnahmen durch die Krise quasi durch die Hintertür eingeführt, darunter eine geringfügige Senkung der Realzinsen und eine Reform des Steuersystems. Zusätzlich stabilisierten die Lohnerhöhungen den Konsum.

3.3.6. DAS ENDE DES NEOLIBERALISMUS

RASCHE ERHOLUNG DER VOLKSWIRTSCHAFT

Die brasilianische Volkswirtschaft erholte sich rasch von der Finanz- und Wirtschaftskrise. Das Land war weltweit einer der Staaten, die am spätesten in die Rezession schlitterten und diese am frühesten wieder verließen. Bis zum Herbst 2009 hatten sowohl der Börsenindex Bovespa als auch der Real sich von den negativen Auswirkungen der Krise erholt. Die Bovespa gewann im Jahr 2009 83 %, der Real im Vergleich zum US\$ 34 % (Reuters, 31.01.2010). Die Wirtschaftsentwicklung hatte sich noch im zweiten Quartal 2009 umgekehrt, sodass die brasilianische Wirtschaft im Jahr 2009 insgesamt ein Nullwachstum erzielte. Im Jahr 2010 wurde ein Boom mit einem BIP-Wachstum von über 7 % erreicht. Auch die Arbeitslosigkeit kehrte bereits im September 2009 wieder zum Vorkrisenniveau zurück (Folha de São Paulo, 17.09.2009). Noch im selben Jahr wurden sogar zusätzliche Stellen geschaffen und im Folgejahr entstanden über 2,5 Mio. neue Jobs im formellen Sektor (O Globo, 16.12.2010). Andere wirtschaftliche Kernfaktoren, wie die außenwirtschaftliche Position oder die Inflation, blieben stabil. Die hohen Devisenreserven wuchsen nach der Krise sogar auf insgesamt über 280 Mrd.

US\$ Ende 2010 an. Es gab nur vereinzelt negative Auswirkungen. Pochmann (2009, 45 ff.) stellt z. B. dar, dass viele Entlassungen zur Prekariisierung der Arbeitsverhältnisse genutzt wurden. Von diesen waren deutlich mehr Männer als Frauen betroffen, obwohl die Arbeitslosenrate der Frauen weiterhin rund 2 % über der ihrer Kollegen blieb (OBIG 2009, 44 ff.). Allgemein hinterlässt die Krise somit den Eindruck, dass sie von der Regierung gut gemeistert wurde, aber die sozialen Fortschritte der letzten Jahre gebremst hat.

Es lassen sich vor allem zwei direkte Ergebnisse der Krise feststellen. Zunächst ging die Regierung Lula aus dieser politisch gestärkt hervor. Kurz vor Amtsende im Dezember 2010 erreichte der Präsident die besten Zustimmungswerte aller Zeiten von 83 %, die damit sogar noch den vorläufigen Höhepunkt im Herbst 2008 weit überschritten (Datafolha 2010).

Seine Nachfolgerin Dilma Rousseff, die zunächst als schwache Präsidentschaftskandidatin galt, profitierte von diesem Rückenwind und gewann schließlich im zweiten Wahlgang im Oktober 2010 als erste Frau die Präsidentschaftswahlen.

Die Zustimmung zur Regierung deutet auf eine weitere Auswirkung der Krise hin. Als Folge hat sich ein Konsens über die Notwendigkeit einer keynesianischen Wirtschaftspolitik herausgebildet.

Es wurden weitere wirtschaftspolitische Reformen durchgesetzt. Der Aufstockung des PAC im Februar 2009 folgte ein zweites Programm zum Auftakt des Wahlkampfs im Frühjahr 2010. Das PAC II (2011–2014) hat ein gewaltiges Finanzvolumen von über 958,9 Mrd. R\$ und sieht Investitionen in Bereichen wie Energie, Transport, Wohnungsbau und städtische Infrastruktur vor (O Globo, 29.03.2010). Die hohen Ausgaben wurden auch durch den Fund der umfangreichen Pre-Sal-Erdölressourcen ermöglicht, aus denen zusätzlich ein Sozialfonds von 280 Mrd. R\$ bezahlt werden soll. Im Oktober 2009 führte die brasilianische Regierung schließlich auch Kapitalverkehrskontrollen wieder ein. Kapitalzuflüsse werden von nun an mit 2 % besteuert, um der Aufwertung der Währung entgegenzusteuern. Die Hochzinspolitik wurde aber dennoch im Kern weiter aufrechterhalten: Ende 2010 lagen die Leitzinsen erneut bei 10,75 %, was Realzinsen von rund 5 % bedeutete. Die geringe Krisenbetroffenheit des Landes bzw. die erfolgreiche Bekämpfung der Kri-

**PAC II IM UMFANG
VON 958,9 MRD. R\$**

se schuf eine hohe Legitimation für eine antizyklische Politik. Auch wurde das PAC mit der Krisenüberwindung in Verbindung gebracht. Die Kräfteverhältnisse in der Regierung haben sich somit deutlich zugunsten der sozial-keynesianischen Achse verschoben. Zum Jahreswechsel 2011 stellte schließlich auch der neoliberale Zentralbankchef Meirelles nach acht Jahren Amtszeit seinen Posten zur Verfügung.

Die Krise hat demnach die sozialdemokratische Klassenallianz gefestigt und das binnenmarktorientierte Wirtschaftsmodell gestärkt. Eine Herausforderung wird die Integration der Forderungen der Umweltbewegungen sein, auf die durch erste Steigerungen der Umweltausgaben im PAC II und die ehrgeizige Zielsetzung einer Reduktion des CO²-Ausstoßes um 35 % bis zum Jahr 2020 zugegangen wurde.

Zusätzlich wirkt die Aufwertung des Reals durch die großen Kapitalzuflüsse und die hohen Erdölfunde das Problem auf, dass Brasilien durch die Aufwertung der Währung und der Verschlechterung der Handelsbilanz mittelfristig erneut in die Position eines Schuldnerlandes geraten könnte.

3.3.7. BRASILIENS FORDERUNG NACH EINER GLOBALEN REFORM

Der schrittweise Hegemoniewechsel, der sich seit der Amtsübernahme der Regierung Lula vollzogen hat, artikulierte sich bereits viel früher auf internationaler Ebene. Hier ließ sich eine aktive Umgestaltung der Außenpolitik beobachten, die zentrale politische Prozesse und globale Strukturen beeinflusste. Die Regierung setzte dabei auf eine Doppelstrategie: Zum einen wurden neue Süd-Süd-Bündnisse aus der Taufe gehoben, um eine »neue Geografie des Welthandels« zu schaffen, zum anderen drängte man aktiv auf eine Reform des Institutionengefüges.

In den internationalen Institutionen steuerte die Regierung Lula rasch um. Neben einer scharfen Verurteilung des Irak-Kriegs 2003 und eher erfolglosen Bemühungen zur Stärkung der UNO, darunter ihr Bestreben nach einem festen Sitz im UN-Sicherheitsrat, positionierte sich die Regierung insbesondere in der Außenwirtschaftspolitik neu. Die Initiative zur Gründung der G-20 und das Scheitern der WTO-Ministerkonferenz in Cancún 2003 waren erste Anzeichen dieser Umorientierung.

Von nun an begann Brasilien, aktiv die Welthandelsgespräche in wechselnden Allianzen (G-5, G-110, NAMA-11) mitzugestalten und die offensiven Liberalisierungsforderungen des Nordens auszubremsen. Auch in anderen Foren wie der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) war die brasilianische Diplomatie aktiv. Direkte Folge war die Entstehung eines beinahe unüberschaubaren Flickenteppichs von unterschiedlichen Süd-Süd-Gruppen, die die Kräfteverhältnisse in den internationalen Institutionen neu ordneten (Schmalz 2010a).

Die Basis für diesen Wechsel bildeten neue Süd-Süd-Governance-Foren. Für die Entstehung der G-20 war z. B. die Gründung des IBSA-Dialogue Forums mit Indien und Südafrika zentral, in dem trilaterale Verträge zur Technologie-, Verkehrs-, Kultur-, Handels- und Sicherheitspolitik ausgehandelt wurden. Die brasilianische Regierung begann zudem, eine Fülle von bilateralen Verträgen mit anderen Schwellen- und Entwicklungsländern, etwa in Afrika oder mit China, abzuschließen. Diese teilweise sehr weitgehenden Kooperationsbündnisse mündeten in innovative inter-regionale Foren, insbesondere dem Africa-South America-Forum, das mittlerweile zum dritten Mal getagt hat. In der Folge kam es, wie oben angesprochen, zu einer massiven Umorientierung des brasilianischen Außenhandels.

Diese Reorientierung schlug sich auch auf regionaler Ebene nieder. Bereits im Jahr 2003 begann sich die Regierung Lula vom Projekt der pan-amerikanischen Freihandelszone zu distanzieren und versammelte 17 Staaten hinter einem alternativen Verhandlungsentwurf (Gentili 2004, 105 f.). Mit Unterstützung vor allem aus Argentinien und Venezuela wurde das ALCA-Vorhaben gestoppt und scheiterte schließlich im Jahr 2005. Ein ähnliches Schicksal ereilte zunächst das politisch ähnlich ausgerichtete EU-Mercosur-Assoziationsabkommen, über das seit Oktober 2004 de facto nicht mehr weiter verhandelt wurde (Nogueira Batista jr. 2005, 132 ff.), aber das seit Mai 2010 wieder im Gespräch ist.⁸

Der Versuch zur Bildung eines regionalen Gegenblocks war jedoch zunächst eher erfolglos. Zwar traten sämtliche südamerikanische Staaten dem Mercosur als assoziierte Mitglieder bei, aber die Restrukturierung

⁸ Die brasilianische Regierung führt diese Verhandlungen nun jedoch aus einer Position der Stärke. Auch hat sich das brasilianische Außenministerium wiederholt dahingehend geäußert, dass Forderungen der EU in sensiblen Bereichen wie dem staatlichen Auftragswesen nicht akzeptiert werden.

**VERSUCHE ZUR
SÜDAMERIKANISCHEN
INTEGRATION**

des Handelsblocks zu einem stärker institutionalisierten und sozial ausgerichteten Abkommen scheiterte vorerst an niedrigen Ressourcen (Burges 2005). Die brasilianische Regierung versuchte deswegen, mit der südamerikaweiten UNASUR (*Unión de Naciones Suramericanas*) einen neuen politischen Referenzrahmen zu schaffen, der verschiedene Felder wie Finanz- und Energiepolitik integriert (Saraíva 2010, 160 f.). Auch wenn das Bündnis einen großen Schritt für die südamerikanische Kooperation bedeutet, erzielten die Staats- und Regierungschefs bisher nur punktuelle Erfolge, etwa die *Declaración de Moneda* im September 2008, die die bolivianische Linksregierung Morales gegen die Gewalt- eskalation der Opposition verteidigte. So existieren z. B. offenkundig unterschiedliche Vorstellungen der Mitgliedsstaaten im Bereich der Sicherheitspolitik. Erfolgreicher war die brasilianische Regierung in der direkten Nachbarschaftspolitik. Bereits 2003 gelang es ihr, mit der *Grupo de Amigos de Venezuela*, den Konflikt zwischen der venezolanischen Regierung und Opposition in einem Abwahlreferendum zu kanalisieren (Hofmeister 2004, 367), das die Chavisten deutlich gewannen.

Danach stützte sie die Regierung Morales bei der Verstaatlichung der brasilianischen Firma Petrobras, in dem sie die Forderungen der Opposition ausbremste, ein Joint Venture-Modell unterstützte und einer Gaspreiserhöhung zustimmte (Schmalz 2009).

**FINANZKRISE VERSTÄRKT
AUSSENPOLITISCHE
BEMÜHUNGEN**

Außerdem schloss die Regierung Lula ein Abkommen mit Paraguay, welches u. a. die brasilianischen Zahlungen an den Nachbarstaat für den im binationalen Wasserkraftwerk Itaipú produzierten Strom auf 360 Mio. US\$ verdreifachte, und ermöglichte der paraguayischen Regierung so neue finanzielle Handlungsspielräume.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise tat dieser politischen Reorientierung keinen Abbruch, sondern verstärkte sie eher noch. Die Regierung äußerte nun offene Kritik an der globalen Finanz- und Wirtschaftsordnung.

Lula reiste zum ersten Mal seit Amtsantritt 2009 nur zum Weltsozialforum und ließ das zeitgleich tagende *World Economic Forum* links liegen. Stattdessen suchte er den Schulterchluss mit den linken Regierungen Südamerikas. Diese symbolische Reorientierung wurde von einer Radikalisierung des Diskurses begleitet (Estadão, 30.01.2009). Dabei klang in den Statements des Präsidenten zur Krise auch eine klare Schuldzuschreibung gegenüber den Zentrumsstaaten mit, die z. B. am Rande

des Gipfels der Ende 2008 gegründeten Finanz-G-20 in London 2009 in pressewirksamen Beschimpfungen gipfelte: »Es ist eine Krise, die durch das irrationale Verhalten von Weißen mit blauen Augen verursacht wurde, die vorher alles zu wissen schienen und jetzt gar nichts wissen« (Folha de São Paulo, 26.03.2009).

Insgesamt wirkte die Krise als Katalysator für eine Verschiebung der globalen Kräfteverhältnisse, von denen auch Brasilien deutlich profitiert (Boris/Schmalz 2009, 637 ff.). Die Entstehung der BRIC-Gruppe und die Etablierung der Finanz-G-20 als zentrales Verhandlungsforum sind eng mit dem Krisenverlauf verbunden.

Auf diese Weise wurde Brasiliens politisches Gewicht deutlich aufgewertet. Das Land darf auf gleicher Augenhöhe mit Russland, Indien und China über politische und wirtschaftliche Fragestellungen verhandeln, was den ursprünglichen Plänen der Regierung Lula zur Bildung einer »Poor Man's G5« (Devraj 2004) nahe kommt. Die BRIC-Gruppe, die sich im Jahr 2008 in Jekaterinburg konstituierte, strebt z. B. eine grundlegende Reform der Weltwährungsarchitektur an und fordert damit u. a. die Weltgeldrolle des US-Dollars heraus.

In der Folge verlagerten sich die brasilianischen außenwirtschaftspolitischen Aktivitäten nun stärker auf den Bereich der Financial Governance. Brasilien kaufte das erste Mal in der Geschichte IWF-Anleihen über rund 10 Mrd. US\$, was letztlich zur Stimmrechtsreform im IWF beitrug, durch die Brasilien seine Anteile auf 2,3 % beinahe verdoppelte und somit am zweitmeisten Stimmen weltweit dazugewann. Auf regionaler Ebene unterzeichnete die brasilianische Regierung nach langer Vorbereitung den Gründungsvertrag der seit 2007 in Planung befindlichen *Banco del Sur*, der nun Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela angehören (Páez Pérez 2010). Das Finanzvolumen der Institution wurde sogar um 12 Mrd. US\$ auf insgesamt 32 Mrd. US\$ aufgestockt. Nach langen Diskussionen wurde zudem der US-Dollar als Zahlungsmittel für den Handel zwischen Brasilien und Argentinien abgeschafft. Eine Neuheit war ebenfalls, dass aufgrund der Krise im Rahmen des UNASUR erstmals ein Treffen der südamerikanischen Finanzminister zur gemeinsamen Koordination stattfand.

AUFWERTUNG BRASILIENS IN INTERNATIONALEN INSTITUTIONEN

Die brasilianische Regierung nutzte also ihren (begrenzten) Einfluss, um ihre sozialdemokratischen Regulierungsvorstellungen in das internationale Institutionengefüge einzubringen. Durch geschickte Koalitionsbildung konnte sie die globalen Kräfteverhältnisse teilweise verändern. Besonders erfolgreich war sie dabei in der WTO-Handelsrunde und der Re-Etablierung von Süd-Süd-Kooperationsmustern in der Weltwirtschaft.

KRISE UND KONTINUITÄT:
INDIEN IN DER
WELTWIRTSCHAFTSKRISE

4.

Im Falle Indiens steht die Weltwirtschaftskrise 2008 ff. im Kontext einer Kontinuität neoliberaler Politik. Zwar war Indien von der Krise, insbesondere durch den Zusammenbruch des Außenhandels, stärker betroffen als es die indischen Machteliten erwartet hatten. Allerdings wirkte der Binnenmarkt als ein Puffer, und auch die internationalisierten Wirtschaftssegmente erholten sich relativ rasch. Die marginalisierte Bevölkerungsmehrheit litt jedoch unter den indirekten Kosten der Krise. Dieses Kapitel analysiert die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise vor dem Hintergrund der Entstehung des indischen Neoliberalismus. Dabei wird zunächst das Scheitern der entwicklungsstaatlichen Strategie Indiens seit der Unabhängigkeit 1947 skizziert. Sie zielte auf die Etablierung einer gemischten Wirtschaftsweise und auf eine relativ autonome Entwicklung. Die strukturellen Probleme dieses Modells verstärkten sich seit den 1970er Jahren, was schließlich zu einer Hinwendung zu neoliberalen Strategien führte. Ab den späten 1990er Jahren erreichte die indische Wirtschaft schließlich Rekordwachstumsraten. Die soziale Bilanz in dieser Zeit war allerdings durch regionale und sektorale Disparitäten geprägt. Die Regierung setzte in der Krise jedoch auf eine Festigung des neoliberalen Entwicklungsmodells, dessen Potentiale noch nicht erschöpft zu sein scheinen.

4.1. INDISCHER KAPITALISMUS SEIT DER UNABHÄNGIGKEIT

4.1.1. KOLONIALES ERBE UND UNABHÄNGIGE WIRTSCHAFTSSTRATEGIE

PRÄGUNG DURCH AUSWIRKUNGEN DER BRITISCHEN KOLONIALHERRSCHAFT

Die Entwicklung des indischen Kapitalismus blieb auch nach der Unabhängigkeit 1947 durch die Auswirkungen der britischen Kolonialherrschaft geprägt. Indiens Einbindung in die Weltwirtschaft zeichnete sich deswegen durch folgende vier Dimensionen aus (Chandra u. a. 2000, 9 ff.): In der internationalen Arbeitsteilung trat das Land lediglich in der untergeordneten Rolle eines Produzenten und Exporteurs von Rohstoffen auf. Außerdem bildete die Kolonie nur einen geringen Kapitalstock heraus, und zentrale Sektoren des indischen Manufakturwesens wurden durch britische Importe zerstört. Diese Tendenz wurde verstärkt, indem der Kolonialstaat und die Grundherren sich große Teile der produzier-

ten Überschüsse aneigneten und in die Metropole transferierten, um diese für den Militärhaushalt oder den Konsum von Luxusgütern einzusetzen. Zuletzt wurden die indische Landwirtschaft und Industrie durch die Kolonialverwaltung weder gefördert noch vor Konkurrenz geschützt. Vielmehr wurden durch die Manipulation der Wechselkurse, d. h. eine strukturelle Überbewertung der indischen Währung, die Interessen des britischen Kapitals an einem großen Absatzmarkt bedient.

Insgesamt waren die Briten an einer Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse nur insoweit interessiert, als diese die Profite des *tributary state* und der heimischen Kapitalistenklasse erhöhten.

Deshalb bremsten sie wirtschaftlich und politisch die Konsolidierung einer nationalen Bourgeoisie aus, wie sie beispielsweise im Bundesstaat Gujarat in Form prosperierender Händler und Handwerker in Ansätzen existierte (Bagchi 2002, 77f.).

Erst im späten 19. Jahrhundert gewannen indische Kapitalisten und ihre Unternehmen allmählich mehr wirtschaftliches Gewicht. Ihre auch politisch zunehmend aktive Position wurde dadurch begünstigt, dass die britische Kolonialadministration vergleichsweise klein war und deren Strategie vor allem auf indirekter Steuerung gründete (Lange 2004). In der entstehenden Unabhängigkeitsbewegung spielte diese kleine, aber vergleichsweise artikulationsfähige nationale Bourgeoisie, die Indien auf einen Pfad kapitalistischer Modernisierung führen wollte, eine wichtige Rolle. Unter den ökonomischen Machteliten war jedoch das Bewusstsein verbreitet, dass die eigenen Ressourcen nicht ausreichen würden, um die dafür notwendige industrielle Basis zu schaffen (Chattopadhyay 1992, 144 f.).

Die Grundzüge des späteren staatskapitalistischen Modells (Berberoglu 1992b, 13) fanden sich bereits vor der Unabhängigkeit im Jahr 1944 im sogenannten *Bombay Plan*, einem von sieben führenden Industriekapitalisten ausgearbeiteten Wirtschaftsprogramm (Thakurdas 1945). Im Kern besagte dieses, dass der Staat die nationale Bourgeoisie bei der Akkumulation von Kapital unterstützen und überall dort einspringen solle, wo das Privatkapital die notwendigen Investitionen nicht tätigen konnte oder wollte. Diese Prinzipien spiegelten sich dann auch deutlich im ersten wirtschaftlichen Fünfjahresplan des unabhängigen Indiens (ab 1950), der vom *Indian National Congress* (INC oder Kongresspartei), dem organisatorischen Zentrum der Unabhängigkeitsbewegung

ENTSTEHUNG EINER NATIONALEN BOURGEOISIE

GRUNDZÜGE DES INDISCHEN STAATSKAPITALISMUS

und späteren Quasi-Staatspartei, verabschiedet wurde (Chibber 2003, 88). Weiter ausformuliert wurden sie im Jahr 1956 mit *India's Industrial Policy Resolution*, in der drei industrielle Sektoren nach Eigentumsstrukturen unterschieden wurden: der Staatssektor mit der Waffen-, Eisen- und Stahlindustrie, der Erdölförderung und -verarbeitung, dem Anlagenbau sowie den Eisenbahn-, Telekommunikations- und Energiesektoren; der Bereich unter gemischter Eigentümerschaft, z. B. die Produktion von Aluminium und Dünger sowie der Straßenbau und die Schifffahrt; und der Rest, der dem privaten Kapital vorbehalten bleiben sollte (Chattopadhyay 1992, 145 ff.). Als Folge vergrößerte sich der Anteil der industriellen Wertschöpfung gegenüber der Landwirtschaft deutlich. Getrieben von öffentlichen Investitionen, die langfristig ca. 75 % des Gesamtvolumens ausmachten, erreichte die relative Bedeutung der Industrieproduktion für die indische Ökonomie Ende der 1980er Jahre einen historischen Höchststand (Berberoglu 1992b, 14).

STAATLICHES WIRTSCHAFTSENGAGEMENT, ÖKONOMISCHE KOORDINIERUNG UND WIRTSCHAFTSNATIONALISTISCHE GRUNDHALTUNG

Ein prägendes Kennzeichen der indischen Entwicklungsstrategie nach der Unabhängigkeit war also das direkte Engagement des Staates, das sich in einem starken öffentlichen Sektor widerspiegelte. Dessen Anteil am BIP machte damals etwa ein Viertel aus, bei den Investitionen kam er sogar für gut die Hälfte auf. Ein zweites Merkmal war die ausgeprägte Koordinierung der ökonomischen Aktivitäten. Sie erfolgte durch die Einsetzung einer Planungskommission, die wirtschaftliche Fünfjahrespläne ausarbeitete. Auch waren der Finanzsektor, Preise und Distribution von Gütern und auch die industrielle Entwicklung staatlich kontrolliert (Dutt/Rao 2000, 5). Das dritte zentrale Kennzeichen war schließlich die wirtschaftsnationalistische Grundhaltung. Diese äußerte sich in hohen tarifären und nichttarifären Zollschränken, Kapitalverkehrskontrollen und der gezielten industriepolitischen Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen. Außerdem war die indische Rupie überbewertet, um die Importsubstitution voranzutreiben und die einheimischen Produzenten und Produzentinnen zu schützen (Krueger 2008, 269 f.).

AUSSENPOLITISCHES STREBEN NACH SOUVERÄNITÄT UND EINER »NEUEN WELT-WIRTSCHAFTSORDNUNG«

Außenpolitisch korrespondierte der Versuch, einen eigenständigen Entwicklungsweg einzuschlagen, mit dem Streben nach Souveränität und Unabhängigkeit.

Indien gehörte nicht nur zu den führenden Kräften der Blockfreienbewegung. Die indische Regierung war auch federführend an der Ausar-

beutung von Visionen und Strategien für eine »Neue Weltwirtschaftsordnung« beteiligt, durch die die Ausbeutung der Dritten Welt beendet werden sollte. In diesem Kontext engagierte sich die indische Diplomatie aktiv für eine Umgestaltung internationaler Institutionen (Fidler/Ganguly 2010, 150 ff.; Ganguly 2003, 41). Zudem unterhielt Indien deutlich engere Handelsbeziehungen mit der ideologisch näher stehenden Sowjetunion und zeitweise mit China – bevor es zum Zerwürfnis über die chinesische sozialistische Strategie kam – als mit den USA.

4.1.2. DIE EROSION DES »NEHRUVIAN CONSENSUS«

Die Bedeutung ausländischen Kapitals in dieser Entwicklungsphase sollte allerdings nicht unterschätzt werden. Für den Entwicklungspfad, den die ökonomischen und politischen Machteliten eingeschlagen hatten, war Indien auf den steten Zustrom von ausländischen Geldern angewiesen. Dieser erfolgte vor allem in Form von Entwicklungshilfe, die etwa zur Hälfte aus den USA stammte. Ihr Anteil an den gesamten Staatsausgaben betrug während des zweiten und dritten Fünfjahresplans in den 1950er und frühen 1960er Jahren jeweils mehr als ein Drittel (Chattoopadhyay 1992, 148 f.).

AUSSENABHÄNGIGKEIT UND KRISENANFÄLLIGKEIT DER ENTWICKLUNGS- STRATEGIE

Externe Schocks wie der Krieg mit China 1962 und zwei schlechte Ernten in Folge schwachen Monsunregens zeigten die Verwundbarkeit dieser Konstellation auf und führten seit Mitte der 1960er Jahre in die erste große Zahlungsbilanzkrise seit der Unabhängigkeit. Ein schwerwiegendes und chronisches Defizit in der ökonomischen Entwicklung Indiens war das schwache und volatile landwirtschaftliche Wachstum. Die geringen Einkommen und vergleichsweise hohe Nahrungsmittelpreise führten zu einer schwachen Binnennachfrage und begrenzten die Profitmöglichkeiten der Konsumgüterindustrie. Dies brachte mittelfristig eine deutliche makroökonomische Schieflage hervor (Ghosh 1999, 308 ff.).

Die Sozialstruktur war maßgeblich durch die entstehenden sektoralen Disparitäten geprägt. Die Landwirtschaft hatte zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit knapp die Hälfte des BIP produziert und über drei Viertel der Bevölkerung versorgt. Die Größe der Landbevölkerung wuchs, wobei sich die Zahl der Landlosen noch schneller erhöhte. Die von der Regierung Nehru implementierte Agrarpolitik und der damit verbundene Prozess der sozialen Differenzierung führten zur Stärkung der wenigen großen und mittleren, kapitalistisch wirtschaftenden Bauern. Eine wirk-

same Landreform blieb aus. Bis Ende der 1970er Jahre wurde weniger als ein halbes Prozent des bebaubaren Landes umverteilt. Somit zeichnete sich der Agrarsektor stets durch ungleich verteilte und generell niedrige Produktivität, kleinbäuerliche Strukturen, eine hohe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung der ländlichen Arbeitskräfte aus. Daher stiegen weder die bebaute Fläche noch die Flächenproduktivität im erforderlichen Maße, um die wachsende (Land-)Bevölkerung zu versorgen. Deren Lebenssituation verschlechterte sich noch einmal zusätzlich seit Einführung der »Grünen Revolution« Ende der 1960er Jahre, weil die Reallöhne und die verfügbare Beschäftigung stagnierten oder sogar zurückgingen (Desai 2006, 67f.; Sau 1983, 5ff.; Sen 1982, 8ff.). Dies führte zu einer drastischen Beschleunigung der Migrationsbewegungen in die urbanen Slums oder die prosperierenden agrarischen Zentren. Auch die massenhaften Vertreibungen durch Großprojekte wie zum Beispiel das Mega-Staudammprojekt im Narmada-Tal (Nilsen 2008) trugen zur Binnenmigration erheblich bei. Das industrielle Wachstum bedingte zwar eine deutliche Zunahme der Zahl der Lohnabhängigen seit Anfang der 1950er Jahre, aber der formelle Sektor beschäftigte bis in die 1980er Jahre immer noch eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung (Berberoglu 1992b, 14f.). Die massive Expansion des öffentlichen Dienstes und später des privaten Dienstleistungssektors ermöglichten ein Anwachsen der Mittelklassen auf ca. 60 Mio. Menschen in den frühen 1980er Jahren. Es handelte sich dabei zwar um weniger als ein Zehntel der damaligen Bevölkerung, aber um das politisch aktivste und artikulationsfähigste Segment (Sau 1983, 71f.).

Der Schwerpunkt der Entwicklungsstrategie auf den Industriesektor zeigte sich auch in den Arbeitsbeziehungen. Die Etablierung einer sozialistischen Gesellschaft sollte, nach den Vorstellungen des linken Flügels der Kongresspartei um den ersten Premierminister Jawaharlal Nehru, durch die Förderung der Produktivkräfte und nicht vorrangig durch Umverteilung erreicht werden. Ein Ziel war deshalb die Minimierung der Konflikte zwischen Kapital und Arbeit (Sen 1982, 101f.). Der 1947 verabschiedete *Industrial Disputes Act* etablierte Kollektivverhandlungen und verpflichtende Schlichtungsvereinbarungen als zentrale Instrumente zur Regulierung der industriellen Beziehungen. In diesem Kontext entwickelten sich in einigen Segmenten zunächst starke Arbeiterbewegungen. Diese wurden überwiegend von im organisierten Sektor Beschäftigten getragen und damit zumeist von männlichen Facharbeitern.

Die von den Gewerkschaften kurzfristig erkämpften Erfolge, beispielsweise im Bereich des Kündigungsschutzes und der Mindestlöhne, erwiesen sich jedoch bald als Bumerang, da Unternehmen, etwa im Baugewerbe und der Tabakindustrie, mit Entlassungen oder gar Betriebs-schließungen reagierten, um Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem informellen Sektor an Stelle der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten zu setzen. Dies war möglich, weil die Bevölkerungsmehrheit im informellen Sektor aus dem konventionellen Organisationsmodell ausgeschlossen blieb. Aufgrund der prekären Arbeits-, Lebens- und Organisationsbedingungen waren die Gewerkschaften mittelfristig also nicht in der Lage, ihre Rechte gegenüber den Unternehmen auch durchzusetzen. Als eine Folge nahm die Zahl der registrierten Arbeitskämpfe seit den 1970er Jahren deutlich ab (Agarwala 2008, 387 ff.).

**INFORMELLER SEKTOR
UND SCHWÄCHE
DER GEWERKSCHAFTS-
BEWEGUNG**

Diese Dynamiken äußerten sich in einer Verschiebung in der Zusammensetzung des Blocks an der Macht. Mehr und mehr rekrutierte sich dieser aus den Kadern der Kongresspartei und verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie, während selbst die bestorganisierten Sektoren der Arbeiterklasse zunehmend demobilisiert wurden. Vivek Chibber (2003, 43) sieht hierin einen der wichtigsten Gründe dafür, dass es dem linken Flügel des INC nicht gelang, eine erfolgreiche Entwicklungsstaatsstrategie zu implementieren. Gegenüber dem Unwillen des Privatkapitals, Teile der Kosten der Entwicklungsstrategie zu tragen, konnte kein gesellschaftliches Gegengewicht aufgebaut werden. Die geplante Landreform, welche die Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklungsstrategie hätte legen sollen, wurde aufgrund des Widerstands der Großgrundbesitzer und des rechtlichen Konservatismus nicht umgesetzt. So scheiterte der Entwicklungsstaat letztlich an der Unfähigkeit staatlicher Akteure und Akteurinnen, die Bündnispartner auf der (Agrar-)Kapitalseite zu disziplinieren.

**REKONFIGURATION
DES BLOCKS AN DER
MACHT UND KRISE
DER ENTWICKLUNGS-
STAATLICHEN STRATEGIE**

Die Veränderungen im Block an der Macht wurden durch eine diskursive Wende flankiert. In den Anfangsjahren des unabhängigen Indiens hatte das Erbe der politisch Strömungen, Regionen und Bevölkerungsgruppen übergreifenden anti-kolonialen Nationalbewegung eine Sonderrolle für die gesellschaftliche Diskussion. Über den Anti-Kolonialismus konnte gesellschaftliche Kohäsion hergestellt werden. Dies verlieh der Kongresspartei eine unanfechtbare Legitimität. Die ideologischen Grundlagen der Entwicklungsstrategie – die Vision eines eigenständigen

gen Indiens – bildeten die Kritik an der kolonialen Unterordnung der indischen Wirtschaft unter die Interessen des britischen Kapitals (Chandara u. a. 2000, 20 ff.). In den Diskussionen über Entwicklungsmöglichkeiten im Zuge der »dritten Welle« der Dekolonisierung nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Indien oftmals besondere Potentiale zugesprochen: Man glaubte, dass das Land über die notwendigen Bedingungen verfüge – Ressourcen, eine industrielle Basis, eine entwickelte Bürokratie und eine entschlossene politische Führung –, um innerhalb weniger Jahrzehnte zu Westeuropa und Nordamerika aufzuschließen (Chibber 2003, 3). Die staatskapitalistische Strategie, offiziell als Sozialismus oder *socialist pattern of development* bezeichnet, war dabei aber eher vom Glauben an einen technisch-neutralen und im allgemeinen Interesse geplanten Fortschritt als von egalitären Werten geprägt (Nilsen 2008, 306 f.). Dabei gelang es der Kongresspartei, die subalternen Klassen rhetorisch in ihr wirtschaftliches und gesellschaftliches Modernisierungsprojekt einzubeziehen und so einen hegemonialen Diskurs der Entwicklung zu formulieren, der auch als *Nehruvian Consensus* bezeichnet wird (Menon/Nigam 2007, 3). Zudem hatte dieser Diskurs demobilisierende Wirkung auf eben diese Bevölkerungsteile und verhinderte in den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit weitgehend, dass sie sich jenseits der Kontrolle des INC organisierten (Amin 2005, 5).

**HEGEMONIALER DISKURS:
ANTIKOLONIALISMUS UND
»NEHRUVIAN CONSENSUS«**

Spätestens seit der Krise der 1960er Jahre begann die Kongresspartei, ihren hegemonialen Status einzubüßen. Deutlich wurde dies durch die bewaffnete Revolte der maoistischen Naxaliten in den östlichen Landesteilen, durch das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen, die sich jenseits des Einflussbereiches des INC organisierten, und durch das Auftreten der unteren Kasten und Daliten als eigenständige politische Akteure und Akteurinnen. Zudem kam es zu einem Erstarren der nationalistisch-rassistischen Hindu-Rechten ab Mitte der 1960er (Desai 2008, 186 ff.; Menon/Nigam 2007, 43 ff.). Auch die Legitimität der wirtschaftspolitischen Institutionen bröckelte. So wurden Anfang der 1970er Jahre die Konturen einer wirtschaftsliberalen Kritik an der indischen Entwicklungsstrategie erkennbar. Der herrschende Block bekam Risse: Zunächst begann eine neue marktfreundliche Stoßrichtung, die beispielsweise mit den Namen Jagdish Baghwati und Deepak Lal verbunden war und die vorrangig die Etablierung marktwirtschaftlicher Preisbildungsmechanismen propagierte, an Ausstrahlungskraft zu gewinnen. Hierzu trugen die selektive Aneignung der unübersehbaren Exporterfolge

**RISSE IM HERRSCHENDEN
BLOCK DURCH
AUFKOMMEN NEUER
SOZIALER BEWEGUNGEN
UND LIBERALE KRITIK DER
ENTWICKLUNGSSTRATEGIE**

der ostasiatischen Tigerstaaten und das sich verschlechternde Ansehen staatlicher Entwicklungsinstitutionen bei.

Die sich wiederholenden, zum Teil tief greifenden Wirtschaftskrisen des Landes boten ausreichend Gelegenheit für die liberale Strömung, die Deutungshoheit in der Zivilgesellschaft zu erlangen (Desai 2008, 168 f.; vgl. auch Ghosh 1999). Ihre Kritik an der Regierungspolitik spiegelte einen Mentalitätswechsel der stärker internationalisierten Kapitalfraktionen und von Teilen der politisch-bürokratischen Machteliten wider. Die langsame Erosion des *Nehruvian Consensus* mündete schließlich in den 1980er Jahren in eine offene und grundlegende Auseinandersetzung um das Entwicklungsmodell Indiens (Nilsen 2008, 311 f.).

4.1.3. DIE GEGENREVOLUTION IM ZEITLUPENTEMPO

Heute ist klar, dass die nach der Unabhängigkeit eingeschlagene Entwicklungsstrategie, die auf staatliche Planung, Staatsinterventionen, Importsubstitution, industrielle Modernisierung und relative Autarkie der nationalen Wirtschaft basierte, gescheitert ist. Zahlreiche Aspekte ihres Scheiterns bleiben aber weiterhin Gegenstand von Diskussionen: Umstritten ist beispielsweise, wie ihre Leistungen aus einer historischen Perspektive zu bewerten sind, zu welchem Zeitpunkt sie in ihre entscheidende Krise geriet, was die Ursachen für diese Krise waren, wann die endgültige Abkehr vollzogen wurde und schließlich, welche die adäquate alternative Strategie gewesen wäre bzw. ist.

Indien konnte nicht, wie zur Zeit der Unabhängigkeit erhofft, zu den Industrieländern aufschließen. Das ökonomische Wachstum betrug bis Anfang der 1960er Jahre bis zu jährlich 9 % des BIP, fiel dann rapide ab und pendelte sich schließlich bei ca. 3,5 % ein. Insgesamt ergibt sich damit für die Jahre von 1950 bis 1970 ein durchschnittliches Wachstum des BIP pro Kopf von jährlich ca. 1,6 %; eine Zahl, die aufgrund der langsamen Entwicklung auch spöttisch als »Hindu-Wachstumsrate« bezeichnet wurde (K. Basu/Maertens 2007, 144 f.).

**SCHIEDEN DES
»NEHRUVIAN CONSENSUS«
UND DER
»HINDU-WACHSTUMSRATE«**

Unmittelbar verantwortlich hierfür waren der Rückgang öffentlicher Investitionen, der besonders die infrastrukturelle Modernisierung betraf, sowie die Erschöpfung der Importsubstitution. Hinzu kamen die strukturellen Beschränkungen der Nachfrage durch den trägen Land-

wirtschaftssektor und die verbreitete Armut. Neoliberale Ökonominen und Ökonomen, der IWF und die Weltbank machten zudem die restriktive und protektionistische Industrie- und Handelspolitik für die Misere verantwortlich (Chattopadhyay 1992, 152 ff.).⁹ Keine der indischen Regierungen, die bis zu diesem Zeitpunkt alle vom linken Flügel der Kongresspartei dominiert wurden, gelang es, die anvisierte entwicklungsstaatliche Strategie zu konsolidieren oder sogar einen neuen sozialistisch orientierten Pfad einzuschlagen. Weder konnte eine stärker exportorientierte Strategie implementiert werden, noch war es möglich, die staatlichen Apparate mit mehr disziplinierender Macht gegenüber der Bourgeoisie auszustatten. Ersteres scheiterte, weil ein Türöffner für die Exportmärkte – wie beispielsweise das japanische Kapital für Südkorea – fehlte; letzteres weil die Planungskommission mit dem andauernden Misserfolg an Glaubwürdigkeit und Einfluss verloren hatte.

Die Debatten über eine Reform wurden folglich zunehmend mit der Zielrichtung geführt, den staatlichen Einfluss zurückzudrängen und nicht mehr darüber, wie die staatliche Planung effizienter zu gestalten sei. Gegen Ende der Präsidentschaft von Nehrus Tochter Indira Gandhi (1966–1977) waren die Fünfjahrespläne fast nur noch Makulatur, da der Kommission jegliches Mittel fehlte, sie gegenüber den mächtigen wirtschaftlichen Akteuren durchzusetzen (Chibber 2003, 44 ff.).

**»GRÜNE REVOLUTION«
ALS GRUNDSTEIN DER
»GEGENREVOLUTION
IM ZEITLUPENTEMPO«**

Bereits die »Grüne Revolution« Ende der 1960er Jahre ist als entscheidender Einschnitt zu bewerten. Mit ihr wurde versucht, durch eine technologie- und kapitalintensive Modernisierung die Stagnation der Landwirtschaft zu überwinden, umso die Außenabhängigkeit zu verringern, die Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Entwicklung zu beseitigen und das Importsubstitutionsmodell zu vertiefen. Sie legte den Grundstein für die neoliberale »Gegenrevolution im Zeitlupentempo« (Desai 2008). Die beschleunigte Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in den dynamischeren Segmenten der Landwirtschaft hatte zur Folge, dass die zentrale Planung nie wieder ihre Vorrangstellung gegenüber Marktprozessen zurückgewinnen konnte (Desai 2006, 68 ff., 2008, 169 ff.). Zwar konnte die landwirtschaftliche Produktion vergrößert

9 Gegen diese Kritik (z. B. Tharoor 2005, 207 ff.) ist allerdings einzuwenden, dass sich – langfristig betrachtet – die indische Unabhängigkeit als entscheidender Einschnitt erwiesen hat, der ein halbes Jahrhundert des Stillstandes von 0,8 bis 1 % BIP-Wachstum jährlich und stagnierendem Pro-Kopf-BIP beendete (Desai 2006, 64 f.).

ßert und so die kaufkräftige Nachfrage nach Lebensmitteln befriedigt werden, aber gleichzeitig stiegen nicht nur die Preise für Inputs und somit die Abhängigkeit von Importen sowie die Tendenz zur Verschuldung der landwirtschaftlichen Produzentinnen und Produzenten, sondern auch die Preise der produzierten Lebensmittel. In der Folge wuchs die absolute Armut auf dem Land. Jegliche Ansätze einer Landreform gerieten endgültig in den Hintergrund. Die marktbasieren Reformen verstärkten die soziale Ungleichheit, die Unterordnung der landwirtschaftlichen Produzenten und Produzentinnen unter das Agrarkapital und zunehmend auch die transnationalen Kapitalfraktionen (vgl. Amin 2005, 2 f.).

4.2. NEOLIBERALE TRANSFORMATION UND GLOBALISIERUNG DES INDISCHEN KAPITALISMUS

4.2.1. DER NEOLIBERALE DAMMBRUCH

Innere wirtschaftliche und politische Widersprüche hatten der Strategie, eine soziale Variante des Kapitalismus bzw. eine gemischte Wirtschaftsweise zu etablieren, also schon Ende der 1960er die Grundlage entzogen. Das Jahr 1991 markierte lediglich den Dammbuch zur beschleunigten Restrukturierung der indischen Ökonomie. Hintergrund war die Verschärfung der Krisentendenzen ab Ende der 1970er Jahre. Der zweite Ölpreisschock im Jahr 1979, der die indischen terms of trade in nur einem Jahr um ein Drittel verschlechterte, ging mit der schlechtesten Ernte seit der Unabhängigkeit und einer industriellen Rezession einher. Die Regierung reagierte mit dem Versuch, das bestehende Niveau von Produktion und Konsum durch externe Verschuldung aufrechtzuerhalten. Sie handelte bis 1981 einen IWF-Kredit über 5 Mrd. US\$ aus, der an erste, noch relativ unverbindliche Liberalisierungsbedingungen geknüpft war. Während der 1980er Jahre konnte der schuldenfinanzierte Konsum der wachsenden Mittelklassen tatsächlich die Probleme durch ein streckenweise dynamisches Wachstum überdecken (Ghosh 1999, 316 ff.). Gestützt auf die stärkere Nachfrage aus den urbanen Zentren und eine expansive Beschäftigungspolitik, beschleunigte sich während der 1980er Jahre auch der Abbau der ländlichen Armut. Dies beruhte al-

**VERSCHÄRFUNG
DER KRISENTENDENZEN**

lerdings hauptsächlich auf der Erhöhung staatlicher Transferzahlungen und nicht auf einem *trickle-down effect* oder wirksamer Umverteilung (S. Basu/Mallick 2008).

Diese Bewältigungsstrategie mündete allerdings in eine noch größere Krise: Die zwischenzeitlich deutlich gestiegene Sparquote verringerte sich wieder. Zusätzliche Investitionen mussten extern finanziert werden und dies führte zu einem Leistungsbilanzdefizit. Die Import- und Kreditliberalisierungen im Investitionsgütersektor sowie die Erleichterung des Industrielizenzierungsverfahrens schufen massive Fehlallokationen. Das Verhältnis der Außenverschuldung zum BIP erhöhte sich zwischen 1980 und 1990 sprunghaft von 11,9 auf 27,1 %. Die Relation der Zinslast zu den Exporteinnahmen verschlechterte sich sogar noch drastischer. Zugleich stieg der Anteil der besonders volatilen Anlagen in Form von kurzfristigen Krediten und Einlagen von *Non-Resident Indians*. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten, mit denen Indien bis dahin enge Wirtschaftsbeziehungen unterhalten hatte, und der Ausbruch des Zweiten Golfkrieges (1990/91), der steigende Ölpreise sowie den Einbruch von Exporteinnahmen und Rücküberweisungen von indischen Emigranten aus der Golfregion nach sich zog, führten zum Ausbruch einer verheerenden Zahlungsbilanzkrise (Ghosh 1999, 321 f.; Rakshit 2009b, 78 ff.). Diese Krise markierte den endgültigen Wendepunkt hin zu einer neoliberal geprägten Wirtschaftspolitik.

Auf diskursiv-ideologischer Ebene hatte sich in den 1980er Jahren die Erosion der Hegemonie des *Nehruvian Consensus* rasch beschleunigt (Menon/Nigam 2007, 3). Es konnte sich ein Bündnis von neoliberalen »Reformern« konsolidieren, die es sich auf die Fahnen geschrieben hatten, die »Fesselung« der Ökonomie durch den Staat zu beenden. Sie argumentierten, dass nicht nur die strukturelle Überbewertung der Rupee problematische Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz schaffe, sondern dass auch der Exportpessimismus, auf den diese Strategie sich gründe, zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung geworden sei. Zudem würden private Investitionen entmutigt und ineffiziente Industrien protegiert. Ein gesunder Wettbewerb sei de facto nicht vorhanden, der öffentliche Sektor sei ineffizient und die Planungsstruktur übermäßig zentralisiert, was zu mangelnder Flexibilität, Verzögerungen und Korruption, dem berüchtigten *license raj*, führe (Ghosh 1999, 313 f.).

Bei dieser Strömung handelte es sich zwar zunächst nur um eine technokratisch orientierte Minderheit der politischen Eliten. Sie konnte aber

**ZAHLUNGSBILANZKRISE
ALS ENDGÜLTIGER
WENDEPUNKT
ZUM NEOLIBERALISMUS
UND DURCHBRUCH
DER »REFORMER«**

extern mit der Zustimmung der »neuen Orthodoxie« in IWF und Weltbank und intern mit der Unterstützung der größten Wirtschaftskonglomerate, die sich von Deregulierung und Öffnung unmittelbare Vorteile versprachen, rechnen (Mukherji 2008, 319 ff.; Nayar 1998, 347 ff.). In den politischen Konjunkturen im Umfeld der Zahlungsbilanzkrise von 1991 gewann dieses Bündnis dann auch in den Staatsapparaten endgültig die Oberhand, was sich in der Amtsübernahme der Regierung Narashima Rao (1991–1996) manifestierte. Zwar hatte sich in den Wahlen erneut die Kongresspartei durchgesetzt, die damit abgesehen von einem kurzen Intermezzo in den 1970er Jahren seit der Unabhängigkeit ununterbrochen regierte. Allerdings hatte sich innerparteilich eine deutliche Bewegung nach rechts vollzogen, die sich nunmehr auch auf der höchsten Regierungsebene niederschlug.¹⁰ Daneben ermöglichte die Krise der wirtschaftsliberalen INC-Fraktion die Organisierung eines breiteren Konsenses in der Privatwirtschaft, da selbst viele kleinere Unternehmen, die von der Importsubstitution lebten, auf Devisen angewiesen waren. Sprachrohr dieses Bündnisses aus verschiedenen Kapitalfraktionen wurde die Anfang der 1990er Jahre gegründete Lobbyorganisation *Confederation of Indian Industry* (Mukherji 2008, 320 f.).

**RECHTSRUTSCH
IN DER KONGRESSPARTEI**

Unter der Regierung Rajiv Gandhi (1984–1989) war bereits zögerlich mit der Liberalisierung der Gesamtwirtschaft und speziell des IT-Sektors begonnen worden. Die in den folgenden Jahren implementierten Liberalisierungsmaßnahmen gingen jedoch deutlich über die zuvor noch ambivalente Politik hinaus. Sie umfassten u. a. die faktische Abschaffung des komplexen Industrielizenzierungssystems, die Öffnung zahlreicher zuvor staatsmonopolistisch bewirtschafteter Sektoren und die deutliche

**WIRTSCHAFTSPOLITISCHER
LIBERALISIERUNGSSCHUB**

¹⁰ Dennoch hatte die Kongresspartei ihren Status als Quasi-Staatspartei bereits zuvor verloren. Zum einen entzogen Gewerkschaften und die neuen soziale Bewegungen ihre Unterstützung, je mehr die rechte Strömung innerhalb der Partei an Gewicht gewann. Zum anderen wandten sich die ländlichen besitzenden mittleren Kasten von ihr ab und bildeten stattdessen das soziale Rückgrat der Hindu-Rechten, deren langer Formierungsprozess in der Gründung der *Bharatiya Janata Party* (BJP, Indische Volkspartei) mündete. Diese wurde in etlichen wichtigen Bundesstaaten eine einflussreiche politische Kraft und stand ab 1999 für eine Amtszeit an der Spitze einer Koalitionsregierung im Verbund mit konservativen Regionalparteien. Eben diese Verbindung mit den Regionalparteien, die zumeist die konservativen ländlichen Eliten repräsentieren, konstituierte die BJP als Kern einer gesellschaftlichen Koalition der Machteliten der oberen und mittleren Kasten (Desai 2008, 182 ff.) und machte sie zur wichtigsten parteipolitischen (wenn auch nicht wirtschaftspolitischen) Gegenspielerin der Kongresspartei.

AUSNAHME BANKEN- UND FINANZSEKTOR

Einschränkung von staatlichen Preiskontrollen (Dutt/Rao 2000, 1). Eine wesentliche Ausnahme bildete der Finanzsektor. Hier setzten der Einfluss von Gewerkschaften und der Konservatismus einflussreicher Technokraten und Technokratinnen, insbesondere in der Zentralbank, der Verwirklichung des Liberalisierungswillens der Regierungspolitik Grenzen. Im Bank- und Versicherungswesen bewahrten staatliche Institutionen ihre Schlüsselrollen und ein relativ stringentes regulatives Regelwerk, etwa die Festlegung einer hohen Eigenkapitalquote oder die Auflagen zur Vergabe von Konsum- und Interbankenkrediten, behielt Gültigkeit. Auch blieb der Kapitalverkehr vorerst vergleichsweise stark reguliert (Reddy 2009, 161 ff., 273 ff.).

STRUKTURBRUCH DURCH GLOBALISIERUNG DER INDISCHEN WIRTSCHAFT

Ein wirklicher Strukturbruch vollzog sich allerdings erst durch die Globalisierung der indischen Wirtschaft. Indien wurde – nach langem Widerstand – im Jahr 1995 Mitglied der WTO. In diesem Zusammenhang wurden die meisten nicht-tarifären Handelshemmnisse auf Kapital- und intermediäre Güter abgeschafft. Zudem wurde der Positivlistenansatz, der nur den Import von besonders begehrten Waren, vor allem aus dem Produktionsgütersektor, zugelassen hatte, durch eine Negativliste ersetzt. Mit dieser sollten lediglich als besonders sensibel eingestufte Segmente der Ökonomie in den Bereichen Industrie und Landwirtschaft geschützt werden (Panagariya 1999, 12 f.).

Außerdem schloss Indien in den Folgejahren Handels- und Investitionsabkommen mit etlichen süd- und südostasiatischen Ländern. Nach 2002 wurden auch die Importquoten für Konsumgüter abgeschafft. Das durchschnittliche Zollniveau sank von 81,8 % (1990) auf 29 % (2002) (Goldar 2005, 4). Zudem wurden Exportanreize für indische Unternehmen gesetzt. Davon war die 1991 vorgenommene Abwertung der Rupie um zunächst 20 % gegenüber dem US-Dollar sicherlich einer der wichtigsten. Die Konvertibilität der Währung wurde schrittweise vergrößert: Seit 1994 kann sie für den Außenhandel frei getauscht werden, während sie im Kapitalverkehr nach wie vor nicht frei konvertibel ist. Allerdings wurden die Kontrollen von ausländischen Direktinvestitionen und Portfolio-Kapitalflüssen deutlich gelockert. Die Regierung ermöglichte erstmals Mehrheitsbeteiligungen für ausländische Anleger in ausgewählten Industriesektoren. Auch Auslandsengagements von indischen Unternehmen wurden nach und nach deutlich erleichtert (Dutt/Rao 2000, 5 ff.; Krueger 2008, 275 ff.; Kumar 2008, 243 f.).

Mit dem Ende der Blockkonfrontation und dem kapitalistischen »Erd-rutsch« der frühen 1990er Jahre war Indien auch gezwungen, sich in der internationalen politischen Ökonomie neu zu positionieren. Zwar nahm das Land eine defensive Rolle in der WTO ein, wo es im Bündnis mit anderen semiperipheren Ländern die Ausweitung der Verhandlungsagenda um die sogenannten Singapur-Themen verhinderte, und versuchte, die Zentrumsstaaten auf die Liberalisierung des Agrarhandels zu verpflichten (Mattoo/Subramanian 2003, 327 f.).

Visionen zur umfassenden egalitär-demokratischen Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung hatten allerdings bereits vor dem Zerfall der Sowjetunion an Zugkraft verloren (Deppe 2006, 274 ff.). Anders als in den 1970er Jahren erschien die indische Politik nunmehr maßgeblich als Ausfluss partikularer wirtschaftlicher Interessen. Zugleich vollzog das Land eine Annäherung an die USA, die zum wichtigsten Bündnispartner aufstiegen. Dies verschaffte dem Regierungsbündnis international die politischen Handlungsspielräume und wirtschaftlichen Gelegenheiten, um die neoliberal orientierte Transformation voranzutreiben (Fidler/Ganguly 2010, 156).

4.2.2. LICHT UND SCHATTEN IM STRAHLENDEN INDIEN

Die erste Hälfte der 1990er Jahre markierte den Übergang zu einem bislang ungekannten Höhenflug des indischen Wirtschaftswachstums. Die makroökonomische Krise konnte überwunden werden. Das Haushaltsdefizit schrumpfte und in der Folge sank auch der Anteil der Staatsverschuldung am BIP. Eine Erhöhung der Deviseneinnahmen half, die Probleme der Leistungsbilanz abzumildern. Die Wachstumsraten betruhen zwischen 1992 und 1997 durchschnittlich etwa 7 % jährlich und waren damit deutlich höher als in den Krisenjahren.

**WIRTSCHAFTLICHER
HÖHENFLUG**

Bald wurden BIP-Steigerungsraten der 1980er Jahre wieder erreicht und sogar übertroffen. Aufgrund eines Rückgangs des Bevölkerungswachstums erhöhte sich das Wachstum des BIP-pro-Kopf sogar noch deutlicher (K. Basu/Maertens 2007, 148 ff.; Chandra u. a. 2000, 367 ff.). Im Haushaltsjahr 2006/07 erreichte das indische Wirtschaftswachstum mit 9,2 % seinen vorläufigen Höchststand, 2007/08 lag es nur knapp darunter. Seit Ende der 1980er Jahre hat sich die indische Wirtschaftsleistung so insgesamt mehr als verdoppelt (Chatterjee 2008, 3).

**DYNAMIK DES
DIENSTLEISTUNGSSEKTORS**

Vor allem der Dienstleistungssektor weist seit Jahren eine überaus starke Dynamik mit zweistelligen Wachstumsraten auf. Sein Anteil am BIP stieg zwischen 1991 und 2007 von 40 auf 55 %. Als Paradebeispiel für den Erfolg der revidierten indischen wirtschaftspolitischen Strategie gilt die IT/BPO-Branche (Informationstechnologie und *Business Process Outsourcing*), die vor allem von einer Zunahme der Auslagerungsaktivitäten von Unternehmen aus den USA und Europa profitiert hat. Aber auch einige technologieintensive Industriesegmente, speziell die Pharmaindustrie, gehörten in den vergangenen fünfzehn Jahren zu den Wachstumsmotoren der indischen Wirtschaft (Chatterjee 2008, 11 ff.). Eine neue Qualität erreichte auch das internationale Engagement mancher indischer Unternehmen. Insbesondere die großen Konglomerate wie Tata, Mittal und Birla profitierten von der Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Fusions- und Akquisitionsaktivitäten gewannen an Bedeutung und erfolgten nicht mehr nur in Ländern der Peripherie, sondern zunehmend auch in den Zentren der kapitalistischen Weltwirtschaft: 46 % der ausländischen Direktinvestitionen indischer Firmen gingen zuletzt in die USA, 34 % nach Europa. Insgesamt, so die *Boston Consulting Group*, entwickelten sich über 20 indische Unternehmen zu echten *Global Challengers* (Athreye/Kapur 2009; Kumar 2008; Nölke/H. Taylor 2010, 418 f.). Obwohl zwischen den politischen Parteien zahlreiche Konflikte und Reibungspunkte bestanden, bildete sich ein Konsens über die neoliberalen Reformen zwischen INC und der hindu-nationalistischen Volkspartei Bharatiya Janata Party (BJP) sowie den kleineren Parteien in deren Umfeld heraus. Nach anfänglichem Widerstand schwenkten sogar die in einigen Bundesstaaten regierenden Parteien der traditionellen Linken, insbesondere die Communist Party of India (CPI) in Kerala und die Communist Party of India (Marxist) (CPI[M]) in West Bengal auf diese Linie ein (Bhaduri 2007, 553). Auf parteipolitischer Ebene erschien der Neoliberalismus nun als alternativlos.

**NEOLIBERALER KONSENS
AUF PARTEIPOLITISCHER
EBENE**

Auch in den Medien und der Kulturindustrie sowie großen Teilen der Wissenschaft erreichte die neoliberale Programmatik eine dominierende Stellung. Neoliberale Wirtschaftspolitik, so die Behauptung, hätte es geschafft, das eherne Gesetz der »Hindu-Wachstumsrate« zu durchbrechen. Diskussionen über egalitäre Gesellschaftsziele wurden zunehmend als antiquierte Phrasen einer vergangenen »sozialistischen« Ära abgetan. An ihre Stelle traten Slogans wie *India Shining* oder *Incredible India*, die

»INDIA SHINING«

von Wahlkampflosungen und Tourismuswerbung zu Kernsätzen eines neuen Selbstbewusstseins der politischen und ökonomischen Eliten und der aufstrebenden Mittelklassen avancierten (Desai 2008, 161 f.).

Der Aufstieg Indiens zur wirtschaftlichen Großmacht galt als ausgemachte Sache (z. B. Das 2002; Ihlau 2006; Meredith 2008; Rai/Rossi 2007). Einen besonderen Akzent in diesem Diskurs setzten Analysten der Investmentbank *Goldman Sachs* in ihrem BRIC-Papier (Wilson/Purushotaman 2003). In diesem schrieben sie Indien das Potential zu, langfristig die dynamischste Entwicklung unter den aufstrebenden Schwellenländern zu vollziehen und in absehbarer Frist schwergewichtige Ökonomien wie jene Deutschlands und gar der USA zu überflügeln – immer vorausgesetzt, die neoliberale Wirtschaftspolitik werde fortgesetzt. Zudem begannen die indischen Machteliten nun, mit Vehemenz in den internationalen wirtschaftlichen und politischen Foren eine Aufwertung der Position ihres Landes einzufordern. Aus *India Shining* wurde so auch *India Rising* (Ganguly/Pardesi 2007; Zakaria 2006).

»INDIA RISING«

Zwar konnte die neoliberale Ideologie in Indien auf zivilgesellschaftlicher Ebene nie eine hegemoniale Stellung erreichen. Unter dem Eindruck der Zahlungsbilanzkrise gelang es ihren Verfechtern und Verfechterinnen aber durchaus, die politisch artikulationsfähigen Segmente der Zivilgesellschaft, die sich kritisch positionierten, zu demobilisieren. Möglich wurde dies auch, weil die Reformen in Indien nicht primär durch politischen Druck von außen durchgesetzt wurden, sondern Ergebnis eines langwierigen Übergangsprozesses waren, graduell erfolgten und einige strategische Bereiche weitgehend aussparten. Praktisch alle Regierungen nach 1989 tendierten zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, wobei die Rechtskoalition *National Democratic Alliance* unter BJP-Führung (1999–2004) deren Programmatik am konsequentesten umsetzte (Desai 2008, 163 f.).

Der Elitendiskurs, der einseitig auf die makroökonomischen Erfolge der neoliberalen Strategie abhebt, ignoriert allerdings sowohl die regionalen und sektoralen Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Entwicklung als auch deren überaus schwache soziale Bilanz. Die substanziellen räumlichen Differenzen, die ganze Regionen de facto abgehängt lassen, haben mit der Zeit eine Situation produziert, in der große Teile der armen Bevölkerung kaum vom Wirtschaftswachstum profitieren (R. Jha 2007, 16 ff.). Die Sozialstruktur und die Entwicklung der Produk-

**BLINDE FLECKEN DES
ELITENDISKURSES: SEK-
TORALE UND REGIONALE
UNGLEICHHEITEN**

tions- und Arbeitsbeziehungen sind daher trotz – oder sogar wegen – des beschleunigten Wirtschaftswachstums von einer Zunahme prekärer Arbeits- und Lebensbedingungen für breite Bevölkerungsschichten geprägt (Al-Taher/Ebenau 2009).

**DISKREPANZEN
ZWISCHEN WIRTSCHAFTS-
UND BESCHÄFTIGUNGS-
WACHSTUM**

Das Wachstumsmodell hängt eng mit der schwachen Beschäftigungsentwicklung zusammen, da die Dynamik des Dienstleistungssektors und einiger Segmente der Industrie vorrangig auf einer Zunahme von Kapital-, Technologie- und Raumintensität der Produktion sowie einer Steigerung der Arbeitsproduktivität aufbaut (Waqif 2008, 15). Die Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungssektor, dessen Anteil an der Gesamtbeschäftigung 2007 kaum mehr als ein Fünftel betrug, hält nicht annähernd mit dessen Wachstumsraten Schritt (Mitra 2008, 5; Rakshit 2009b, 170 ff.). Der IT-Sektor weist ein besonders krasses Missverhältnis auf: Sein Beitrag zum BIP beträgt ca. 4,5 %, während er für maximal 0,25 % der Beschäftigung aufkommt. Nur eine verschwindende Minderheit gut qualifizierter Angehöriger der Mittelklassen profitiert von den steigenden Einkommen in diesem Sektor. Ein großer Anteil der Wohlstandsgewinne geht somit bestenfalls an ein Fünftel der Bevölkerung. Am stärksten gewachsen sind die Unternehmensprofite: Schätzungen zu Folge hat jedes Prozent Wirtschaftswachstum seit den 1990er Jahren diese um 2,5 % gesteigert (Bardhan 2006, 2 ff.; Bhaduri 2008, 12). Zwar beschleunigte sich das Beschäftigungswachstum nach 2004 erneut. Diese Tendenz speiste sich aber vor allem aus der Zunahme von prekärer Beschäftigung im informellen Sektor und ist zumindest zum Teil auf versteckte Arbeitslosigkeit zurückzuführen (Desai 2006: 70 ff.; P. Jha/Negre 2007, 7 ff.).

**KRISENHAFTE
ENTWICKLUNG IM
AGRARSEKTOR**

Diese Prozesse sind eng mit der krisenhaften Entwicklung im Agrarsektor seit den 1990er Jahren verbunden. Hier wurden, den grundlegenden Dogmen neoliberaler Wirtschafts- und Haushaltspolitik folgend, die staatlichen Ausgaben für die ländliche und landwirtschaftliche Entwicklung zurückgefahren. Die Gesamtausgaben sanken zwischen 1990/91 und 2002/03 von 22,2 % auf 13,8 % des Haushaltsvolumens. Staatliche Subventionen zur Stabilisierung der Agrargüterpreise wurden großflächig verringert, Inputs für die Landwirtschaft verteuerten sich. Zudem führten die Weltmarktöffnung und die Liberalisierung des landwirtschaftlichen Sektors zu tendenziell sinkenden Preisen durch vermehrte Importe und stärkere Preisschwankungen (P. Jha/Negre 2007, 15 ff.).

Der Rückgang der staatlichen Unterstützung steht nicht nur im Missverhältnis zum wachsenden Druck auf die indischen Bäuerinnen und Bauern, sondern auch zur anhaltend hohen demographischen und sozioökonomischen Bedeutung der Landwirtschaft. Heute hängen immer noch über 60 % der Bevölkerung direkt von der Landwirtschaft ab. Das BIP-Wachstum des primären Sektors lag zwischen 1990 und 2005 allerdings mit um die 3 % bei kaum der Hälfte des Gesamtwachstums, wobei sich die Schiefelage durch den Boom ab 2005 noch akzentuierte. Der Anteil der Landwirtschaft am BIP hat sich so seit 1991 nahezu halbiert und macht kaum noch 17 % aus (Chatterjee 2008, 12).

Die Einbindung der indischen Agrarproduktion in den Weltmarkt hat dazu geführt, dass immer mehr Land genutzt wird, um gehobene Produkte für den Export und die indischen Mittelklassen zu erzeugen. Auch andere landwirtschaftliche Indikatoren verschlechterten sich deshalb seit Beginn der 1990er Jahre. Die Anbaufläche für Grundnahrungsmittel verkleinerte sich trotz steigender Bevölkerungsdichte. Auch die Getreideproduktion sank seit der neoliberalen Wende, obwohl in Indien bedeutsame Bevölkerungsteile nach wie vor unter Unter- oder Mangelernährung leiden. Der daraus resultierende Preisanstieg führte sogar dazu, dass sich auch der Getreidekonsum pro Kopf reduzierte. Die Landlosigkeit stieg auf 62 % der Haushalte im Zeitraum 2004/05. Gleichzeitig sank die durchschnittliche Beschäftigungsdauer landloser Landarbeiter und Landarbeiterinnen allein zwischen 1999/2000 und 2004/05 von 220 auf 209 Tage bezahlter Arbeit pro Jahr (Bhaduri 2009, 37; Desai 2006, 73; P. Jha/Negre 2007, 14 f.).

In weiten Teilen Indiens hat sich so eine regelrechte Agrarkrise entwickelt. Deren dramatischster Ausdruck ist der Anstieg der Selbstmordrate von Bäuerinnen und Bauern, die ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können: Im letzten Jahrzehnt haben sich offiziellen Statistiken zu Folge in den ländlichen Regionen über 100.000 Menschen das Leben genommen (Bhaduri 2008, 13; Vaidyanathan 2006).

Die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung Indiens ist inzwischen auf Migration in die urbanen Zentren angewiesen. Während temporäre Migrantinnen und Migranten in erster Linie billige Arbeitskräfte für den Bausektor sind, wächst auch die Zahl der dauerhaften Migranten und Migrantinnen, die in den Städten ein schier unerschöpfliches Reservoir an Arbeitskraft für den unorganisierten Sektor bilden. Dessen Anteil an

der Gesamtbeschäftigung ist seit Beginn der 1990er Jahre kontinuierlich gewachsen und macht inzwischen 93 % aus. Hier verdienen die Migranten und Migrantinnen zwar zumeist etwas mehr als auf dem Land, leben aber weiter in prekären sozialen Verhältnissen. So gelten 79 % der Beschäftigten des informellen Sektors als arm (Kundu/Sarangi 2007; Mosse u. a. 2005; Waqif 2008, 13).

Der scheinbare Anstieg des Beschäftigungswachstums, der sich in den letzten Jahren vollzogen hat, ist somit eher das statistische Produkt dieser Überlebensstrategien der Ärmsten als eine wirkliche Expansion produktiver Einkommensquellen (Ghosh/Chandrasekhar 2007, 30).

Die schwache soziale Bilanz des beschleunigten Wachstums im Zuge der neoliberalen Strategie ist ein direktes Resultat der niedrigen Beschäftigung in den dynamischen Sektoren, der andauernden Agrarkrise und der zunehmenden Informalisierung der Arbeit. Offizielle Stellen gehen zwar davon aus, dass sich der Abbau der Armut durch das starke Wirtschaftswachstum beschleunigt habe (z. B. Antony/Laxmaiah 2008, Tabelle V). Diese Behauptung ist jedoch heftig umstritten (Deaton/Kozel 2005).¹¹

Sicher ist, dass in Indien im Jahr 2008 immer noch 41,6 % der Bevölkerung von unter 1,25 US\$ pro Tag und damit in extremer Einkommensarmut lebte, während nach der mehrdimensionalen Bemessungsmethode des *Human Development Report* sogar 55,4 % von Armut betroffen waren. Der Blick auf andere Indikatoren bestätigt den negativen Eindruck: Die Lebenserwartung ist mit durchschnittlich gut 64 Jahren immer noch gering und die durchschnittliche Dauer des Schulbesuchs liegt bei gerade einmal 4,4 Jahren (UNDP 2010, 145, Tabelle 1; 162, Tabelle 5). Zudem war das ökonomische Wachstum von sich vergrößern den Stadt-Land- sowie regionalen Disparitäten begleitet.

Insbesondere die sogenannten *BIMARU*-Staaten (*bimar hū* bedeutet »ich bin krank« auf Hindi) Bihar, Madhya Pradesh, Rajasthan und Ut-

11 Die offizielle Methode zur Ermittlung der Armut ist schon länger umstritten. Ausgehend vom Basisjahr 1973/74 werden die Berechnungen mittels eines Kaufkraftindex erstellt und dabei mit fortschreitender Zeit immer anfälliger für Fehler und Verzerrungen. Auf der Basis einer methodologischen Kritik und einer entsprechenden Neuberechnung der Daten, die die Planungskommission verwendet, kommt zum Beispiel U. Patnaik (2006) zu einem fundamental anderen Ergebnis: Nicht nur habe der Abbau der Armut sich seit der Implementierung der neoliberalen Reformen nicht beschleunigt, die ländliche Armut nähme absolut sogar zu, was im scharfen Kontrast zum raschen sozialen Aufstieg der urbanen Mittelklassen stehe.

tar Pradesh fielen bei den einschlägigen Indikatoren menschlich-sozialer Entwicklung immer weiter zurück (Bhaskar/Gupta 2007, 136 f.). Der *Human Development Report* von 2010 verbucht Indien lediglich auf Platz 119 von 169 untersuchten Staaten – eine Verbesserung um gerade einmal einen Platz seit dem Beginn des ökonomischen Höhenfluges (UNDP 2010, 150, Tabelle 2).

Das Versprechen der neoklassischen Lehrbuchökonomie eines »Durchsickerns« des Wachstums zu den Armen wurde also im Falle Indiens bislang nicht eingelöst. Vielmehr hat sich der soziale Fortschritt der Mittelklassen immer stärker von der (ländlichen) Bevölkerungsmehrheit entkoppelt, sodass mitunter von »zwei Indien« (P. Jha/Negre 2007, 3) die Rede ist.

**KEIN »DURCHSICKERN«
DES WACHSTUMS ZU DEN
ARMEN**

Unter makroökonomischen Gesichtspunkten deutet diese Entwicklung allerdings auch darauf hin, dass das neue Modell eine langfristige Abkoppelung der Entwicklung des Dienstleistungs- und Industriebereichs vom trägen landwirtschaftlichen Sektor ermöglicht hat. Folglich wurde eine der Hauptursachen für das Scheitern der importsubstituierenden Industrialisierung überwunden, aber gleichzeitig auch ein wichtiger Mechanismus der Selbstkorrektur von Wachstumsasymmetrien beseitigt (Ghosh/Chandrasekhar 2007, 9 ff.).

Der Begriff der Abkoppelung erfasst allerdings nur einen Aspekt der Beziehungen zwischen den dynamischen, internationalisierten Wirtschaftssektoren und jenen Teilen der Ökonomie, die von deren Wachstum ausgeschlossen zu sein scheinen. Tatsächlich ist die »hierarchische Integration« beider Sektoren eine Funktionsbedingung für das neoliberal geprägte Akkumulationsmodell des indischen Kapitalismus (Krishna/Nederveen Pieterse 2008, 228 f.). Das wichtigste Merkmal dieser hierarchischen Integration zwischen dem unorganisierten Sektor und den internationalisierten und in US-Dollar wirtschaftenden Segmenten der Ökonomie ist ein doppeltes Lohndifferenzial. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit indischer Unternehmen hängt essentiell von den billigen Arbeitskräften ab, die der unorganisierte Sektor diesen indirekt, zum Beispiel über günstige Inputs, oder direkt, beispielsweise über produktionsferne Dienstleistungen, zur Verfügung stellt. Während im organisierten Sektor eine Zunahme der Kapital- und Technologieintensität von zentraler Bedeutung ist, ist im unorganisierten Sektor eine immer rücksichtslosere Selbstaussbeutung der Beschäftigten nahezu das

**HIERARCHISCHE
INTEGRATION VON
FORMELLEN UND
INFORMELLEN SEKTOREN
ALS FUNKTIONSBEDINGUNG
DES NEOLIBERALEN
AKKUMULATIONSMODELLS**

**»AKKUMULATION
DURCH ENTEIGNUNG«
UND »SONDER-
WIRTSCHAFTSZONEN«**

einziges Mittel, um Steigerungen zu realisieren. Da in Indien über 90 % der Beschäftigten im unorganisierten Sektor tätig sind, steuert dieser einen großen Teil zu den Produktivitätszuwächsen im formellen Bereich hinzu (Bhaduri 2008, 2009). Das zweite Lohndifferenzial sichert diese Konstellation gesellschaftlich ab, da die leichte Verfügbarkeit von günstigen Konsumgütern und persönlichen Dienstleistungen auch eine Bedingung für die Wohlfahrtssteigerung der Mittelklassen ist (Krishna/Nederveen Pieterse 2008).

Ein weiteres Strukturmerkmal des indischen Neoliberalismus sind die Prozesse einer »Akkumulation durch Enteignung« (Harvey 2005, 159 ff.). Sie treiben die Marginalisierung der verwundbarsten Gruppen zusätzlich voran. Ihre wichtigste Triebkraft basiert auf der *political economy of land-grab* (P. K. Basu 2007). Charakteristisch für diese Konfiguration ist die staatlich geförderte Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen (SWZ). In den inzwischen in nahezu ganz Indien verbreiteten SWZ – im Jahr 2009 bestanden insgesamt 751 (Government of India, Ministry of Commerce & Industry 2009) – werden die Unternehmen von vielen Steuern und Abgaben befreit. Außerdem wird immer eine subventionierte Infrastruktur bereitgestellt. Auch ist die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen eingeschränkt.

Der *Special Economic Zones Act* von 2005 in Verbindung mit dem *Land Acquisition Act*, der in seiner ursprünglichen Fassung noch aus der Kolonialzeit stammt, ermöglicht es, die Bäuerinnen und Bauern im Interesse kapitalistischer Unternehmen zu enteignen. Diese Enteignungen gehen oftmals mit der (gewaltsamen) Vertreibung der Betroffenen einher. Auch die Infrastrukturentwicklung, die für die Einrichtung von SWZ notwendig ist, verstärkt die Enteignungsprozesse. So fließen staatliche Subventionen in Megaprojekte wie z. B. Staudämme oder Autobahnen, während Dörfer in unmittelbarer Nachbarschaft oftmals keine ausreichende Basisinfrastruktur besitzen (Banerjee-Guha 2009, 1 f.; P.K. Basu 2007, 1283 f.).

Vor dem Hintergrund der zahlreichen negativen Begleiterscheinungen und strukturellen Widersprüche des neoliberalen Modells wird der wirtschaftliche Höhenflug Indiens von einer zunehmenden politischen Unzufriedenheit und gesellschaftlichen Unruhe begleitet.

Zwei bereits angesprochene Entwicklungen sind hier besonders hervorzuheben: Erstens äußert sich der graduelle Hegemonieverlust der Kon-

gresspartei im Zuge der Aushöhlung des *Nehruvian Consensus* in der schwächeren Einbindung der subalternen Klassen in das Staatsprojekt. Zweitens erodiert die Integrationsfähigkeit der parteipolitischen Linken (insbesondere der CPI und der CPI(M)) gegenüber den sozialen Bewegungen (Bhaduri 2008, 10; Menon/Nigam 2007, 115f.). Ein von der CPI(M) geführtes Linksbündnis koalierte auf Bundesebene während der letzten Legislaturperiode (2004–2009) sogar mit dem INC und wurde dafür sowie für seine neoliberale Politik in den von linken Parteienbündnissen regierten Bundesstaaten Kerala, Tripura und West Bengal von den Wählern und Wählerinnen abgestraft. Die Folge waren massive Sitzverluste im nationalen Parlament *Lok Sabha*: die CPI stürzte von 10 auf 4, die CPI(M) von 43 auf 16 Sitze ab (D. Basu 2009). Demgegenüber vollzog sich ein relativer Bedeutungsgewinn kritischer zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure. Diese Prozesse mündeten in der Stärkung einer von Bewegungen, Gewerkschaften und dissidenten Strömungen der traditionellen Linken getragenen »neuen Linken«. Diese fordert die neoliberalen Entwicklungsvorstellungen mit unterschiedlichem Erfolg in zumeist lokal verankerten Kämpfen, zum Beispiel gegen die Errichtung von SWZ, heraus. Dabei verbinden die Bewegungen oftmals auch die Problematisierung ökologischer Themen mit anderen Kämpfen, darunter Konflikte um Land und Ressourcen oder Kämpfe gegen infrastrukturelle Megaprojekte (Gadgil/Guha 1994; Rangan 1996). Am radikalen Ende des Spektrums stehen die Naxalbari, maoistische Rebellen, die zum Teil bereits seit den 1960er Jahren in ländlichen Gebieten bewaffnet für eine soziale Revolution kämpfen. Vor dem Hintergrund der Verschärfung regionaler sozialer Disparitäten erscheinen sie den Ärmsten insbesondere im Osten des Landes als eine attraktive politische Option. Dies zeigt sich in der Ausweitung ihrer Aktionen in den vergangenen Jahren (Banerjee 2006, 2009; Menon/Nigam 2007, 115 ff.).

ZUNEHMENDE GESELLSCHAFTLICHE UNRUHE: HEGEMONIEVERLUST DER KONGRESSPARTEI UND SCHWÄCHUNG DER PARTEIPOLITISCHEN LINKEN

4.3. DIE KRISE DER WELTWIRTSCHAFT UND DES INDISCHEN NEOLIBERALEN KAPITALISMUS?

Als Anfang 2008 die Tragweite der US-amerikanischen Subprime-Krise deutlich wurde, bemühte sich die indische Regierung zunächst, den Eindruck zu vermitteln, dass Indien vor deren Auswirkungen sicher sei (Nachane 2009, 115). Die Basis für diesen Optimismus bildete wie auch in Brasilien die These einer Entkoppelung bedeutender Schwellenländer vom Wachstum der Zentrumsstaaten, deren intellektuelle Fundierung die internationalen Finanzinstitutionen lieferten. So argumentierten beispielsweise Akin/Kose (2007) in einem IWF-Arbeitspapier, dass eine Gruppe von aufstrebenden Schwellenländern, zu denen sie unter anderen Indien zählten, binnenmarktbasierende Wachstumsmodelle herausgebildet hätten, die sich weitgehend unabhängig von der Dynamik der Zentren entwickeln. Die asiatischen Wachstumslokomotiven könnten durch ihre stabile Binnennachfrage sogar externe Krisenschocks absorbieren. Das indische BIP-Wachstum, so der IWF noch im Oktober 2008, werde um lediglich ein Prozent auf 6,9 % sinken (IMF 2008, 64 ff., Tabelle 2.3). Erst als sich die Schockwellen mehrerer (Beinahe-) Zusammenbrüche und Zwangsverstaatlichungen von Banken und anderen Finanzinstitutionen ausbreiteten und sich die Krise in den Zentrumsstaaten massiv verstärkte, wuchs das Bewusstsein für die Bedeutung anderer Einflusskanäle, vor allem des Außenhandels und des internationalen Kapitalverkehrs. Die Entkoppelungsthese wurde durch die Ereignisse teilweise in Frage gestellt. Im Jahr 2009, dessen erste zwei Quartale sich als wirtschaftliche Talsohle erwiesen, kletterte das indische BIP um 5,6 %. Dieser Wert repräsentierte einen deutlichen Einbruch gegenüber den Werten der vergangenen Jahre, war aber immer noch ein solides Wachstum im Vergleich zur gravierenden Rezession in Europa und den USA. Indien hatte damit weltweit die höchste BIP-Steigerungsrate nach China. Die sozialen Folgen der Krise waren jedoch deutlich komplexer als eine solch einfache Wachstumsarithmetik suggeriert, da sie sich zum Teil unter der Oberfläche der scheinbar robusten Wirtschaftsentwicklung vollzogen.

4.3.1. FINANZMÄRKTE ALS ÜBERTRAGUNGSKANAL

Bereits als die ersten Zeichen für ein Übergreifen der US-amerikanischen Subprime-Krise sichtbar wurden, zeigte sich die relative Robustheit des indischen Finanzsektors (Pat 2009; Reddy 2009). Indische Banken und andere Finanzinstitutionen kamen zu keinem Zeitpunkt in Zahlungsengpässe wie in den USA oder Europa.

**ROBUSTHEIT DES
INDISCHEN
FINANZSEKTORS**

Die strengeren Regulierungsstandards und eine stärkere Rolle von Regierung und Zentralbank im makroökonomischen Management sorgten dafür, dass die indischen Banken von einer ähnlichen Entwicklung geschützt blieben (Pat 2009, 21; Ram Mohan 2009, 114). Die meisten indischen Banken waren kaum in den Handel mit hochkomplexen Finanzprodukten verstrickt, da *credit default swaps* in Indien nicht zugelassen und die Märkte für andere Finanzderivate nur minimal entwickelt waren.

Die größten direkten Verluste durch »toxische« Papiere hatte die ICICI-Bank (früher: Industrial Credit and Investment Corporation of India) zu erleiden, die – bei einer Bilanzsumme von 10 Mrd. US\$ – Anteile an *Lehman Brothers* im Wert von 81 Mio. US\$ gehalten hatte. Nach Schätzungen der Zentralbank *Reserve Bank of India* (RBI) war insgesamt nur etwa 1 Mrd. US\$ in »toxische« Anlagen investiert worden, eine verschwindende Summe im Vergleich zum gesamten indischen Bankkapital von ca. 500 Mrd. US\$ (Sen Gupta 2009, 189; Sharma 2009, 3 f.). Zudem lag die vorgeschriebene Eigenkapitalquote für indische Banken mit 9 % bereits über den Basel II-Standards und wurde von den meisten Instituten noch übertroffen: Im Haushaltsjahr 2007/08 bewegte sie sich im Durchschnitt bei 13,1 %; einem Wert, der auch in der Krise stabil blieb (Gopinath 2009, 240; Viswanathan 2010, 53 ff.; vgl. auch Chandrasekhar 2009, 8).

Die indischen Kapital- und Währungsmärkte erlebten allerdings seit dem *Lehman Brothers*-Zusammenbruch im Herbst 2008 eine Phase hoher Volatilität. Der Leitindex SENSEX der Börse von Mumbai büßte bis Januar 2009 rund 52 % seines Wertes ein. Dies spiegelte das schwindende Vertrauen ökonomischer Akteure und Akteurinnen in die wirtschaftliche Entwicklung sowie den massiven Abfluss von ausländischem Kapital wider (R. Kumar 2009, 9; Rakshit 2009a, 101 f.; Ram Mohan 2009, 111 f.).

**VOLABILITÄT DER KAPITAL-
UND WÄHRUNGSMÄRKTE**

**ABFLUSS AUSLÄNDISCHEN
KAPITALS UND RÜCKGANG
DES KREDITANGEBOTS**

Insbesondere institutionelle Investoren hatten bereits seit April 2008 damit begonnen, im größeren Umfang Kapital abzuziehen, um ihren unmittelbaren Liquiditätsbedarf zu befriedigen und ihre Bilanzen zu sanieren. Der Zusammenbruch von *Lehman Brothers* beschleunigte diese Entwicklung. Allein zwischen Oktober und November gingen die monatlichen Ausgaben institutioneller Investoren, die den Großteil ausländischer Investitionen ausmachten, von 5,7 Mrd. US\$ derart zurück, dass sie nun 1,6 Mrd. US\$ an Kapital abzogen. Zwischen April und Dezember 2008 flossen insgesamt knapp 8,3 Mrd. US\$ aus Indien ab. Noch im Haushaltsjahr 2007/08 lag dieser Wert bei einem Plus von gut 16 Mrd. US\$. Der Umfang der externen Kredite nahm ebenfalls deutlich ab und fiel von 3,6 auf 2,2 Mrd. US\$ (Hans 2009, 9; Nachane 2009, 116; Rakshit 2009a, 101 f.). Umgekehrt brachen auch die Auslandsinvestitionen indischer Firmen, die zunehmend über internationale Kredite finanziert worden waren, massiv ein: Im Januar 2009 betrug ihr Volumen nur noch 23 Mio. US\$, was einem Minus von 99 % gegenüber dem Vorjahresmonat entsprach (Financial Express, 23.02.2009, zitiert in H. Taylor/Nölke 2010, 146).

**DRASTISCHE ABWERTUNG
DER RUPIE, ABER
STABILISIERUNG DURCH
WÄHRUNGSRESERVEN**

In dem Maße wie externe Finanzierungsquellen austrockneten, waren indische Unternehmen zunehmend auf heimische Finanzinstitutionen angewiesen. Dies brachte zum einen höhere Kosten mit sich und führte zum anderen zu einer raschen und deutlichen Abwertung der Rupie: Zwischen Januar und Oktober 2008 stürzte die indische Währung auf dem Interbankenmarkt um mehr als ein Viertel auf bis zu 53,76 Rs. je US\$ ab – der niedrigste Wert seit Jahrzehnten. Allerdings hatte Indien große Devisenreserven angehäuft. Zwar stammten diese Reserven, anders als im Fall Chinas, hauptsächlich aus dem Zustrom ausländischen Kapitals und nicht aus Leistungsbilanzüberschüssen. Sie ermöglichten aber eine Intervention der RBI zur Stabilisierung der Währung und Verhinderung weiterer Kapitalflucht. Ihr Volumen verringerte sich dadurch von 309,7 Mrd. US\$ (2007/08) auf 252 Mrd. US\$ (2008/09), was jedoch immer noch die gesamte Außenverschuldung übertraf (Chandrasekhar 2008, 2 f.; R. Kumar 2009, 10; Subramanian 2009, 32 f.; Viswanathan 2010, 60).

Verglichen mit der Asienkrise 1997/98 waren die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf den indischen Finanzsektor insgesamt größer, was vor allem an der gestiegenen Abhängigkeit von Kapitalzuströmen lag. Da das Kreditangebot bis Ende 2009 deutlich verhaltener wuchs als

in den Boomjahren, begannen selbst Großunternehmen aus dem organisierten Sektor über Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung zu klagen (Ram Mohan 2009, 113; Vaidyanathan 2009, 8). Aufgrund des robusten Bankensektors und der raschen Intervention der Zentralbank, die mit einer Leitzinssenkung, großen Liquiditätsspritzen und der Lockerung von Kapitalverkehrskontrollen reagierte (vgl. Unterabschnitt 4.3.3.), konnte eine gravierende Kreditklemme aber verhindert werden.

4.3.2. WARENMÄRKTE ALS ÜBERTRAGUNGSKANAL

Der quantitativ wohl bedeutendere Transmissionskanal der globalen Krise war im Fall Indiens der Außenhandel (Nachane 2009, 117).

**KRISE DER
EXPORTWIRTSCHAFT**

Die Exportwirtschaft hatte deutlich zum vorausgegangenen Boom beigetragen. Dies äußerte sich etwa im Anstieg des Exportanteils am BIP von 11 % (1995) auf knapp 23 % (2006). Zwar ist die Bedeutung des Außenhandels damit für die indische Wirtschaftsentwicklung deutlich geringer als zum Beispiel für China, zugleich ist aber der Anteil importierter Vorprodukte vergleichsweise niedriger. Auch ist der Exportsektor mit der informellen Ökonomie »hierarchisch integriert«, wodurch die Auswirkungen der Krise des Exportsektors durch indirekte Effekte zusätzlich verstärkt wurden (Ghosh/Chandrasekhar 2009, 727 ff.; R. Kumar 2009, 10).

Das Volumen der indischen Exporte betrug trotz der Abwertung der Rupie im Januar 2009 ganze 15,9 % weniger als im Vorjahresmonat. Der Einbruch um weitere 21 % im Februar 2009 war der höchste monatlich jemals registrierte. Das Handelsbilanzdefizit wuchs bis Anfang 2009 auf 36,3 Mrd. US\$ und lag damit um über 40 % höher als zu Beginn des Vorjahres. Zusammen mit dem Abfluss ausländischen Kapitals führte dies sogar zu einem Leistungsbilanzdefizit an 5,1 % des BIP, was einer Verdopplung des bereits negativen Vorjahreswertes entsprach (Ghosh/Chandrasekhar 2009, 728; Nachane 2009, 116; Rakshit 2009a, 103).

Offizielle Quellen (Government of India, Ministry of Labour & Employment, Labour Bureau 2009a, b, d; eigene Berechnungen) gehen von großen Beschäftigungsverlusten in den am stärksten exportorientierten Bereichen – Textilien und Stoffe, Metallverarbeitung, Automobilproduktion, Schmuck und Edelsteine, der Baubranche, dem Transportsektor

**BESCHÄFTIGUNGS-
VERLUSTE IN EXPORT-
ORIENTIERTEN BEREICHEN**

und der IT/BPO-Branche – aus. Insgesamt bewegten sich die Beschäftigungsverluste in den untersuchten Einheiten der Exportwirtschaft zwischen März 2008 und Juni 2009 um 4,5 %.¹² In einigen Segmenten fielen darüber hinaus die Reallöhne. Die Textilbranchenorganisation *Apparel Export Promotion Council* berichtete zum Beispiel von einem Einbruch im Wintergeschäft 2008 um 25 %, wodurch – vor allem in den Exportstandorten Bangalore und Tirupur – bis Ende des Jahres 700.000 Beschäftigte ihre Arbeitsplätze verloren hatten. Es kam zu einer Polarisierung zwischen export- und binnenmarktorientierter Produktion. Während die Binnennachfrage stabil blieb, brachen die Exporte ein. So verzeichnete die Granit- und Natursteinindustrie, die den größten Teil ihrer Produkte in die USA absetzt, einen Einbruch des Exportvolumens um etwa 13 % (Mahajan 2009, 40f.). Der wohl spektakulärste Einzelfall betraf die äußerst exportorientierte Diamantenindustrie in Gujarat. Durch die Nachfrageeinbrüche verloren etwa die Hälfte der 400.000 Poliererinnen und Polierer in Surat innerhalb weniger Monate ihre Jobs (The Economic Times, 17.03.2009).

Die Dienstleistungsexporte, für deren größten Teil IT/BPO-Unternehmen verantwortlich sind, erwiesen sich zunächst als robuster und wuchsen bis Anfang 2009 noch um 18 %. Die Unternehmen profitierten vor allem von den branchenüblichen zwei- bis dreijährigen Vertragslaufzeiten und der Tatsache, dass viele Dienstleistungen aus dem indischen Spezialisierungsprofil, wie zum Beispiel Implementierung und Betrieb von Softwarelösungen, auch in Krisenzeiten unverzichtbar sind. Daher waren sie erst mit Verzögerung von der zurückgehenden Nachfrage vor allem aus den USA und Großbritannien betroffen. Viele Verträge wurden nicht verlängert. Die Folge waren Einstellungsstopps und sogar Entlassungen durch die zwei vormaligen Branchenchampions Infosys und Satyam (Ghosh/Chandrasekhar 2009, 728f.; Government of India, Ministry of Labour & Employment, Labour Bureau 2009a, b, d; Sharma 2009, 5). Allerdings wurden in diesem Bereich auch früh Gegenteilstendenzen sichtbar: Das US-Unternehmen IBM erregte im Januar 2010 mit der Ankündigung Aufmerksamkeit, dass es, um in der Krise Kosten zu sparen, seine BPO-Operationen in Indien vergrößern und 5.000 neue Beschäftigte einstellen wolle (The Hindu, 10.01.2010). Seit Ende 2009 waren An-

12 Die Regierung legte allerdings keine über das Untersuchungssample hinaus aussagekräftigen absoluten Zahlen vor. Schätzungen zu Arbeitsplatzverlusten variieren von 1,3 bis zu 6 Millionen (Nachane 2009, 117).

zeichen einer allgemeinen Erholung – auch im industriellen Sektor – zu verzeichnen: Ab November 2009 wuchs das Exportvolumen wieder, das sich zuvor für 13 Monate in Folge verringert hatte (RBI 2010a, II). Nach Regierungsangaben hatten zuvor bereits Jobzuwächse in binnenorientierten Sektoren die Verluste wieder ausgeglichen (Government of India, Ministry of Labour & Employment, Labour Bureau 2009c, e). Allerdings bleibt bei dieser Perspektive die Kopplung großer Teile der informellen Ökonomie an die internationalisierte (Export-)Wirtschaft außer Acht. Ein Bericht der vom *Ministry of Small Scale Industries* eingesetzten *National Commission for Enterprises in the Unorganised Sector* (NCEUS) weist auf zahlreiche Folgen der Krise für den informellen Sektor hin und prognostiziert eine Zunahme von Armut und sozialer Unsicherheit (NCEUS 2009, 3 f.). Die Auswirkungen wie wachsende Unterbeschäftigung, niedrigere Einkommen, ein Anstieg der Kinderarbeit und insgesamt ein höheres Maß an »Selbstaussbeutung« traten allerdings mit Verzögerung auf und sind zum Teil kaum messbar (Al-Taher/Ebenau 2009, 655 ff.). Einige Studien machen diese komplexen Effekte aber exemplarisch deutlich: So verzeichnet die *Self-Employed Women's Association* in Ahmedabad, Gujarat, dass die Krise in der Schmuck- und anderen exportorientierten Industrien zu einem Anstieg der informellen Beschäftigung in der Baubranche um 25 % geführt hat. Dies wiederum hatte einen Rückgang der durchschnittlichen monatlichen Arbeitszeit und einen Lohnverlust von rund der Hälfte für gering qualifizierte Arbeitskräfte, mehrheitlich Migrantinnen, zur Folge. Ein anderes Beispiel bezieht sich auf Müllsammler und Müllsammlerinnen, die international operierenden Recyclingfirmen zuliefern. Im Zuge des Einbruchs der Weltmarktpreise für Recycling-Plastik um über die Hälfte im Verlauf der Krise berichteten 77 % der in einer Untersuchung in Pune (Maharashtra) befragten Sammlerinnen von gesunkenen Einkommen (Horn 2009, 2010, 266 ff.). Eine vergleichende qualitative Studie über die ökonomische Situation von Slumbewohnern und Slumbewohnerinnen in Chennai, Tamil Nadu, unterstützt diese Ergebnisse. Über ein Drittel der Befragten verzeichnete im Befragungszeitraum von November 2008 bis Mai 2009 kontinuierlich sinkende Haushaltseinkommen. Die Autorinnen identifizieren fünf Transmissionskanäle: den negativen Multiplikatoreffekt der Kreditknappheit auf den informellen Kreditmarkt, die sinkende Nachfrage nach Konsumgütern aus den OECD-Staaten, gestiegene Konsumgüterpreise durch die Währungsabwertung bzw.

**INDIREKTE FOLGEN
DER KRISE AUF DEN
INFORMELLEN SEKTOR
DER ÖKONOMIE**

die Schwäche der Agrarwirtschaft und die Krise des öffentlichen Versorgungssystems, einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Folge geringerer Aktivität in der Bauwirtschaft und im IT/BPO-Segment und eine besondere Anfälligkeit älterer oder großer Haushalte (Olsen u. a. 2010, 6 ff.).

4.3.3. DAS INDISCHE KRISENMANAGEMENT

SPÄTE REAKTIONEN AUF AUSWIRKUNGEN DER KRISE

Die Zentralbank wirkte noch bis Mitte 2008 durch Leitzinserhöhungen auf eine kontrollierte Abkühlung der Hochkonjunktur und die Eindämmung der Inflation hin. Die INC-geführte Regierung bestand in den Haushaltsentwürfen für 2008/09 darauf, entsprechend dem *Fiscal Responsibility and Budget Management Act*, der eine restriktive Haushaltspolitik gesetzlich verankert, das Haushaltsdefizit um 0,7 % zu senken. Erst der Zusammenbruch von *Lehman Brothers* und dessen verheerende Effekte bewegten die Institutionen zum Umdenken. Die indischen Akteure und Akteurinnen reagierten damit erst, nachdem fast alle anderen wichtigen Zentralbanken bereits die Leitzinsen gesenkt und die Regierungen zahlreicher Länder erste Konjunkturpakete aufgelegt hatten (Joseph 2009, 205; Rakshit 2009a, 105).

GELDPOLITISCHE LOCKERUNG DER LEITZINSENKUNGEN UND LIQUIDITÄTSSPRITZEN

Die wichtigsten Maßnahmen, die zwischen Mitte/Ende 2008 und Anfang/Mitte 2009 umgesetzt wurden, lassen sich in die Bereiche Geld- und Haushaltspolitik unterteilen. Um die drohende Liquiditäts- und Kreditkrise abzuwenden, verabschiedete sich die RBI zwischenzeitlich von ihren konservativen Präferenzen und senkte die Leitzinsen im Zeitraum von August 2008 bis Februar 2009 von 9 auf 4,75 %. Um Geschäftsbanken zur Vergabe von Krediten anzuregen, verringerte sie im gleichen Zeitraum außerdem den umgekehrten Repo-Satz, zu dem sie Geld von Banken leiht, von 6 auf 3,5 %. Außerdem wickelte sie sogenannte *Market Stabilization Scheme Bonds* ab, die bis 2007 dazu genutzt wurden, um Liquidität aus dem Markt zu nehmen, und öffnete neue Refinanzierungsfenster für die *Small Industries Development Bank of India* und die *Export and Import Bank of India*.

Schätzungen zu Folge entsprach die Liquidität, die durch diese Maßnahmen zur Verfügung gestellt wurde, einem Volumen von 4 bis 4,9 Billionen Rs. (ca. 87,9 bis 108,7 Mrd. US\$) und damit etwa 7 bis 9 % des BIP (Sen Gupta 2009, 189; Joseph 2009, 212 f.; Viswanathan 2010, 58 f.).

Darüber hinaus legte die Regierung zwischen Dezember 2008 und März 2009 in kurzer Folge drei Konjunkturpakete auf. Hierzu wurde die Sparpolitik zwischenzeitlich aufgeweicht. Das erste Paket sah eine Erhöhung der planmäßigen Ausgaben im letzten Quartal des Haushaltsjahrs 2008/09 um 200 Mrd. Rs. (ca. 4,4 Mrd. US\$) vor. Dazu kam eine zunächst bis März 2009 befristete Senkung der durch die Zentralregierung erhobenen Cevat-Mehrwertsteuer um 4 %. Weiterhin wurden die Zinssätze von Exportkrediten mit Subventionen um 2 % gesenkt sowie zusätzliche 350 Mrd. Rs. (ca. 7,7 Mrd. US\$) für die Exportförderung bereitgestellt. Auch stützte die Regierung die Bauwirtschaft und die Textilindustrie durch gezielte Vergabe von Kreditsicherheiten. Schließlich wurde die *India Infrastructure Finance Company*, die sich besonders der Finanzierung von *public private partnerships* im Infrastrukturbereich widmet, dazu autorisiert, weitere 10 Mrd. Rs. (ca. 220 Mio. US\$) durch die Ausgabe steuerbefreiter Staatspapiere zu akquirieren. Das zweite Paket zielte besonders auf die Förderung des Kapitalzufflusses und die Sicherstellung der Liquidität. Zugleich wurden die Bedingungen für den Zugang zu externen Finanzierungsquellen nochmals erleichtert und ein *special purpose vehicle* mit einer Liquidität von 25 Mrd. Rs. (ca. 550 Mio. US\$) zur Unterstützung von Nicht-Bank-Finanzinstitutionen geschaffen. Die staatliche Garantie für Kleinkredite wurde auf 85 % erhöht. Das dritte Maßnahmenpaket umfasste unter anderem die Reduzierung der Dienstleistungssteuer von 10 auf 8 % und die Verlängerung der bereits beschlossenen Senkung der Cevat-Mehrwertsteuer (Government of Rajasthan 2009).

Das kombinierte Volumen der Maßnahmenpakete betrug Schätzungen zu Folge rund 24 Mrd. US\$ und damit ca. 2,1 % des BIP (Ram Mohan 2009, 112). Dies entsprach zwar der IWF-Empfehlung von mindestens 2 % des BIP, war aber im Vergleich zu den chinesischen und brasilianischen Konjunkturmaßnahmen relativ wenig.

Die wichtigste Maßnahme zur sozialen Absicherung der Bevölkerungsmehrheit war die Erhöhung der Mittel für das 2005 eingeführte *National Rural Employment Guarantee Scheme* (NREGA). Der Haushaltsentwurf 2009/10 sah ein gegenüber dem Vorjahr um 140 % auf 391 Mrd. Rs. (8,6 Mrd. US\$) erhöhtes Budget für das Beschäftigungsprogramm vor, das armen Familien auf dem Land jährlich 100 Tage bezahlter Arbeit im öffentlichen Interesse garantieren sollte. Allerdings leidet das

NREGA nach wie vor unter gravierenden Implementationsdefiziten auf lokaler Ebene. Diese führten dazu, dass bisher durchschnittlich lediglich 48 Tage pro Haushalt und Jahr in Anspruch genommen werden konnten (The Hindu, 06.08.2009) und somit die zusätzlich eingestellten Mittel nicht alle abgerufen wurden (Ambasta u. a. 2008, 42 ff.; Vanaik 2008).

Auch der bereits 2008/09 eingeführte und 2009/10 um etwa 20 % auf 716,8 Mrd. Rs. (ca. 15,6 Mrd. US\$) aufgestockte Schuldenerlass für ländliche Produzenten und Produzentinnen scheiterte bisher an der Umsetzung. Denn die meisten Bäuerinnen und Bauern hatten sich wegen der fehlenden Verfügbarkeit institutioneller Finanzierungsquellen auf dem informellen Kreditmarkt verschuldet, der von dem Schuldenerlass nicht betroffen war (Ghosh 2009, 29). Hingegen setzte die Regierung zentrale Bestandteile des von der NCEUS vorgeschlagenen Krisenbekämpfungsprogramms, das beispielsweise eine Ausweitung von NREGA auf die städtischen Armenviertel, die Schaffung einer minimalen Sozialversicherung und die Einrichtung eines Fonds zur Förderung des informellen Sektors vorsah, nicht um (Harris-White 2010, 167; NCEUS 2009, 4 ff.). Einzelne Analysen verweisen darauf, dass von den Steuererleichterungen vor allem Haushalte mit höherem Einkommen profitierten, die das gesparte Geld nicht direkt für den Konsum verausgabten, was aber für die Stimulierung der Binnennachfrage notwendig gewesen wäre. Außerdem litt die konjunkturfördernde Wirkung der Infrastrukturinvestitionen unter den langen Anlaufzeiten, sodass große Teile der Mittel in ohnehin bereits geplante Vorhaben gingen (Nachane 2009, 120; Vaidyanathan 2009, 9 ff.). Insgesamt beschränkten sich die wirksamen Maßnahmen somit zum großen Teil auf die Unterstützung des Finanz- und Unternehmenssektors, die durch Aufträge oder Steuer- und Zinssenkungen aus den öffentlichen Haushalten unterstützt wurden.

4.3.4. INDIENS RÜCKKEHR ZUR NEOLIBERALEN »NORMALITÄT«

Obwohl Indien letztlich stärker von der Krise betroffen war, als zunächst angenommen, betonten die Machteliten, dass sich das Wachstum nur zwischenzeitlich verlangsamt habe. Die Stabilität und Richtigkeit der derzeitigen Entwicklungsstrategie habe sich angesichts der Krise erwie-

sen (The Hindu, 25.08.2008, The Economic Times, 24.02.2009). Die Wahlen zum Parlament *Lok Sabha* im April und Mai 2009 brachten der regierenden Kongresspartei einen Zuwachs von 145 auf 206 (von insgesamt 545) Sitzen und deutliche Verluste für die linken Parteien, die damit als Koalitionspartnerinnen entbehrlich wurden. Tatsächlich ging der Triumph des INC, auf Bundesebene betrachtet, auf nur leichte Stimmengewinne von 26,53 % auf 28,55 % zurück, während Kongresspartei und BJP, die gleichermaßen für eine neoliberale wirtschaftspolitische Ausrichtung stehen, zusammen sogar leicht an Stimmen einbüßten. (D. Basu 2009, 10 f.). Insgesamt bedeuteten die Wahlen aber eine Konsolidierung der neoliberalen Programmatik in den Staatsapparaten, die vom dominanten rechten Flügel des INC vertreten wird, und eine weitere Schwächung der traditionellen, parteipolitischen Linken.

**PARLAMENTSWAHLEN 2009
BEDEUTEN NEOLIBERALE
KONSOLIDIERUNG
IN STAATSAPPARATEN**

Anders als in Brasilien und China, wo sichtliche wirtschaftspolitische Umorientierungen erfolgten, stand somit das Krisenmanagement in Indien in der Kontinuität des neoliberalen Projekts. Von der Linken wurden die staatlichen Maßnahmen zwar dafür kritisiert, dass sie vorrangig die während der Boomphase aufgebauten hohen Gewinnerwartungen und strukturell auch die neoliberale Transformation abgesichert hatten (Marjit 2009, 15 f.; P. Patnaik 2009, 51). Einem von mehreren Gewerkschaftsdachverbänden getragenen Aufruf zum Generalstreik folgten im September 2010 den Organisationen zu Folge sogar bis zu 100 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter. Dieser richtete sich unter anderem gegen die fortschreitenden Kürzungen im öffentlichen Sektor und Preissteigerungen aufgrund von Subventionsabbau (NTUI 2010). Die bislang für staatliche Politik wirkungsmächtigere Kritik kam jedoch vom wirtschaftsliberalen Flügel der Regierung und deren Politikberatungsapparat. Diese zielte insbesondere auf die »inadäquaten« (d. h. zu hohen) Ausgaben für den Schuldenerlass für landwirtschaftliche Produzentinnen und Produzenten, die Erhöhung des NREGA-Budgets und die Subvention landwirtschaftlicher Inputs (z. B. Financial Express, 08.07.2009; Business Standard, 06.04.2010; R. Kumar/Soumya 2010).

**WIRTSCHAFTSLIBERALE
KRITIK AM
KRISENMANAGEMENT**

Unter dem Eindruck sich verbessernder makroökonomischer Indikatoren – der SENSEX-Index stieg nach seinem Einbruch bis Anfang 2010 um nahezu 80 % und der IWF sagte im Herbst 2010 für das gleiche Jahr ein Rekordwachstum des BIP von 9,7 % voraus (IMF 2010c, 64; Viswanathan 2010, 61) – leiteten Zentralbank und Regierung umgehend

**MAKROÖKONOMISCHE
STABILISIERUNG
UND RÜCKKEHR ZUR
AUSTERITÄTSPOLITIK**

ein Ende des haushalts- und geldpolitischen »Ausnahmestands« ein. Angesichts einer Inflationsrate, die bis Ende 2009 auf über 10 % angestiegen war, zog die Zentralbank geldpolitisch die Zügel wieder an und begann ab Oktober 2009 mit der schrittweisen Erhöhung der Leitzinsen auf 5,75 % (Repo-Satz) bzw. 4,5 % (umgekehrter Repo-Satz) Ende 2010. Auch der Haushalt für 2010/11 spiegelt die erklärte Absicht wider, auf den ursprünglichen Austeritätskurs zurückzukehren: Um das Haushaltsdefizit von zuletzt gut 10 % zu verringern, nimmt er die Streichung weiterer Subventionen für landwirtschaftliche Inputs, eine Verringerung staatlicher Investitionen um 2,5 Bio. Rs. (ca. 56 Mrd. US\$) sowie die Streichung nicht abgerufener Mittel zur Konjunkturförderung vor (RBI 2010a; RBI 2010b, 1746).

**STÄRKERE
EXPORTORIENTIERUNG**

Zudem propagieren führende Politiker, darunter auch Finanzminister Mukherjee, dass die Exporte in Zukunft noch stärker die Funktion eines Wirtschaftsmotors übernehmen sollen, um das BIP-Wachstum jenseits der »magischen« Marke von 10 % zu stabilisieren (Financial Times, 07.03.2010). Zu dieser Strategie passt, dass das historisch protektionistisch orientierte Indien im Rahmen der Krise deutlich weniger Maßnahmen zur Regulierung der Außenwirtschaft (17) implementiert hat als z. B. Russland (45), Argentinien (30), Deutschland (26) oder China (23) (Hufbauer u. a. 2010, 75).

Zur Überwindung der Krise war allerdings auch der »hyper-wettbewerbsfähige« Wechselkurs, den die Abwertung der Rupie hergestellt hatte, von Vorteil (Subramanian 2009, 35). Sie verharrte mit etwa 45,67 Rs. je US\$ Mitte September 2010 immer noch um etwa 15 % unterhalb ihres Vorkrisenniveaus (RBI 2010b, S978). Die RBI begann kurz nach ihrer Krisenintervention zur Stabilisierung der Rupie damit, in größerem Maße Devisenreserven aufzubauen. Ihr Volumen überschritt im November 2010 bereits wieder die Marke von 300 Mrd. US\$ – ein Anstieg von etwa einem Viertel seit dem Tiefpunkt Ende 2008. Im März 2010 kündigten Regierung und Zentralbank zudem ihre Absicht an, die volle Konvertibilität der Währung beschleunigt erreichen und nach Möglichkeit im Jahr 2011 abschließen zu wollen (The Economic Times, 13.03.2010).

4.3.5. NACH DER KRISE: INDIEN IN DER GLOBALEN POLITISCHEN ÖKONOMIE

Eine stärkere Rolle auf dem internationalen Parkett gehört seit langem zu den Zielen indischer Außen- und Außen(wirtschafts)politik. Dies beinhaltet unter anderem die traditionelle Forderung nach einem permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat, einer Stimme in den einflussreichen internationalen Organisationen und informellen Staatenverbänden, sowie nach erweitertem Einfluss in den internationalen Finanz- und Handelsorganisationen (Crossette 2008, 36).

Dabei setzen die außenpolitisch bedeutsamsten Akteure und Akteurinnen Indiens vor dem Hintergrund der Herausbildung einer multilateralen Ordnung vor allem auf die Rolle eines »Pendelstaates«, der von allen Großmächten umworben wird und ausschlaggebend für die Aufrechterhaltung der Machtbalance sein kann (Fidler/Ganguly 2010, 161f.; Neelsen 2008, 111).

Die Verschiebungen im politökonomischen Gefüge im Kontext der Krise eröffneten hier neue Möglichkeiten für Indien (Mattoo/Subramanian 2008). Dies betrifft zunächst die Machtverschiebungen in der internationalen *Governance*-Architektur, in der sich eine relative Stärkung der indischen Position abzeichnet. In diesem Sinne war die wohl wichtigste Veränderung aus indischer Perspektive die Aufwertung der G-20 gegenüber der exklusiveren G-7/G-8. Allerdings haben die indischen Vorschläge, auch nach der Einrichtung einer globalen Agentur zur Überwachung der Finanzmärkte, bislang keinen besonderen Einfluss in diesem Forum entfalten können (Sharma 2009, 13).

Die Ende 2010 beschlossene Reform des IWF ergibt aus indischer Sicht ein relativ positives Bild. Durch die Aufstockung der Quoten von 1,95 % auf 2,75 % wird das Land eines der zehn Staaten mit den meisten Stimmanteilen (IMF 2010a, 13). Auch fällt die Erhöhung gemessen an der relativen wirtschaftlichen Bedeutung überdurchschnittlich gut aus (The Economic Times, 23.10.2010). Dieses Beispiel zeigt, dass der Machtgewinn Indiens – deutlich stärker als derjenige Chinas, das von den USA sogar erfolglos zur Bildung einer G-2 eingeladen wurde – nach wie vor von dem Entgegenkommen der Zentrumsstaaten beeinflusst wird, ja derzeit aus politischen Gründen sogar gefördert wird. Allerdings wurde die strukturelle Unterrepräsentation des Landes gemessen an Bevöl-

**KRISE ERÖFFNET
MÖGLICHKEITEN AUF
DEM INTERNATIONALEN
PARKETT: BILDUNG
DER G-20, IWF-REFORM**

kerung und Wirtschaftsleistung hierdurch kaum aufgebrochen (Menkhoff/Meyer 2010, 176 ff.).

In diesem Zusammenhang gewinnt die Stärkung der Süd-Süd- und BRIC-Kooperation, die sich durch die Krise zumindest auf der ideologisch-diskursiven Ebene nochmals dynamisierte, für Indien an Bedeutung. Hier ist zum Beispiel Indiens Beteiligung am 2003 gegründeten *India-Brazil-South Africa Dialogue Forum*, das Kooperationsbestrebungen in den Bereichen Handels-, Sicherheits-, Technologie- und Verkehrspolitik institutionalisiert, oder in der BRIC-Gruppe, die als Reaktion auf die Finanzgipfel der letzten Jahre politisch in Erscheinung trat, zu erwähnen (Schmalz 2008b, 274 ff.). Auch konnte, dank des jüngeren wirtschaftlichen (Wieder-)Aufstiegs Russlands, zum Teil an die alten Beziehungen mit der Sowjetunion angeknüpft werden: Heute liefert Russland 80 % der indischen Rüstungsimporte, und auch im Energiebereich gibt es eine enge Kooperation (Neelsen 2008, 106 f.). Daneben setzt Indien auf eine Intensivierung diplomatischer Beziehungen und wirtschaftlicher Kooperation in Südostasien, etwa durch ein geplantes Freihandelsabkommen mit den ASEAN-Staaten, sowie mit Ländern im Mittleren Osten, in Afrika und mit einigen anderen ausgewählten Partnern (Fidler/Ganguly 2010, 156).

Allerdings stecken die indischen Süd-Süd-Beziehungen zumeist noch in den Kinderschuhen. Sie sind wirtschaftlich eher unbedeutend und besitzen oftmals keine klare politisch-strategische Ausrichtung. So belief sich zum Beispiel der ausländische Direktinvestitionsbestand Indiens im Jahr 2009 auf lediglich 77,2 Mrd. US\$, wovon ein großer und wachsender Anteil in die Zentrumsstaaten geht. Nicht nur ist der akkumulierte Wert niedrig, die Verteilung deutet auch auf eine nach wie vor geringe wirtschaftliche Verflechtung Indiens mit anderen Ländern des globalen Südens hin (UNCTAD 2010). Auch ist ausgerechnet China der wichtigste bilaterale Handelspartner: Im Jahr 2009 betrug das Handelsvolumen 52 Mrd. US\$ und 2010 wurde ein Anstieg auf ca. 60 Mrd. US\$ erreicht. Allerdings ist das sino-indische Verhältnis nach wie vor belastet, unter anderem durch die hohen Leistungsbilanzüberschüsse Chinas und verschiedene Klagen Indiens gegen chinesisches Preisdumping vor dem WTO-Streitschlichtungsgremium. Daher wird sich hier, über punktuelle Initiativen hinaus, vorerst keine stabile politische Achse herausbilden (Wall Street Journal, 26.10.2009). Das diplomatische Verhältnis zum Nachbarn Pakistan ist aufgrund der historischen Rivalität

im Kaschmir-Konflikt zerrüttet, jenes zu den meisten anderen südasiatischen Ländern, wie zum Beispiel Sri Lanka, zumindest deutlich angespannt (Crossette 2008, 38f.).

Insgesamt leiden die indischen wirtschaftlichen und politischen Großmachtsprüche auch nach der Krise an einer Reihe von internen und externen Beschränkungen. Dazu gehören besonders die strukturellen Entwicklungsdefizite und die regionalen Disparitäten. Die sozialen Indikatoren in einigen indischen Bundesstaaten befinden sich auf dem Niveau Sub-Sahara-Afrikas, das kaufkraftbereinigte Pro-Kopf-BIP Indiens lag 2009 mit 2.941 US\$ nicht einmal bei der Hälfte desjenigen Chinas (6.567 US\$) und sogar bei deutlich weniger als einem Drittel von Brasilien (10.514 US\$) (IMF 2010b). Zugleich stellen Separatismus, ethno-religiöse Erhebungen und soziale Kämpfe, die zum Teil den Charakter von »Kriegen niederer Intensität« erreichen, immer wieder die Stabilität der politischen Situation in Frage und verschlingen kontinuierlich ökonomische Ressourcen. Das bekannteste Beispiel ist der Kaschmir-Konflikt, in dem die Regierung derzeit 250.000 reguläre Soldaten und 100.000 Paramilitärs einsetzt (Ganguly/Pardesi 2007, 14f.). Auch verblasst das indische Militärbudget von umgerechnet 36,3 Mrd. US\$ (2009), was ca. 2,6 % des BIP entspricht, ungeachtet von Steigerungen um über 60 % seit 2000 gegenüber jenem Chinas (100 Mrd. US\$) und der USA (661 Mrd. US\$) (SIPRI 2010). Vor diesem Hintergrund bleiben die Potentiale zur Realisierung der indischen Großmachtambitionen – trotz der kriseninduzierten Machtverschiebungen – vergleichsweise gering.

INTERNE UND EXTERNE BESCHRÄNKUNGEN

STRUKTURWECHSEL
MIT HINDERNISSEN: CHINA
IN DER GROSSEN KRISE

5.

Die Weltwirtschaftskrise hat in China zu einem komplexen Strukturwandel geführt, dessen Ausgang noch ungewiss ist. Das exportgeleitete chinesische Wirtschaftsmodell wurde durch den Zusammenbruch der Nachfrage aus den USA und anderen Industrienationen derart erschüttert, dass die Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) sich gezwungen sah, Schritte zu einer binnenmarktorientierten Restrukturierung einzuleiten. Durch die entschiedene Konjunkturpolitik könnte Chinas rasanter Aufstieg in der Weltwirtschaft weiter beschleunigt werden. Im Folgenden werden zunächst die historischen Grundlagen umrissen: Nachdem in China von 1949 bis 1978 eine binnenorientierte sozialistische Strategie vorherrschte, wurde in den späten 1970er Jahren eine langsame Außenöffnung zum Weltmarkt vorangetrieben. Die graduelle Liberalisierung blieb weiterhin unter der strengen Aufsicht des Staates. Eine Radikalisierung der Öffnungspolitik erfolgte in dem Jahrzehnt nach 1992. In dieser Phase wurden Privatisierungen und eine weitere Außenöffnung durchgeführt, wobei der Staatsektor seine dominante Rolle behielt. Der chinesische Neoliberalismus brachte neben einem Wachstumsschub jedoch auch strukturelle wirtschaftliche Probleme – etwa eine niedrige Lohnquote, Überakkumulation und eine einseitige Exportorientierung auf den US-Markt – und massive soziale Verwerfungen hervor. Die Regierung Hu Jintao versucht seit 2002 unter der Zielsetzung einer »Harmonischen Gesellschaft«, das Entwicklungsmodell sozial- und umweltpolitisch einzuhegen, hatte aber bis zur Krise keinen Strukturwandel durchsetzen können.

5.1. DER MAOISMUS

GRÜNDUNG DER VOLKSREPUBLIK

Die Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 war ein historischer Einschnitt. Am Ende des Bürgerkriegs zwischen der Guomindang-Regierung unter General Chiang Kai-shek und der von der KPCh geführten Volksbefreiungsarmee nach dem Zweiten Weltkrieg stand die Nationalstaatsbildung Chinas. Der Konflikt beendete eine Epoche, die seit 1840 durch eine aggressive Kolonialpolitik der westlichen Mächte und Japans gekennzeichnet war. Die Guomindang flohen nach ihrer Niederlage auf die Insel Taiwan, während es der KPCh gelang, ihre Macht auf dem Festland dauerhaft zu festigen. Die Maoisten und Maoistinnen setzten bis etwa 1978 auf ein alternatives Entwicklungsmodell

zum westlichen »Fordismus«. In diesem standen soziale Gleichheit, die Industrialisierung des ländlichen Raums und die politische und wirtschaftliche Autonomie des Landes im Mittelpunkt. Es gab jedoch heftige Auseinandersetzungen um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Orientierung der Volksrepublik (Böke 2007, 64 ff.). Der »Kampf der zwei Linien« zwischen den radikalen Maoisten und Maoistinnen sowie den gemäßigten Pragmatikerinnen und Pragmatikern zog sich durch die gesamte Phase nach dem Großen Sprung (1957–1961) und entlud sich unter anderem auch in der Kulturrevolution (1964–1966). Der innerparteiliche Sieg der Reformerrinnen und Reformer leitete nach einer kurzen Übergangsphase ab 1978 schließlich eine neue Entwicklungsphase ein, die bis heute anhält, aber durch die Weltwirtschaftskrise erschüttert wurde.

5.1.1. DIE AUFBAUPHASE UND DER GROSSE SPRUNG (1949–1961)

Die kommunistische Regierung stellte die Weichen für gesellschaftliche Strukturreformen, die mit dem feudalen Erbe brachen.

So wurde etwa die Freiheit der Eheschließung etabliert und die Rechtlosigkeit der Frau abgeschafft. In den ersten Jahren der Volksrepublik wurde der Kapitalakkumulation eine (untergeordnete) Rolle zugewiesen. Die Regierung versuchte, aufgeschlossene Teile des (Klein)Bürgertums in ihr Projekt zu integrieren. Zunächst wurde primär das »bürokratische Kapital« – also das Großkapital – verstaatlicht, das die alten Guomindang-Machthaber kontrolliert hatten. Bis Ende 1949 waren 2.858 Industriebetriebe und über 2.400 Dienstleistungsunternehmen in Staatsbesitz überführt worden (Peters 2009, 149 ff.). Drei Jahre später dominierte der neue staatliche Sektor bereits die Industrieproduktion. Auch setzte die Regierung eine Bodenreform um. Betroffen von den Enteignungen waren vor allem die Großeigentümer, während die wohlhabenden Bäuerinnen und Bauern verschont blieben. Bei diesem gewaltsamen Prozess wurden beinahe 800.000 Menschen – überwiegend Großeigentümer und Großeigentümerinnen – hingerichtet (Böke 2007, 44). Allerdings erhielten über 300 Mio. Bauern insgesamt 47 Mio. ha Boden und fast drei Mio. Stück Ackervieh. Zusätzlich wurden sie von den Pachtzinsen befreit, die bis zu 75 % des Einkommens betragen. Die Wirtschaft

**AUSBAU
DES STAATSEKTORS
UND BODENREFORM**

**INDUSTRIALISIERUNGS-
POLITIK NACH
SOWJETISCHEM VORBILD**

erholte sich rasch von den Kriegsschäden. Insgesamt lag die Gesamtproduktion im Jahr 1952 ein Fünftel über dem Höchststand vor der Gründung der Volksrepublik.

Diese Phase der »Neudemokratischen Politik« wurde ab 1953 mit dem ersten Fünfjahresplan (1953–1957) zugunsten einer Wirtschaftspolitik aufgegeben, die – nach sowjetischem Vorbild – auf die Förderung der Schwerindustrie und auf einen raschen Übergang zum Sozialismus setzte (Peters 2009, 155; Richman 1969, Kap. 6). Auch das Kleinbürgertum, das bis zu diesem Zeitpunkt an der Koalitionsregierung beteiligt war, wurde nun schrittweise enteignet. Der Plan sah Investitionen über rund 76,6 Mrd. RMB, damals über 31 Mrd. US\$, vor:¹³ 88 % der Mittel flossen in die Kapitalgüterindustrie und den Energiesektor. Gegen die Interessen der Mittelbauern und Mittelbäuerinnen wurde eine Kollektivierung der Landwirtschaft vorangetrieben: Ende 1956 waren 78 % der Bauernhöfe in rund 54.200 Genossenschaften »höherer Stufe« (Peters 2009, 182) organisiert. Allerdings verließen vor allem in Südchina Teile der Bauernschaft diese Produktionsgemeinschaften wieder. Auch wurde eine Reform des politischen Systems umgesetzt: Mit einem neuen Wahlgesetz und der Wahl des ersten Volkskongresses 1954 wurde die Führungsrolle der KPCh festgeschrieben. Die Erfolge der staatlichen Industrie- und Landwirtschaftspolitik – z. B. die Steigerung der Ernteerträge um insgesamt 70 % seit 1949 (Hobsbawm 2009, 578) – bestärkten Teile der Partei darin, den Prozess zu beschleunigen. Hier war Mao von besonderer Bedeutung, der seit 1953 massiv an Macht gewonnen hatte.

**»GROSSER SPRUNG
NACH VORN«**

Er vertrat die Position, dass China in 15 Jahren die Industrieproduktion von England erreichen sollte. Die mit diesem Ziel verbundenen voluntaristischen Planvorgaben sollten durch die »Politik der drei Banner« erreicht werden, die in einem zweiten Fünfjahresplan die Durchsetzung des »Großen Sprungs nach vorn« vorsah (Peters 2009, 212 ff.). Durch die Errichtung von dörflichen Hochöfen sollte die Stahlproduktion er-

13 Die offizielle Währung der VR China ist der Renminbi (RMB). Die Zahlungseinheit ist der Yuan. Im Westen hat sich auch diese Bezeichnung eingebürgert. In diesem Text werden beide Begriffe synonym verwendet. Der Renminbi war in den 1950er Jahren im Verhältnis 2,46 RMB an den US-Dollar gebunden. Er wertete später auf und erreichte 1980 seinen Höchstwert mit einem Verhältnis von 1,5 zu 1. In den 1980er Jahren wertete der RMB stark ab und fiel bis 1994 auf seinen niedrigsten Wert (8,4 zu 1). Er wurde schließlich 1997 mit einem Verhältnis von 8,27 zu 1 an den US-Dollar gekoppelt. Im Jahr 2005 wurde die Festkoppelung flexibilisiert. Seitdem wertet der Yuan langsam auf.

höht und durch kollektive Arbeitseinsätze die regionale Infrastruktur ausgebaut werden. Es wurden Kanäle und Landstraßen (100.000 km) sowie Eisenbahnstrecken (27.000 km) konstruiert und alleine durch Wasserbauprojekte rund 58 Mrd. m² an Erde bewegt (Dillmann 2009, 120). Zusätzlich wurden die Produktionsgemeinschaften in Volkskommunen zusammengefasst, in denen nicht nur der Besitz, sondern auch die Reproduktionsarbeit kollektiviert wurde (Hobsbawm 2009, 579 f.). Die Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Produktion und eine lange Dürreperiode, die Teile der Ernte vernichtete, führten zu einer Hungersnot mit über 10 Mio. Toten.¹⁴ In der Folge wurde der Entwicklungsplan 1960 modifiziert und die Agrarstruktur dezentralisiert. Die Agrarproduktion erholte sich erst nach einem Jahrzehnt wieder vom Großen Sprung (Peters 2009, 274). Allerdings hatte dieser dazu beigetragen, die Industrieproduktion zu erhöhen und die regionale Infrastruktur zu verbessern.

Außenpolitisch orientierte sich die VR China zunächst an der Sowjetunion. Diese unterstützte die Volksrepublik in den ersten Jahren wirtschaftlich und technologisch. Der erste Fünfjahresplan wurde von Moskau finanziell gefördert (Möller 2005, 49). Auch half die SU China bei der Entwicklung der Infrastruktur für die Nukleartechnologie. Im Gegenzug intervenierte China im Koreakrieg (1950–1953) auf der Seite Nordkoreas und stützte so sowjetische Interessen. Die engen Beziehungen wurden jedoch bald erschüttert. Zunächst verurteilte die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) auf ihrem XX. Parteitag Stalins Politik und beschloss, eine friedliche Koexistenz mit den USA zu suchen. Die chinesische Regierung bezeichnete diese Wende ab 1960 offen als Revisionismus (Peters 2009, 250 f.). Außerdem war die gemeinsame technologisch-finanzielle Kooperation an sichtbare Grenzen gestoßen. Die Sowjetunion weigerte sich, den Chinesen Atomwaffen zu überlassen, und dehnte ab 1957 ihre Kreditzahlungen nicht weiter aus. China begann daraufhin, seine Außenbeziehungen zu diversifizieren

**ZUSAMMENARBEIT MIT
DER SOWJETUNION UND
KRISE DER BILATERALEN
BEZIEHUNGEN**

¹⁴ Allerdings sind die Zahlen umstritten. Nach der Gründung der VR China war die Sterberate dramatisch gefallen (Li 2008, 39 ff.), sodass diese durch den Großen Sprung – statistisch gesehen – auf das Niveau vor der Volksrepublik zurückkehrte. Außerdem fiel die Geburtenrate in der Zeit des Großen Sprungs deutlich, was bei den Berechnungen der Opferzahl meist nicht beachtet wird. Die hohen Zahlen von rund 30 Mio. Toten, die oftmals in den Medien präsentiert werden, sind vor diesem Hintergrund mehr als fragwürdig, da in die Zahlen unter anderem auch Menschen eingehen, die niemals geboren wurden.

und in Asien neue Partnerschaften, u. a. mit Indonesien und Burma, zu schließen. Der Zwist zwischen den beiden Großmächten eskalierte schließlich ab 1962 in Grenzstreitigkeiten (Möller 2005, 59 f.).

China setzte nunmehr auf eine eigenständige Außenpolitik. Die (antikoloniale) Ausrichtung auf die Dritte Welt, die sich gegen beide Supermächte richtete, blieb in den Folgejahren ein Grundmerkmal chinesischer Politik.

5.1.2. »DER KAMPF DER ZWEI LINIEN« UND DIE GROSSE PROLETARISCHE KULTURREVOLUTION

POLITIK DER DREI FREIHEITEN

Nach dem Scheitern des Großen Sprungs kamen die ideologischen Konflikte innerhalb der Partei immer stärker zum Tragen. Zuvor hatte Mao die Parteiführung dominiert. Ab 1961 setzten sich aber die Pragmatiker und Pragmatikerinnen um Liu Shaoqi und Deng Xiaoping durch. Mit ihrer Politik der drei Freiheiten – freie Märkte, privater Handel und private Kleinbetriebe – begannen sie, marktwirtschaftliche Reformen in der Landwirtschaft durchzusetzen (Böke 2007, 64 ff.) und ein leistungsbezogenes Prämiensystem in der Industrie einzuführen. Zudem wurden die oftmals ineffizienten autonomen Staatsbetriebe ab 1964 in größere sozialistische Trusts zusammengefasst (Peters 2009, 275 f.). Die Folge war eine Steigerung des Konsums und eine spürbare Erhöhung der Produktion, die jedoch von der Herausbildung prekärer Beschäftigungsverhältnisse begleitet wurde. Die Neuorientierung rief deswegen rasch eine Gegenbewegung des »maoistischen« Parteiflügels hervor, der die Konsumorientierung und die kapitalistischen Elemente der neuen Wirtschaftspolitik kritisierte.

ERSTE PHASE DER KULTURREVOLUTION

Der »Kampf der zwei Linien« (Schäfer 2008) mündete ab 1965 schließlich in der Kulturrevolution. Die von Studierenden, Jugendlichen und Lehrkräften getragene Bewegung steigerte den Personenkult um Mao bis ins Extrem und hatte es zu ihrem Ziel erklärt, die Tendenzen zur Herausbildung »einer neuen Bourgeoisie« in der KPCh zurückzudrängen. Im Mai 1965 konnte Mao die Abwahl der ihm unangenehmen Mitglieder des Politbüros durchsetzen und rief zum Kulturkampf auf. Die neuen Roten Garden, die sich in unabhängigen Revolutionskomitees organisierten, gewannen rasch an Macht. Mit Mao-Bibeln bewaffnet, wurden unliebsame Intellektuelle malträtiert, »bürgerliche« Wohnungen durch-

sucht, Parteikader und Parteikaderinnen abgesetzt und westliche Lebensart bestraft. Die Revolte mündete in Willkürherrschaft und Gewaltexzessen. In der ersten Phase der Kulturrevolution starben bis zu einer Million Menschen (Peters 2009, 298).

Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, die Kulturrevolution auf Maos Person zu reduzieren oder als reinen parteiinternen Machtkampf abzutun. Teile der Akteurinnen und Akteure richteten sich gegen die Einflüsse der westlichen Kultur und die »rote Bourgeoisie« in der Partei, andere Gruppen primär gegen das traditionelle konfuzianische Wertesystem. Schülerinnen und Schüler sowie Studenten und Studentinnen lehnten sich z. B. gegen das autoritäre Bildungssystem auf. Das erste Mal in der chinesischen Nachkriegsgeschichte waren Frauen zentrale politische Akteurinnen. Bisher hatten sie auch in der KPCh in der zweiten Reihe gestanden.

Außerdem waren in den Jahren zuvor innerhalb der Partei Hierarchisierungsprozesse erfolgt. Die Agitation gegen die Entdemokratisierung von Entscheidungsprozessen und die materielle Besserstellung von Teilen der staatlichen Bürokratie hatte somit eine reale Grundlage (Richman 1969, 894 ff.; Andreas 2009). Allerdings gerieten nicht nur die Aktivitäten der Roten Garden außer Kontrolle. Die Kulturrevolution dehnte sich auch auf andere Bevölkerungsgruppen aus. Teile der Arbeiterklasse forderten höhere Löhne und viele Bauern und Bäuerinnen verlangten größere wirtschaftliche Freiheiten, was von den Rotgardisten und Rotgardistinnen wiederum strikt abgelehnt wurde. Die Kulturrevolution hatte zudem einen wirtschaftlichen Kollaps verursacht. Für den Zeitraum von 1966/67 wird von einer Schrumpfung des BIP um 16 % ausgegangen. Im Rahmen der Kulturrevolution wurden jedoch einige wegweisende Reformen durchgesetzt: So ermöglichten z. B. die »Barfußärzte« und »Barfußärztinnen« ab 1965 der Landbevölkerung erstmals Zugang zu einer rudimentären Gesundheitsversorgung. Auf dem IX. Parteitag im April 1969 wurde die Kulturrevolution schließlich offiziell für beendet erklärt. Die rund 16 Mio. Rotgardistinnen und Rotgardisten wurden auf das Land zur körperlichen Arbeit abkommandiert.

Der »Große Sprung nach vorn« und die »Kulturrevolution« waren vom politischen Denken des Maoismus geprägt. Mao hatte die Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus-(Stalinismus) »sinisiert«, in dem er diese an die chinesische Realität anpasste und das revolutionäre Po-

**POLITISCHES DENKEN
MAOS**

**VOLUNTARISMUS
UND KOLLEKTIVISMUS**

tential der Bauernschaft aufgriff (Deppe 2003, 504; Schram 1990). Um seine – durchaus krude und bipolare – Freund-Feind-Dialektik den chinesischen Unterklassen zugänglich zu machen, nutzte Mao traditionelle Texte der chinesischen Philosophie und Literatur. Das politische Denken des »großen Steuermanns« – wie Mao auch genannt wurde – kennzeichnete ein ausgeprägter Voluntarismus. Mit revolutionärem Bewusstsein, so seine Formel, ließen sich »Berge versetzen«, wohingegen die materiellen Ausgangsbedingungen eine untergeordnete Rolle spielten. Auch zeichnete sich der Maoismus durch einen extremen Kollektivismus aus. Dieser artikulierte sich in Leitbildern wie der Volkskommune in Dazhia, in der, so die Propaganda, die Dorfbevölkerung heldenmütig ein armes Dorf durch kollektive Arbeit zur Blüte gebracht habe (Böke 2007, 112 ff.). Maos Denken transportierte zudem einen instrumentellen Bezug zur Gewalt, der in die blutige chinesische Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts eingebettet war (Deppe 2003, 490). Die maoistische Ideologie entfaltete große Wirksamkeit unter Bäuerinnen und Bauern und im Militär. Sie propagierte die Fortsetzung des Klassenkampfes auch nach der Gründung der VR China. Der »Liuismus« mit seiner These vom Kapitalismus als einem notwendigen Übergangsstadium zum Kommunismus fand wiederum bei Facharbeitern und Facharbeiterinnen, Gegnerinnen und Gegnern von Kollektivierungen und Opfern der maoistischen Willkürpolitik sowie Teilen der Intellektuellen Anklang (Bergmann 2004, 46 ff.; Böke 2007, 100 ff.).

**ZWEITE PHASE DER
KULTURREVOLUTION**

In der zweiten Phase der Kulturrevolution kam es zu einem erneuten Aufbrechen dieses Konflikts zwischen den beiden Strömungen. Die »Viererbande« um Jiang Qing, der vierten Ehefrau Mao Zedongs, wollte die Kulturrevolution gegen den Widerstand des pragmatischen Flügels fortführen. Sie hatte eine soziale Basis in Teilen der Armee, bei Arbeiterinnen und Arbeitern sowie der Parteibasis und dominierte die Kultur- und Ideologiepolitik. Von 1973 bis 1976 kam es zu offenen Auseinandersetzungen. Die Viererbande setzte auf eine Militarisierung der politischen Konflikte. In einigen Regionen wie Shanghai und Anhui herrschten mithin bürgerkriegsähnliche Zustände. Mao stellte sich jedoch nun nicht mehr eindeutig auf die Seite der Kulturrevolutionäre und Kulturrevolutionärinnen, sondern positionierte sich zwischen den Flügeln. Auf der Seite der Pragmatiker und Pragmatikerinnen etablierte sich Außenminister Zhou Enlai als zentraler Gegenspieler zur Viererbande. In der zweiten Phase der Kulturrevolution gelang es der Gruppe nicht, die von

dem pragmatischen Flügel kontrollierte Wirtschaftspolitik nennenswert zu beeinflussen.

Trotz der sozialen Auseinandersetzungen innerhalb des labilen Kräftegleichgewichts im Block an der Macht etablierten sich in der Phase des Maoismus einige erstaunliche Kontinuitätslinien und Dynamiken in der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas. Ungeachtet der katastrophalen Rückschläge in den Zeiten des »Großen Sprungs« und der »Kulturrevolution« stieg das Bruttosozialprodukt zwischen 1953 und 1978 um jährlich 7,4 % (Cho 2005, 32 f.).

WIRTSCHAFTLICHE BILANZ DES MAOISMUS

Dem lag eine extensive Wachstumsstrategie mit – für den Entwicklungsstand – relativ hohen Investitionsraten von über 26 % jährlich zugrunde. Die Wirtschaftspolitik setzte über die ganze Zeit auf die Steigerung der Industrieproduktion. Diese absorbierte über die Hälfte der Investitionen und wuchs von 1952 bis 1978 um jährlich 11,3 % (Cho 2005, 32 f.; Wen 2006, 121). Rund 90 % aller Anlageinvestitionen flossen wiederum in die Schwerindustrie. Als Folge wuchs der Anteil der Industrie im gleichen Zeitraum von 22 % auf 49,4 % am BIP, während sich die Anzahl der Industriearbeiter und Industriearbeiterinnen von nur 3 auf 50 Mio. Menschen vergrößerte. Dennoch wurde unter Mao kein Urbanisierungsprozess eingeleitet. Mit dem *hukou*-System war der Zugang zum Arbeitsmarkt an den Geburtsort gekoppelt, sodass die Land- von der Stadtbevölkerung getrennt blieb. Der Anteil der Landbevölkerung sank erst in den 1980er Jahren unter 80 % (Hobsbawm 2009, 581). Chinas Weltmarkteinbindung war Ende der 1970er Jahre mit einem Außenhandelsanteil von unter 10 % am BIP eher gering.

Obwohl die einseitige Förderung der Schwerindustrie wenig Raum für die Weiterentwicklung der Konsumgüterproduktion ließ, konnte der Lebensstandard der Landbevölkerung sichtlich erhöht werden. Die Politik der eisernen Reisschüssel (*tiefanwan*) implizierte eine staatliche Beschäftigungsgarantie und feste Mindestlöhne. Mit dem System der *danweis* im Industriesektor wurde darüber hinaus eine umfassende betriebsgebundene Lebensgemeinschaft verankert, die zumindest das zum Überleben notwendige Einkommen sicherstellte. Die Familien der Beschäftigten erhielten Unterkunft, Zugang zu Bildung, eine medizinische Versorgung, Rentenzahlungen und weitere Sozialleistungen. Die geschlechterspezifische Arbeitsteilung wurde in den *danweis* nur ansatzweise durchbrochen: Zwar gab es Frauenbataillone in der Produktion.

Die Frauen stellten aber nur 20 % der Belegschaft, während sie ein Monopol bei der Arbeit in den Kindergärten, Kliniken und Kantinen hatten (Wichterich 2006, 143). Die Betriebsorganisation blieb zudem paternalistisch, wobei die Staatsgewerkschaften als bloße Wohlfahrtsverbände fungierten (Chan 2006, 92 f).

VERBESSERUNG DER LEBENSBEDINGUNGEN

Insgesamt ist in der Zeit des Maoismus in vielen Bereichen eine deutliche Verbesserung der Lebensbedingungen zu beobachten. Das Grundschulsystem wurde massiv ausgebaut. Mit 66,8 Jahren hatte sich die Lebenserwartung bis 1980 verdoppelt (Li 2008, 34). Allerdings hinterließ der Terror – neben den zeitweisen Produktionsrückgängen in der Landwirtschaft – auch in anderen Bereichen spürbare Folgen. Wissenschafts- und Technologieentwicklung außerhalb des militärischen Sektors – China zündete 1964 die erste eigene Atombombe – hatten gelitten: So schrieben sich im Jahr 1970 nur 4.800 Studentinnen und Studenten in ein natur- und 90 in ein sozialwissenschaftliches Studium ein – bei einer Gesamtbevölkerung von rund 830 Mio. Chinesinnen und Chinesen (Hobsbawm 2009, 745). Letztlich basierte die Stabilität des Systems primär auf den Wohlstandssteigerungen für die Bauern und Bäuerinnen.

TOD MAOS 1976

Mao, dessen Führungsanspruch die beiden Flügel in der KPCh zusammengehalten hatte, starb schließlich im September 1976. Als direkte Folge verlor die kulturevolutionäre Strömung an Bedeutung. Der Kompromissübergangsvorsitzende Hua Guofeng entmachtete die Viererbande und beendete die gewalttätigen Konflikte: »Dabei wurden allein bei der militärischen Aktion zur Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen im Raum Baoding, Provinz Hebei, über 11.000 Gewehre, 700 Geschütze und 55.000 Handgranaten und große Mengen an Munition und Minen sichergestellt.« (Peters 2009, 363) Hua Guofeng wurde hierdurch jedoch selbst geschwächt, da nun der ultralinke Flügel fehlte, um seine eigene Machtposition auszubalancieren. Auch stellte er sich gegen eine Modernisierung des Agrarsektors, die mittlerweile von großen Teilen der Bäuerinnen und Bauern gefordert wurde.

Die reformerischen Kräfte um Deng Xiaoping konnten sich daher langsam politisch durchsetzen und bereiteten ab 1978 eine wirtschaftspolitische Trendwende vor.

5.2. CHINAS WEG AUF DEN WELTMARKT

5.2.1. DER SIEG DER REFORMER UND ERSTE MARKTÖFFNUNGEN (1978–1991)

Im Dezember 1978 wurde durch das dritte Plenum des ZK der KPCh eine erste Phase der marktwirtschaftlichen Reformen beschlossen. Sie baute auf die Erfahrungen aus der Zeit nach dem Großen Sprung auf. Zunächst wurden private Kleinunternehmen in Industrie und Handwerk zugelassen. Die Anzahl der Beschäftigten im Privatsektor wuchs daraufhin von 270.000 auf 3,4 Mio. im Jahr 1984 an. Ein weiterer zentraler Aspekt der Reformen war die Entkollektivierung des Agrarsektors. Bis 1983 wurden die Befugnisse zur landwirtschaftlichen Nutzung auf Familien bzw. Haushalte übertragen und die Produkte auf lokalen Märkten veräußert (Hart-Landsberg/Burkett 2005, 45). Der Landbesitz blieb zwar staatlich, aber de facto entstand ein Pachtsystem, in dem Landflächen schließlich »unter der Hand« erb- und übertragbar wurden. Zudem wurde die Agrarproduktion subventioniert, sodass die Einkommen der Landbevölkerung anstiegen. Die pragmatische Strömung konnte daraufhin auf eine äußerst hohe Akzeptanz für ihre Politik zählen. Ab 1984 stärkte sie die (ländlichen) Kollektivunternehmen, indem ihnen Industriebetriebe übertragen wurden. Zugleich durften Bauern und Bäuerinnen nun zur Arbeit in nahe liegende Dörfer und Städte ziehen. Die Kollektivunternehmen waren ein großer Erfolg: Im Jahr 1993 waren rund 123 Mio. Menschen und damit ein Viertel aller ländlichen Arbeitskräfte in über 25 Mio. dieser arbeitsintensiven Unternehmen organisiert (Arrighi 2009, 39 ff.; Hart-Landsberg/Burkett 2005, 44). Der Kollektivsektor wurde somit zu einer zentralen Stütze des neuen chinesischen Modells. Im Jahr 1984 leitete die KPCh unter dem Motto »geplante Warenwirtschaft« weitere Reformschritte ein: Preisbindungen wurden gelockert, das planwirtschaftliche Verhältnis der Staatsunternehmen zum Zentralstaat wurde durch ein Steuersystem neu geordnet und die Provinzen erhielten größeren (finanziellen) Spielraum für eine regionale Wirtschaftspolitik. Zusätzlich wurde der Arbeitsmarkt dereguliert. Im April 1987 arbeiteten rund 8 % der Beschäftigten im industriellen Sektor auf der Basis von befristeten Verträgen (Hart-Landsberg/Burkett 2005, 41).

**PRIVATE KLEIN-
UNTERNEHMEN UND
ENTKOLLEKTIVIERUNG
DES AGRARSEKTORS**

**KOLLEKTIVSEKTOR ALS
ZENTRALE STÜTZE DES
CHINESISCHEN MODELLS**

WIRTSCHAFTLICHE AUSSENÖFFNUNG

Der wirtschaftspolitische Umbruch spiegelte sich auch in einem Wandel des Außenhandels- und Investitionsregimes wider. Im Jahr 1979/80 wurden die ersten vier Sonderwirtschaftszonen (SWZ) – Shenzhen, Zhuhai, Shantou und Xiamen – errichtet, um ausländische Direktinvestitionen zu fördern (Cho 2005, 139 ff.). Im Jahr 1984 folgten 14 weitere »offene Küstenstädte« sowie fünf SWZ in der Provinz Hainan.

Die Unternehmen unter ausländischer Beteiligung etablierten sich – nach einer Reform des Außenhandelsregimes im Jahr 1988 – als staatlich geförderte Exportplattformen. Sie erwirtschafteten hohe Deviseneinnahmen und trugen 1989 einen Anteil von 9,5 % am Gesamtexport bei. Insgesamt blieb der Außenhandel jedoch bis 1991 gegenüber der binnenwirtschaftlichen Entwicklung marginal. Die Export- und Binnenmarktproduktion blieben vorerst strikt voneinander getrennt. Das Modell zielte auf die Finanzierung von Kapitalgütern und Technologie durch den Export, wobei der Außenhandel über ein Lizenzsystem reguliert war. In den 1980er Jahren begann die chinesische Führung, die Überseechinesen in benachbarten Ländern wie Hongkong oder Taiwan durch einen privilegierten Marktzugang für Investitionen zu gewinnen. Die ausländischen Direktinvestitionen erreichten in den 1980er Jahren zwar nicht mehr als 20 Mrd. US\$. Sie ermöglichten aber die hohen Investitionen im nächsten Jahrzehnt, auf die schließlich europäische, japanische und US-amerikanische Kapitalzuströme folgten (Arrighi 2009, 38 f.).

FOLGEN DER REFORMEN

Als Folge des ersten Reformjahrzehnts nahm der Außenhandelsanteil am BIP deutlich zu. Im Jahr 1991 lag er bereits bei 33 %. Zwischen 1980 und 1989 wuchs das chinesische BIP jährlich um 9,7 %, was zusammen mit Südkorea weltweit die höchste Rate war (Hart-Landsberg/Burkett 2005, 50 f.). Die Eigentumsstruktur veränderte sich weiter. Der Anteil der Staatsausgaben am BIP sank von 37,2 % im Jahr 1978 auf 19,3 % im Jahr 1988 (Hui 2009, 24). Im Jahr 1990 arbeiteten nur noch 39,7 % der Industriearbeiter und Industriearbeiterinnen sowie 60 % der städtischen Bevölkerung im Staatssektor. Gleichzeitig wuchs die soziale Ungleichheit durch die Liberalisierungen rasch an. In nur einem Jahrzehnt stieg der Gini-Koeffizient von extrem niedrigen 0,19 auf 0,29 an.

Der pragmatische Reformkurs blieb jedoch umkämpft. Drei unterschiedliche Strömungen rangen um die Gestaltung des Landes (Li 2008, 62 ff.): Die radikalen Reformerrinnen und Reformerr um Premierminister Zhao Ziyang, die sich meist aus den Kadern der Export-Import-Un-

ternehmen rekrutierten, forderten offen eine allgemeine Liberalisierung und Privatisierung. Ein linker Flügel hatte sich um Chen Yun gebildet, der vor allem von den traditionellen Kommunistinnen und Kommunisten der Mao-Periode gestützt wurde und im Kern ein binnenmarktorientiertes staatskapitalistisches Modell unter Führung der Arbeiterklasse propagierte. Durchgesetzt hatte sich allerdings eine Zwischenströmung um Deng Xiaoping, der, obwohl bereits pensioniert, weiterhin in seiner Funktion als Vorsitzender des Zentralen Militärkomitees die Fäden in der Hand hielt. Die Zwischengruppe setzte auf graduelle Marktrefor-men unter dem Motto: »Nach den Steinen tastend den Fluss überque-ren.« Die Strömung wurde insbesondere von Teilen der urbanen Mittel-
klassen und Intellektuellen gestützt, fand aber auch auf dem Land große Zustimmung. Ab 1986 geriet sie jedoch unter Druck. Der orthodox-kommunistische Parteiflügel und eine neue Studierendenbewegung kritisierten nun offen die Wirtschaftspolitik und indirekt auch Deng Xiaoping. Dieser allerdings nutzte die Proteste aus, um den politisch eher liberalen Generalsekretär Hu Yaobang zu stürzen, der sich in der Debatte um die Reform des politischen Systems gegen ihn gewandt hatte (Bergmann 2004, 174; Fewsmith 1994).

Auf ideologischer Ebene ersetzte eine weitgehende inhaltliche Unbestimmtheit und eine Art »trial and error«-Verfahren die maoistische Ausrichtung (Cho 2005, 210 ff.). Formal gelten zwar die von Deng Xiaoping 1979 formulierten vier Grundprinzipien – die Führungsrolle der KPCh, die demokratische Diktatur des Volks, der sozialistische Entwicklungsweg und der Marxismus-Leninismus-Maoismus – noch heute. Doch die KPCh sah sich bereits auf ihrem XIII. Parteitag im Jahr 1987 dazu gezwungen, ihre nur fünf Jahre zuvor verabschiedete Formel eines »Sozialismus chinesischer Prägung« durch eine Orientierung auf die Produktivkraftentwicklung zu ersetzen, mit der kapitalistische Elemente erneut aufgewertet wurden.

Die politischen Veränderungen, die mit dem Reformkurs einhergingen, waren indes von keiner allgemeinen politischen Liberalisierung, sondern eher von einer Versachlichung politischer Differenzen und einem widersprüchlichen Mix aus zunehmendem Autoritarismus und Dezentralisierung geprägt. Es wurden Verwaltungsaufgaben auf die Provinzen verlagert und ihnen höhere Finanzmittel zugewiesen (Heberer 2008, 110 ff.). Auch wurden die Kommunalwahlen auf der Ebene des einzel-

**WIDERSPRÜCHLICHKEIT
ZWISCHEN
AUTORITARISMUS UND
DEZENTRALISIERUNG**

nen Dorfs oder der Stadtviertel Anfang der 1980er Jahre wieder eingeführt, nachdem diese in der Kulturrevolution abgeschafft worden waren (ebd., 119 ff.). In anderen Bereichen wurde jedoch die demokratische Beteiligung sogar eingeschränkt: So schaffte die Regierung im Jahr 1982 z. B. das Streikrecht ab. Die Kollektivunternehmen waren zwar Belegschaftseigentum, es fehlten aber demokratische Unternehmensstrukturen, die eine Mitbestimmung ermöglicht hätten. Zudem kam es zu einer schrittweisen Entpolitisierung der chinesischen Gesellschaft, die in den 1990er Jahren sogar noch zunahm. Öffentliche Diskussionen beschränkten sich oft nur noch auf die Umsetzung marktwirtschaftlicher Reformen. (Hui 2009, 11 ff.). Das Entwicklungsmodell als Ganzes wurde kaum noch thematisiert.

TIANANMEN-PROTESTE 1989

Die politischen Auseinandersetzungen veränderten sich mit den Tiananmen-Protesten 1989, die einen weiteren Wendepunkt in der chinesischen Geschichte markierten (Hui 2003, 216; Hui 2009, 36).

Die Proteste richteten sich sowohl gegen den Autoritarismus als auch die Liberalisierungspolitik und wurden von einer heterogenen Gruppe getragen (Böke 2007, 158). Der Anlass war die Trauerkundgebung für den politisch eher liberalen Hu Yaobang, der am 15. April 1989 an einem Herzinfarkt gestorben war. Die Studierendenbewegung forderte eine Demokratisierung und bürgerliche Rechte wie Presse-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Allerdings bildeten andere Bevölkerungsgruppen wie etwa Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich in der Autonomen Peking-er Arbeiterföderation organisierten, sogar die Mehrheit der Teilnehmenden. Sie forderten soziale Absicherung, stabile Preise, Korruptionsbekämpfung und kritisierten die wachsende (Lohn-)Differenzierung.

Die Niederschlagung der Proteste im Mai 1989 festigte letztlich nicht nur das politische System, sondern beschleunigte auch die Marktrefor-men, da nun die Forderungen nach einer sozialeren Ausrichtung des Wirtschaftsmodells keinen politischen Raum mehr fanden.

Vertreter der intellektuellen »Neuen Linken« in China sprechen deswegen auch davon, dass 1989 der eigentliche Durchbruch für die kapitalistische Restrukturierung war und dass ab diesem Zeitpunkt die neoliberale Ideologie Eingang in das politische Handeln fand (Hui 2003, 217).

5.2.2. CHINESISCHER NEOLIBERALISMUS? PRIVATISIERUNGEN UND AUSSENÖFFNUNG (1992–2001)

Als indirektes Ergebnis der Tiananmen-Proteste folgte schließlich ab dem XIV. Parteitag Ende 1992 eine Radikalisierung des Öffnungskurses. Zum einen begann die KPCh nunmehr, auf eine massive Privatisierung der Staatsunternehmen zu setzen. Nach dem Motto »fördern, was gefördert werden muss und ausscheiden, was ausgeschieden werden muss«, wurden vor allem wenig rentable, kleinere und mittlere Betriebe privatisiert, während die tausend größten Unternehmen weiterhin unter staatlicher Kontrolle blieben.

MASSIVE PRIVATISIERUNGEN AB 1992

In der Folge wurden alleine von 1996 bis 1999 die Anzahl der Staatsunternehmen von 127.600 auf 61.300 Betriebe halbiert (Cho 2005, 46). Am Ende der 1990er Jahre beschäftigten die Staatsunternehmen nur noch 83 Mio. Menschen, was lediglich 12 % der Gesamtbeschäftigung bzw. knapp über ein Drittel der urbanen Beschäftigung ausmachte (Hart-Landsberg/Burkett 2005, 52 ff.). Der Anteil des Staatssektors am BIP war auf rund 38 % gefallen. Gleichzeitig hatten die Staatsunternehmen in Schlüsselsectoren wie Telekommunikation, Elektronik, Energie und Bauwesen durch Investitionen sowie private Kapitalbeteiligungen eine rasche Modernisierung durchlaufen. Seit Mitte der 1990er Jahre geriet zusätzlich der Kollektivsektor unter Druck. Sinkende Profitraten und industrielle Restrukturierungsprozesse trugen dazu bei, dass vereinzelt Kollektivunternehmen an das Management verkauft wurden (ebd., 124).

Die Privatisierungen liefen oftmals über Klientelbeziehungen ab. Teilweise wurden auch Fälle von Korruption bekannt (Lau 2000, 250 ff.). Sie trugen dazu bei, dass sich in China Grundzüge einer nationalen Bourgeoisie herausbildeten, die eng mit der KPCh verbunden ist. Rund 95 % der chinesischen Superreichen mit einem Einkommen über 10 Mio. US\$ weisen direkte familiäre Beziehungen zu KP-Funktionären und Funktionärinnen auf (Holz 2007). Die politische Führung ermöglichte auf dem XVI. Parteitag der KPCh im Jahr 2002 schließlich die Aufnahme von Unternehmern in die Partei (Heberer/Rudolph 2010, 40). Ihr Charakter veränderte sich dadurch grundlegend: Aus der KPCh wurde nunmehr eine Volkspartei, in der im Jahr 2007 rund 5,1 % der Mitglieder Unternehmer und Selbstständige waren (Heberer/Rudolph 2010, 26).

HERAUSBILDUNG EINER NATIONALEN BOURGEOISIE

**LOCKERUNG DES
AUßENHANDELSREGIMES**

Nach Deng Xiaopings »Reise in den Süden«, d. h. in die florierenden Sonderwirtschaftszonen am Perlflossdelta 1992, begann die Regierung die Außenöffnung des Landes zu forcieren. Zum einen wurde der Außenhandel weiter liberalisiert (Cho 2005, 145 ff.), das Lizenz- und Quotensystem wurde gelockert. Zwischen 1992 und 1996 wurden die durchschnittlichen Importzölle von 43 % auf 23 % gesenkt und die staatlichen Export- und Importplanungen abgeschafft. Im Jahr 1994 setzte die Zentralbank den Wechselkurs des Renminbi zum US-Dollar auf 8,27 fest. Zusammen mit neuen Anreizen für Exportunternehmen kam es zu einem sprunghaften Wachstum des Außenhandels. Der Anteil am BIP stieg im Zeitraum von 1992 bis 2000 von 34,3 % auf 43,5 %, wobei der Exportanteil sogar von 17,6 % auf 23 % hochschnellte. Ab den 1990er Jahren begann das Land, vermehrt Elektronik und Maschinen zu exportieren. Gleichzeitig wurden für ausländische Investoren und Investorinnen erstmals Binnenmarktbereiche wie Telekommunikation oder Automobilproduktion zugänglich. Es kam zu einem gewaltigen Kapitalzufluss. Bis zum Jahr 2000 gingen ausländische Direktinvestitionen im Wert von 200 Mrd. US\$ nach China (Arrighi 2009, 38). Diese strömten zwischen 1992 und 1999 zu 89 % in die Küstenregionen. Dabei verdreifachte sich der Anteil der ausländischen Unternehmen am Export auf 48,4 % im Jahr 1999 (Cho 2005, 152), wobei große Teile Re-Exporte von Zwischenprodukten waren. Das Exportwachstum basierte also vor allem auf bloße Lohnveredelung am chinesischen Billiglohnstandort. Die Asienkrise 1997/98, von der China lediglich vermittelt über den Rückgang der Nachfrage aus den ostasiatischen Nachbarländern getroffen wurde, verschärfte die Exportorientierung in die EU und die USA. Die Regierung forcierte diese Entwicklung zusätzlich mit Steueranreizen. Im Jahr

**ÖFFNUNG VON TEILEN
DES BINNENMARKTES**

2001 trat China nach komplizierten Beitrittsverhandlungen der WTO bei. Dieser Schritt leitete eine neue Phase der Außenöffnung durch weitere Zollsenkungen, Liberalisierungen im Dienstleistungssektor und in der Agrarpolitik ein (Panitchpakdi/Clifford 2002, 139 ff.). Auf der Ebene des politischen Systems wurde die Dezentralisierung weiter verstärkt, um der regionalen Diversifizierung gerecht zu werden. Die wachsende wirtschaftliche Macht ermöglichte nun aber einzelnen Provinzen und Städten als Gegengewicht zur Zentralregierung aufzutreten und bewusst Entscheidungen aus Peking auszubremsen oder diese unzureichend zu implementieren. Sie begünstigte auch Korruption und Klientelismus (Heberer/Rudolph 2010, 112 ff.).

WTO-BEITRITT

2001 trat China nach komplizierten Beitrittsverhandlungen der WTO bei. Dieser Schritt leitete eine neue Phase der Außenöffnung durch weitere Zollsenkungen, Liberalisierungen im Dienstleistungssektor und in der Agrarpolitik ein (Panitchpakdi/Clifford 2002, 139 ff.). Auf der Ebene des politischen Systems wurde die Dezentralisierung weiter verstärkt, um der regionalen Diversifizierung gerecht zu werden. Die wachsende wirtschaftliche Macht ermöglichte nun aber einzelnen Provinzen und Städten als Gegengewicht zur Zentralregierung aufzutreten und bewusst Entscheidungen aus Peking auszubremsen oder diese unzureichend zu implementieren. Sie begünstigte auch Korruption und Klientelismus (Heberer/Rudolph 2010, 112 ff.).

Die massiven Restrukturierungen gingen mit wachsenden sozialen Problemen einher. Viele Staatsunternehmen hatten zwar nur eine geringe Rendite abgeworfen, durch die betriebsgebundenen Sozialleistungen und die hohe Beschäftigtenzahl aber bedeutende soziale Funktionen erfüllt. Allein zwischen 1996 und 1999 wurden durch die Privatisierung und Modernisierung insgesamt 26,7 Mio. Menschen aus dem Staatssektor entlassen (Cho 2005, 46).

Frauen stellten zu diesem Zeitpunkt in den Staatsbetrieben nur 40 % der Beschäftigten, aber 60 % der Entlassenen (Wichterich 2006, 144).

Als Folge der Entlassungen kam es zu einer wachsenden Zahl von defensiven Arbeitskonflikten im chinesischen »Rustbelt« – in den von Privatisierungen betroffenen veralteten Staatsunternehmen im Nordosten –, die sich gegen den Verlust des Arbeitsplatzes oder von Rentenansprüchen richteten (Lee 2007, 69-122). Darüber hinaus wuchsen vor allem die interne regionale Differenzierung und diejenige zwischen Stadt und Land auf das höchste Niveau weltweit. Diese ungleiche Entwicklung spiegelte sich auch in den Ausgaben für soziale Wohlfahrt wider, welche in der Stadt zeitweise 60mal höher als für das Land waren (Heberer/Rudolph 2010, 69 ff.). Der unterentwickelte ländliche Raum wurde auf diese Weise auch zu einem Brennpunkt für wachsende soziale Spannungen. Zudem wuchs die Anzahl der Arbeitsmigranten und Arbeitsmigrantinnen immer weiter an, sodass sie nach der Jahrtausendwende die Marke von 150 Mio. Menschen überschritt. Die Arbeitsmigranten und Arbeitsmigrantinnen waren wegen des *hukou*-Systems, wonach keine Sozialansprüche aufgrund des zugewiesenen Wohnorts bestehen, weitgehend rechtlos und wurden deswegen massiv ausgebeutet. Die Hälfte von ihnen waren junge Frauen, die den Beschränkungen der ländlich-patriarchalen Lebenswelt zumindest vorübergehend entkommen wollten (Wichterich 2006, 147).

Die Reorientierung wurde durch eine weitere ideologische Wende flankiert. Auf dem XIV. Parteitag wurde die Doktrin einer »Sozialistischen Marktwirtschaft« des neuen Parteivorsitzenden Jiang Zemin als ökonomisches Zielmodell verabschiedet (Peters 2009, 442 ff.). Markt und Plan sollten von nun an gleichberechtigte Mittel für die ökonomische Entwicklung sein.

Die Reformen wurden von einer dritten Führungsgeneration, etwa Jiang Zemin und Zhu Rongji, getragen, die von dem eher liberalen Shanghaier-

**WACHSENDE
SOZIALE PROBLEME**

**SOZIALISTISCHE
MARKTWIRTSCHAFT**

Partei­flügel dominiert war. Die Kritik von linksorthodoxen Strömungen in der Partei, etwa an der Reorganisation der Staatsunternehmen, hatte vor dem Hintergrund des chinesischen Wirtschaftswunders mit Wachstumsraten um 10 % einen schweren Stand. Sie wurde zusätzlich mit repressiven Maßnahmen niedergehalten (Cho 2005, 215 ff.).

5.2.3. ZWISCHEN »WERKBANK DER WELT« UND »HARMONISCHER GESELLSCHAFT« (2002–2008)

**DOPPELBEWEGUNG
VON LIBERALISIERUNG
UND REREGULIERUNG**

Die Entwicklung Chinas nach dem WTO-Beitritt war durch eine Doppelbewegung gekennzeichnet. Auf der einen Seite wurde der Kurs der Außenöffnung und Teilprivatisierung bzw. Vermarktlichung fortgeführt. Auf der anderen Seite setzte sich mit der Regierung Hu Jintao ab 2002 schrittweise eine eher sozialere und umweltschonendere Wirtschaftspolitik durch.

**SPRUNGHAFTES
EXPORTWACHSTUM**

Die weiteren Liberalisierungsschritte bezogen sich vor allem auf die Umsetzungen der WTO-Vereinbarungen und auf die Stärkung des Privatsektors. Vor dem Hintergrund eines dynamischen Wachstums und staatlicher Regulierungsmaßnahmen führten die fortschreitende Reduzierung der Außenzölle und die Liberalisierung des Investitionsverkehrs zu einem sprunghaften Exportwachstum um 22,3 % (2002), 34,6 % (2003) und 35,4 % (2004). Auch die Investitionsrate schnellte in die Höhe: von 36,3 % im Jahr 2000 auf ungeheure 48,6 % im Jahr 2005 (Cho 2006, 81 f.). Der Finanzsektor wurde vorsichtig reformiert. Ausländischen Instituten wurde der Markteintritt erleichtert, sodass eine Fülle von strategischen Partnerschaften zwischen chinesischen und ausländischen Banken geschlossen werden konnte (Weil 2010, 23 ff.). Der staatliche Sektor wurde weiter privatisiert, wenn auch in abgeschwächter Form. So wurden mehrere Dutzend Staatsunternehmen in den Bereichen Infrastruktur, Energieproduktion oder Finanzen an den Börsen notiert. Allerdings blieb die Aktienmehrheit bei vielen Unternehmen in staatlichem Besitz. Lediglich geringe Aktienanteile wurden zur Kapitalisierung genutzt. Sie sollten dabei auch dem Aufbau des Finanzsystems dienen. Demgegenüber setzte sich die Veränderung der Eigentumsstruktur fort. Die Anzahl der Beschäftigten im kollektiven Sektor und im Staatssektor verringerte sich zwischen 1995 und 2005 um insgesamt 67,4 Millionen. Dies zwang die Regierung zu einer Änderung des Steuersystems: Ab

dem Jahr 2008 wurde eine einheitliche Körperschaftssteuer für inländische und ausländische Unternehmen eingeführt. Im internationalen Vergleich fiel diese zwar eher gering aus, sie nahm aber de facto ausländische Konzerne stärker in die Pflicht und stabilisierte den Staatshaushalt. Zudem wurde – trotz massiver Proteste – im Jahr 2007 der Privatbesitz schließlich per Gesetz garantiert (Zhiyue/Chen 2010, 246). Diese Veränderung ging mit Bemühungen einher, ein modernes Rechtssystem zu etablieren. In diesem Zusammenhang ist auch eine weitere Agrarreform zu sehen (Grassi 2008, 2 f.): Um höhere »economy of scales«-Erträge zu erwirtschaften, dürfen seit 2008 Bauern und Bäuerinnen die Nutzungsrechte für Landtitel, die formal auch weiterhin in kollektivem Besitz bleiben, offiziell verpachten. Diese Reform trug zur weiteren Durchkapitalisierung der landwirtschaftlichen Produktion bei.

Eine Schattenseite des chinesischen Exportmodells war die unausgeglichene Volkswirtschaft. Der WTO-Beitritt hatte die Schiefelage zusätzlich verschärft. Der Anteil des individuellen Konsums bewegte sich bei etwas über einem Drittel des BIP. Die Sparquote pendelte in den letzten Jahren zwischen 50 % und 60 %. Im Jahr 2007 gingen 11 % des BIP in ausländische Anlagen mit geringer Rentabilität, was der hohen Summe von rund einem Drittel des individuellen Konsums entsprach (Boris/Schmalz 2009, 633). Zusätzlich stiegen die Löhne der Industriearbeiter und Industriearbeiterinnen – anders als in den übrigen ostasiatischen Schwellenländern – in den letzten Jahrzehnten nur geringfügig an und blieben in den meisten Branchen auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau (Hung 2009b, 12). Frauen wurden in den Exportunternehmen besonders ausgebeutet und bezogen meist deutlich niedrigere Löhne. Gleichzeitig verfestigte die gewaltige Investitionsquote eine strukturelle Überakkumulation, die durch den Wettlauf der Provinzen um Investitionen beschleunigt wurde und sich immer wieder in einzelnen Blasenbildungen, etwa im Bausektor, ausdrückte. Diese konnten bisher jedoch mit Hilfe von staatlichen Eingriffen eingedämmt werden.

**UNAUSGEGLICHENE
VOLKSWIRTSCHAFT**

Es bildete sich eine außenwirtschaftliche Konstellation heraus, die Niall Ferguson (2009, 294 ff.) als »Chimerika« bezeichnet hat.

»CHIMERIKA«

Die Volksrepublik platzierte immer höhere Anteile des eigenen Exports auf dem US-Markt. Nachdem die Exporte bis zum Jahr 2000 in nur einem Jahrzehnt von 18,7 Mrd. US\$ auf 100 Mrd. US\$ geschnellt wa-

**WACHSTUM
DER DEWISENRESERVEN
BEGÜNSTIGEN BLASEN-
BILDUNG IN DEN USA**

ren, verdreifachten sie sich bis zum Jahr 2009 noch einmal. Die Exporte mit eingerechnet, die über Hongkong in die USA gingen, machten sie mittlerweile beinahe ein Drittel der chinesischen Gesamtlieferungen aus (Hung 2009a, 196). Ebenso wuchsen die Devisenreserven des Landes in nur einem Jahrzehnt von 218 Mrd. US\$ Ende 2001 auf deutlich über 2 Bio. US\$ im Jahr 2008, da China gewaltige Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftete. Die Volksrepublik hatte diese gegenüber den USA von 49,7 Mrd. US\$ zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Asienkrise 1997/98 auf 268 Mrd. US\$ im Jahr 2008 gesteigert (U.S. Census Bureau 2010). Die Überschüsse flossen in den US-Finanz- und Anleihemarkt: Im Jahr 2008 löste das Land schließlich Japan als Hauptgläubiger der USA ab. Im Januar 2009 hielt China rund 739,6 Mrd. US\$ und damit über ein Viertel der von ausländischen Gläubigern gehaltenen US-Staatsanleihen. Allerdings trug dieser Ressourcentransfer maßgeblich zum Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 bei, da er es der US-amerikanischen FED ermöglichte, ihre Zinsen niedrig zu halten, wodurch die Blasenbildung auf den Immobilienmärkten verstärkt wurde (Ferguson 2009, 297).

**AKTIVE
AUSSENPOLITISCHE
ROLLE CHINAS**

China begann zudem, eine aktivere außenwirtschaftliche Rolle zu spielen und sich vermehrt in internationalen Wirtschaftsorganisationen zu engagieren.

Die chinesische Regierung hatte bereits seit der Asienkrise 1997/98 mit den Beitrittsverhandlungen zur WTO, der Teilnahme am ASEAN+3-Dialog und verschiedenen Freihandelsabkommen erste Schritte in diese Richtung unternommen. Im Vordergrund dieser pragmatischen Außenpolitik stand die Absicherung des Wirtschaftswachstums mit Ressourcenzuflüssen: Im Jahr 2005 konsumierte China weltweit rund 31 % der Kohle, 30 % des Eisenerzes, 27 % des Stahls, 25 % des Aluminiums und 20 % des Kupfers (León-Manríquez 2006, 36). Außerdem entwickelte sich das Land seit 1993 zu einem Erdölimporteur, dessen Nachfrage jährlich um rund 7 % anwuchs. Zusätzlich war China aufgrund seiner vergleichsweise geringen Agrarfläche – nur 7 % der globalen landwirtschaftlich nutzbaren Fläche bei 20 % der weltweiten Bevölkerung und wachsendem Fleischkonsum – vermehrt auf Nahrungsmittelimporte angewiesen. Um dieser Situation zu begegnen, begann das Land verstärkt, Handelspartner in peripheren Regionen des Weltsystems außerhalb Asiens zu suchen.

Neben einigen Liefer- und Handelsverträgen mit lateinamerikanischen Ländern bot sich der afrikanische Kontinent an, da er seit den 1990er Jahren vom Westen »vernachlässigt« worden war (Heberer/Rudolph 2010, 131 ff.; Campbell 2008).

CHINA IN AFRIKA

Der außenpolitische Ansatz der chinesischen Regierung, der von einer Nichteinmischung in interne Angelegenheiten anderer Länder ausgeht, war hier besonders erfolgreich. China unterzeichnete eine Fülle von langfristigen Lieferverträgen, erließ im Gegenzug 31 Ländern die Schulden, bot billige Kredite zur Finanzierung von Infrastruktur, öffnete den eigenen Binnenmarkt für afrikanische Produkte und investierte bis 2009 rund 80 Mrd. US\$ auf dem Kontinent. Das Ergebnis war eine rasche Expansion des Außenhandels. China löste 2010 schließlich die USA als wichtigster Handelspartner Afrikas ab.

Auch innerhalb Asiens baute China neue Allianzen auf. Die wichtigste Initiative bildete die *Shanghai Cooperation Organisation*, die für Fragen der Sicherheits- und Energiepolitik zuständig ist, und deren Kern eine neue geostrategische Partnerschaft mit Russland bildet (Bailes u.a. 2007; Gulick 2009).

SHANGHAI COOPERATION ORGANISATION

Mit der wachsenden Integration in den Weltmarkt als Rohstoffkonsument steigerte China auch die eigenen Rüstungsausgaben auf offiziell 58,3 Mrd. US\$ im Jahr 2007, um die Rohstofflieferungen militärisch absichern zu können (Heberer/Rudolph 2010, 265). Eine besondere Bedeutung hatte hier der Ausbau der Küstensicherungs- zur Hochseeflotte, wofür China unter anderem jüngst einen ersten Flugzeugträger von Russland erwarb.

Doch es wäre verfehlt, die Phase unter der Regierung Hu Jintao als bloße Fortführung der 1990er Jahre zu charakterisieren. Die Regierung setzte seit 2003 zumindest rhetorisch auf eine Wende in der Wirtschaftspolitik (Hung 2009a, 198; Overholt 2010, 29). Es lassen sich drei Neuerungen erkennen, die für die Weiterentwicklung des chinesischen Modells von großer Bedeutung sein könnten.

Die chinesische Regierung forcierte einen Ausbau der Sozialsysteme, um bestehenden sozialen Problemen entgegenzuwirken.

AUSBAU VON SOZIALSYSTEMEN

In den Städten verfügten die reichsten 10 % der Bevölkerung über rund 45 % des gesellschaftlichen Reichtums, während die ärmsten 10 % lediglich 2 % besaßen (Wacker/Kaiser 2008, 21). Ländliche Regionen waren

besonders arm. Das Durchschnittseinkommen in den Städten war generell 3,22mal so hoch wie auf dem Land. Die Einkommen in den reichsten Küstenregionen beliefen sich auf das Zehnfache dessen, was die Menschen in der ärmsten Region Westchinas zur Verfügung hatten. Da die alten betriebsgebundenen Sozialleistungen sich auf den Staatssektor beschränkten und auch dieser teilweise abgebaut worden war, fehlte großen Teilen der Bevölkerung jegliche Absicherung.

Die Regierung arbeitet als Reaktion auf diese Zustände am Aufbau einer Renten- und Arbeitslosenversicherung und seit kurz vor der Krise 2008 auch an einer allgemeinen Krankenversicherung (Heberer/Rudolph 2010, 70 ff.).

Landesweit wurde dabei bereits mit verschiedenen Modellen experimentiert. Ende 2007 hatten z. B. über 116 Mio. Menschen ein Anrecht auf ein monatliches Arbeitslosengeld. Die Hauptinitiativen begannen unter der Regierung Hu Jintao, wobei die Sozialhilfeansprüche bereits 1999 rechtlich fixiert wurden. Darüber hinaus wurde die wachsende Spaltung zwischen Stadt und Land zu einem politischen Thema (So 2009, 55). Unter dem Motto eine neue »sozialistische Landschaft« schaffen zu wollen, steigerte die Regierung 2006 unter anderem die Ausgaben für den ländlichen Sektor um 15 %, schaffte die Agrarsteuern ab, verbot die Grundschulgebühren – ein Erbe der Öffnungspolitik – und erhöhte die Kredite für ländliche Gesundheitskooperativen und dehnte das Rentensystem auf das Land aus.

REREGULIERUNG DER ARBEITSBEDINGUNGEN

Ein weiterer Wechsel ließ sich im Bereich der Arbeitsbeziehungen feststellen. Die Regierung Hu Jintao versucht, die Deregulierung der Öffnungspolitik durch neue Gesetze einzudämmen.

Bereits im Jahr 1994 wurde unter Jiang Zemin ein erstes Arbeitsgesetz erlassen. Es blieb jedoch ohne Sanktionsmöglichkeiten. Auch spielte die Staatsgewerkschaft ACGB (Allchinesische Gewerkschaftsbund) mit rund 200 Mio. Mitgliedern keine wirksame Rolle als Gegenmacht. Sie vertrat gleichzeitig die Belegschaft und das Unternehmen und war in vielen Fällen direkt in die Betriebsführung integriert. Bessere Bedingungen wurden oftmals über autonome Arbeitskämpfe erzielt. Die Arbeitskonflikte stiegen alleine im Zeitraum von 1996 bis 2006 von 48.121 auf 317.162 Fälle pro Jahr an (Schucher 2008). Die Proteste, die oft von Wanderarbeitern und Wanderarbeiterinnen getragen wurden, richteten sich gegen Lohn-

zurückhaltungen, unzureichende Sicherheitsvorkehrungen, ausbleibende Vertragsabschlüsse oder lange Arbeitszeiten (Lee 2007). Dieser »Tripartismus mit vier Parteien« (Lüthje 2010), in dem die Protestierenden ihre Forderungen oftmals an den Gewerkschaften vorbei direkt an den Staat stellten, zwang die Führung der KPCh zu einer Reaktion. Mit der im Jahr 2006 von oben verordneten Organisation von Gewerkschaften bei Wal Mart begann der chinesische Staat, sich vermehrt in die Konflikte in den transnationalen Unternehmen einzumischen. Auch übte Premier Wen Jiabao mehrfach öffentlich Kritik an dem Niedriglohnmodell und bezeichnete dieses sogar als »instabil, unausgewogen, unkoordiniert und nicht nachhaltig« (Hung 2009a, 190). Es folgte 2008 ein neues Arbeitsgesetz, das u.a. vergleichsweise progressive Rahmenbedingungen für Arbeitsverträge legt (ten Brink 2010, 26). Allerdings existierten weiterhin weder Koalitionsfreiheit noch ein Streikrecht, mit dem die Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Rechte durchsetzen könnten.

**TRIPARTISMUS
MIT VIER PARTEIEN**

In den vergangenen Jahren lassen sich vermehrt Bemühungen feststellen, die gewaltigen ökologischen Schäden einzugrenzen, die der Wachstumskurs verursacht hatte (Wen/Li 2006).

**GEWALTIGE
ÖKOLOGISCHE SCHÄDEN**

Sieben der zehn Städte mit der höchsten Luftverschmutzung der Welt befanden sich 2005 in China. Rund 60 % der vier größten Flusssysteme Chinas wurden in der Klasse IV eingeordnet und galten damit als ungeeignet für den menschlichen Verbrauch. Mehr als ein Drittel des Landes war von Bodenerosion betroffen. Der chinesische CO₂-Ausstoß war 2010 sogar auf den höchsten Wert weltweit angewachsen, da der jährliche CO₂-pro Kopf-Ausstoß mittlerweile den – für Schwellenländer üblichen – Wert von 5t überschritten hatte. Rund 750.000 Menschen sterben jährlich an Umweltbelastungen (Heberer/Rudolph 2010, 55 ff.). Die umfangreiche Verschmutzung rief auch eine wachsende – punktuell ausgerichtete – Umweltbewegung hervor (Wen 2006). Die Regierung Hu Jintao reagierte hierauf mit verschiedenen Maßnahmen:

Auf institutioneller Ebene wurde im Jahr 2008 die Umweltbehörde zu einem Umweltministerium aufgewertet und Druck auf die Provinzregierungen ausgeübt, Umweltauflagen zu erfüllen. Zudem legte die Regierung im Jahr 2008 ein Umwelt- und Klimaschutzprogramm mit einem Volumen von 600 Mrd. US\$ auf, das u.a. gigantische (Wieder)-Aufforstungsmaßnahmen und Investitionen in erneuerbare Energien vorsah.

**NEUE UMWELTPOLITISCHE
MASSNAHMEN**

China steht vor der beinahe unlösbaren Aufgabe, den wachsenden Rohstoffverbrauch und die damit verbundenen ökologischen Folgekosten durch höhere Energie- und Ressourceneffizienz zu bekämpfen (Li 2008).

HARMONISCHE GESELLSCHAFT

Der politische Kurswechsel schlug sich auch ideologisch nieder. Die neue Regierung vertrat seit dem vierten Plenum des Zentralkomitees im Oktober 2004 die Zielsetzung einer »Harmonischen Gesellschaft«, die auf dem XVII. Parteitag der KPCh auch in das Parteistatut aufgenommen wurde (Wacker/Kaiser 2008, 7 ff.). Im Mittelpunkt stehen größerer sozialer Ausgleich, Rechtsstaatlichkeit und das harmonische Miteinander zwischen Mensch und Natur. Der neue Korporatismus, der hiermit propagiert wird, soll den wachsenden Konflikten in der chinesischen Gesellschaft entgegenwirken und einen ideologischen Kitt bilden (Hock 2006).

NEUE LINKE

Die chinesische Führung veränderte daraufhin auch ihr Verhältnis zu einigen Religionen, insbesondere dem Taoismus und Buddhismus, und versuchte, diese in die »Harmonische Gesellschaft« zu integrieren. Zudem bezog sie sich positiv auf den Konfuzianismus, aus dem sie den Wertkonservatismus und die Orientierung an sozialer Harmonie übernahm. Beeinflusst wurde die ideologische Diskussion zudem durch eine neue intellektuelle Strömung. Seit den späten 1990er Jahren formierte sich im Wissenschaftssektor eine Neue Linke, die sich gegen den Wachstumswahn und die marktliberalen Reformen sowie für soziale Gerechtigkeit und staatliche Steuerung einsetzte und auch Einfluss auf die Regierung ausübte (Eifler 2006; Zhiyue/Chen 2010, 251).¹⁵ Das Konzept der »Harmonischen Gesellschaft« ist demnach ein Versuch, einen nachhaltigen stabilen Klassenkompromiss unter der Vorherrschaft der KPCh zu organisieren.

Wie lässt sich die ökonomische Situation Chinas nach drei Jahrzehnten Außenöffnung am Vorabend der Weltwirtschaftskrise 2008 zusammenfassen? China hatte sein BIP in diesem Zeitraum mehr als verfünfehn-

15 Die Neue Linke ist eine intellektuelle Strömung, die sich u.a. um die Zeitschrift »Dushu« gruppiert hat. Sie kritisiert die zunehmende soziale Spaltung in China und bezieht sich positiv auf die globalisierungskritische Bewegung, beschränkt sich aber weitgehend auf den Wissenschaftssektor. Verschiedene Intellektuelle wie Wang Hui, Cui Zhiyuan oder Wang Shaoguang haben eigene Theorieentwürfe entwickelt, die die zunehmenden Privatisierungen und Liberalisierungen in China kritisieren und eine stärkere demokratische Partizipation einfordern (Zhiyue/Chen 2010, 249).

facht, sodass dieses mittlerweile jenes der BRD überstieg. Das Land erreichte 2007 zudem ein Außenhandelsvolumen von über 2,1 Bio. US\$, rund 100mal so viel wie 1978. Insgesamt wurden mehr als 800 Mrd. US\$ an Direktinvestitionen nach China gepumpt – alleine 2008 rund 92,4 Mrd. US\$. Im Jahr 2007 rangierten bereits 29 chinesische Unternehmen unter den Fortune Global 500 bzw. den weltweit umsatzstärksten Konzernen. Außerdem bildete sich eine aufgefächerte Industriestruktur mit drei gewaltigen industriellen Zentren heraus, die jeweils eine eigene Spezialisierung aufweisen: Das Pearlflussdelta, das vorrangig arbeitsintensive Industriewaren produziert, das Yangtzefflussdelta, das auf Kapitalgüter, Autos und Elektronik spezialisiert ist, und Zhonguan Cun in Peking, das chinesische Silicon Valley (Arrighi 2007, 356 ff.). Der Staatssektor machte dabei weniger als 15 % der Industrieproduktion aus, obwohl weiterhin rund 70 % der Investitionen durch Staatsunternehmen getätigt wurden. Das BIP pro Kopf wuchs von weniger als 200 US\$ im Jahr 1980 auf insgesamt 3.800 US\$ im Jahr 2009. Allerdings erreichte im Reich der Mitte die soziale Spaltung mit einem Gini-Koeffizienten von 0,49 im Jahr 2007 ein vergleichsweise hohes Niveau, was auch auf das höchste Stadt-Land-Gefälle weltweit zurückzuführen ist. Generell verbesserten sich die Lebensbedingungen im ländlichen Raum nur geringfügig (Li 2008, 34). Darüber hinaus war das chinesische Wirtschaftsmodell – wie ausgeführt – alles andere als stabil. Chinas Volkswirtschaft blieb extrem unausgeglichen – mit einem gewaltigen Investitionsüberhang und einer hohen Außenabhängigkeit. Die Reformbestrebungen der Regierung Hu Jintao änderten hieran wenig. Die Krise, die in den USA ausbrach, ging nicht spurlos an China vorüber.

**WIRTSCHAFTLICHE
SITUATION IM JAHR 2008**

5.3. EIN HISTORISCHER WENDEPUNKT: KRISE UND KRISENPOLITIK

5.3.1. FINANZMÄRKTE ALS ÜBERTRAGUNGSKANAL

ROBUSTER ÖFFENTLICHER FINANZSEKTOR

Die chinesische Volkswirtschaft wurde nicht primär von den Turbulenzen auf dem Finanzsektor erschüttert. Anders als die USA, Japan und die EU war China von den dramatischen Folgen, die der Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008 hatte, nur marginal betroffen (Schüller/Schüler-Zhou 2009, 167; Schüller 2009, 3). Der Hauptgrund für die Widerstandsfähigkeit des chinesischen Finanzsektors war, dass sich der Finanzmarktkapitalismus westlicher Prägung in China bisher nicht durchgesetzt hatte (ten Brink 2010, 30 f.).

GERINGE AUSWIRKUNGEN DER KRISE

Die vier großen, mittlerweile börsennotierten, staatlich kontrollierten Geschäftsbanken – *Bank of China*, *China Construction Bank*, *Industrial and Commercial Bank of China* und *Agricultural Bank of China* – waren weiterhin die zentralen Akteure im Finanzsystem. Die Unternehmensfinanzierung erfolgte zu mehr als 70 % über Bankenkredite. Die Kapitalmärkte spielten eine untergeordnete Rolle. Ausländische Finanzinstitute, die bisher lediglich 20 % Anteile von chinesischen Banken halten können, besaßen zu Krisenbeginn nur rund 2,4 % der gesamten Kapitaleinlagen, sodass eine Ansteckungsgefahr denkbar gering war (Liang 2010, 61 f.). Zusätzlich hielten die chinesischen Banken mit knapp über 10 Mrd. US\$ nur eine geringfügige Menge an Subprime-Krediten. Krisen abfedernd wirkte zudem, dass China den Wechselkurs des Renminbi streng reguliert und die Währung nicht konvertibel, d. h. nicht auf den internationalen Finanzmärkten frei handelbar ist. Allerdings war in den vergangenen Jahren – trotz Kapitalverkehrskontrollen – über falsch dotierte Export- und Investitionsgeschäfte auch spekulatives Kapital in den chinesischen Aktien- und Immobilienmarkt gelangt (Martin/Morrison 2008). Es folgte darum im vierten Quartal 2008 eine spürbare Kapitalflucht, deren konkretes Ausmaß – aufgrund des halb-illegalen Charakters dieser Finanzströme – allerdings schwer zu bestimmen ist, sich aber im zweistelligen Milliardenbereich bewegt haben soll.

Die direkten Auswirkungen der Krise im chinesischen Finanzsektor waren gering. Zunächst hatten einige Banken und Unternehmen, die in Derivate oder Verbriefungen investiert hatten, Verluste hinzunehmen,

die aber im Vergleich zu den westlichen Finanzinstitutionen eher gering waren. So verlor etwa die Reederei *China Cosco Holdings Co.* rund 577 Mio. US\$ durch Derivatgeschäfte und die Fluglinie *Air China* ca. 450 Mio. US\$ durch Hedging-Geschäfte mit Treibstoff (Farhi/Borghesi 2009, 176). Im Bankensektor hatten u. a. die *Bank of China*, die *China Construction Bank* und die *Commercial Bank of China*, da sie kaum verbrieft Hypothekenkredite hielten, Verluste von insgesamt ca. 2,8 Mrd. US\$ eingefahren. Diese machten aber nur ca. 1 % ihres Eigenkapitals aus, sodass der Bankensektor letztlich mit einem Nettogewinn von 83 Mrd. US\$ aus dem Krisenjahr 2008 hervorging (Liang 2010, 62). Die Entwicklung der chinesischen Börse wich deutlich von der anderer Finanzplätze ab: Der Fall des *Shanghai Composite Index* hatte aufgrund der Strukturprobleme des exportgetriebenen Modells bereits früher begonnen. Der Börsenindex erreichte im Oktober 2007 seinen Höhepunkt mit 6092 Punkten und fiel bereits vor Krisenausbruch massiv, sodass er im Oktober 2008 mit 1664 Punkten den vorläufigen Tiefpunkt erreichte, um dann wieder langsam nach oben zu klettern. Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Ländern kam es in China auch nicht zu einer Kreditklemme, und auf dem Interbankenmarkt gab es keine Zinssteigerungen. Die Hauptgründe hierfür waren die rasche Injektion von riesigen Mengen an Kapital durch die Staatsbanken in den Geldkreislauf, mehrfache Zinssenkungen durch die Zentralbank sowie der Aufkauf von faulen Bankenkrediten in den Vorjahren der Krise (vgl. Unterabschnitt 5.3.3). Das Kreditvolumen dehnte sich deswegen massiv aus, sodass bereits im zweiten Halbjahr 2009 die Kreditvergabe gedämpft werden musste. Die generelle Tendenz zur Überakkumulation in China wurde durch die Kreditschwemme sogar weiter angetrieben. Kritische Beobachter wie Barry Naughton (2009) bemerkten recht früh, dass große Mengen der Kredite in Spekulationsgeschäfte geflossen waren und dazu beigetragen hatten, dass in China eine Immobilienblase im Entstehen begriffen war. Als Reaktion auf die Turbulenzen auf den globalen Finanzmärkten wurde zudem die Wechselkurspolitik modifiziert: Die chinesische Regierung hatte seit Juni 2005 durch ein flexibles Wechselkursregime, das an einen (nicht öffentlich gemachten) Währungskorb angekoppelt war, eine kontrollierte Aufwertung des Renminbi gegenüber dem US-Dollar um rund 20 %, vorgenommen (Bowles/Wang 2008, 338; Overholt 2010, 27). Nach Beginn der Krise wurde die feste Koppelung wieder eingeführt und erst im Sommer 2010 gelockert.

BÖRSENCRASH BEREITS VOR DER KRISE

WACHSENDE IMMOBILIENBLASE

Auch auf der Ebene der ausländischen Direktinvestitionen war eine volatile Entwicklung auszumachen. Ihr Volumen fiel von ca. 11,2 Mrd. US\$ im Januar 2008 auf nur rund 5,3 Mrd. US\$ im November 2008. In den Folgemonaten stabilisierte sich der Wert bei ca. 7 Mrd. US\$ (Li-ang 2010, 63f.). Da die ausländischen Direktinvestitionen für ca. 57 % des industriellen Outputs verantwortlich waren und sich zunehmend am Binnenmarkt ausrichteten, half die Erholung dabei, die Wachstumsdynamik zu stabilisieren. Umgekehrt hatten chinesische Gläubiger und Gläubigerinnen zunächst auch nicht ihre Mittel aus den USA abgezogen. Vielmehr stieg die Anzahl der US-Staatsanleihen, die durch chinesische Gläubigerinnen und Gläubiger gehalten wurde, zwischenzeitlich auf bis zu 889 Mrd. US\$ an, was die Konjunkturmaßnahmen der Regierung Barack Obama stützte. Folglich wurde die Chimerika-Konstellation zum Höhepunkt der Krise eher stabilisiert.

5.3.2. WARENMÄRKTE ALS ÜBERTRAGUNGSKANAL

EINBRUCH DES AUßENHANDELS

Der Außenhandel war der Hauptkanal, über den die Krise nach China übertragen wurde (Schüller/Schüler-Zhou 2009, 167). Die große Außenabhängigkeit des chinesischen Exportmodells, die sich u. a. in der hohen Außenhandelsquote von bis zu 40 % des BIP (2008) ausdrückte, führte im letzten Quartal 2008 zu einem Rückgang der Exporte.¹⁶ Dies lag vor allem an der sinkenden Nachfrage aus den USA (Hung 2009b, 16), die im Jahr 2008 mit rund 17,7 % der chinesischen Exporte der größte Abnehmer waren.

Der Einbruch des Außenhandels beschleunigte sich im ersten Quartal 2009 erheblich und verlangsamte sich wieder im dritten Quartal 2009. Insgesamt sank er von Januar bis September um rund 20,9 % (MOFCOM 2009) und kehrte erst im zweiten Quartal 2010 auf die Vorkrisenwerte zurück.

Direkte Folge dieses Einbruchs war ein Rückgang des Wachstums, der jedoch durch ein umfangreiches Konjunkturpaket rasch abgedämpft

¹⁶ Oftmals wird das Argument vorgebracht, dass die Binnenmarktorientierung in China aus verschiedenen Gründen wesentlich größer ist als offizielle Daten nahe legen, da z. B. die Exporterlöse teilweise in US-Dollar abgerechnet und höhere Exportmengen gemeldet werden, um Kapitalverkehrskontrollen zu umgehen (Galbraith u. a. 2007). Dies erklärt jedoch nicht, warum China solche Devisenreserven anhäufen konnte und warum eine Aufwertung des Yuan so viel Widerstand erfährt.

wurde. Nachdem die chinesische Wirtschaft in den ersten zwei Quartalen 2008 um jeweils über 10 % und im dritten Quartal um 9 % gewachsen war, fiel das Wachstum Ende 2008 auf 6,3 % und im ersten Quartal 2009 auf 6,1 % (Schüller/Schüler-Zhou 2009, 168). Danach kehrte China rasch zu früheren BIP-Steigerungsraten zurück und erzielte bereits im Jahr 2009 einen Zuwachs von 8,7 %. Eine Besonderheit dieser Entwicklung war dabei, dass die dynamischen exportorientierten Küstenregionen eher zu den Verlierern zählten. Gerade die Exportmotoren, darunter Shanghai, Guangdong, Jiangsu und Zhejiang, wurden am härtesten getroffen. In Shanghai schrumpften die Exporte z. B. für 14 Monate in Folge. Erst im Dezember 2009 stiegen die Ausfuhren wieder an, sodass im gesamten Jahr 2009 der Export um 16,2 % zurückging (Shanghai Daily, 12.02.2010).

**KÜSTENREGION
ALS KRISENVERLIERER**

Umgekehrt waren die Inlandsprovinzen viel schwächer in den Weltmarkt eingebunden. Einige erreichten lediglich einen Exportanteil von 6 % am BIP (The Economist, 06.08.2010). Die Küstenregionen erholten sich deswegen auch deutlich langsamer als die Provinzen im Landesinneren und Westen. Im Jahr 2009 erzielten etwa die Innere Mongolei (16,9 %), Chongqing (14,8 %), Sichuan (14,5 %), Guangxi (13,9 %) und Shaanxi (13,6 %) die höchsten BIP-Steigerungsraten (China Daily, 26.02.2010). Auf die veränderten Rahmenbedingungen folgte eine Pleitewelle in der Exportindustrie: Es wurden um die 670.000 Fabriken geschlossen (Schucher 2009, 122). Viele dieser Unternehmen hatten allerdings, etwa wegen steigender Löhne, bereits vor der Krise Probleme. So standen schon vor dem Exportzusammenbruch ein Fünftel sämtlicher 70.000 Betriebe der *Hong Kong Federation of Industries* vor dem Aus (Overholt 2010, 27). Das Firmensterben wurde dadurch beschleunigt, dass die Provinzregierung des ökonomisch mächtigsten Bundesstaats Guangdong ankündigte, dass rückständige – also auf Billiglöhnen basierende Exportunternehmen – nicht gerettet werden sollten (Schucher 2009, 131).

**PLEITEWELLE IN DER
EXPORTINDUSTRIE**

Es wurden nur vereinzelt protektionistische Regelungen verhängt, etwa verschiedene »Buy China«-Regeln im Konjunkturpaket, die – dies ist in China keine Neuheit – chinesischen Anbieter und Anbieterinnen im öffentlichen Auftragswesen bevorzugen (Schüller/Schüler-Zhou 2009, 171). Darüber hinaus wurden vereinzelte Zollerhöhungen, etwa bei Autoteilen, vorgenommen, um ausländische Konkurrenten vom chinesischen Markt fernzuhalten. Oftmals wurden sie als Reaktion auf Anti-

**VEREINZELTE
PROTEKTIONISTISCHE
REGELUNGEN**

Dumping-Maßnahmen durch andere Staaten(verbünde) (EU, USA) gegen chinesische Produkte, z. B. Stahl, verhängt. Als eine etwas paradoxe Krisenreaktion hat die chinesische Regierung die Einbindung des Landes in die globalen Kapitalmärkte gefördert. So wurden u. a. weitere große Börsengänge, wie jener der *Agricultural Bank of China*, und Schritte zum Aufbau eines konkurrenzfähigen Finanzsystems vollzogen.

5.3.3. CHINAS REAKTION AUF DIE KRISE

**UMFANGREICHES
KONJUNKTURPAKET:
ÜBER 586 MRD. US\$**

Die chinesische Regierung reagierte auf den dramatischen wirtschaftlichen Einbruch und die sozialen Auswirkungen mit einem umfangreichen Konjunkturpaket von über 586 Mrd. US\$. Gleichzeitig pumpen auch die Provinzen gewaltige Geldsummen in die regionalen Wirtschaftskreisläufe. Nach Presseberichten beliefen sich diese Maßnahmen auf insgesamt 1,2 Bio. US\$, wobei oftmals bereits veranschlagte Vorhaben gebündelt und beschleunigt wurden.

Ziel der Zentralregierung war es, ein BIP-Wachstum von 8 % zu gewährleisten. Dieser Wert wurde von chinesischen Expertinnen und Experten als erforderlich angesehen, um die ländlichen Migrantinnen und Migranten erfolgreich in den städtischen Arbeitsmarkt zu integrieren (Schucher 2009, 123). Die Regierung konnte dabei auf frühere Krisenerfahrungen bauen. Zum einen hatte man bereits im Rahmen der Asienkrise 1997/98 ein größeres Konjunkturprogramm aufgelegt (Garnreiter u. a. 2009, 32). Zum anderen war das chinesische Bankensystem im letzten Jahrzehnt durch eine Krisenperiode gegangen: Ende der 1990er Jahre galten noch über 20 % der vergebenen Kredite als faul. Die chinesische Zentralbank versuchte, diese Kredite systematisch auszugliedern bzw. aufzukaufen, um einen Kollaps im Finanzsystem zu verhindern. Zu Krisenbeginn wurde der Anteil der faulen Kredite auf nur noch 2 bis 4 % geschätzt.

**MASSIVE
INFRASTRUKTUR-
MASSNAHMEN**

Das Konjunkturpaket der Regierung sah aufgrund der Stabilität des Finanzsektors für diesen keine größeren Unterstützungsleistungen vor und war stattdessen primär auf Infrastrukturinvestitionen ausgerichtet (Garnreiter u. a. 2009, 32 f.; Schüller 2009, 5 f.). Rund 171,4 Mrd. Euro flossen in Projekte im Transportsektor und in den Aufbau von Stromnetzen, zusätzliche 114,3 Mrd. gingen in das Erdbebengebiet Sichuan und weitere 42,3 Mrd. in Infrastrukturmaßnahmen für den ländlichen

Raum, etwa Straßenbau oder Wasserversorgung sowie Technologieförderung. Weitere Ausgaben waren für nachhaltige Umweltentwicklung (210 Mrd. RMB; 24 Mrd. Euro), soziale Wohlfahrt (150 Mrd. RMB, 17 Mrd. Euro) und zivile Projekte (400 Mrd. RMB; 45 Mrd. Euro) – oftmals auch im Infrastrukturbereich – vorgesehen. Die riesigen Vorhaben trugen zu einer Erneuerung des Transportsystems bei.

Die Mittel, die sich auf den Einkommenstransfer und die Steigerung des Konsums bezogen, lagen bei rund 700 Mrd. RMB (80 Mrd. Euro) und damit unter 20 % der Gesamtmittel. Darunter fielen neben den Mitteln für den sozialen Wohnungsbau und für die Entwicklung der Infrastruktur in ländlichen Gebieten Maßnahmen wie Subventionen für die Landwirtschaft, Getreidekäufe durch den Staat oder Lohnerhöhungen für Lehrerinnen und Lehrer (Liu 2010, 21).

Im Rahmen der Krise wurden zusätzliche Weichenstellungen zum Ausbau der Sozialsysteme unternommen. Zu Beginn des Jahres 2009 kündigte die Regierung an, dass weitere 95 Mrd. Euro in den Ausbau des Gesundheitssystems investiert werden sollen. Die Regierung versucht, eine rudimentäre Basisgesundheitsversicherung auf rund 90 % der Bevölkerung auszudehnen (Schucher 2009, 130). Insgesamt lässt sich damit eine langfristig angelegte Förderung der Konsumausgaben feststellen, die aber im Vergleich zu den gewaltigen Gesamtausgaben eher gering ausfällt.

Die Investitionen wurden durch verschiedene kurzfristige Konjunkturmaßnahmen erweitert: So drängte die Regierung auch die vier großen Staatsbanken dazu, ihre Kreditvergabe zu lockern und die Leitzinsen Ende des Jahres 2008 um insgesamt 1,8 % zu senken (Overholt 2010, 29; Sun 2009, 25).

Darüber hinaus erhielten kleine Unternehmen Kreditgarantien, und es wurden günstige Kredite für den Wohnungsbau aufgelegt. Das Ergebnis war eine massive Ausdehnung des Kreditvolumens um 34,4 % im ersten Halbjahr 2009, was das größte Wachstum seit 14 Jahren darstellte. Um den sinkenden Exporten entgegenzuwirken, reduzierte die Regierung zudem die Exportsteuern für einzelne Güter, wie z. B. Möbel und Textilien (Schüller/Schüler-Zhou 2009, 171). Darüber hinaus wurden ab Ende 2008 Haushaltsprodukte, etwa Farbfernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen und Mobiltelefone, für Verbraucher im ländlichen Raum subventioniert (Schüller 2009, 5).

**20 % DER GESAMTMITTEL
BEZIEHEN SICH
AUF DEN KONSUM**

**ZWISCHEN 11 UND 20 MIO.
WANDERARBEITERINNEN
UND WANDERARBEITER
VERLIEREN DEN JOB**

Die sozialen Auswirkungen der Krise waren dennoch unübersehbar. Unterschiedliche Studien, die zu Beginn des Jahres 2009 erstellt wurden, gehen davon aus, dass zwischen 11 und 20 Mio. Wanderarbeiter und Wanderarbeiterinnen durch die Krise ihren Job verloren hatten. Die Basisarbeitslosigkeit lag Anfang 2009 nach einer Studie der *Chinese Academy of Social Sciences*, die eine alternative Berechnungsmethode zu den offiziellen Arbeitslosenzahlen genutzt hatte, bei rund 9,4 %.

Mit dem Konjunkturpaket sollten auch die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt abgefedert werden. Gerade die Infrastrukturinvestitionen sollten dazu beitragen, neun Mio. Jobs für neue Arbeitskräfte zu schaffen, fünf Mio. Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter wieder einzustellen und einer Million Langzeitarbeitslose eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen (Schucher 2009, 129). Dazu wurden verschiedene Beschäftigungsanreize, wie z. B. durch Kredite für ausbildende Firmen oder Subventionen zur Senkung der Lohnnebenkosten, gegeben. Auch wurden Staatsunternehmen angewiesen, Entlassungen zu vermeiden. Die Regierung verhängte zudem eine Genehmigungspflicht für Unternehmen, wenn diese mehr als 20 Personen oder 10 % der Belegschaft entlassen (ebd., 131). Die Armen und Arbeitslosen – insgesamt rund 74 Mio. Menschen – erhielten zum chinesischen Neujahrsfest eine Einmalzahlung von 100 bis 150 Yuan.

**KONJUNKTURPAKET
ZEIGT ENTSCLOSSENHEIT
DER REGIERUNG**

Generell kann der Krisenbekämpfung der Regierung eine große Entschlossenheit bescheinigt werden. Die chinesischen Ausgaben für das Konjunkturpaket machten im Jahr 2009 beinahe 12 % des BIP aus und waren vom absoluten Umfang ansonsten lediglich mit den US-amerikanischen Maßnahmen vergleichbar. Auch hat das Konjunkturprogramm zeitweilig verschiedene Schwächen des Entwicklungsmodells korrigiert. So war das Wachstum des Binnenmarkts mit über 15 % der Hauptfaktor für die positive Wirtschaftsbilanz im Jahr 2009. Allerdings handelte es sich überwiegend um ein investitionsgetriebenes Wachstum: »In der ersten Jahreshälfte 2009 trugen die Investitionen 6,2 Prozentpunkte des BIP-Wachstums bei, während der Konsum 3,8 Prozentpunkte beisteuerte. Der Exportsektor wies eine Negativbilanz von 2,9 Prozentpunkten auf.« (Schüller/Schüler-Zhou 2009, 176, vgl. auch Schmid 2010, 9)

Allerdings fand sich ein Modellwechsel nur ansatzweise im Konjunkturpaket wieder. Die Ausgaben zur Steigerung des Konsums waren

niedrig ausgefallen. Als Folge etablierte sich im Jahr 2010 die Weltwirtschaft erneut als wichtige Wachstumsquelle für China. Es ließen sich sogar Anzeichen für eine Re-Etablierung des Exportmodells ausmachen (Schmalz 2010a, 489 f.).

5.3.4. AUF DER SUCHE NACH EINEM NEUEM MODELL

Die Krise hat dennoch deutliche Spuren im chinesischen Wirtschaftsmodell hinterlassen und hat das Potential, als ein weiterer Wendepunkt in die Geschichte einzugehen.

Sowohl die Pleitewelle in der Exportindustrie in den zentralen Exportregionen, wie dem Pearlflussdelta und dem Yangtzefflussdelta, sowie die stärkere Kapitalakkumulation in den Inlandsregionen hatten zwei zentrale Auswirkungen: Zunächst setzten die Parteiführungen in der Zentrale und den Provinzen – wie zuvor schon die ostasiatischen Tigerstaaten – auf eine technologische Aufwertung der Exportproduktion, um die Krisenanfälligkeit zu reduzieren (Hong 2010). Hierfür wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen. Der State Council legte ein Förderprogramm über 850 Mrd. RMB (97 Mrd. Euro) für zehn Schlüsselindustrien mit dem Schwerpunkt auf Technologieförderung auf, unter anderem für die Produktion von Autos, Stahl, Textilien, Maschinen, Elektronik und den Schiffsbau (Tong 2010, 52 ff.). Auch einige Provinzen beschlossen vergleichbare Förderprogramme:

**TECHNOLOGISCHE
AUFWERTUNG
DER EXPORTPRODUKTION**

»Für die Regierung von Guangdong ist der Wandel der Industriestruktur das Leitmotiv des Krisenmanagements. Die Fähigkeit in der Wertschöpfungskette aufzusteigen und in der nächsten Phase der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas federführend dabei zu sein, wurde hierbei besonders hervorgehoben« (Hong 2010, 104).

Die Kapitalflucht aus den Küstenprovinzen in die Binnenregionen und in Länder wie Vietnam oder Indonesien wurden dafür in Kauf genommen. Eine ähnliche Upgrading-Funktion hatten auch die ehrgeizigen Energieeffizienzziele von zweistelligen Verbrauchsreduktionen, die von der neuen Nationalen Kommission für Energieeinsparungen und Energiemanagement in Betrieben ausgearbeitet wurden. Da 2010 die Energieeffizienz nicht weiter sank, reagierte die chinesische Führung mit der Schließung von beinahe 2.100 als klimaschädlich eingestuftem Be-

**EHRGEIZIGE
ENERGIEEFFIZIENZZIELE**

trieben, etwa in den Bereichen der Stahl-, Papier oder Zementproduktion (Der Spiegel, 09.08.2010), und kündigte außerdem an, mit den deutschen vergleichbar restriktive Standards für die Energieeffizienz von Neubauten einführen zu wollen. Im Entwurf für den neuen Fünfjahresplan des Zentralkomitees der KPCh für 2011 bis 2015 sind umfangreiche Investitionen in umweltfreundliche Innovationen und Infrastruktur vorgesehen. Es wurden darin u. a. Summen von rund 600 Mrd. US\$ für grüne Technologien wie umweltfreundliche Autos oder Solartechnologie festgesetzt.

Zusätzlich sollen Lohnerhöhungen den Konsum anregen und den Binnenmarkt stärken. So wurden die Mindestlöhne in verschiedenen Provinzen seit 2008 bereits um über 20 % angehoben. Im Juni 2009 nach den Selbstmorden bei Foxconn und den Streikaktivitäten bei Honda begann in China eine Streikwelle in der Automobilindustrie, die sich – ähnlich wie in Brasilien Ende der 1970er Jahre – rasch ausbreitete. Sie setzte die Staatsgewerkschaft ACGB unter Druck und ermöglichte auch in Einzelfällen signifikante Lohnsteigerungen (Butollo 2010, 625).

Bei Honda in Nanhai endete der Streik z. B. mit einer Lohnerhöhung von 70 % für Auszubildende und 35 % für regulär Beschäftigte. Die Polizei griff in den meisten Streikfällen nicht ein, was nahe legt, dass die Parteiführung die Klassenkämpfe nicht sanktionieren wollte. Als direkte Folge der Streiks wurde in Guangdong ein Modell zur innerbetrieblichen Verhandlungsführung zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Unternehmensleitung eingeführt. Die Entwicklung in den Arbeitsbeziehungen könnte so als ein Katalysator wirken, um den Binnenkonsum zu stärken und eine Reorientierung des Wirtschaftsregimes einzuleiten.

Doch die Schattenseite des chinesischen Modells nach der Krise bleibt unübersehbar. Die massiven Investitionen haben nicht nur das Wirtschaftswachstum in den ersten beiden Quartalen 2010 wieder auf die Höchstwerte von 11,9 % und 10,3 % gehoben, sondern auch dazu beigetragen, dass sich eine Immobilienblase gebildet hat, die in ihrem Umfang der US-amerikanischen Blase aus dem Jahr 2007 gleicht (Naughton 2009). Die Immobilienpreise stiegen im Jahr 2009 in 70 großen und mittelgroßen chinesischen Städten deutlich, wobei Peking und Shanghai die Liste mit einem Preisanstieg von 50 bis 60 % anführten

XII. FÜNFJAHRESPLAN SETZT SCHWERPUNKT AUF UMWELTECHNOLOGIEN

STREIKWELLE IN DER AUTOMOBILINDUSTRIE UND LOHNERHÖHUNGEN

(Sum 2010, 560). Es ist bisher unklar, ob ein mögliches Platzen der Blase sich auf die wirtschaftliche Entwicklung niederschlägt und sogar globale Auswirkungen haben wird. Seit Frühjahr 2010 hat die chinesische Regierung diese jedoch mit Zinserhöhungen, restriktiver Kreditvergabe und Eingriffen im Immobilienmarkt aktiv bekämpft (Naughton 2010).

Auch hat die chinesische Regierung zwar eine milde Haltung gegenüber den Protesten der Arbeiter und Arbeiterinnen eingenommen, ist aber zugleich mit harter Hand gegen Oppositionelle vorgegangen, die sich im Rahmen der Krise kritisch gegenüber dem Regime geäußert hatten. Der bekannteste Fall dieser Repressionswelle ist die im Dezember 2009 verhängte elfjährige Gefängnisstrafe gegen den liberalen Schriftsteller Liu Xiaobo, der mit anderen Intellektuellen das Manifest Charta 08 veröffentlicht und sich für eine Demokratisierung ausgesprochen hatte.¹⁷ Eine ähnliche Krisenbewältigung ließ sich auch für die ethnischen Konflikte zwischen Uiguren und Han-Chinesen in Xingjiang im Sommer 2009 beobachten.

**REPRESSIONEN
GEGEN OPPOSITION**

Die repressive Haltung der chinesischen Regierung nach der Krise könnte sich aber als kurzfristige Strategie entpuppen, da die Diskussion um eine Reform des politischen Systems bereits fortgeschritten ist (Hartig 2008, 74 ff.) und auch weiterhin geführt wird. Letztlich spricht vieles dafür, dass mittelfristig eine politische Öffnung bei Beibehaltung des Alleinherrschaftsanspruchs der KPCh erfolgen könnte. Zurzeit scheint jedoch in der KPCh die Angst vor einer unkontrollierbaren Situation zu überwiegen.

5.3.5. CHINA: DER NEUE HEGEMON?

Die Integration Chinas in die WTO 2001 hatte bereits vor der Krise ein verstärktes Engagement des Landes als Investitionsmacht und als politischer Akteur im globalen Institutionengefüge nach sich gezogen (vgl. Unterabschnitt 5.2.3). Vor dem Hintergrund der Krise wurde jedoch der chinesischen Öffentlichkeit und Regierung rasch bewusst, dass

¹⁷ Allerdings sind die Positionen von Liu Xiaobo, dem 2010 der Friedensnobelpreis verliehen wurde, in vielen Punkten in China nicht konsensfähig. Er ist ein Befürworter des Afghanistan- und Irak-Kriegs, fordert eine rasche Privatisierung des ländlichen Kollektivbesitzes und äußerte sich positiv zu den Auswirkungen des britischen Kolonialismus auf Hongkong.

die Volksrepublik sich als aufstrebende Weltmacht vermehrt um die Gestaltung der globalen Finanz- und Wirtschaftsordnung bemühen muss. Vor dem Hintergrund eines weiteren Machtzuwachses begann die Regierung sich deswegen stärker, außenwirtschaftlich und institutionell zu engagieren. Hierzu zählen auch Liberalisierungsmaßnahmen im Finanzsektor, um hier die eigene Stellung zu stärken (Chin/Helleiner 2008, 96 f.).

AUSBAU VON SHANGHAI ALS INTERNATIONALEN FINANZPLATZ

Veränderungen lassen sich in unterschiedlichen Bereichen beobachten: So hat die chinesische Regierung verschiedene Initiativen umgesetzt, um eine Internationalisierung des Renminbi voranzutreiben und diesen als globale Reservewährung zu etablieren (Wu u. a. 2010). Im Rahmen der Krise kündigte die Regierung offiziell an, Shanghai bis 2020 zu einem internationalen Finanzplatz ausbauen zu wollen (People's Daily, 26.03.2009). Hierzu wurden bereits erste Schritte eingeleitet, wie die Aufnahme von chinesischen Unternehmen im ausländischen Besitz in den Shanghai Composite Index, die Steigerung der Investitionsgrenze für (zugelassene) ausländische Investoren von 800 Mio. auf eine Mrd. US\$ und die Emission von in RMB nominierten Anleihen an ausländischen Banken. Im Herbst 2008 – zum Höhepunkt der Krise in den USA – wurde in Shanghai bereits der Handel mit ersten Derivaten erlaubt. Ab November 2010 wurden zudem Credit Default Swaps auf den Markt gebracht (Financial Times, 08.11.2010). Zusätzlich versucht das Finanzministerium, Hongkong als Offshore-Zentrum für RMB-Anleihen zu etablieren. Nachdem die großen Staatsbanken ab 2007 erste RMB-Anleihen aufgelegt hatten, folgte der offizielle Startschuss mit der Ausgabe der ersten Yuan-Staatsanleihen von über 6 Mio. US\$ im September 2009 an der Hongkonger Börse (FAZ, 08.09.2009; Park 2010).

CHINA ALS AKTEUR AUF DEN FINANZMÄRKTEN

Zusätzlich wurde die Volksrepublik auch im globalen Finanzgeschäft aktiver. Bereits seit ca. 2003 ist China als internationaler Finanzakteur von Bedeutung, bis Krisenbeginn hatte das Land einen Kapitalstock von über einer Bio. US\$ im Ausland aufgebaut. Neben dem Kauf von Staatspapieren war dabei auch eine höhere Investitionstätigkeit in anderen Weltregionen zu beobachten. Diese erreichte bis zur Krise allerdings nicht mehr als 56 Mrd. US\$ (Schmid 2010, 43). Im Rahmen der Krise begann China zur Sicherung der eigenen Liquidität, systematisch Swap-Agreements mit Argentinien, Hongkong, Indonesien, Island, Malaysia, Singapur, Südkorea und Weißrussland und damit auch Staaten außerhalb

Ostasiens zu unterzeichnen. Das Land plant zudem weitere Abkommen, u. a. mit Pakistan und Thailand (Park 2010; Xinhua, 23.07.2010). In eine ähnliche Richtung ging die Ankündigung der Regierung vor der Krise, die Höhe der Mittel für Akquisitionen im Ausland des im Jahr 2007 gegründeten Staatsfonds China Investment Corporation, der Ende 2008 insgesamt rund 288 Mrd. US\$ hielt, von 66 auf 90 Mrd. US\$ zu erhöhen. Im Zuge der Krise kam es weiterhin zu Übernahmen und Investitionen im Energiesektor. Chinesische Staatsunternehmen kauften z. B. den kanadischen Konzern *Penn West Energy* und das indonesische Unternehmen *PT Bumi Resources Tbk*. Seit Mitte 2009 begannen chinesische Firmen – gestützt vom Staat – zudem vermehrt die Chance zu nutzen, angeschlagene technologieintensive Markenfirmen zu erwerben. In einer aktuellen Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung wird mit 147 Übernahmen in der zweiten Jahreshälfte 2009 ein neuer Rekordwert vermeldet (Nikogosian 2010). Dass viele Übernahmen sich auf notleidende Unternehmen beziehen oder geringeren Umfangs sind, deutet darauf hin, dass China seine Akquisitionsaktivität bisher eher beschränkt und weiterhin primär auf Greenfield-Investitionen, d. h. komplette Neuinvestitionen setzt.

**EINZELNE ÜBERNAHMEN
IM AUSLAND
DURCH CHINESISCHE
UNTERNEHMEN**

Kurz nachdem die Krise abgeflaut war, versuchte die chinesische Regierung, stärker vom »Chimerika«-Modell abzurücken. Dies betraf nicht nur den Binnenkonsum, sondern nahm auch eine Diversifizierung der Handels- und Finanzbeziehungen vor.

Die Investitionen in Fannie Mae und Freddy Mac von 376 Mrd. US\$, die durch den Zusammenbruch der beiden Immobilienbanken im August 2008 zwischenzeitlich zur Disposition standen (Die Zeit, 25.09.2008), und die Verluste durch die massiven Zinssenkungen in den USA ab Anfang 2008, die China bereits vor dem Zusammenbruch von Lehman Brothers monatlich rund 4 Mrd. US\$ kosteten (Chin/Helleiner 2008, 94 ff.), trugen zu diesem Umdenken bei. Die chinesische Regierung stärkte ihr Engagement auf den europäischen Finanzmärkten. Diese Umorientierung war bereits mit der Veränderung der Währungskoppelung seit 2005 eingeleitet worden. Aktuelle Schätzungen sprechen von bis zu 400 Mrd. US\$, die von China bereits in der Eurozone investiert wurden (FAZ, 17.07.2010). Die chinesische Regierung plant, diese Anlagen in den Folgejahren aufzustocken und zudem den Handel mit den europäischen Partnern, insbesondere der exportorientierten BRD, zu intensivie-

**STEIGENDE
INVESTITIONEN IN
DER EUROZONE**

ren. Anfang 2010 kündigte die chinesische Regierung an, weitere spanische Staatsanleihen über 6 Mrd. Euro kaufen zu wollen. Das Land ist bereits zum zweitgrößten Gläubigerstaat Spaniens aufgestiegen.

**KRITIK AN DER ROLLE
DES US-DOLLARS
ALS LEITWÄHRUNG**

Auch auf institutioneller Ebene brachte die Krise Bewegung in die globalen Machtverhältnisse. China begann, die Rolle des US-Dollars als Weltwährung zu problematisieren. Als Gegenmodell formulierte der chinesische Zentralbankvorsitzende Zhou Xiaochuan einen Vorschlag für ein Weltwährungssystem, das an eine gemeinsame Rohstoff-Reservewährung gekoppelt wäre. Der Vorschlag wurde in den USA und Europa jedoch meist mit Verwunderung kommentiert (FAZ, 28.03.2009). Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, schloss sich die chinesische Regierung mit ihren Partnern und Partnerinnen in der BRIC-Gruppe zusammen.

Diese unterstützt die chinesischen Bestrebungen nach einem Ende der Dollar-Hegemonie auf dem letzten Gipfel in Brasilia 2010 und strebt u. a. eine Abrechnung des gemeinsamen Außenhandels in Eigenwährung statt US-Dollar an. In diese Richtung gehen auch die gemeinsamen Käufe von IWF-Anleihen über 80 Mrd. US\$, wovon China 50 Mrd. US\$ abnahm und damit weitere Käufe von US-Staatsanleihen umging. Durch die 2010 auf dem G-20-Gipfel in Seoul verabschiedete Reform des IWF verdoppelten sich Chinas Stimmquoten auf 6,4 % und das Land löste damit Deutschland als drittgrößten Anteilseigner ab. Allerdings wurde kritisiert, dass China selbst nach ökonomischen Kriterien unterrepräsentiert bleibt und dass zentrale Entscheidungen weiterhin von der EU und den USA getroffen werden können (Liu 2010, 22).¹⁸ Es ist zu erwarten, dass China auch nach der Krise bilaterale Geberabkommen und Süd-Süd-Governance-Foren vorantreiben wird. Zuvor hatte China bereits die Kooperation auf regionaler Ebene verstärkt. Im Mai 2009 wurde u. a. ein gemeinsamer Notfonds über 120 Mrd. US\$ mit Japan, Südkorea und den zehn ASEAN-Staaten eingeführt, um Liquiditätsengpässe entgegenzuwirken (Zheng/Lye 2010, 280). Weitere Initiativen, wie ein Investitionsfonds von 10 Mrd. US\$ und 15 Mrd. US\$ an Krediten für Kooperationsprojekte mit den ASEAN-Staaten, wurden umgesetzt. Eine

**STÄRKUNG VON
KOOPERATION IN OSTASIEN**

¹⁸ Diese Kritik ist sicherlich berechtigt, da China 1,5 % weniger an Stimmanteilen erhalten hat, als dem Land nach ökonomischen Kriterien zustehen (FAZ, 08.11.10). Andere Schwellenländer, wie Brasilien, bekamen im Gegenzug Quoten zugeteilt, die das eigene wirtschaftliche Gewicht übertreffen.

deutliche internationale Aufwertung erfuhr das Land durch die Beteiligung an den Koordinationsversuchen der G-7 zur Krisenbekämpfung im Oktober 2008 und durch die Etablierung der G-20 als ein neues zentrales Forum für wirtschaftliche Steuerung. China lehnte jedoch bislang ein bilaterales Koordinationsforum mit den USA – eine G-2 – ab. Die chinesische Regierung strebt eine multipolare Weltordnung an.

China ist weit davon entfernt, die Rolle eines neuen Hegemon in der Weltwirtschaft und -politik zu übernehmen. Selbst wenn das BIP in der bisherigen Geschwindigkeit weiter wachsen und in den 2020er Jahren ein vergleichbares Niveau wie jenes der Vereinigten Staaten erreichen würde, müsste das Land in verschiedenen anderen wirtschaftlichen und politischen Bereichen ebenfalls nachziehen. Dies betrifft nicht nur den Ausbau von Machtressourcen im Finanzsektor, sondern wird u. a. in Bereichen wie Sicherheit bzw. Militär oder der Technologieentwicklung deutlich.

Im militärischen Bereich hatten die Vereinigten Staaten im Jahr 2009 mit Ausgaben von rund 660 Mrd. US\$, der am modernsten ausgerüsteten Armee und einem weltweiten Netzwerk von Militärbasen weiterhin die Stellung eines nahezu globalen Gewaltmonopols inne. China hingegen kommt – trotz deutlicher Steigerungen des Militärhaushalts – lediglich auf Rüstungsausgaben von 100 Mrd. US\$ und verfügt bisher nur über eine zwar numerisch große, aber technologisch unterlegene Verteidigungsarmee. Deutlich höhere Militärausgaben könnten dabei mittelfristig die Wachstumsdynamik des Landes schwächen. Zusätzlich ist die chinesische Industrie trotz wachsender Innovationen – so zog das Land im Bereich der Patentanmeldungen 2010 mit der BRD gleich – bisher in den globalen Wertschöpfungsketten in einer subalternen Stellung (Li 2006).

China ist auf internationaler Ebene gestärkt aus der Krise hervorgegangen. Das Land ist dabei, die USA mittelfristig als größte Wirtschaftsmacht der Welt abzulösen, wird aber sehr viel länger brauchen, die globalen Machtstrukturen zu verändern, da diese weiterhin vom Westen dominiert werden.

**ÜBERLEGENHEIT
DER USA IM
MILITÄRISCHEN BEREICH**

NACH DER KRISE –
NACH DEM
NEOLIBERALISMUS?

6.

6.1. AUSWIRKUNGEN DER KRISE IM VERGLEICH

**FINANZWESEN BLEIBT
VON KRISE WEITGEHEND
ABGESCHIRMT**

Die Weltwirtschaftskrise seit 2008 hatte – entgegen der These von einer Entkoppelung der großen Volkswirtschaften des globalen Südens – spürbare Auswirkungen auf Brasilien, Indien und China. Im weltweiten Maßstab fielen die direkten Effekte auf die Finanzsysteme der drei Staaten allerdings eher gering aus. Hierzu trugen insbesondere ihre strikten Regulierungssysteme und ihre schwache Einbindung in jene Segmente der internationalen Finanzmärkte bei, die von der Krise hart getroffen wurden.

**ZUSAMMENBRUCH DES
AUSSENHANDELS ALS
ZENTRALE KRISENUR-
SACHE**

In Brasilien waren bedeutende Teile des Bankensystems in öffentlicher Hand geblieben. Nationale Finanzinstitute hatten keinen Zugang zum globalen Derivatemarkt. Auch in Indien bewahrten staatliche Banken und Versicherungen ihre Schlüsselpositionen. Eine wirksame Regulierung des Sektors war weiterhin gültig und der Kapitalverkehr blieb stark kontrolliert. In China war nicht nur der staatlich dominierte Finanzsektor durch Kapitalverkehrskontrollen abgeschirmt. Außerdem war der Umfang der ausländischen Bankeinlagen im Finanzsystem minimal. Allerdings konnte der Finanzsektor in den drei Ländern letztlich doch nicht vollständig geschützt werden. Die Börsenkurse stürzten auch in Mumbai, São Paulo und Shanghai ab. Der indische Aktienmarkt war Ende 2008 aufgrund des Vertrauensverlusts in die wirtschaftliche Entwicklung sogar der volatilste weltweit, und die Direktinvestitionen aus dem Ausland gingen deutlich zurück. Brasilianische Exportunternehmen hatten sich auf dem Derivatemarkt verspekuliert. Durch die rasche Kapitalflucht bestand in Brasilien zwischenzeitlich sogar die Gefahr einer Kreditklemme. Selbst in China wurden vereinzelte Subprime-Verluste verzeichnet. Die Zuflüsse von ausländischem Kapital blieben für fast ein Jahr unter dem Vorkrisenniveau. Zudem beschleunigte sich im Rahmen der Krise die Ausdehnung einer Immobilienblase, die trotz verschiedener Interventionen der Regierung und Zentralbank immer noch nicht vollständig eingedämmt ist.

Deutlich stärker wurden Brasilien, Indien und China durch den Zusammenbruch des Außenhandels in Mitleidenschaft gezogen. Die Hauptursachen waren die einbrechende Nachfrage aus den Zentren.

Das exportorientierte chinesische Modell stand aufgrund der schrumpfenden Weltmarktnachfrage sogar kurz vor dem Kollaps. Alleine bis Ende 2008 waren 670.000 Exportunternehmen in Konkurs gegangen. Eine Erholung des Außenhandels setzte erst wieder ab Dezember 2009 ein. In Indien wiederum waren vor allem exportorientierte Industrie-segmente und, mit einiger Verzögerung, auch Dienstleistungsunternehmen im IT/BPO-Bereich betroffen. Auf diese Weise machte die Krise auf die wachsende Internationalisierung der indischen Wirtschaft aufmerksam. Die brasilianische Ökonomie sah sich sinkenden Agrarpreisen und vor allem einem massiven Exporteinbruch in einzelnen Industriesparten, darunter der Maschinenbau und die Chemieindustrie, gegenüber. Die Regierung Lula hatte jedoch in den Jahren vor der Krise den Außenhandel in Richtung der schwächer betroffenen Semiperipherie umorientiert. Dies bremste die Krisendynamik ab.

Die Krise schlug sich in allen drei Staaten rasch im Binnenkonsum und in der Investitionstätigkeit nieder. Die Folge waren wachsende soziale Probleme.

**WACHSENDE
SOZIALE PROBLEME**

Chinesische Studien gingen Anfang 2009 davon aus, dass zwischen 11 und 20 Mio. Wanderarbeiter und Wanderarbeiterinnen ihre Arbeit verloren hatten. Für den Fall einer Abschwächung des Wachstums wurden dramatische soziale Unruhen befürchtet. Für das Land wird vermutet, dass über vier Millionen Menschen ihre Arbeit verloren hatten, und dass viele im informellen Sektor tätige Menschen unter Sekundäreffekten des Zusammenbruchs litten. Da Indien aber nach wie vor eine relativ geringe Außenorientierung aufwies, konnte anhaltendes Beschäftigungswachstum in binnenmarktorientierten Segmenten die Kriseneffekte weitgehend ausgleichen. In Brasilien hingegen gingen – vor allem im Industriesektor – von November 2008 bis Januar 2009 über 800.000 Arbeitsplätze verloren. Dies war die schlechteste Bilanz seit der Finanz- und Währungskrise 1998/99. Der umfangreiche Ausbau der Sozialsysteme, der in der Amtszeit der Regierung Lula stattgefunden hatte, federte jedoch die Auswirkungen der Krise ab.

Als Reaktion auf die Krise implementierten die drei Regierungen – ähnlich wie die OECD-Staaten – umfangreiche Konjunkturpakete.

**KONJUNKTURPAKETE ZUR
BEKÄMPFUNG DER KRISE**

Anders als in früheren Krisenprozessen setzte die brasilianische Regierung auf eine klassische antizyklische, keynesianische Politik. Sie bau-

**BRASILIEN:
BESCHLEUNIGUNG
DES PAC**

te als Kern der Konjunkturmaßnahmen auf die schnelle Fortführung und Ausweitung des *Programa de Aceleração do Crescimento* (PAC). Vor der Krise waren lediglich 15 % der Vorhaben des Programms umgesetzt worden. Bis August 2009 wurden dann über die Hälfte der Mittel ausgegeben. Gleichzeitig hatte der Staat über die öffentlichen Geschäftsbanken und die Entwicklungsbank BNDES günstige Kredite bereitgestellt, die Leitzinsen deutlich gesenkt, die Mehrwertsteuer für langlebige Konsumgüter verringert und die Mindestlöhne erhöht. Flankiert wurden die Maßnahmen durch zusätzliche Sozialausgaben, z. B. wurden die Finanzmittel des *Bolsa-Família*-Programms um 10 % erhöht. Insgesamt gelang es der Regierung Lula auf diese Weise, sowohl die sozialen Auswirkungen deutlich abzufedern als auch die Konjunktur äußerst rasch wieder anzukurbeln. Brasilien verließ als erstes größeres Land weltweit die Rezession.

**INDIEN:
RASCHER RÜCKKEHR ZUM
SPARKURS NACH
KONJUNKTURPAKETEN**

Die indische Regierung und Zentralbank reagierten vergleichsweise spät, implementierten dann aber in kurzer Folge umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität und senkten die Leitzinsen. Außerdem wurden drei Konjunkturpakete umgesetzt, die u. a. eine befristete Mehrwertsteuersenkung, Subventionen für Exportkredite und eine Erleichterung des Zugangs von Unternehmen zu den internationalen Kapitalmärkten beinhalteten. Zudem sah der Haushalt 2009/10 eine deutliche Aufstockung der Mittel für das ländliche Beschäftigungsprogramm NREGA vor, und es wurde ein Schuldenerlass für landwirtschaftliche Produzentinnen und Produzenten verabschiedet. In beiden Fällen wurde die Wirksamkeit allerdings durch strukturelle Probleme bei der Umsetzung beeinträchtigt. Zudem implizierten die Maßnahmen lediglich eine zwischenzeitliche Außerkraftsetzung der orthodoxen währungs- und haushaltspolitischen Präferenzen von Regierung und Zentralbank. Seit den ersten Zeichen der wirtschaftlichen Erholung wurde eine Rückkehr zum Sparkurs vollzogen. So konnte zwar verhindert werden, dass die Weltwirtschaftskrise mit voller Wucht auf die indische Wirtschaft und Bevölkerung durchschlug, aber das neoliberale Entwicklungsmodell blieb intakt.

**CHINA: GEWALTIGES
KONJUNKTURPROGRAMM**

In China wurde ein 586 Mrd. US\$ schweres Konjunkturprogramm verabschiedet, das von weiteren umfangreichen Investitionen der Provinzregierungen begleitet wurde. Große Teile hiervon flossen in Infrastrukturmaßnahmen. Diese gingen zu einem beträchtlichen Teil in die rückständigen Inlandsprovinzen. Insgesamt wurde rund ein Fünftel

der Ausgaben für die Steigerung des Konsums der Bevölkerung veranschlagt. Zudem kündigte die chinesische Regierung an, bis Ende 2011 eine umfassende kostenlose Krankenversicherung einzurichten, was ca. 100 Mrd. US\$ kosten wird. Maßnahmen wie Zinssenkungen, eine massive Kreditvergabe der Zentralbank, Lohnsteigerungen und Subventionen für kleine Betriebe flankierten die Investitionen. Im Anschluss an die Krise begegneten staatliche Stellen im Jahr 2010 einer Streikwelle in der Exportindustrie nicht mehr mit Repression. Vielmehr wurde in der wirtschaftlich bedeutenden Provinz Guangdong – als eine Art Pilotprojekt – ein neues Verhandlungssystem zwischen Kapital und Arbeit auf Betriebsebene eingeführt. Zudem wurde ein rigoroser Kurs verfolgt, um ökologische Standards in der Produktion zu implementieren. Die Konjunkturmaßnahmen reihten sich demnach in die allgemeinen Bemühungen der chinesischen Regierung ein, den Binnenkonsum zu stärken und eine systematische technologische Aufwertung der Industrie durchzusetzen. So konnte der wirtschaftliche Einbruch rasch überwunden und eine Abfederung der sozialen Auswirkungen erreicht werden. Es bleibt aber bisher unklar, ob sich ein dauerhafter Bruch mit dem Exportmodell vollzieht.

Kurz, den drei Ländern gelang es in unterschiedlicher Weise, äußerst rasch aus der Krise herauszukommen: China und Indien gerieten – trotz der zum Teil heftigen sozialen Auswirkungen – nicht einmal in eine Rezession, und Brasilien konnte nach einem scharfen Einbruch bereits im zweiten Quartal 2009 wieder eine dynamische Wachstumsentwicklung erreichen. Zudem mussten die Regierungen der drei Länder – anders als in den USA oder Europa – keine größeren Summen in Bankenrettungsprogramme investieren. Allerdings unterscheiden sich die Fälle deutlich. Brasilien nutzte die Krise als eine Chance, um einen Modellwechsel voranzutreiben. In China hat sie einen komplexen Strukturwandel eingeleitet, dessen Ausgang bisher noch ungewiss ist. Die indische Regierung setzte eher auf eine Bearbeitungsstrategie, die die neoliberale Transformation absichert und verstetigt (vgl. Tabelle).

UNTERSCHIEDLICHE KRISENBEWÄLTIGUNG

Krisensymptome und Krisenauswirkungen in Brasilien, Indien und China			
Krisen	Brasilien	Indien	China
Finanzmärkte als Übertragungskanal	<p>Bankensystem bleibt von Finanzkrise weitgehend unberührt</p> <p>Lediglich einzelne Bankenpleiten (Banco Votorantim)</p> <p>Exportunternehmen verspekulieren sich auf Derivatemarkt</p> <p>Kapitalflucht im vierten Quartal 2008</p>	<p>Bankensektor erweist sich insgesamt als robust</p> <p>Rascher Abzug ausländischen Kapitals führt zu Volatilität der Aktienmärkte</p> <p>Rupie kommt unter Druck und muss stabilisiert werden</p>	<p>Kaum negative Auswirkungen der Krise auf Finanzsystem</p> <p>Rückgang ausländischer Direktinvestitionen</p> <p>Vergrößerung von Immobilienblase durch Konjunkturmaßnahmen</p>
Warenmärkte als Übertragungskanal	<p>Deutlicher Rückgang des Außenhandels im Jahr 2009</p> <p>Industriesektor von Exportrückgang am stärksten betroffen</p> <p>Dynamischer Binnenmarkt fängt Krisenfolgen teilweise ab</p>	<p>Starker Einbruch des Außenhandels ab Ende 2008</p> <p>Beschäftigungsverluste in Exportunternehmen</p> <p>Allerdings Abfederung der Auswirkungen durch binnenmarktorientierte Sektoren</p>	<p>Heftiger Zusammenbruch des Außenhandels</p> <p>670.000 Unternehmenspleiten im Exportsektor</p> <p>Viele Wanderarbeiter und Wanderarbeiterinnen verlieren ihre Jobs</p>
Reaktionen auf die Krise	<p>Strategische, antizyklische Krisenintervention der Regierung</p> <p>PAC als zentrales Mittel, um Konjunktur wieder anzukurbeln</p>	<p>Begrenzte Krisenintervention zur Stabilisierung des Modells</p> <p>Rasche Rückkehr zur orthodoxen währungs- und haushaltspolitischen Linie</p>	<p>Umfangreiche Krisenmaßnahmen zielen auf Binnenmarktwachstum, Steigerung des Konsums und technologisches Upgrading</p>

Quelle: Eigene Darstellung

6.2. EINE KRISE DES NEOLIBERALISMUS?

Die Tragweite dieser Umbrüche ist schwer einzuschätzen. Einige Anhaltspunkte lassen sich aber an der historischen Dynamik des Neoliberalismus in den Einzelstaaten festmachen, die in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt wurden. Die Wurzeln des brasilianischen Neoliberalismus lagen in der Krise des Import-Substitutions-Modells und der Delegitimierung der Militärherrschaft seit den späten 1970er Jahren. Bereits im Jahr 1974 starteten Unternehmerverbände eine Kampagne für die Entstaatlichung der Wirtschaft. Ab 1978 entstand im Industriegürtel um São Paulo eine Gewerkschaftsbewegung, die ein Ende der Militärdiktatur forderte. Allerdings folgte in der Phase nach der Schuldenkrise 1981/82 keine politische Umorientierung. Vielmehr waren die 1980er Jahre durch eine langsame Redemokratisierung und ein Ringen zwischen marktliberalen und sozialistischen Kräften um die weitere gesellschaftliche Orientierung gekennzeichnet.

Nach der Wahl von Collor de Mello als Präsident 1989 folgte dann jedoch eine rasche Außenöffnung und Privatisierung der Ökonomie. Mit dem *Plano Real* im Jahr 1994 kam es zur Vertiefung des neoliberalen Modells. Die wachsende Finanzialisierung, Deindustrialisierung, Entstaatlichung und Außenorientierung erreichten zwar niemals das Niveau verschiedener anderer südamerikanischer Staaten, etwa von Argentinien oder Chile. Aber die brasilianische Wirtschaft geriet dennoch relativ rasch in eine Krise: Bereits 1998/99 zerbrach die Währungskopplung an den US-Dollar. Die sozialliberale Regierung Cardoso (1995 bis 2002) verlor an Zustimmung. Es kam zu Spaltungen unter den herrschenden Klassen, da verschiedene industrielle Kapitalfraktionen nun eine Allianz mit der Arbeiterpartei PT suchten. Diese entschied 2002 mit einem sozialdemokratischen Programm schließlich die Wahlen für sich.

**BRASILIENS VORSICHTIGE
SOZIALDEMOKRATISCHE
WENDE**

Die neue Regierung Lula brach zunächst nicht mit der Ausrichtung der Vorgängerregierung, sondern steuerte nur in einzelnen Bereichen, etwa in der Sozial-, Industrie- und Außenpolitik um. Diese graduelle Veränderung wurde dann aber in der zweiten Legislaturperiode ab 2007 durch eine Wiederbelebung des Entwicklungsstaats beschleunigt. In der Regierungskoalition hatten sich sozial-keynesianische Kräfte durchgesetzt, die auf einen breiten Konsens in der Bevölkerung vertrauen konn-

ten. Als Folge dieser Kräfteverschiebung wurde mit dem PAC ein umfangreiches Investitionsprogramm aufgelegt. Erst im Zuge der Umorientierung traf die Weltwirtschaftskrise das wirtschaftlich revitalisierte Brasilien.

Kurz, die Blütephase des Neoliberalismus in Brasilien lässt sich auf etwas mehr als ein Jahrzehnt datieren und hat nie die Tiefe eines Thatcherismus erreicht. Bereits ab 2003 hatte mit der Regierung Lula ein langsame Kurswechsel zu einem sozialdemokratischen Modell begonnen. Mit der Amtsübernahme von Dilma Rousseff als Präsidentin im Januar 2011 ist eine Kontinuität dieser Politik zu erwarten.

Indien setzte nach der Unabhängigkeit zunächst auf eine gemischte bzw. staatskapitalistische Entwicklungsstrategie. Hier vollzog sich die neoliberale Umorientierung als eine »Gegenreform im Zeitlupentempo«. Die Widersprüche des *Nehruvian Consensus* traten in den 1980er Jahren zunehmend deutlicher zutage. Die staatlichen Akteure waren nicht mehr in der Lage, die Kapitaleseite zu disziplinieren und eine nachhaltige Landreform durchzusetzen, die die importsubstituierende Industrialisierung hätte absichern können.

Die »Grüne Revolution« der 1960er hatte bereits dazu geführt, dass die Vertreter und Vertreterinnen einer zentralen Planung der Wirtschaftstätigkeit ihre Vorrangstellung verloren. Versuche einer pfadimmanenten Erneuerung der Strategie scheiterten. Die Amtsübernahme der Regierung Narashima Rao (1991–1996) markierte – im Kontext einer verheerenden Zahlungsbilanzkrise – den Zeitpunkt des neoliberalen »Dammbrochs«. Dieser konkretisierte sich in der Abschaffung des Industrielizenzierungssystems, der Öffnung zahlreicher zuvor staatsmonopolistisch bewirtschafteter Sektoren und der Einschränkung von Preiskontrollen.

Ein Strukturbruch vollzog sich auch mit der Außenöffnung der indischen Volkswirtschaft. Indien war 1995 Gründungsmitglied der WTO. Das Zollniveau wurde deshalb deutlich reduziert. Auch implementierte die Regierung Maßnahmen zur Exportförderung. In der Folge vervielfachte sich die Bedeutung ausländischer Kapitalzuflüsse und indischer Exporte für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Zwar vollzog sich die neoliberale Transformation graduell und einige Sektoren blieben sogar weitgehend ausgespart. Doch insgesamt war sie tiefgreifend und nachhaltig.

Seit der Jahrtausendwende gelangte Indien auf einen spektakulären, aber sektoral, sozial und regional fragmentierten Hochwachstumskurs. Diese Disparitäten manifestierten sich in einer strukturellen Krise der Landwirtschaft und in wachsender prekärer Beschäftigung im informellen Sektor. Während die Maßnahmen zur kurz- und langfristigen sozialen Sicherung der Bevölkerung weitgehend ausgeblieben, bzw. deutlich hinter den von Brasilien und China implementierten Programmen zurückblieben, setzt die Regierung derzeit auf eine Konsolidierung der neoliberalen Strategie und auf eine Vertiefung der Außenorientierung.

In China vollzog sich die Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik in einer einzigartigen Umgebung. Nach dem Sieg der Volksbefreiungsarmee schottete sich das Land bis 1978 weitgehend vom Weltmarkt ab und implementierte ein alternatives Entwicklungsmodell, in dem soziale Gleichheit, die Industrialisierung des ländlichen Raums sowie die politische und wirtschaftliche Autonomie im Mittelpunkt standen. Die Zeit nach dem »Großen Sprung« (1958–1961) war durch den »Kampf zweier Linien« zwischen maoistischen und reformorientierten Kräften gekennzeichnet. Er gipfelte in der Kulturrevolution, in der der Einfluss des pragmatischen Flügels der »Reformer« zurückgedrängt wurde. Nach dem Tod Maos konnte sich dieser Flügel (um Deng Xiaoping) letztlich jedoch durchsetzen. Er begann eine vorsichtige Außenöffnung, forcierte eine Entkollektivierung der Landwirtschaft und ließ kleine Privatunternehmen zu. Das staatsdominierte Wirtschaftsmodell blieb aber bis in die späten 1980er Jahre weitgehend intakt und stieß auch weiter bei der Mehrzahl der Bauern und Bäuerinnen sowie Teilen der städtischen Bevölkerung auf große Zustimmung. Aufgrund der wachsenden sozialen Spaltung und der politischen Entdemokratisierung kam es jedoch im Jahr 1989 zu einer Protestwelle. Die Niederschlagung der Tiananmen-Demokratiebewegung stärkte jenen Parteiflügel, der auf das Konzept einer »sozialistischen Marktwirtschaft« setzte. Dieses neue Modell beruhte einerseits auf einer autoritären Privatisierungs- und Deregulierungspolitik sowie einer stärkeren Außenorientierung. Es blieb andererseits aber in vielen Punkten, wie der anhaltenden Zentralität des Staatssektors und der Regulierung des Finanzwesens, mit den klassischen »neoliberalen Doxa« (Altwater 2008, 59) unvereinbar.

**CHINA:
WIDERSPRÜCHLICHER
STRUKTURWANDEL**

Die Hochphase des »chinesischen Neoliberalismus« kann auf etwa 1992 bis 2001 datiert werden und kulminierte im chinesischen WTO-Beitritt 2002. Das Modell baute auf die wachsenden städtischen Mittelklassen, zugleich bildete sich außerdem eine eigenständige kapitalistische Staatsklasse heraus. Trotz des anhaltenden Wirtschaftsbooms stieg die soziale Spaltung auf ein hohes Niveau. Unter der Regierung Hu Jintao (ab 2002) ließ sich ein Gegensteuern beobachten: Zum einen wurde die Vermarktlichung in einen rechtlichen Rahmen gegossen. Zum anderen wurde der Aufbau einer »Harmonischen Gesellschaft« über die Schaffung von Sozialsystemen und die Entwicklung des ländlichen Raums angestrebt. Die Krise traf das chinesische Modell hart, was die Regierung zwang, die angestrebte Reform des Wirtschaftsmodells zu forcieren. Allerdings ist ein Umbau der extrem unausgeglichene Volkswirtschaft, die durch eine hohe Sparquote und Exportorientierung gekennzeichnet ist, durch einen größeren Binnenkonsum nicht so einfach möglich. Doch das Land hat große Ressourcen und die KPCh könnte durch den 12. Fünfjahresplan (2011–2015) wichtige Impulse für einen binnenorientierten »grünen Kapitalismus« (Kaufmann/Müller 2009) setzen.

**»UNVOLLSTÄNDIGER«
NEOLIBERALISMUS
IN BRASILIEN, INDIEN
UND CHINA**

Die Ergebnisse unserer Fallstudien bestätigen die Annahme, dass sich der Neoliberalismus in Brasilien, Indien und China nur unvollständig durchgesetzt hatte (Bieling 2007, 221 ff.; Harris 2005; Lane/Schmukler 2007). Zwar hatten alle drei untersuchten Länder zwischenzeitlich einen neoliberalen Kurswechsel vollzogen. Dieser stützte sich stets auf einen gesellschaftlichen Machtblock, in dem transnationalisierte Kapitalfraktionen eine wichtige Position einnahmen. Auch veränderten sich jeweils das Entwicklungsmodell und die internen Kräfteverhältnisse nachhaltig. Allerdings vertiefte und beschleunigte sich diese Transformation in allen drei Ländern erst in den frühen 1990er Jahren in einem Maße, dass zu diesem Zeitpunkt von einer neoliberalen Dominanz (oder sogar Hegemonie) die Rede sein konnte. Zudem blieben bestimmte Wirtschaftssektoren vom liberalen Staatsinterventionismus ausgeklammert oder waren einer nur sehr graduellen Liberalisierung und Deregulierung ausgesetzt. Dieser Sachverhalt trug dazu bei, dass zum Ausbruch der globalen Krise große Teile der Finanzsysteme aller drei Länder stark reguliert oder sogar in öffentlicher Hand verblieben waren. Deshalb blieben die Krisenauswirkungen im Finanzsektor weit hinter jenen in den USA oder Europa zurück.

Aufstieg und Fall des Neoliberalismus in Brasilien, Indien und China

	Brasilien	Indien	China
Fall des Fordismus und Durchsetzung des Neoliberalismus	<p>Auseinandersetzung um Krise des Importsubstitutionsmodells seit späten 1970er Jahren</p> <p>Delegitimierung der Militärdiktatur</p> <p>Sozialistisch orientiertes Lager kämpft in 1980er Jahren gegen transnationalisierte Kapitalfraktionen</p>	<p>Neoliberale »Gegenrevolution in Zeitlupe« gegen staatskapitalistischen <i>Nehruvian Consensus</i></p> <p>Zunächst ambivalente Politik und graduelle Umorientierung in den 1970er und 1980er Jahren</p> <p>Staatliche Planung verliert schließlich Vorrangstellung</p>	<p>Erfahrung des Großen Sprungs (1958–1961) und kapitalistische Restauration seit 1978 als Grundlage für Neoliberalismus</p> <p>Ende der Kulturrevolution bringt Pragmatiker um Deng Xiaoping an die Macht</p> <p>In Phase bis 1991 keine neoliberale Wirtschaftspolitik</p>
Neoliberales Modell	<p>Wahlsieg von Collor de Mello 1989 als entscheidender Umbruch</p> <p>Etablierung eines finanzmarktgetriebenen weltmarktorientierten Akkumulationsmodells mit Höhepunkt durch Plano Real (1994–1999)</p> <p>Ende der Hyperinflation wirkt konsensstiftend</p>	<p>Zahlungsbilanzkrise Anfang der 1990er markiert neoliberalen »Dammbbruch«</p> <p>Beschleunigung und Vertiefung von Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik</p> <p>Erhöhte Weltmarkteinbindung Indiens; WTO-Gründung 1995 und stärkere Exportorientierung</p>	<p>Tiananmen-Massaker ebnet Weg für Vertiefung der marktliberalen Reformen</p> <p>Privatisierungen und weitere Außenöffnung unter Regierung Jiang Zemin (1992–2001)</p> <p>WTO-Beitritt 2002 als Höhepunkt der neoliberalen Phase</p>
Krisentendenzen des Neoliberalismus vor Weltwirtschaftskrise	<p>Finanz- und Währungskrise 1998/99 erschüttert Neoliberalismus</p> <p>Regierung Lula steuert ab 2003 langsam um; auch wirtschaftspolitische Umorientierung seit 2007 durch PAC</p> <p>Konsens zur neoliberalen Politik (z. B. zu Privatisierungen) geht verloren</p>	<p>Starke sektorale, regionale und soziale Disparitäten – »Hierarchische Integration« und „Akkumulation durch Enteignung“</p> <p>Entstehung von heterogenen Gegenbewegungen, aber Schwäche der parteipolitischen Linken</p> <p>Dominanz des Elitendiskurses über »wunderbares Indien«</p>	<p>Steigende soziale Spaltung, insbesondere zwischen Stadt und Land führt zu Protesten</p> <p>Regierung Hu Jintao/Wen Jiabao steuert ab spätestens 2004 auf sozial-korporatistische Orientierung um</p> <p>Deutliche Krisentendenzen bereits vor unmittelbarem Ausbruch der Krise 2008</p>
Auswirkung der Krise auf das Entwicklungsmodell	<p>Durchbruchskrise für binnenmarktorientiertes und staatsgetriebenes Modell</p>	<p>Kontinuität der neoliberalen Politik</p> <p>Regierung setzt auf noch stärkere Außenorientierung</p>	<p>Versuch eines Modellwechsels, allerdings Strukturprobleme bei Umsetzung</p>

Quelle: Eigene Darstellung

Die Frage dieser Studie, ob sich nach der Krise des Neoliberalismus eine neue alternative Gesellschaftsformation herausgebildet hat, kann also wie folgt beantwortet werden: Sowohl Brasilien als auch China streben ein sozialdemokratisches bzw. ein sozialautoritäres Modell an. In China zeichnet sich dieser umkämpfte Umbruch erst schemenhaft ab. In Brasilien scheint er sich mit der dritten Amtszeit einer PT-Regierung, nunmehr unter Präsidentin Dilma Rousseff, zu konsolidieren. Ob in Indien ein vergleichbarer Wechsel stattfinden wird, bleibt unter den gegebenen Umständen offen und sogar eher fraglich. Für die gegenwärtige Situation lässt sich jedoch festhalten, dass die Krise hier keinen Modellwechsel befördert hat.

6.3. FRAGMENTIERTE AKKUMULATION

DOPPELTE »INNERE LANDNAHME«

Zudem haben unsere Ergebnisse einige theoretische Implikationen. In beiden Staaten zeigen sich Gemeinsamkeiten in der aktuellen Entwicklungsphase. Zum einen werden periphere Regionen, etwa der brasilianische Nordosten oder das chinesische Landesinnere, besser für die Kapitalakkumulation erschlossen. Zum anderen werden die durch die hohe soziale Spaltung verursachten Blockaden der Binnenmarktentwicklung durch eine Steigerung des Konsums in den Metropolregionen bekämpft. Diese doppelte »innere Landnahme« (Lutz 1984, 213) bezieht sich auf die doppelte strukturelle Heterogenität, die sich in der Phase des Neoliberalismus vollzogen hatte (vgl. Unterkapitel 2.1.). Auf der einen Seite weitet sich die Kapitalverwertung dadurch aus, dass der ländliche Sektor in den unterentwickelten Regionen der beiden Länder sich auflöst und in ein sozialstaatlich reguliertes, kapitalistisches System überführt wird. Auf der anderen Seite wird die urbane Marginalbevölkerung verändert in die Kapitalakkumulation integriert. In Brasilien werden städtische Arme aus dem informellen Sektor in regulierte Beschäftigungsverhältnisse überführt. In China gibt es Anzeichen, dass das Heer von Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern in Zukunft deutlich höhere Löhne beziehen könnte. Aus einer regulationstheoretischen Perspektive betrachtet, hat sich demnach in Brasilien und China die Keimform einer neuen Mischung eines intensiven und extensiven Akkumulations-

regimes herausgebildet.¹⁹ Einerseits werden die Konsumgüter- und die Kapitalgüterindustrie besser vernetzt, räumliche Nutzungen intensiviert und Lohnsteigerungen ermöglicht. Andererseits schreitet, durch die Mindestabsicherung der Bevölkerung über Sozialsysteme oder die Erschließung der randständigen Regionen mit Infrastrukturmaßnahmen, eine räumliche Ausdehnung der Kapitalakkumulation voran. Dieses Modell könnte sich zunächst in Brasilien und mittelfristig auch in China – unter anderem als Reaktion auf die Krise – durchsetzen.

Der Wandel gründet in einer früheren Entwicklungsphase der beiden Länder. Sowohl in Brasilien als auch in China hatte sich zunächst ein Wirtschaftsregime etabliert, das in seiner Hochphase auf räumliche und soziale Spaltung aufbaute. Diese »fragmentierter Akkumulation« zeichnet sich durch eine selektive Integration einzelner Regionen in die globale Kapitalakkumulation aufgrund einer gezielten Liberalisierungspolitik – z. B. durch Sonderwirtschaftszonen – aus. Sie dienen oft als Exportplattformen, in denen die Arbeitskräfte überausgebeutet werden. Andere Landesteile bleiben von der dynamischen Entwicklung in diesen Standorten außen vor. Der Staat kann die Potentiale dieses Modells jedoch durch eine gezielte Industriepolitik unter anderem dafür nutzen, den Transfer von Technologie zu beschleunigen oder strategische Investitionen zu finanzieren.

**FRAGMENTIERTE
AKKUMULATION**

In Brasilien setzte sich dieses Regime bereits unter den Vorzeichen des Fordismus durch. Teile der städtischen Mittelklassen profitierten vom *Milagre Econômico* (1967–1974), während – entgegen der These eines *trickle down*-Effekts – die Unterklassen weiter verarmten und der Nordosten vom Boom im Süden und Südosten weitgehend abgekoppelt blieb. Nachdem das Regime einer assoziierten Industrialisierung in der Schuldenkrise (1981/82) zerbrach, folgte eine längere Stagnationsphase. Selbst als 1990 ein Umbau unter neoliberaler Hegemonie durchgesetzt wurde, blieben zentrale Strukturmerkmale der fragmentierten Akkumulation erhalten. Es konnte allerdings kein neuer Wachstumsboom erzielt werden. Die Schwächephase wurde erst nach über zwei Jahrzehnten überwunden, als die Regierung Lula zu einem Wachstumsmodell umzusteuern begann, in dem die Bekämpfung von Armut und die Ent-

**BRASILIEN:
HOCHWACHSTUM UND
»MILAGRE ECONÔMICO«**

¹⁹ Einige Überlegungen zum Verhältnis von intensiver und extensiver Akkumulation finden sich in Becker (2002), Lipietz (1985) oder Sablowski (2008).

wicklung des Binnenmarkts einen höheren Stellenwert einnehmen. Die Krise seit 2008 beschleunigte diesen Prozess.

**CHINA:
SOZIAL-RÄUMLICHE
FRAGMENTIERUNG
SEIT 1992**

Auch in China hatte sich – in einem vollkommen anderen gesellschaftlichen Kontext – spätestens seit 1992 ein Modell etabliert, das auf einer wachsenden sozial-räumlichen Fragmentierung beruhte. Diese Ausgangsbasis für den Boom wurde in der maoistischen Phase geschaffen, in der unter staatlichen Planungsvorgaben und abgeschirmt vom Weltmarkt die Schwerindustrie entwickelt wurde. Hinzu kamen die vorsichtige Außenöffnung und die kontrollierte Liberalisierung seit 1978. Die Durchsetzung eines Entwicklungsmodells, in dem ausländisches Kapital in den Sonderwirtschaftszonen der Küstenregionen florierte, das Exportvolumen massiv zunahm und gleichzeitig die Stadt-Land-Spaltung immer deutlicher wurde, beschleunigte sich jedoch erst in den frühen 1990er Jahren. Der graduelle Übergang und die staatliche Planung ermöglichten es, tiefere Krisenprozesse zu vermeiden. Die Phase des Hochwachstums dauert bis heute an. Als im Vorfeld der Krise 2008 ff. Anzeichen für die Erschöpfung der Entwicklungspotentiale des Modells fragmentierter Akkumulation deutlich wurden, reagierte die Regierung umgehend mit der Implementation von Gegenmaßnahmen, wie Lohnsteigerungen, Auflagen zur Energieeffizienz oder Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums. Auch wenn es sich dabei zunächst nur um erste Schritte handelte, wirkte die Krise in dem sich abzeichnenden Prozess eines Modellwechsels beschleunigend. Dieser Modellwechsel ist bisher noch nicht vollzogen und könnte durch die Renaissance des Exportmodells im Jahr 2010 sogar gestoppt werden. Der neue Fünfjahresplan deutet allerdings darauf hin, dass die Parteiführung mit aller Macht einen ökologischen Umbau und eine stärkere Binnenmarktorientierung ansteuert.

**INDIEN:
SPÄTER BEGINN DER
HOCHWACHSTUMSPHASE**

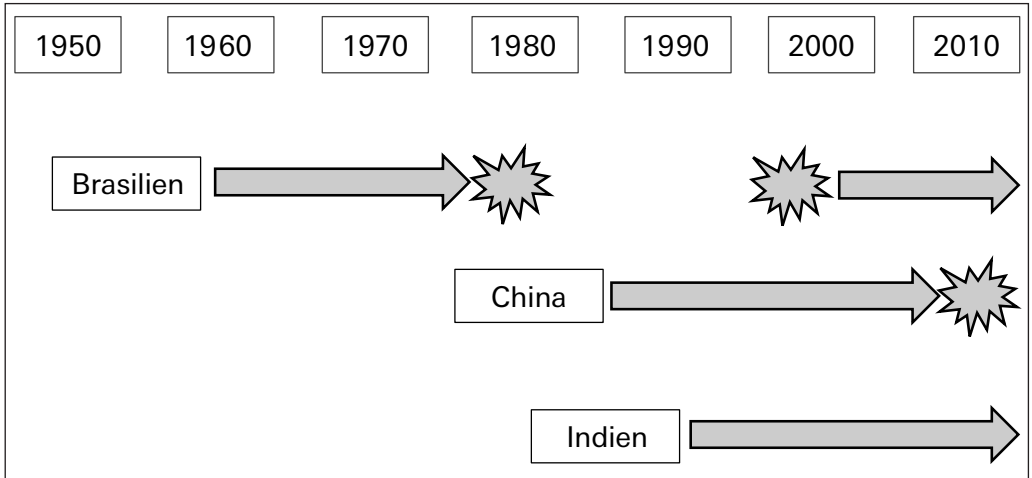
Im Vergleich zu China und Brasilien trat Indien erst spät in die Hochphase der fragmentierten Akkumulation ein, die auch nach der Krise 2008 ff. noch andauert. Zwar zeigte die Krise die zunehmenden strukturellen Probleme dieses Modells auf. Aufgrund der nach wie vor relativ schwachen Einbindung in den Weltmarkt blieben diese »Kosten der Kopplung« aber in diesem Falle relativ gering. Sowohl die jüngere Wirtschaftsentwicklung vor als auch die rasche Erholung nach der Krise deuten zudem darauf hin, dass die Potentiale der fragmentierten Akkumulation bisher noch nicht ausgeschöpft sind. Die Zielvorgabe einer größeren Außenorientierung, die unter anderem durch verstärkte

Exportförderung erreicht werden soll, erscheint angesichts des Verlaufs der Krise als paradox. Schließlich waren es gerade der Binnenkonsum und die binnenmarktorientierten Wirtschaftssektoren, die sich als widerstandsfähige Puffer für die indische Ökonomie erwiesen. Ungeachtet dessen, scheint die gestärkte INC-Regierung weiter auf ihre Strategie einer »Akkumulation durch Enteignung« und »einer hierarchischen Integration« zu setzen. Die Folge ist eine engere Koppelung an die weltweite Konjunktur.

Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen Brasiliens und Chinas stellt sich die Frage nach der sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit dieser Strategie (Schmalz/Ebenau 2010). In beiden Fällen war das auf sozial-räumlicher Spaltung beruhende Hochwachstum nur für einen Zeitraum von ein bis zwei Jahrzehnten stabil. Wie unsere Fallstudien zeigen, kann der mögliche Umbruch zu einem Akkumulationsregime, das auf eine doppelte innere Landnahme gründet, durch Krisenprozesse beschleunigt werden. Im brasilianischen Fall führte die Erschöpfung der fragmentierten Akkumulation zunächst jedoch in eine lang andauernde Krise, bevor ein Wechsel zu einem solchen Modell gelang. Während die Bevölkerungsmehrheit in Indien zwar unter den zunehmenden sozialen Problemen leidet, zeichnet sich hier ein Kurswechsel noch nicht ab. Bisher scheinen weitere Wachstumsreserven verfügbar zu sein. Zu der Situation vermeintlicher Alternativlosigkeit trägt aber auch die Schwäche der politischen Linken bei. Ihr gelang es bisher nicht, die gesellschaftlichen Strukturkonflikte in einer Weise zu artikulieren, die ein gegenhegemoniales Projekt ermöglichen würde. Brasilien, Indien und China könnten demnach, wie z. B. in einer anderen Raummatrix die Tigerstaaten (Jessop/Sum 2006, Kap. 5), phasenweise ähnliche Entwicklungsstrategien mobilisieren (vgl. Abb. 2). Der Übergang zu einem anderen Wachstumsregime geschieht allerdings nicht zwangsläufig und folgt auch nicht mechanisch einzelnen Phasen. Vielmehr hängt er von einer Fülle von Faktoren, wie der Konjunktur des kapitalistischen Weltmarkts – Boom- oder Rezessionsphase – oder den internen politischen Kämpfen, ab.

**PERSPEKTIVEN DES HOCH-
WACHSTUMSMODELLS**

**ABB. 2 HOCHWACHSTUMSPHASEN
IN DER WELTWIRTSCHAFT**



Quelle: Eigene Darstellung

Kurz, durch die Abkehr vom Neoliberalismus in Brasilien wurde das Modell der fragmentierten Akkumulation nach einer Krise von über zwanzig Jahren überwunden und ein neues dynamisches Wirtschaftsregime erzeugt. Dieses basiert auf einer doppelten »inneren Landnahme«. In China ist ein solcher Umbruch durchaus möglich, falls die Regierung in den nächsten Jahren einen möglichen Modellwechsel aktiv vorantreiben wird. Für Indien ist bisher noch keine Veränderung abzusehen. Das auf fragmentierte Akkumulation basierende Modell ist hier noch nicht erschöpft.

6.4. AUSGANGSPUNKT FÜR EINEN GLOBALEN UMBRUCH?

Welche Auswirkungen hat die Entwicklung in den drei Ländern auf den globalen Kapitalismus? Hier kann zunächst der Schluss gezogen werden, dass Brasilien, Indien und China nicht nur besser durch die Krise gekommen sind als die Zentrumsstaaten, sondern dass sie – insbesondere China – in der Post-Krisenphase eine noch wichtigere Rolle in der Weltwirtschaft einnehmen. Werden die bloßen Auswirkungen der Krisenjahre von 2008 bis 2010 betrachtet, fällt auf, dass Indien und China die einzigen größeren Länder weltweit waren, die nicht in die Rezession gingen (vgl. Tabelle). Brasilien wiederum konnte die Rezession als eines der ersten Länder verlassen und hat im Jahr 2010 eine der höchsten BIP-Steigerungsraten außerhalb Asiens erwirtschaftet.

**KEINE REZSSION
IN INDIEN UND CHINA**

**Wachstumsraten ausgewählter Volkswirtschaften in Prozent
im Vergleich zum Vorjahresquartal**

	3. Qu. 08	4. Qu. 08	1. Qu. 09	2. Qu. 09	2009	Prognose 2010
USA	-2,7	-5,4	-6,4	-1,0	-2,6	2,6
Japan	-3,9	-13,1	-11,7	3,7	-5,2	2,8
Deutschland	-1,3	-9,4	-13,4	1,3	-4,7	3,3
Frankreich	-0,9	-5,6	-5,3	1,3	-2,5	1,6
England	-2,9	-7,0	-9,3	-3,2	-4,9	1,7
Brasilien	5,6	-13,8	-3,3	7,0	-0,2	7,5
China	9,0	6,8	6,1	7,9	9,1	10,5
Indien	7,6	5,3	5,8	6,1	5,7	9,7

Quelle: Verschiedene Ausgaben des IMF World Economic Outlook

Auch haben die drei Länder durch ihre Wachstumsprozesse die Nachfragestruktur auf dem Weltmarkt maßgeblich verändert. Vor der Krise trugen die BIC-Staaten insgesamt bereits rund ein Drittel zum Weltwirtschaftswachstum bei. Der Anteil hat sich im Jahr 2009 auf über die Hälfte erhöht. Dies spiegelt sich auch auf der Ebene des Konsums wieder: China kauft seit 2009 die meisten Autos weltweit, Brasilien verzeichnet global nun den fünftgrößten PKW-Absatz, während in Indien der bislang noch eher kleine Automarkt im Krisenjahr 2009 um insgesamt 16 % expandierte.

**NEUE NACHFRAGE-
STRUKTUR AUF DEM
WELTMARKT**

Die Schwerpunktverlagerung in der Weltwirtschaft zeigt sich auch in den Bilanzen der großen transnationalen Industrieunternehmen. Volkswagen setzte z. B. im ersten Halbjahr 2010 rund ein Viertel der verkauften Automobile in China ab und erwirtschaftete über ein Drittel des Profits auf dem dortigen Markt. Auch wurden durch die Krise verschiedene Firmenkäufe durch Unternehmen aus Brasilien, Indien und China, etwa jener von Volvo durch den chinesischen Autohersteller Geely, angetrieben. Auch begannen die Regierungen der drei Länder, neue Partnerschaften in der Finanzpolitik aufzubauen.

China unterzeichnete z. B. verschiedene Swap-Abkommen mit anderen (semi)peripheren Ländern. Die Krise hinterließ sogar deutliche Spuren im globalen Bankensektor. Waren unter den größten 20 Finanzinstitutionen im Jahr 1999 noch elf US-amerikanische und vier britische Finanzinstitute und keine einzige Bank aus der Semiperipherie vertreten, befanden sich 2009 nur noch drei US-amerikanische und eine britische Bank darunter, während mittlerweile drei chinesische Banken an der Spitze stehen und jeweils noch zwei weitere chinesische und brasilianische Institute in das Ranking aufgestiegen sind (Financial Times, 22.03.2009). Darüber hinaus weiteten Brasilien und China ihre Aktivitäten als Geberländer aus. Sie begannen ihre Investitionen zu diversifizieren und investierten z. B. nicht mehr einseitig in wenig rentable US-Staatsanleihen.

UMBRUCH IM GLOBALEN FINANZSEKTOR

VIELE GLOBALE MACHTSTRUKTUREN BLEIBEN BESTEHEN

Viele globale Machtstrukturen wurden jedoch nicht angetastet. Vor der Krise hatten chinesische, brasilianische und indische transnationale Unternehmen oder Finanzinstitute trotz wachsenden Anteilen unter den Fortune 500 bisher vergleichsweise wenige Aktivitäten unternommen, um stärkere Investitionsbestände im Ausland aufzubauen (Nolan/Zhang 2010, 104). Im Jahr 2008 lag der Gesamtwert des Bestandes an ADI (Ausländische Direktinvestitionen) jedes der einzelnen Länder noch hinter jenem von Dänemark. Daran hat sich trotz höherer Investitionen genauso wenig geändert wie an dem überwältigenden militärischen Vorsprung der USA (SIPRI 2010).

Auch auf der Ebene der *Global Economic Governance* wirkte die Krise zwar punktuell verändernd und erneuernd auf einige einflussreiche Institutionen. Somit hat die Krise zwar auf der institutionellen Ebene eine Reorganisation in Gang gebracht. Diese reflektiert die ökonomischen Machtverschiebungen aber nur ansatzweise.

Zunächst institutionalisierten die Weltfinanzgipfel als Forum für den weiteren Aushandlungsprozess bezüglich möglicher Reformen die G-20 und damit eine Gruppe, in der auch wichtige Länder der Semiperipherie, wie Indien, Brasilien, Indonesien, Südafrika, Saudi-Arabien und natürlich China, beteiligt sind. Die G-8 verlor ihre zentrale Regulierungsfunktion für wirtschaftliche Prozesse. Der Entscheidung, die G-20 als dauerhaftes Forum zu etablieren, kommt historische Bedeutung zu. China, Indien und andere aufstrebende Länder haben nun »unwiderruflich die Schwelle zum Zentrum globaler Macht überschritten« (Klein 2009, 4). Dies bedeutet, dass sie in Zukunft bei wichtigen Entscheidungen zur weltweiten Finanz-, Währungs- und Wirtschaftsregulierung nicht mehr von den Zentrumsstaaten übergangen werden können.

Das wohl aussagekräftigste Beispiel dieses Umbruchs ist die Reform des IWF. Auf dem Finanzgipfel in London 2009 wurde beschlossen, sein Kreditvolumen mittelfristig auf 750 Mrd. US\$ auszuweiten. Hierbei wurde eine neue Kreditlinie über 250 Mrd. US\$ an Sonderziehungsrechten aufgelegt, bei der die Kreditvergabe nicht mehr an Strukturanpassungsmaßnahmen gekoppelt ist. In den Folgemonaten begannen die russische, chinesische, indische und brasilianische Regierungen erstmals IWF-Anleihen über 80 Mrd. US\$ zu kaufen, wovon China alleine 50 Mrd. US\$ übernahm. Auf dem Gipfel in Seoul im November 2010 wurde schließlich der Beschluss gefasst, dass 5,3 % der Stimmrechte im IWF von den Industrienationen auf Schwellen- und Entwicklungsländer umgeschichtet werden, sodass letztere über ca. 44,7 % der Stimmen verfügen und z. B. China höhere Stimmanteile als Deutschland besitzt (IMF 2010a, S2). Allerdings können auch nach der Umsetzung dieser Änderungen zentrale Entscheidungen weiterhin von den USA und der EU mit einem Veto blockiert werden. Zudem gehen die vor allem von China vorangetriebenen Pläne einer umfassenden Neugestaltung des Währungs- und Finanzsystems, etwa mit der Idee einer weltweiten Reservewährung, wesentlich weiter als die bislang geplanten Reformen. Um dieses Anliegen dennoch stark zu machen, schloss sich China mit seinen Partnern in der BRIC-Gruppe zusammen. Die Staatschefs der Länder bekundeten gemeinsam auf einem BRIC-Gipfel in Brasília 2010 ihre Unterstützung für die chinesische Forderung nach einem Ende der Dollar-Hegemonie und erklärten u. a. ihre Absicht, den gemeinsamen Außenhandel mittelfristig in Eigenwährung abzurechnen.

Diese Aktivitäten schließen an verschiedene Bemühungen im globalen Süden an, eigenständige Foren aufzubauen, um die Vormacht des Wes-

REFORM DES IWF

BRIC-GIPFEL

tens zu brechen (Schmalz 2008b). In den vergangenen Jahren wurden mehrere regionale Institutionen geschaffen, darunter die Chiang Mai Initiative (2000) zur Finanzintegration, die Shanghai Cooperation Organisation (2001) für eine gemeinsame Energie- und Sicherheitspolitik und das brasilianisch-indisch-südafrikanische Kooperationsforum IBSA-Dialogue Forum (2003). Bei der Politik auf den Finanzgipfeln war es vor allem die BRIC-Gruppe (2008), von der aus die Reform des IWF und die Koordination des Kaufs von IWF-Anleihen vorangetrieben wurden. Umgekehrt lässt die Ankündigung der mächtigen Industrienationen, dass die G-8 in der Sicherheitspolitik weiterhin eine gewichtige Rolle spielen wird, darauf schließen, dass es eher zu einer Ausdifferenzierung in ein globales Mehrebenensystem als zu einer vollständigen Neuordnung kommt.

Die Krise ist als ein Schock zu sehen, der eine räumliche Umgruppierung im kapitalistischen Weltsystem begünstigt hat. Allerdings herrscht die Situation eines zwiespältigen Umbruchs vor: Zwar haben sich die Wachstumspole mittlerweile in die großen Ländern der Semiperipherie, maßgeblich Brasilien, Indien und China, verschoben. Der Westen verfügt aber weiterhin über die »strukturelle Macht« (Strange 1988, 42 f.), die Spielregeln in der internationalen politischen Ökonomie zu bestimmen. Diese Macht basiert z. B. auf dem ausländischen Direktinvestitionsbestand, die Kontrolle über wichtige Segmente des Finanzsektors, die Funktion des US-Dollars und des Euro als Leitwährungen und natürlich auch auf militärischer Dominanz.

Falls also die Krise über den Weg eines Modellwechsel in China und Brasilien die Entstehung eines neuen transnationalen Machtblocks begünstigen könnte, dann nur langfristig und über zwei mögliche Entwicklungen: Zum einen über den direkten Einfluss Brasiliens und Chinas auf ihre Nachbarstaaten. Dieser ist bereits beträchtlich. Die Linkswende in Südamerika wird durch die Durchsetzung des brasilianischen sozialdemokratischen Modells zusätzlich strukturiert und gefestigt. Der Subkontinent könnte sich weiterhin als widerständiger Pol in der Weltordnung erweisen. Allerdings konkurrieren auch hier unterschiedliche (linksorientierte) Entwicklungsmodelle. Der chinesische Einfluss auf Ostasien hat ebenfalls signifikant zugenommen und schützt die Region vor einer externen Beeinflussung, etwa durch weitere IWF-Strukturanpassungsmaßnahmen. Allerdings hat die chinesische Regierung bislang wenige Versu-

che unternommen, das eigene Entwicklungsmodell aktiv zu exportieren bzw. lehnt dies sogar ab. Gerade diese Nichteinmischung in interne Angelegenheiten wird jedoch in der (Semi-)Peripherie positiv beurteilt und hat dazu beigetragen, dass der chinesische Aufstieg an Ausstrahlungskraft gewonnen hat (Arrighi/Zhang 2011). Währenddessen bleibt die indische Position in Südasien von andauernden zwischenstaatlichen Konflikten und Nachbarschafts rivalitäten geschwächt. Zwar bemüht sich die Regierung in einigen Punkten, beispielsweise im Verhältnis zu Sri Lanka, um eine Verbesserung der Beziehungen. Mittelfristig dürfte sich Indien aber kaum zur politischen Führungsmacht der Region entwickeln. Der weitere weltpolitische Aufstieg des Landes wird daher – stärker als in den Fällen Brasiliens und Chinas – von dem Wohlwollen der USA abhängen.

Zum anderen ist über den Einfluss auf andere Weltregionen vor allem der chinesische Aufstieg bereits indirekt spürbar geworden. Gerade im subsaharischen Afrika ist China zum größten Außenhandelspartner aufgestiegen und hat langfristige Rohstofflieferabkommen abgeschlossen. Auch Indien und Brasilien sind mittlerweile stärker auf dem Kontinent engagiert. Die afrikanischen Länder haben durch die alternativen Handelspartner zusätzliche Handlungsspielräume gewonnen, um günstige Konditionen für ihre Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen auszuhandeln. Außerdem werden im chinesischen Fall alternative Vorstellungen von Entwicklungspolitik deutlich. Ohne jegliche Konditionen werden Infrastrukturinvestitionen und Vorzugskredite gegen langfristige Lieferverträge getauscht (Goldberg 2010, 590 ff.).

**INDIREKTER EINFLUSS AUF
ANDERE WELTREGIONEN**

Auf dem Weg zu einem neuen transnationalen Block an der Macht könnte sich – falls China einen solchen Prozess vorantreibt – somit mittelfristig eine (semi-)periphere Hegemonie mit stark unterschiedlichen Entwicklungsmodellen herausbilden. Unabhängig davon, wie der Weg dorthin aussehen könnte, wird ein solcher Prozess noch einige Jahrzehnte brauchen. Insgesamt zeichnet sich eine Epoche ab, die von äußerst unterschiedlichen nationalen und regionalen Akkumulationsstrategien und Machtblöcken mit stark variierenden Regulierungsvorstellungen gekennzeichnet ist. Diese fügen sich zu keiner kohärenten Weltordnung zusammen. Ob die Phase des Übergangs ohne ernsthafte Konflikte ablaufen wird, hängt nicht zuletzt von dem Willen der Zentrumsstaaten ab, den Wandel zu einer multipolaren Weltordnung aktiv zu unterstützen und zu gestalten.

**EPOCHE
MIT UNTERSCHIEDLICHEN
ENTWICKLUNGSMODELLEN
ABSEHBAR**

LITERATURVERZEICHNIS



- Agarwala**, Rina, 2008: Reshaping the social contract: emerging relations between the state and informal labor in India. In: *Theory and Society*, Bd. 37, Nr. 4, 375–408
- Akin**, Cigdem und M. Ayhan Kose, 2007: Changing Natures of North–South Linkages: Stylized Facts and Explanations. IMF Working Papers, URL <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2007/wp07280.pdf>, letzter Zugriff am 17.01.2011
- Al-Taher**, Hanna und Matthias Ebenau, 2009: Phoenix und Asche: Indien und die Weltwirtschaftskrise. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Bd. 39, Nr. 4, 645–662
- Altvater**, Elmar, 1987: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien. Hamburg: VSA
- ders., 2008: Globalisierter Neoliberalismus. In: *Butterwegge u. a.* (2008), 50–68
- Ambasta**, Pramathesh, P. S. Vijay Shankar und Mihir Shah, 2008: Two Years of NREGA: The Road Ahead. In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 43, Nr. 8, 41–50
- Amin**, Samir, 2005: India, a Great Power? In: *Monthly Review*, Bd. 56, Nr. 9, 1–13
- Andreas**, Joel, 2009: Rise of the red engineers: The cultural revolution and the origins of China’s new class. Stanford: Stanford University Press
- Andrioli**, Antônio Inácio, 2008: Hunger und Überproduktion: Gensoja in Brasilien. In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Bd. 19, Nr. 4, 62–69
- Antony**, G. M. und A. Laxmaiah, 2008: Human development, poverty, health & nutrition situation in India. In: *Indian Journal of Medical Research*, Bd. 128, Nr. 8, 198–205
- Antunes**, Ricardo, 2006: A era da Informatização e a Época da Informalização: Riqueza e Miséria do Trabalho no Brasil. In: Ricardo Antunes (Hg.): *Riqueza e Miséria do Trabalho no Brasil*, São Paulo: Boitempo, 15–27
- Appelbaum**, Richard P. und William I. Robinson, 2005: *Critical Globalization Studies*. London/New York: Routledge
- Arrighi**, Giovanni, 1982: A Crisis of Hegemony. In: Samir Amin (Hg.): *Dynamics of global crisis*, New York: Monthly Review Press, 55–108
- ders., 2007: Adam Smith in Beijing: Lineages of the twenty-first century. London: Verso
- ders., 2008: Adam Smith in Beijing: Die Genealogie des 21. Jahrhunderts. Hamburg: VSA
- ders., 2009: China’s Market Economy in the long run. In: *Hung* (2009c), 22–49

Arrighi, Giovanni und Jason W. Moore, 2001: Kapitalismus in welthistorischer Sicht. In: *Das Argument*, Bd. 43, Nr. 1, 43–58

Arrighi, Giovanni und Beverly Silver, 1999: Introduction. In: Giovanni Arrighi und Beverly J. Silver (Hg.): *Chaos and governance in the modern world system*, Minneapolis: University of Minnesota Press, 1–36.

Arrighi, Giovanni und Lu Zhang, 2011: Beyond the Washington Consensus: A New Bandung? In: Jon Shefner und Patricia Fernández-Kelly (Hg.): *Globalization and Beyond: New Examinations of Global Power and Its Alternatives*, University Park: Penn State University, im Erscheinen

Athreya, Suma und Sandeep Kapur, 2009: Introduction: The internationalization of Chinese and Indian firms – trends, motivations and strategy. In: *Industrial and Corporate Change*, Bd. 18, Nr. 2, 209–221

BACEN, Banco Central do Brasil, 2009: Balanço de Pagamentos. Série histórica anual. URL www.bcb.gov.br/?SERIBALPAG, letzter Zugriff am 04.01.2011

Bagchi, Amiya Kumaar, 2002: *Capital & Labour Redefined. India and the Third World*. New Delhi: Tulika

Bailes, Alyson J. K., Pál Dunay, Pan Guang und Mikhail Troitskiy, 2007: The Shanghai Cooperation Organization. URL <http://books.sipri.org/files/PP/SI-PRIPP17.pdf>, letzter Zugriff am 16.01.2011

Banerjee, Sumanta, 2006: Beyond Naxalbari. In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 41, Nr. 29, 3159–3163

ders., 2009: Beyond the Debacle. In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 44, Nr. 26–27, 23–26

Banerjee–Guha, Swapna, 2009: Neoliberalising the “Urban»: New Geographies of Power and Injustice in Indian Cities. In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 44, Nr. 22, 95–107

Bardhan, Pranab, 2006: Awakening Giants, Feet of Clay: A Comparative Assessment of the Rise of China and India. In: *Journal of South Asian Development*, Bd. 1, Nr. 1, 1–17

Basu, Deepankar, 2009: The Left and the 15th Lok Sabha Elections. In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 44, Nr. 22, 10–15

Basu, Kaushik und Annemie Maertens, 2007: The pattern and causes of economic growth in India. In: *Oxford Review of Economic Policy*, Bd. 23, Nr. 2, 143–167

Basu, Pranab Kanti, 2007: The Political Economy of Land Grab. In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 42, Nr. 17, 1281–1287

Basu, Santonu und Sushanta Mallick, 2008: When does growth trickle to the poor? The Indian Case. In: *Cambridge Journal of Economics*, Bd. 32, 461–477

- Becker**, Joachim, 2002: *Akkumulation, Regulation, Territorium: Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Marburg: Metropolis-Verlag
- ders., 2008: Der kapitalistische Staat in der Peripherie: polit-ökonomische Perspektiven. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, Bd. 24, Nr. 2, 10–32
- Becker**, Joachim und Johannes Jäger, 2009: Die EU und die große Krise. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Bd. 39, Nr. 4, 541–558
- Berberoglu**, Berch (Hg.), 1992a: *Class, state, and development in India*. New Delhi u. a.: Sage
- Berberoglu**, Berch, 1992b: *Class, state, and development in India in Historical Perspective*. In: *Berberoglu (1992a)*, 11–22
- Bergmann**, Theodor, 2004: *Rotes China im 21. Jahrhundert*. Hamburg: VSA
- Bernecker**, Walther L., Horst Pietschmann und Rüdiger Zoller, 2000: *Eine kleine Geschichte Brasiliens*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Bhaduri**, Amit, 2007: Development or Developmental Terrorism? In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 42, Nr. 7, 552–553
- ders., 2008: Predatory Growth. In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 43, Nr. 16, 10–14
- ders., 2009: A Failed World View. In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 44, Nr. 5, 35–39
- Bhaskar**, V. und Bishnupriya Gupta, 2007: India's Development in the era of growth. In: *Oxford Review of Economic Policy*, Bd. 23, Nr. 2, 135–142
- Bieling**, Hans-Jürgen, 2007: *Internationale Politische Ökonomie: Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- ders., 2009: Varieties of Capitalism, Regulationstheorie und neogramscianische IPÖ – komplementäre oder gegensätzliche Perspektiven des globalisierten Kapitalismus. Konferenzpapier präsentiert auf der OeGPW/DVPW-Tagung Kapitalismustheorien, Wien, 24.–25.04.2009, URL http://www.oegpw.at/tagung09/papers/PA1_bieling.pdf, letzter Zugriff am 15.01.2010
- Bieling**, Hans-Jürgen und Jochen Steinhilber, 2000: Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration. In: Hans-Jürgen Bieling und Jochen Steinhilber (Hg.): *Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 102–130
- Biondi**, Antonio, 2008: Especial trabalho e renda I-IV. URL [www.cartamaior.com.br/ templates](http://www.cartamaior.com.br/templates), letzter Zugriff am 04.01.2011
- Böke**, Henning, 2007: *Maoismus: China und die Linke – Bilanz und Perspektive*. Stuttgart: Schmetterling-Verlag
- Boris**, Dieter, 2003: Die Transformation in Brasilien. In: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, Bd. 32, Nr. 11

ders., 2009: Lateinamerikas Politische Ökonomie. Aufbruch aus historischen Abhängigkeiten im 21. Jahrhundert? Hamburg: VSA

Boris, Dieter und Stefan Schmalz, 2009: Eine Krise des Übergangs: Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Bd. 39, Nr. 4, 625–643

Boris, Dieter, Stefan Schmalz und Anne Tittor, 2005: Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg: VSA

Bowles, Paul und Baotai Wang, 2008: The rocky road ahead: China, the US and the future of the dollar. In: Review of International Political Economy, Bd. 15, Nr. 3, 335–353

Brand, Ulrich, Christoph Görg und Markus Wissen, 2007: Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantianischen Perspektive. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Bd. 37, Nr. 2, 217–234

Brand, Ulrich und Nicola Sekler, 2009: Postneoliberalism: catch–all word or valuable analytical and political concept? – Aims of a beginning debate. In: Development Dialogue, Bd. 35, Nr. 51, 7–15

Braudel, Fernand, 1985: Sozialgeschichte des 15. – 18. Jahrhunderts. Der Alltag. München: Kindler

Brie, Michael, 2009: Ways out of the crisis of neoliberalism? In: Development Dialogue, Bd. 35, Nr. 51, 15–31

Bruff, Ian, 2005: Making Sense of the Globalisation Debate when Engaging in Political Economy Analysis. In: British Journal of Politics and International Relations, Bd. 7, Nr. 2, 261–280

Brunnengräber, Achim, 2006: »New Global Opposition« ... oder was wirklich neu ist an den globalisierungskritischen Bewegungen. In: Oliver Marchart und Rupert Weinzierl (Hg.): Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – eine Bestandsaufnahme, Münster: Westfälisches Dampfboot, 16–34

Burchardt, Hans-Jürgen, 2004: Zeitenwende – Politik nach dem Neoliberalismus. Stuttgart: Schmetterling-Verlag

Burges, Sean W., 2005: Bounded by the Reality of Trade: Practical Limits to a South American Region. In: Cambridge Review of International Affairs, Bd. 18, Nr. 3, 437–454

Busch, Alexander, 2009: Wirtschaftsmacht Brasilien. Der grüne Riese erwacht. München: Carl Hanser Verlag

Butollo, Florian, 2010: Streikwelle in China: Das Ende des Niedriglohnmodells? In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Bd. 40, Nr. 4, 619–634

Butterwege, Christoph, Bettina Lösch und Ralf Ptak, 2007: Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

- Butterwegge**, Christoph, Bettina Lösch, und Ralf Ptak (Hg.): 2008: Neoliberalismus: Analysen und Alternativen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Campbell**, Horace, 2008: China in Africa: challenging US global hegemony. In: Third World Quarterly, Bd. 29, Nr. 1, 89–105
- Candeias**, Mario, 2004: Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie: Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise: eine Kritik. Hamburg: Argument Verlag
- ders., 2005: Imperiale Gewalt als Bearbeitungsform neoliberaler Widersprüche. In: Alexander Badziura, Bea Müller, Guido Speckmann und Conny Weißbach (Hg.): Hegemonie – Krise – Krieg: Widersprüche der Globalisierung in verschiedenen Weltregionen, Hamburg: VSA, 11–32
- ders., 2008: Von der Dialektik des Neoliberalismus zu den Widersprüchen der Bewegungen. In: Butterwegge u. a. (2008), 301–317
- ders., 2009: »This party is so over...« – Krise, neuer Staatsinterventionismus und grüner New Deal. In: Candeias und Rilling (2009), 10–37
- Candeias**, Mario und Rainer Rilling (Hg.), 2009: Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat. Berlin: Dietz
- Cardoso**, Adalberto Moreira, 2003: A década neoliberal e a crise dos sindicatos no Brasil. São Paulo: Boitempo
- Cardoso**, Fernando H. und Enzo Faletto, 1976: Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Cervo**, Armado Luiz und Clodoaldo Bueno, 2002: História da Política Exterior do Brasil. Brasília: Editora Universidade de Brasília
- Chan**, Anita, 2006: Arbeitsbeziehungen in China: zwischen organisiertem und neoliberalem Kapitalismus. In: Das Argument, Bd. 48, Nr. 5–6, 92–97
- Chandra**, Bipan, Mridula Mukherjee und Aditya Mukherjee, 2000: India After Independence 1947–2000. New Delhi: Penguin Books India
- Chandrasekhar**, C. P., 2008: India and the World Economy. URL http://www.networkideas.org/themes/world/jan2008/print250108_World_Economy.htm, letzter Zugriff am 01.04.2009
- ders., 2009: How Sound Is Indian Banking? In: Economic and Political Weekly, Bd. 44, Nr. 19, 8–9
- Chatterjee**, Srikanta, 2008: Anatomy of the Recent Growth and Transformation of the Economies of China and India. Discussion Papers, URL <http://commerce.massey.ac.nz/publications/discuss/dp08-03.pdf>, letzter Zugriff am 17.01.2011
- Chattopadhyay**, Paresh, 1992: India's Capitalist Industrialization: An Introductory Outline. In: Berberoglu (1992a), 141–156

- Chibber**, Vivek, 2003: *Locked in Place: State-Building and Late Industrialization in India*. Princeton, N. J.: Princeton University Press
- Chin**, Gregory und Eric Helleiner, 2008: *China as a Creditor: A Rising Financial Power?* In: *Journal of International Affairs*, Bd. 62, Nr. 3, 87–102
- Cho**, Hyekyung, 2005: *Chinas langer Marsch in den Kapitalismus: Die Rolle des Staates in der marktwirtschaftlichen Transformation und der Weltmarktintegration der Volksrepublik China*. Münster: Westfälisches Dampfboot
- ders.**, 2006: *Chinas Weg zum Staatskapitalismus*. In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Bd. 17, Nr. 3, 76–88
- Cordova**, Armando, 1973: *Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum. Drei Studien über Lateinamerika*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Cox**, Robert W., 1987: *Production, power, and world order: Social forces in the making of history*. New York: Columbia University Press
- ders.**, 1993: *Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method*. In: Stephen Gill (Hg.): *Gramsci, Historical Materialism and International Relations*, Cambridge: Cambridge University Press, 49–66
- Crossette**, Barbara, 2008: *Indira Gandhi's Legacy: Vying for Mastery in South Asia*. In: *World Policy Journal*, Bd. 25, Nr. 1, 36–44
- da Silva**, Roque Aparecido, 2008: *A greve de 1968 em Osasco*. In: Macos Aurélio Garcia und Maria Alice Vieira (Hg.): *Rebeldes e Contestadores. Brasil, França e Alemanha 1968*, São Paulo: Editora Fundação Perseu Abramo, 73–82
- Das**, Gurcharan, 2002: *India Unbound. The Social and Economic Revolution from Independence to the Global Information Age*. New York: Anchor Books
- Datafolha**, 2006: *Opinão Pública. Avaliações de governos*, 27.09.2006. URL http://datafolha.folha.uol.com.br/po/ver_po.php?session=298, letzter Zugriff am 05.01.2011
- dass.**, 2008: *Opinão Pública. Avaliações de governos*, 11.09.2008. URL <http://datafolha.folha.uol.com.br/>, letzter Zugriff am 05.01.2011
- dass.**, 2010: *Opinão Pública. Avaliações de governos*, 20.12.2010. URL http://datafolha.folha.uol.com.br/po/ver_po.php?session=1122, letzter Zugriff am 05.01.2011
- Davis**, Mike, 2007: *Planet der Slums*. Berlin: Assoziation A
- de Oliveira**, Francisco, 2003: *The Duckbilled Platypus*. In: *New Left Review*, Bd. 44, Nr. 6, 41–57
- de Souza**, Nilson Araújo, 2005: *A Longa Agonia da Dependência. Economia Brasileira Contemporânea*. São Paulo: Editora Alfa–Omega
- Deaton**, Angus und Valerie Kozel, 2005: *Data and Dogma: The Great Indian Poverty Debate*. In: *The World Bank Research Observer*, Bd. 20, Nr. 2, 177–199

- Deckwirth**, Christina, 2006: Machtverschiebung zugunsten der großen Schwellenländer? Neue Akteurskonstellationen Doha–Runde der WTO. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Bd. 17, Nr. 3, 103–119
- Demirović**, Alex, 2008: Neoliberalismus und Hegemonie. In: Butterwegge u. a. (2008), 18–33
- ders., 2009a: Kehrt der Staat zurück? Wirtschaftskrise und Demokratie. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Bd. 39, Nr. 4, 589–606
- ders., 2009b: Krise und Kontinuität. Die Reorganisation des neoliberalen Kapitalismus. In: Candeias und Rilling (2009), 38–52
- Deppe**, Frank, 2000: Die Linke in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Bd. 29, Nr. 1
- ders., 2003: Politisches Denken zwischen den Weltkriegen. Hamburg: VSA
- ders., 2006: Politisches Denken im Kalten Krieg. Teil 1: Die Konfrontation der Systeme. Hamburg: VSA
- ders., 2008: Krise der Demokratie – auf dem Weg zu einem autoritären Kapitalismus? In: Deppe u. a. (2008), 10–45
- ders., 2009: Kapitalismus und Demokratie. In: Luxemburg, Bd. 1, Nr. 2, 39–50
- Deppe**, Frank, Horst Schmitthenner und Hans-Jürgen Urban (Hg.), 2008: Notstand der Demokratie: Auf dem Weg in einen autoritären Kapitalismus? Hamburg: VSA
- Desai**, Radhika, 2006: Indien: Endlich ein Land der Gegenwart? In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Bd. 17, Nr. 67, 60–75
- dies., 2008: Indien: Die Gegenrevolution im Zeitlupentempo – Vom Entwicklungsstaat zum Neoliberalismus. In: Schmidt (2008b), 161–190
- Devraj**, Ranjit, 2004: India, Brazil, South Africa Ready to Lead Global South. URL <http://ipsnews.net/interna.asp?idnews=22714>, letzter Zugriff am 05.01.2011
- Dillmann**, Renate, 2009: China: Ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft, den Aufstieg einer neuen Großmacht. Hamburg: VSA
- Diniz**, Eli und Renato Boschi, 2004: Empresários, Interesses e Mercado. Dilemas do Desenvolvimento no Brasil. Belo Horizonte/Rio de Janeiro: Editora UFMG/IUPE
- do Amaral**, Oswaldo E., 2003: A Estrela não é mais Vermelha. As Mudanças do Programa Petista nos Anos 90. São Paulo: Garçon
- Dombois**, Rainer und Ludger Pries, 1999: Arbeitsbeziehungen zwischen Markt und Staat. Neue Arbeitsregimes im Transformationsprozess Lateinamerikas. Münster: Westfälisches Dampfboot

- Duménil**, Gérard und Dominique Lévy, 2005: The Neoliberal (Counter-)Revolution. In: Alfredo Saad-Filho und Deborah Johnston (Hg.): Neoliberalism. A Critical Reader, London/Ann Arbor: Pluto Press, 9–19
- Dutt**, Amitava Krishna und J. Mohan Rao, 2000: Globalization and its Social Discontents: The Case of India. CEPA Working Paper Series I, URL www.newschool.edu/scepa/publications/workingpapers/.../cepa0116.pdf, letzter Zugriff am 17.01.2011
- Dörre**, Klaus, 2009: Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarkt-Kapitalismus. In: Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 21–86.
- Ebenau**, Matthias und Schmalz Stefan, 2008: Der Widerstand der sozialen Bewegungen gegen Freihandelsabkommen. In: Stefan Schmalz und Anne Tittor (Hg.): Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez, Hamburg: VSA, 62–75
- Eifler**, Ulrike, 2006: Die Zeitschrift Dushu – Organ für eine unorganisierte »Neue Linke«. In: Das Argument, Bd. 48, Nr. 5–6, 195–200
- Ernst**, Tanja, 2009: Koloniales Erbe und aktuelle Politik. Soziale Ungleichheit und politischer Wandel in Bolivien. In: Ernst und Schmalz (2009), 125–140
- Ernst**, Tanja und Stefan Schmalz (Hg.), 2009: Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales. Baden-Baden: Nomos
- Evans**, Trevor, 2008: Die gegenwärtige Finanzkrise und die Grenzen der US-amerikanischen Geldpolitik. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Bd. 38, Nr. 4, 513–533
- Farhi**, Maryse und Roberto Alexandre Zanchetta Borghi, 2009: Operações com derivativos financeiros das corporações de economias emergentes. In: Estudos Avançados, Bd. 23, Nr. 66, 169–188
- Farhi**, Maryse und Marcos Antonio Macedo Cintra, 2009: Crisis financiera internacional: contagio y respuestas regulatorias. In: Nueva Sociedad, Bd. 38, Nr. 224, 105–127
- Ferguson**, Niall, 2009: Der Aufstieg des Geldes: Die Währung der Geschichte. Berlin: Econ-Verlag
- Fewsmith**, Joseph, 1994: Dilemmas of reform in China: Political conflict and economic debate. Armonk: Sharpe
- Fidler**, David P. und Sumit Ganguly, 2010: India and Eastphalia. In: Indiana Journal of Global Legal Studies, Bd. 17, Nr. 1, 147–164
- Fiechter**, Georges André, 1972: Le Régime Modernisateur du Brésil 1964–1972. Genf: Institut Universitaire des Hautes Études Internationales
- Filgueiras**, Luiz und Reinaldo Gonçalves, 2007: A Economia Política do Governo Lula. Rio de Janeiro: Contraponto

- Fine**, Ben und Dimitris Milonakis, 2008: From Political Economy to Economics: Method, the Social and the Historical in the Evolution of Economic Theory. London/New York: Routledge
- Flemes**, Daniel (Hg.), 2010: Regional leadership in the global system: Ideas, interests and strategies of regional powers. Aldershot: Ashgate
- Flynn**, Matthew, 2007: Between Subimperialism and Globalization: A Case Study in the Internationalization of Brazilian Capital. In: Latin American Perspectives, Bd. 34, Nr. 9, 9–27
- Foster**, John Bellamy und Fred Magdoff, 2009: The great financial crisis: Causes and consequences. New York: Monthly Review Press
- Friedman**, Milton und Anna Jacobson Schwartz, 1971: A monetary history of the United States: 1867–1960. Princeton: Princeton University Press
- Gadgil**, Madhav und Ramachandra Guha, 1994: Ecological conflicts and environmental movement in India. In: Development and Change, Bd. 25, Nr. 1, 100–135
- Gamble**, Andrew, 2009: The spectre at the Feast. Capitalist Crisis and the Politics of Recession. Palgrave Macmillan: Basingstoke
- Ganguly**, Sumit, 2003: India's Foreign Policy Grows Up. In: World Policy Journal, Bd. 20, Nr. 4, 41–47
- Ganguly**, Sumit und Manjeet S. Pardesi, 2007: India Rising: What is New Delhi to Do? In: World Policy Journal, Bd. 24, Nr. 1, 9–18
- Garnreiter**, Franz, Leo Mayer, Fred Schmid und Conrad Schuhler, 2009: Krise. Rezession. Absturz. Wege aus der Krise. ISW–Report 76. München: ISW
- Genro**, Tarso und Ubiratan de Souza, 1997: Orçamento Participativo – A experiência de Porto Alegre. São Paulo: Fundação Perseu Abramo
- Gentili**, Rafael, 2004: Sobre as Negociações da ALCA e da Mercosul. In: Laura Tavares Soares, Emir Sader, Rafael Gentili, und César Benjamin (Hg.): Governo Lula. Decifrando o enigma, São Paulo: Viamundo, 105–118
- Ghosh**, Jayati, 1999: Liberalization Debates. In: Terrence J. Byres (Hg.): The Indian Economy. Major Debates Since Independence, New Delhi u. a.: Oxford University Press India, 295–334
- Ghosh**, Jayati, 2009: Global Crisis and the Indian Economy. In: Kumar u. a. (2009), 25–35
- Ghosh**, Jayati und C. P. Chandrasekhar, 2007: Economic growth and employment generation in India: Old problems and new paradoxes. URL http://www.networkideas.org/feathm/mar2007/fa10_Jayati_Ghosh.htm, letzte Zugriff am 01.04.2010
- Ghosh**, Jayati, 2009: The costs of »coupling«: the global crisis and the Indian economy. In: Cambridge Journal of Economics, Bd. 33, Nr. 4, 725–739
- Giannotti**, Vito, 2007: História das Lutas dos Trabalhadores no Brasil. Rio de Janeiro: Mauad X

Giddens, Anthony, 1999: Der dritte Weg: Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Gill, Stephen, 1995: Theorizing the Interregnum: The Double Movement and Global Politics in the 1990s. In: Björn Hettne (Hg.): International Political Economy. Understanding Global Disorder, London/New Jersey: Zed Books, 65–99

Goldar, Bishwanath, 2005: Impact on India of Tariff and Quantitative Restrictions under WTO. ICRIER Working Papers, URL <http://www.icrier.org/pdf/WP172.pdf>, letzter Zugriff am 17.01.2011

Goldberg, Jörg, 2010: Afrika und die neuen asiatischen Wirtschaftsmächte. Entwicklungspartnerschaft oder Balgerei um Rohstoffe? In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Bd. 40, Nr. 4, 585–604

Gopinath, Shyamala, 2009: Indian financial institutions: healthy amid global crises. In: Macroeconomics and Finance in Emerging Market Economies, Bd. 2, Nr. 2, 239–246

Gorender, Jacob, 2005: O ciclo do PCB. 1922–1980. In: Alexandre Fortes (Hg.): História e Perspectivas da Esquerda, São Paulo: Editora Fundação Perseu Abramo, 163–174

Government of India, Ministry of Commerce & Industry, 2009: Approved SEZs in India. URL <http://www.sezindia.nic.in/about-asi.asp>, letzter Zugriff am 21.09.2010

Government of India, Ministry of Labour & Employment, Labour Bureau, 2009a: Report on Effect of Economic Slowdown on Employment in India (April–June 2009). Chandigarh: Government of India

dass., 2009b: Report on Effect of Economic Slowdown on Employment in India (January–March 2009). Chandigarh: Government of India

dass., 2009c: Report on Effect of Economic Slowdown on Employment in India (July–September 2009). Chandigarh: Government of India

dass., 2009d: Report on Effect of Economic Slowdown on Employment in India (October–December 2008). Chandigarh: Government of India

dass., 2009e: Report on Effect of Economic Slowdown on Employment in India (October–December 2009). Chandigarh: Government of India

Government of Rajasthan, 2009: Different Economic Stimulus Packages for Easing Difficulties of Micro, Small and Medium Sector Enterprises. URL http://rajind.rajasthan.gov.in/Stimulus_Packages.pdf, letzter Zugriff am 27.03.2010

Governo Federal do Brasil, 2007: Programa de Aceleração do Crescimento 2007–2010. URL www.fazenda.gov.br/portugues/releases/2007/PAC.asp, letzter Zugriff am 29.12.2009

- dass., 2009: Programa de Aceleração do Crescimento. 8 Balanço. Maio de Agosto 2009. URL <http://www.brasil.gov.br/pac/relatorios/por-balanco/8o-balanco>, letzter Zugriff am 05.01.2011
- dass., 2010: Programa de Aceleração do Crescimento. 11 Balanço. Balanço 4 anos. 2007–2010. URL <http://www.brasil.gov.br/pac/relatorios/nacionais/11o-balanco-4-anos>, letzter Zugriff am 05.01.2011
- Gramsci**, Antonio, 1999 [1991 ff.]: Gefängnishefte: kritische Gesamtausgabe. Hamburg: Argument Verlag
- Grassi**, Sergio, 2008: Chinas Agrarreform – in Zeiten der globalen Finanzkrise. URL <http://www.feschina.net/Files/Agrar.pdf>, letzter Zugriff am 16.01.2011
- Gulick**, John, 2009: Sino–Russian Geoeconomic Integration: An Alternative to Chinese Hegemony on a Shrinking Planet. In: Hung (2009c), 130–152
- Hall**, Peter A. und David Soskice (Hg.), 2001: Varieties of Capitalism: the Institutional Foundations of Comparative Advantage. Oxford: Oxford University Press
- Halperin** Donghi, Tulio, 1994: Geschichte Lateinamerikas. Von der Unabhängigkeit bis zur Gegenwart. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Hans**, V. Basil, 2009: Global Meltdown and India – Issues, Concerns and Challenges. URL http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1375022, letzter Zugriff am 21.08.2009
- Hardie**, Iain, 2003: The Power of the Markets? The International Bond Markets and the 2002 Elections in Brazil. In: Review of International Political Economy, Bd. 13, Nr. 1, 53–77
- Harris**, Jerry, 2005: Emerging Third World powers. In: Race & Class, Bd. 46, Nr. 3, 7–27
- Harris–White**, Barbara, 2010: Globalization, The Financial Crisis and Petty Production in India’s Socially Regulated Informal Economy. In: Global Labour Journal, Bd. 1, Nr. 1, 151–177
- Hart–Landsberg**, Martin und Paul Burkett, 2005: China and socialism: Market reforms and class struggle. New York: Monthly Review Press
- Hartig**, Falk, 2008: Die Kommunistische Partei Chinas heute: Von der Revolutions- zur Reformpartei. Frankfurt a. M.: Campus Verlag
- Harvey**, David, 1999: The limits to capital. London: Verso
- dass., 2003: The new imperialism. Oxford: Oxford University Press
- dass., 2005: A brief history of neoliberalism. Oxford: Oxford University Press
- dass., 2009: Why the U.S. Stimulus Package is Bound To Fail. URL <http://davidharvey.org/2009/02/why-the-us-stimulus-package-is-bound-to-fail/>, letzter Zugriff am 11.01.2011

- Heberer**, Thomas, 2008: Das politische System der VR China im Prozess des Wandels. In: Thomas Heberer und Claudia Derichs (Hg.): Einführung in die politischen Systeme Ostasiens: VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 21–178
- Heberer**, Thomas und Jörg Rudolph, 2010: China – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft: Zwei alternative Sichten. Wiesbaden: Hessische Landeszentrale für Politische Bildung
- Hobsbawm**, Eric J., 2009: Das Zeitalter der Extreme: Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag
- Hock**, Thomas, 2006: Der Konfuzianismus – die Legitimationsideologie des chinesischen Staates? In: Das Argument, Bd. 48, Nr. 5–6, 174–183
- Hofmeister**, Wilhelm, 2004: Brasilien und die Krise der Andenländer. In: Sabine Kurtenbach, Mechthild Minkner-Bünjer und Andreas Steinhauf (Hg.): Die Andenregion – Neuer Krisenbogen in Lateinamerika, Hamburg: Vervuert, 355–382
- Holz**, Carsten A., 2007: Have China Scholars All Been Bought? In: Far Eastern Economic Review, Bd. 62, Nr. 3, 36–40
- Hong**, Yu, 2010: Impact of the Global Economic Crisis on the Pearl River Delta and Yangtze River Delta Regions. In: Zheng und Tong (2010), 89–112
- Horn**, Zoe Elena, 2009: No Cushion to Fall Back On. The Global Economic Crisis and Informal Workers. URL http://www.inclusivecities.org/pdfs/GEC_stucy.pdf, letzter Zugriff am 06.11.2009
- dies., 2010: The effects of the global economic crisis in the informal economy: research findings from WIEGO and the Inclusive Cities partners. In: Gender & Development, Bd. 18, Nr. 2, 263–276
- Hufbauer**, Gary Clyde, Jacob Funk Kirkegaard und Woan Foong Wong, 2010: G–20 Protection in the Wake of the Great Recession. Report to the International Chamber of Commerce Research Foundation. URL <http://www.ice.com/publications/papers/hufbauer20100622.pdf>, letzter Zugriff am 17.01.2011
- Huffschmid**, Jörg, 2002: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg: VSA
- dies., 2009: Nicht die Krise, der Finanzkapitalismus ist das Problem. Vom normalen Funktionieren von Umverteilung und Instabilität. In: Candeias und Rilling (2009), 53–73
- Hui**, Wang, 2003: The 1989 Social Movement and the Historical Origins of Neo-liberalism in China. In: Asian Exchange, Bd. 19, Nr. 1, 211–223
- dies., 2009: The end of the revolution: China and the limits of modernity. London: Verso

- Hung**, Ho-Fung, 2009a: A Caveat. Is the Rise of China Sustainable? In: Hung (2009c), 188–202
- ders., 2009b: America's Head Servant. The PRC's Dilemma in the Global Crisis. In: *New Left Review*, Bd. 60, Nr. 6, 5–25
- Hung**, Ho-Fung (Hg.), 2009c: China and the transformation of global capitalism. Baltimore: Johns Hopkins University Press
- Hunter**, Wendy und Timothy J. Power, 2007: Rewarding Lula: Executive Power, Social Policy, and the Brazilian Elections of 2006. In: *Latin American Politics and Society*, Bd. 49, Nr. 1, 1–30
- Hurrell**, Andrew, 2006: Hegemony, liberalism and global order: what space for would-be great powers. In: *International Affairs*, Bd. 82, Nr. 1, 1–19
- Ihlau**, Ohlaf, 2006: Weltmacht Indien. Die neue Herausforderung des Westens. München: Pantheon
- IMF**, International Monetary Fund, 2008: World Economic Outlook, October 2008: Financial Stress, Downturns, and Recoveries. URL <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2008/02/pdf/text.pdf>, letzter Zugriff am 21.11.2009
- ders., 2010a: IMF Quota and Governance Reform – Elements of an Agreement. URL <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2010/103110.pdf>, letzter Zugriff am 17.01.2011
- ders., 2010b: World Economic Outlook, April 2010: Rebalancing Growth. URL <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/01/pdf/text.pdf>, letzter Zugriff am 22.11.2009
- ders., 2010c: World Economic Outlook, October 2010: Recovery, Risk, and Rebalancing. URL <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf>, letzter Zugriff am 21.11.2009
- Jessop**, Bob, 2009: Cultural political economy: rethinking the linkages between culture and the political economy of variegated capitalism in a world market organized in the shadow of neo-liberalism. Konferenzpapier präsentiert auf der Konferenz "Varieties of Capitalism», Ringberg Schloss, 19–20.11.2009
- Jessop**, Bob und Ngai-Ling Sum, 2006: Beyond the regulation approach: Putting capitalist economies in their place. Cheltenham: Edward Elgar
- Jha**, Praveen und Mario Negre, 2007: Indian Economy in the Era of Contemporary Globalisation: Some Core Elements of the Balance Sheet. New Delhi: Centre for Economic Studies and Planning, Jawaharlal Nehru University
- Jha**, Raghbendra, 2007: The Indian Economy: Current Performance and Short-Term Prospects. Working Papers, URL http://crawford.anu.edu.au/acde/asarc/pdf/papers/2007/WP2007_04.pdf, letzter Zugriff am 17.01.2011
- Joseph**, Mathew, 2009: Global Crisis: India's Response. In: *Review of Market Integration*, Bd. 1, Nr. 2, 199–221

- Kaufmann**, Stephan und Tazio Müller, 2009: Grüner Kapitalismus: Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums. Berlin: Dietz
- Kiely**, Ray, 2005: The Clash of Globalisations: Neo-liberalism, the Third Way and Anti-Globalisation. Leiden: Brill
- Klein**, Dieter, 2008: Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weiter geht. Berlin: Dietz
- Klein**, Martin, 2009: Die G-20 in London: Twitter-Gipfel oder historische Wende? In: Wirtschafts-dienst, Bd. 2009, Nr. 4, 214–215
- König**, Hans-Joachim, 2009: Kleine Geschichte Lateinamerikas. Stuttgart: Reclam
- Kregel**, Jan, 2009: The Global Crisis and the Implications for Developing Countries and the BRICs. Is the B Really Justified? URL www.levy.org/ppb_102.pdf, letzter Zugriff am 05.01.2011
- Krishna**, Anirudh und Jan Nederveen Pieterse, 2008: Hierarchical Integration: The Dollar Economy and the Rupee Economy. In: Development and Change, Bd. 39, Nr. 2, 219–237
- Krueger**, Anne O., 2008: The Role of Trade and International Economic Policy in Indian Economic Performance. In: Asian Economic Policy Review, Bd. 3, Nr. 2, 266–285
- Kumar**, Nagesh, 2008: Internationalization of Indian Enterprises: Patterns, Strategies, Ownership Advantages, and Implications. In: Asian Economic Policy Review, Bd. 3, Nr. 2, 242–261
- Kumar**, Rajiv, 2009: Global Financial and Economic Crisis: Impact on India and Policy Response. In: Kumar u. a. (2009), 8–13
- Kumar**, Rajiv, Bibek Debroy, Jayati Ghosh, Vijay Mahajan und K. Seeta Prabh, 2009: Global Financial Crisis: Impact on India's Poor. Some Initial Perspectives. New Delhi: UNDP India
- Kumar**, Rajiv und Alamuru Soumya, 2010: Fiscal Policy Issues for India after the Crisis. In: Public Policy Review, Bd. 6, Nr. 4, 685–720
- Kundu**, Amitabh und Niranjana Sarangi, 2007: Migration, Employment Status and Poverty. In: Economic and Political Weekly, Bd. 42, Nr. 4, 29–306
- Lane**, Philip R. und Sergio L. Schmukler, 2007: International Financial Integration of China and India. In: L. Alan Winters und Shahid Yusuf (Hg.): Dancing with the Giants. China, India and the Global Economy, Washington: World Bank, 101–132
- Lange**, Matthew K., 2004: British Colonial Legacies and Political Development. In: World Development, Bd. 32, Nr. 6, 905–922
- Lau**, Raymond W. K., 2000: Privatisierung in China. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Bd. 30, Nr. 2, 240–265

- Lee**, Ching Kwan, 2007: *Against the law: Labor protests in China's rustbelt and sunbelt*. Berkeley: University of California Press
- León-Manríquez**, José Luis, 2006: *China–América Latina: Una Relación Económica Diferenciada*. In: *Nueva Sociedad*, Bd. 35, Nr. 3, 28–47
- Leubolt**, Bernhard, 2007: *Staat als Gemeinwesen: Das Partizipative Budget in Rio Grande do Sul und Porto Alegre*. Wien/Münster: Lit Verlag
- Leubolt**, Bernhard und Anne Tittor, 2008: *Semi-Periphere Sozialstaatlichkeit in Lateinamerika: Argentinien und Brasilien im historischen Vergleich*. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, Bd. 24, Nr. 2, 116–136
- Li**, Minqi, 2006: *Der Aufstieg Chinas und das Zeitalter des Übergangs*. In: *Das Argument*, Bd. 48, Nr. 5–6, 105–111
- ders., 2008: *The rise of China and the demise of the capitalist world-economy*. New York: Monthly Review Press
- Liang**, Yan, 2010: *China and the Global Financial Crisis: Assessing the Impact and Policy Responses*. In: *China & World Economy*, Bd. 18, Nr. 3, 56–72
- Lipietz**, Alain, 1985: *Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff »Regulation«*. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Bd. 15, Nr. 1, 109–137
- ders., 1986: *New Tendencies in the International Division of Labour: Regimes of Accumulation and Modes of Regulation*. In: Allen J. Scott und Michael Storper (Hg.): *Production, Work, Territory: the Geographical Anatomy of Industrial Capitalism*, Boston/London: Allen&Unwin, 16–40
- Liu**, Ligang, 2010: *Impact of the Global Financial Crisis on China: Empirical Evidence and Policy Implications*. In: *China & World Economy*, Bd. 17, Nr. 6, 1–23
- Lühmann**, Malte und Stefan Schmalz, 2010: *Brasilien als »Global Player« auf den Weltagrarmärkten: Eine entwicklungssoziologische Analyse*. In: Günter Meyer und Andreas Thimm (Hg.): *Die globale Nahrungsmittelkrise – Gewinner und Verlierer in Entwicklungsländern*, Mainz: Universität Mainz, Veröffentlichungen des IA Dritte Welt, Bd. 20, 48–69
- Lüthje**, Boy, 2010: *Arbeitsbeziehungen in China in der Wirtschaftskrise: »Tripartismus mit vier Parteien«?* In: *WSI Mitteilungen*, Bd. 2010, Nr. 9, 473–479
- Lutz**, Burkhardt, 1984: *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag
- Macdonald**, Laura und Arne Rückert (Hg.), 2009: *Post-neoliberalism in the Americas*. Basingstoke: Palgrave Macmillan
- Machado**, João, und Neto Borges, 2003: *Die zwei Seelen der Regierung Lula*. URL <http://www.inprekorr.de/378-brasil.htm>, letzter Zugriff am 04.01.2011

- Maddison**, Angus, 2006: The world economy. Paris: OECD
- Mahajan**, Vijay, 2009: Impact of the Economic Downturn on Non-Farm Sector Workers. In: Kumar u. a. (2009), 36–44
- MAPA**, Ministério de Agricultura, Pecuária e Abastecimento, 2007: Resumo Executivo – Orientações Estratégicas do MAPA – PPA 2008–2011. URL http://www.agricultura.gov.br/pls/portal/docs/PAGE/MAPA/PLANOS/PPA_2008_2011/ORIENTA_%C7%D5ES%20ESTRAT%C9GICAS%20-%20PPA%202008-2011_0.PD, letzter Zugriff am 26.07.2009
- Marini**, Ruy Mauro, 1974: Die Dialektik der Abhängigkeit. In: Dieter Senghaas (Hg.): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 98–136
- Marjit**, Sugata, 2009: Global Recession and the Indian Economy – Myth and Reality. In: Economic and Political Weekly, Bd. 44, Nr. 9, 15–17
- Marques**, Rosa Maria, und Paulo Nakatani, 2009: O Brasil e a crise econômica: Apenas uma marolinha? URL http://www.pucsp.br/imprensa/boletim/acontece/maio/07_05_09.html, letzter Zugriff am 28.02.2010
- Martin**, Michael F. und Wayne M. Morrison, 2008: China's »Hot Money« Problems. URL <http://www.fas.org/sgp/crs/row/RS22921.pdf>, letzter Zugriff am 16.01.2011
- Marx**, Karl: Das Kapital, Erster Band, In: Marx–Engels–Werke, Bd. 23. Berlin: Dietz
- Mattoo**, Aaditya und Arvind Subramanian, 2003: India and the Multilateral Trading System Post–Doha: Defensive or Proactive. In: Aaditya Mattoo und Robert M. Stern (Hg.): India and the WTO, Washington D.C.: World Bank/Oxford University Press, 327–366
- dies., 2008: India and Bretton Woods II. In: Economic and Political Weekly, Bd. 43, Nr. 45, 62–70
- MDICE**, Ministério do Desenvolvimento, Indústria e Comércio Exterior, 2010: Intercâmbio comercial brasileiro: países e blocos econômicos. URL <http://www.mdic.gov.br/sitio/interna/interna.php?area=5&menu=576>, letzter Zugriff am 05.12.2010
- Menkhoff**, Lukas und Reeno Meyer, 2010: The G20 Proposal on IMF Governance: Has Any Progress Been Made? In: Intereconomics, Bd. 45, Nr. 3, 171–179
- Menon**, Nivedita und Aditya Nigam, 2007: Power and Contestation. India since 1989. London u. a.: Zed Books/Fernwood Publishing
- Mercadante**, Aloízio, 2006: Brasil: Primeiro Tempo. Análise Comparativa Do Governo Lula. São Paulo: Editora Planeta do Brasil
- Meredith**, Robyn, 2008: The Elephant and the Dragon: The Rise of India and China and What It Means for All of Us. New York: W. W. Norton

- Mitra**, Ashok, 2008: Growth for whom? In: *Social Scientist*, Bd. 36, Nr. 6–7, 4–15
- MOFCOM**, Ministry of Commerce of the People's Republic of China, 2009: Brief on China's Import & Export (2009/09). URL <http://english.mofcom.gov.cn/aarticle/statistic/ie/201001/20100106728492.html>, letzter Zugriff am 13.03.2010
- Möller**, Kay, 2005: Die Außenpolitik der Volksrepublik China 1949–2004: Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Morais**, Lecio und Alfredo Saad-Filho, 2005: Lula and the Continuity of Neoliberalism in Brazil: Strategic Choice, Economic Imperative or Political Schizophrenia? In: *Historical Materialism*, Bd. 13, Nr. 1, 3–32
- Mosse**, David, Sanjeev Gupta und Vidya Shah, 2005: On the Margins in the City. Adivasi Seasonal Labour Migration in Western India. In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 40, Nr. 28, 3025–3038
- Mukherji**, Rahul, 2008: The Political Economy of India's Economic Reforms. In: *Asian Economic Policy Review*, Bd. 3, Nr. 2, 315–331
- Nachane**, Dilip M., 2009: The Fate of India Unincorporated. In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 44, Nr. 13, 115–122
- Nachtwey**, Oliver, 2009: Marktsozialdemokratie: Die Transformation von SPD und Labour Party. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Naughton**, Barry, 2009: China's Emergence from Economic Crisis. URL <http://media.hoover.org/sites/default/files/documents/CLM29BN.pdf>, letzter Zugriff am 16.01.2011
- Nachane**, Dilip M., 2010: The Turning Point in Housing. URL <http://media.hoover.org/sites/default/files/documents/CLM33BN.pdf>, letzter Zugriff am 16.01.2011
- Nayar**, Baldev Raj, 1998: Political Structure and India's Economic Reforms of the 1990s. In: *Pacific Affairs*, Bd. 71, Nr. 3, 335–358
- NCEUS**, National Commission for Enterprises in the Unorganised Sector, 2009: The Global Economic Crisis and the Informal Economy in India: Need for urgent measures and fiscal stimulus to protect incomes in the informal economy. New Delhi: Government of India
- Neelsen**, John P., 2008: Weltmacht Indien? Die Rolle Indiens in einer multipolaren Weltordnung. In: Ralph-M. Luedtke und Peter Strutynski (Hg.): Die Neuvermessung der Welt. Herrschafts- und Machtverhältnisse im globalisierten Kapitalismus, Kassel: Jenior, 96–112
- Nikogosian**, Vigen, 2010: China, Indien und Russland verstärken M&A Aktivitäten im Ausland. URL <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/zn/schwerpunkte/ma-report/MA-Report1010.pdf>, letzter Zugriff am 16.01.2011

- Nilsen**, Alf Gunvald, 2008: Political Economy, Social Movements and State Power: A Marxian Perspective on Two Decades of Resistance to the Narmada Dam Projects. In: *Journal of Historical Sociology*, Bd. 21, Nr. 2–3, 303–330
- Nogueira Batista jr.**, Paulo, 2005: *O Brasil e a Economia Internacional. Recuperação e Defesa da Autonomia Nacional*. Rio de Janeiro: Elsevier
- Nolan**, Peter und Jin Zhang, 2010: Global Competition After the Financial Crisis. In: *New Left Review*, Bd. 61, Nr. 4, 97–108
- Nölke**, Andreas und Heather Taylor, 2010: Indian Multinationals and Host Country Institutions. In: Louis Brenan (Hg.): *The emergence of Southern Multinationals and their impact on Europe*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 418–441
- Novy**, Andreas, 2001: *Brasilien: Die Unordnung der Peripherie. Von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes*. Wien: Promedias
- ders., 2008: Die Rückkehr des Entwicklungsstaates in Brasilien. In: *Das Argument*, Bd. 50, Nr. 4, 361–373
- NTUI**, New Trade Union Initiative, 2010: One million Contract and Informal workers on Strike today. Press Release: 7 September 2010, New Delhi. URL <http://ntui.org.in/media/item/one-million-contract-and-informal-workers-rise-on-strike-today/>, letzter Zugriff am 27.09.2010
- OBIG**, Observatório Brasil da Igualdade de Gênero, 2009: *Impacto da Crise sobre as Mulheres*. Brasília: IPEA
- Olsen**, Wendy, Barbara Harris–White, Penny Vera–Sanso und V. Suresh, 2010: The Experience of Slum Dwellers in Chennai under the Economic and Environmental Insults of 2008–9. Konferenzpapier, präsentiert auf der 7. Historical Materialism Annual Conference, London, 11.–14. November 2010
- Overholt**, William H., 2010: China in the Global Financial Crisis: Rising Influence, Rising Challenges. In: *The Washington Quarterly*, Bd. 33, Nr. 1, 21–34
- Páez Pérez**, Pedro, 2010: The Crisis of Capitalism and Post–Capitalist Horizons. In: Birgit Daiber (Hg.): *The Left in Government: Latin America and Europe compared*, Brüssel: Rosa Luxemburg Foundation, 35–46
- Panagariya**, Arvind, 1999: The WTO Trade Policy Review of India, 1998. In: *The World Economy*, Bd. 22, Nr. 6, 799–824
- Panitchpakdi**, Supachai und Mark L. Clifford, 2002: *China and the WTO: Changing China, changing world trade*. Singapore: Wiley
- Panizza**, Francisco, 2004: »Brazil Needs to Change«: Change as Iteration and the Iteration of Change in Brazil’s 2002 Presidential Election. In: *Bulletin of Latin American Research*, Bd. 23, Nr. 4, 465–482

- Park**, Yung Chul, 2010: RMB Internationalization and Its Implications for Financial and Monetary Cooperation in East Asia. In: *China & World Economy*, Bd. 18, Nr. 2, 1–21
- Passos**, Cristiane, 2008: Explode o número de trabalhadores escravizados no setor sucroalcooleiro. In: *Pastoral da Terra*, Bd. 33, Nr. 192, 12
- Pat**, K. A., 2009: Why Indian Banks Are Healthy in This Global Crisis. In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 44, Nr. 17, 21–22
- Patnaik**, Prabhat, 2009: The Economic Crisis and Contemporary Capitalism. In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 44, Nr. 13, 47–54
- Patnaik**, Utsa, 2006: Poverty and Neoliberalism in India. New Delhi: Centre for Economic Studies and Planning, Jawaharlal Nehru University
- Paulani**, Leda Maria, 2008: *Brasil Delivery*. São Paulo: Boitempo
- Payandeh**, Mehrhad, 2010: Finanzmarktkapitalismus am Ende? In: Elmar Altvater, Hans-Jürgen Bieling, Alex Demirović, Heiner Flassbeck, Werner Goldschmidt, Mehrhad Payandeh und Stefanie Wöhl (Hg.): *Die Rückkehr des Staates? Nach der Finanzkrise*, Hamburg: VSA, 81–104
- Peet**, Richard, 2003: *Unholy Trinity: The IMF, World Bank and WTO*. London: Zed Books
- Peters**, Helmut, 2009: *Die Volksrepublik China: Aus dem Mittelalter zum Sozialismus: auf der Suche nach der Furt*. Essen: Neue-Impulse-Verlag
- Pochmann**, Marcio, 2009: O Trabalho na Crise Econômica no Brasil: Primeiros Sinais. In: *Estudos Avançados*, Bd. 23, Nr. 66, 41–52
- Rai**, Vinay und Melissa Rossi, 2007: *Think India: The Rise of the World's Next Power and What It Means for Every American*. New York: Dutton
- Rakshit**, Mihir, 2009a: India amidst the Global Crisis. In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 44, Nr. 13, 94–106
- ders., 2009b: *Macroeconomics of Post-reform India. Selected Papers*. New Delhi: Oxford University Press India
- Ram Mohan**, T. T., 2009: The Impact of the Crisis on the Indian Economy. In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 44, Nr. 13, 107–114
- Rangan**, Haripriya, 1996: From Chipko to Uttaranchal: Development, environment, and social protest in the Garhwal Himalayas, India. In: Richard Peet und Michael Watts (Hg.): *Liberation ecologies: environment, development, social movements*, London/New York: Routledge, 205–226
- RBI**, Reserve Bank of India, 2010a: *Financial Stability Report*. Mumbai: RBI, URL http://rbidocs.rbi.org.in/rdocs/PublicationReport/Pdfs/IFSR250310_F.pdf, letzter Zugriff am 17.01.2011
- ders., 2010b: *Reserve Bank of India Bulletin*. September 2010. New Delhi: RBI

- Reddy, Y. V.**, 2009: India and the Global Financial Crisis. Managing Money and Finance. Hyderabad: Orient Blackswan
- Richman, Barry M.**, 1969: Industrial Society in Communist China. New York: Random House
- Robertson, Roland**, 2002: Opposition and Resistance to Globalization. In: Richard Grant und John Rennie Short (Hg.): Globalization and the Margins, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 25–38
- Robinson, William I.**, 2004: A theory of global capitalism: Production, class, and state in a transnational world. Baltimore: Johns Hopkins University Press
- Rocha, Geisa Maria**, 1994: Redefining the Role of the Bourgeoisie in Dependent Capitalist Development. Privatization and Liberalization in Brazil. In: Latin American Perspectives, Bd. 21, Nr. 1, 72–98
- Roos, Hans**, 2002: Neo-Dependency in Brazil. In: New Left Review, Bd. 43, Nr. 4, 5–33
- Rodrigues, Alberto Tosi**, 2003: Diretas Já. O grito preso na garganta. São Paulo: Fundação Perseu Abramo
- Rodrigues, Leôncio Martins**, 1989: La Composition Sociale des Dirigeants du Parti des Travailleurs. In: Problèmes d'Amérique Latine, Bd. 27, Nr. 3, 13–32
- Roth, Karl Heinz**, 2009: Die globale Krise. Hamburg: VSA
- Röttger, Bernd**, 2008: Kapitalismen. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 7.II, 227–238
- Saad-Filho, Alfredo**, 2010: Crisis in neoliberalism or crisis of neoliberalism? In: Greg Albo, Vivek Chibber und Leo Panitch (Hg.): Socialist Register 2011, New York: Monthly Review Press, 242–259
- Sablowski, Thomas**, 2008: Das globale, finanzdominierte Akkumulationsregime. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Bd. 19, Nr. 1, 23–35
- Salama, Pierre**, 2009: Argentina, Brasil e México diante da Crise Internacional. In: Estudos Avançados, Bd. 23, Nr. 65, 27–48
- Saraiva, Miriam Gomes**, 2010: Brazilian foreign policy towards South America during the Lula Administration: caught between South America and Mercosur. In: Revista Brasileira de Política Internacional, Bd. 53, Nr. Sonderheft, 151–168
- Sau, Ranjit**, 1983: India's Economic Development. Aspects of Class Relations. New Delhi: Orient Longman
- Schäfer, Ingo**, 2008: Kampf zweier Linien. In: Historisch Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 7.I, 62–69
- Scherrer, Christoph**, 2008: Bleibt das US-Finanzkapital trotz Krise hegemonial? In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Bd. 38, Nr. 4, 535–559

ders., 2011: Das Finanzkapital behauptet sich in der Krise. In: Christoph Scherrer, Bernd Overwien und Thomas Dürmeier (Hg.): Perspektiven auf die Finanzkrise, Leverkusen: Barbara Budrich, 159–176

Schmalz, Stefan, 2008a: Brasilien in der Weltwirtschaft. Die Regierung Lula und die neue Süd–Süd–Kooperation. Münster: Westfälisches Dampfboot
ders., 2008b: Umbrüche in der Weltwirtschaft: Aufstrebende Schwellenländer und der Niedergang von IWF und WTO. In: Peripherie, Bd. 28, Nr. 3, 259–279

ders., 2008c: Von der Hegemoniekrise des Neoliberalismus zum Aufstieg regionaler Alternativen. In: Das Argument, Bd. 50, Nr. 3, 337–349

ders., 2009: Boliviens außenpolitische Umorientierung: Auf dem Weg zu einem südamerikanischen Linksblock? In: Ernst und Schmalz (2009), 211–226

ders., 2010a: Chinas neue Rolle im globalen Kapitalismus. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Bd. 40, Nr. 4, 483–504

ders., 2010b: Eine neue Phase der Globalisierung. In: Südwind, Bd. 12, Nr. 3, 27–31

ders., 2011: Die Auswirkungen der neuen Weltwirtschaftskrise auf das internationale Staatensystem. In: Tobias ten Brink (Hg.): Globale Rivalitäten. Staat und Staatensystem im globalen Kapitalismus, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, im Erscheinen

Schmalz, Stefan und Matthias Ebenau, 2010: What can India learn from Brazil? The financial crisis and Lula's move towards a new development model. In: Chinese Center for Contemporary and World Studies und Rosa Luxemburg Foundation (Hg.): Post–Financial Crisis Era: Reform and Competition of Development Models, Beijing: CCCWS/RLS, 147–163

Schmid, Fred, 2010: China. Krise als Chance? Aufstieg zur ökonomischen Weltmacht. ISW–Report 83–84. München: ISW

Schmidt, Ingo, 2008a: Kollektiver Imperialismus, Varianten des Neoliberalismus und neue Regionalmächte. In: Schmidt (2008b), 7–39

Schmidt, Ingo (Hg.), 2008b: Spielarten des Neoliberalismus: USA, Brasilien, Frankreich, Deutschland, Italien, Indien, China, Südkorea, Japan. Hamburg: VSA

Schneider, Ben Ross, 2009: Big Business in Brazil: Leveraging Natural Endowments and State Support for International Expansion. In: Lael Brainard und Leonardo Martinez–Diaz (Hg.): Brazil as an Economic Superpower? Understanding Brazil's Changing Role in the Global Political Economy, Washington D.C.: Brookings Institution Press, 159–186

Schram, Stuart R., 1990: The thought of Mao Tse–Tung. Cambridge: Cambridge University Press

- Schucher**, Günter, 2008: Harmonisierung per Gesetz. Arbeitskonflikte in China und das neue Arbeitskonfliktgesetz. In: China aktuell, Bd. 37, Nr. 4, 63–109
- ders., 2009: China's Employment Crisis – A Stimulus for Policy Change? In: Journal of Current Chinese Affairs, Bd. 38, Nr. 2, 121–144
- Schüller**, Margot, 2009: China in der globalen Finanzmarktkrise: Wirtschaftspolitische Strategien und Strukturprobleme. URL http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_asien_0904.pdf, letzter Zugriff am 13.03.2010
- Schüller**, Margot und Yun Schüler-Zhou, 2009: Economic Policy in the Time of the Global Financial Crisis: Which Way Out? In: Journal of Current Chinese Affairs, Bd. 38, Nr. 3, 165–181
- Schumpeter**, Joseph Alois, 2005 [1942]: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen: Francke Verlag
- Sekler**, Nicola, 2009: Postneoliberalism from and as a counter-hegemonic perspective. In: Development Dialogue, Bd. 35, Nr. 51, 59–72
- Sen**, Anupam, 1982: The State, Industrialization and Class Formation in India. A Neo-marxist Perspective on Colonialism, Underdevelopment and Development. London: Routledge
- Sen Gupta**, Abhijit, 2009: India's Tryst with the Global Financial Crisis. In: Review of Market Integration, Bd. 1, Nr. 2, 171–197
- Sharma**, Shalendra D., 2009: Dealing with Contagion: China and India in the Aftermath of the Subprime Meltdown. In: China & World Economy, Bd. 17, Nr. 2, 1–14
- Silver**, Beverly und Lu Zhang, 2010: China als neuer Mittelpunkt der globalen Arbeiterunruhe. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Bd. 40, Nr. 4, 619–634
- SIPRI**, Stockholm International Peace Research Institute, 2010: The SIPRI Military Expenditure Database. URL <http://milexdata.sipri.org/>, letzter Zugriff am 24.09.2010
- Skidmore**, Thomas E. und Peter H. Smith, 1992: Modern Latin America. New York u. a.: Oxford University Press.
- So**, Alvin Y., 2009: Rethinking the Chinese Development Model. In: Hung (2009c), 50–64
- Stedile**, João Pedro, 2007: The Class Struggles in Brazil: The Perspective of the MST. In: Leo Panitch und Colin Leys (Hg.): Socialist Register 2008, New York: Monthly Review Press, 193–217
- Steinhilber**, Jochen, 2008: Den Crash überleben – Brasiliens Weg aus der Finanzkrise. URL www.fes.de/inhalt/Dokumente_2008/Finanzkrise_FES.pdf, letzter Zugriff am 05.01.2011

- Strange**, Susan, 1988: States and Markets. London/New York: Continuum
- Subramanian**, Arvind, 2009: Preventing and Responding to the Crisis of 2018. In: Economic and Political Weekly, Bd. 44, Nr. 2, 32–36
- Sum**, Ngai-Ling, 2010: Die (Semi-)Peripherie ins Zentrum rücken. Eine Kulturelle Politische Ökonomie der »BRIC“ und der Fall China. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Bd. 40, Nr. 4, 543–566
- Sun**, Mingchun, 2009: China: Unscathed through the Global Financial Tsunami. In: China & World Economy, Bd. 17, Nr. 6, 24–42
- Tavares de Almeida**, Maria Hermínia, 2005: From Cardoso To Lula: The Politics and policies of Reform in Democratic Brazil. URL <http://www.wilsoncenter.org/news/docs/fromCardosotoLula.Doc>, letzter Zugriff am 11.04.2010
- Taylor**, Heather und Andreas Nölke, 2010: Global Players from India: A Political Economy Perspective. In: Karl P. Sauvant und Geraldine A. McAllister (Hg.): Foreign Direct Investments from Emerging Markets: The Challenges Ahead, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 145–171
- Taylor**, Marcus, 2004: Responding to Neoliberalism in Crisis: Discipline and Empowerment in the World Bank’s New Development Agenda. In: Paul Zarembka (Hg.): Neoliberalism in Crisis, Accumulation and Rosa Luxemburg’s Legacy, Bingley: Emerald, 3–30
- ten Brink**, Tobias, 2010: Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus. URL http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-1.pdf, letzter Zugriff am 16.01.2011
- Thakurdas**, Purushottamdas (Hg.), 1945: A Brief Memorandum Outlining a Plan of Economic Development for India. London: Penguin
- Tharoor**, Shashi, 2005: Eine kleine Geschichte Indiens. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Tong**, Sarah Y., 2010: China’s Decisive Response to the Economic Crisis Bears Fruits. In: Zheng und Tong (2010), 47–65
- UNCTAD**, United Nations Conference on Trade and Development, 2010: FDI Database: Country Fact Sheet India. URL <http://www.unctad.org/Temp-lates/Page.asp?intlItemID=3198&lang=1>, letzter Zugriff am 23.09.2010
- UNDP**, United Nations Development Programme, 2010: Human Development Report 2007/2008. The Real Wealth of Nations: Pathways to Human Development. New York: UNDP, URL <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2010/>, letzter Zugriff am 22.11.2010
- U.S. Census Bureau**, 2010: Foreign Trade Statistics: Trade in Goods (Imports, Exports and Trade Balance) with China. URL <http://www.census.gov/foreign-trade/balance/c5700.html>, letzter Zugriff am 10.04.2010

US–Department of the Treasury, 2010: Major foreign holders of treasury securities. URL <http://www.treas.gov/tic/mfh.txt>, letzter Zugriff am 05.01.2011

Vaidyanathan, A., 2006: Farmers' Suicides and the Agrarian Crisis. In: Economic and Political Weekly, Bd. 40, Nr. 39, 4009–4013

Vaidyanathan, 2009: Reviving the Economy: Problems and Prospects. In: Economic and Political Weekly, Bd. 44, Nr. 6, 8–12

Vanaik, Anash, 2008: NREGA and the Death of Tapas Soren. In: Economic and Political Weekly, Bd. 43, Nr. 30, 8–10

Vellay, Claudius, 2002: Brasilianische Gewerkschaften im Wandel: Der Novo Sindicalismo zwischen Pluralismus und Kooperativismus. Köln: ISP

Viswanathan, K. G., 2010: The Global Financial Crisis and Its Impact on India. In: Journal of International Business and Law, Bd. 9, Nr. 1, 41–62

Vizentini, Paulo Gilberto Fagundes, 2003: Relações internacionais do Brasil. De Vargas a Lula. São Paulo: Editora Fundação Perseu Abramo

Wacker, Gudrun und Matthis Kaiser, 2008: Nachhaltigkeit auf chinesische Art: Das Konzept der »Harmonischen Gesellschaft«. URL http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2008_S18_wkr_ks.pdf, letzter Zugriff am 16.01.2011

Wallerstein, Immanuel, 1979: The capitalist world–economy: Essays. Cambridge: Cambridge University Press

Waqif, Arif, 2008: LPG in India: Critical Perspectives and Alternative Approaches. In: The ICAI University Journal of Governance and Public Policy, Bd. 3, Nr. 2–3, 11–23

Weffort, Francisco, 2003: O Populismo na Política Brasileira. Rio de Janeiro: Civilização Brasileira

Weil, Bastian, 2010: China und die Finanzkrise: Das Ende des chinesischen Wirtschaftswunders? Hamburg: Diplomica Verlag

Weil, Matthias, 2007: Die Sozial– und Wirtschaftspolitik der Regierung Lula. Wieviel neoliberale Kontinuität gibt es wirklich? In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Bd. 18, Nr. 1, 122–133

Wen, Dale, 2006: Chinas ökologische Krise und die Entstehung von Umweltbewegungen. In: Das Argument, Bd. 48, Nr. 5–6, 112–121

Wen, Dale und Minqi Li, 2006: China: hyper–development and environmental crisis. In: Leo Panitch und Colin Leys (Hg.): Socialist Register 2007: Coming to terms with nature, London: Merlin Press, Bd. 2007, 130–146

Wichterich, Christa, 2006: Die Wiedererfindung von Geschlechterungleichheiten im roten Neoliberalismus. In: Das Argument, Bd. 48, Nr. 5–6, 143–150

- Wilson**, Dominic und Roopa Purushothaman, 2003: Dreaming With BRICs: The Path to 2050. Global Economics Papers, URL <http://www2.goldmansachs.com/ideas/brics/book/99-dreaming.pdf>, letzter Zugriff am 17.01.2011
- Wissel**, Jens, 2007: Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen: Zur Aktualität von Nicos Poulantzas' Staatstheorie. Baden-Baden: Nomos
- Wolf**, Martin, 2008: Fixing global finance. Baltimore: Johns Hopkins University Press
- Wu**, Friedrich, Rongfang Pan und Di Wang, 2010: Renminbi's Potential to Become a Global Currency. In: China & World Economy, Bd. 18, Nr. 1, 63–81
- Zakaria**, Fareed, 2006: India Rising. URL <http://www.newsweek.com/2006/03/05/india-rising.html>, letzter Zugriff am 24.08.2010
- Zheng**, Yongnian und Liang Fook Lye, 2010: The International Financial Crisis and China's External Response. In: Zheng und Tong (2010), 275–291
- Zheng**, Yongnian und Sarah Y. Tong (Hg.), 2010: China and the global economic crisis. Singapore: World Scientific
- Zhiyue**, Bo und Gang Chen, 2010: Ascendance of China's New Left Amidst the Global Financial Crisis. In: Zheng und Tong (2010), 241–257

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ACGB	Allchinesischer Gewerkschaftsbund
ADI	Ausländische Direktinvestitionen
ALCA	Área de Libre Comercio de las Américas
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
BIC	Brasilien, Indien, China
BJP	Bharatiya Janata Party
BNDES	Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social
BRIC	Brasilien, Russland, Indien, China
CLT	Consolidação das Leis de Trabalho
CO ²	Kohlenstoffdioxid
CPI	Communist Party of India
CPI(M)	Communist Party of India (Marxist)
CUT	Central Única dos Trabalhadores
FED	Federal Reserve System
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
IBSA-Dialogue Forum	India, Brazil and South Africa Dialogue Forum
II PND	II Plano Nacional de Desenvolvimento
INC	Indian National Congress
I PND	I Plano Nacional de Desenvolvimento
ISI	Importsostituierende Industrialisierung
IT/BPO	Information Technology/ Business Process Outsourcing
IWF	Internationaler Währungsfonds
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LDP	Liberaldemokratische Partei (Japan)
MDB	Movimento Democrático Brasileiro
Mercosur	Mercado Común del Sur
NAMA	Non-Agricultural Market Access
NCEUS	National Commission for Enterprises in the Unorganised Sector
NREGA	National Rural Employment Guarantee Act
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development

PAC	Programa de Aceleração do Crescimento
PAEG	Plano de Ação Econômica do Governo
PCB	Partido Comunista Brasileiro
PCdoB	Partido Comunista do Brasil
PDS	Partido Democrático Social
PEI	Política Externa Independente
PFL	Partido da Frente Liberal
PL	Partido Liberal
PMDB	Partido do Movimento Democrático Brasileiro
PSD	Partido Social Democrata
PSDB	Partido da Social Democracia Brasileira
PT	Partido dos Trabalhadores
PTB	Partido Trabalhista Brasileiro
RBI	Reserve Bank of India
RMB	Renminbi
SZR	Sonderziehungsrechte
SWZ	Sonderwirtschaftszonen
UNASUR	Unión de Naciones Suramericanas
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UND	União Nacional Democrático
UNE	União Nacional dos Estudantes
WTO	World Trade Organization
ZK	Zentralkomitee

DANKSAGUNG

Dieses Buch wäre ohne die Unterstützung einer Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunden unmöglich gewesen. Für kritische und konstruktive Kommentare und Hilfestellungen in den verschiedensten Phasen der Entstehung des Manuskripts danken wir Hanna Al-Taher, Dieter Boris, Kathrin Buhl, Hans-Jürgen Burchardt, Florian Butollo, Hannah Franzki, James Galbraith, Michael Heinrich, Dieter Klein, Dana de la Lafontaine, Malte Lühmann, Vanessa Lux, Thomas Sablowski, Dorothea Schmidt, Thomas Stehnen, Raphael Susewind, Anne Tittor und Nina Ulbrich. Außerdem bedanken wir uns ganz herzlich bei den vielen Menschen, die als Gesprächs- und Diskussionspartnerinnen und -partner in den Ländern großen Anteil am vorliegenden Buch haben. Stellvertretend für viele seien genannt, in Brasilien: Ana Rosa Ribeiro de Mendonça, Adhemar Mineiro, Leda Maria Paulani, Anselmo Santos und Jochen Steinhilber; in Indien: Swapna Banerjee-Guha, C. P. Chandrasekhar, Nivedita Menon, Banikanta Mishra, Nayan Patel; und in China: Wu Hongying, Marlies Linke, Lutz Pohle, Zhen Yongnian und Zhang Yu. Zuletzt möchten wir uns beim Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und hier insbesondere bei Mario Candeias für die Unterstützung des Projektes danken. Für die Fehler und Schwächen dieses Buches ist natürlich keine und keiner der Genannten verantwortlich.

Berlin/Jena und London im Januar 2011

Stefan Schmalz und Matthias Ebenau

Die «große Krise» 2008 ff. hat eine Veränderung verdeutlicht, die schon seit langem wirksam war: eine globale politische und ökonomische Machtverschiebung. Brasilien, Indien und China haben sich als neue kapitalistische Wachstumsmotoren etabliert und die Krise wesentlich schneller überwunden als der Rest der Welt, nicht zuletzt weil sie alle über schärfere Finanzmarkt- und Bankenregulierungen verfügen. Auch eine stärkere Orientierung auf Binnennachfrage und soziale Entwicklung spielt eine wesentliche Rolle, ohne dass sich aber die scharfen gesellschaftlichen Gegensätze auflösen würden. Alle drei Länder verzeichnen nach dem Einbruch der Wirtschaft wieder ein Rekordwachstum. Stefan Schmalz und Matthias Ebenau zeichnen die politische und ökonomische Entwicklung Brasiliens, Indiens und Chinas seit den 1940er Jahren nach und beleuchten die Zeit neoliberaler Reformen. Zentral jedoch ist die Analyse der Auswirkungen der Krise sowie der Strategien der Krisenbearbeitung der betreffenden Regierungen. Die Autoren identifizieren Errungenschaften wie Widersprüche und ziehen Schlussfolgerungen für eine sich herausbildende neue Weltordnung.

ISBN 978-3-320-02255-6



9 783320 022556